Heft 9 September 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sFr. 8,– · L lFr 193 · I lr 10.000 · E ptas 900 · NL hFl 10,– · GR 1.600 Dr

Genua:

Die neue Apo?

8 Seiten EXTRA
Sozialabbau in Rotgrün

4 391202 709006 09

in konkret September 2001

hier konkret von Felicia Langer
Felicia Langer gilt in Deutschland als wichtige Vertreterin des »anderen Israel«. Sie wurde 1930 in Polen geboren, floh nach dem deutschen Überfall in die UdSSR und zog Anfang der fünfziger Jahre nach Israel. Als Anwältin verteidigte sie jahrzehntelang die Bürger- und Menschenrechte der Palästinenser und erhielt dafür 1990 den Alternativen Friedensnobelpreis. Seit 1991 lebt sie im freiwilligen Exil in Tübingen. Im Herbst erscheint ihr Buch »Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser« (Lamuv-Verlag). KONKRET sprach mit ihr über die Situation im Nahen Osten

von konkret

an konkret

Die Stimme des Herrn von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

»Viva Pinochet« von Dario Azzelini
Chilenische Zustände in Genua, eine zahnlose Opposition in Rom und Spitzenleistungen der deutschen Medien – beim G8-Gipfel hat die europäische »Zivilgesellschaft« gezeigt, was in ihr steckt

Der Todesschuß

»Tod allen Juden« von Benedetto Vecchi
Bericht über die Mißhandlungen des römischen Fotoreporters Alfonso De Munno in der Kaserne Bolzaneto

Aufstand der Gespenster von Tute Bianche, Dario Azzelini
Weiße Overalls statt schwarzer Haßkappen? Ziviler Ungehorsam statt militanten Widerstands? Oder ein neuer revolutionärer Anlauf, sich der Macht subversiv und kreativ entgegenzustellen? Interview mit Chiara Cassurino, 24 Jahre (Tute Bianche Genua), und Federico Martelloni, 25 Jahre (Tute Bianche Bologna)

»Das Vaterland neu gebären« von Martin Büsser
Programmatisches von Subcomandante Marcos, einem Stichwortgeber der »Globalisierungsgegner«

Berlusconi und Mussolini von Johannes Agnoli, Jürgen Elsässer
Ist das brutale Vorgehen der Polizei in Genau ein Anzeichen für einen Übergang Italiens zu einem neuen Faschismus? Fragen an Johannes Agnoli

Lahme Politik, undemokratischer Markt von Michael Heinrich
Zum Umgang der »Globalisierungsgegner« mit Staat und Kapital

Die Smarten und die Zecken von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 8. Folge: ein bißchen Jugendsoziologie

Genua und Skopje von Jürgen Elsässer
Was tun gegen den Imperialismus, der jetzt »Globalisierung« genannt wird? Eine kleine Polemik zur Generallinie

Die Firma 1 von Klaus Thörner

Eine junge Anwältin und die Mafia: Erster Teil einer Szenenfolge aus der juristischen Karriere der Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Carla del Ponte

Adler und Kuckuck von Conrad Schuhler
Bundeseigentum im Ausland soll zugunsten von NS-Opfern gepfändet werden

Falscher Ort, falsche Zeit von Tjark Kunstreich
Wem eigentlich hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland mit seinem Auftritt beim Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli in Berlin seine Reverenz erwiesen?

»Ambiente schaffen« von Joachim Rohloff
Im neuen Parteiprogramm der Grünen steht alles drin, was in so ein Programm reingehört

Volkssturm aufs Anstandsamt von Eike Stedefeldt

Braune Limonade von Matthias Küntzel
Wie der SPD der 8. Mai 1945 abhanden kam

Lieber reich und gesund als arm und krankModell fitte Mitte von Kirsten Huckenbeck, Thomas Gehrig
KONKRET EXTRAWie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

Lieber reich und gesund als arm und krankBrave New Health Service von Heike Ulatowski
KONKRET EXTRAWie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

Lieber reich und gesund als arm und krankDie Biologisierung des Sozialen von Peter Kratz
KONKRET EXTRAWie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

Ende der »Schonzeit« von Thomas von der Osten-Sacken
Europa und die USA stellen die Mitgliedschaft Israels in der »westlichen Wertegemeinschaft« zur Disposition

»Direkter Angriff« von Andrew Srulevitch, Thomas von der Osten-Sacken
In den Vorbereitungspapieren zur Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen in Durban (31.8.-7.9.) wird Israel als rassistischer Staat, als »barbarisches Projekt« charakterisiert. KONKRET sprach darüber mit Andrew Srulevitch, Mitarbeiter in der Genfer Geschäftsstelle der internationalen, nichtstaatlichen Organisation UN Watch

Späte Rache der SS von Tjark Kunstreich
KZ-Gelände kontra »herrlicher Naturraum«. Die Umgehungsstraßenplaner in Ravensbrück haben’s nicht leicht

Das Pogrom von Zadar von Kurt Köpruner

Vor zehn Jahren vertrieben kroatische Nationalisten die Jugoslawen aus der dalmatischen Hafenstadt. Kurt Köpruner, ein österreichischer Geschäftsmann, der schon seit den achtziger Jahren beruflich viel in Jugoslawien unterwegs war, hatte das zweifelhafte Privileg, die Zerstörung Jugoslawiens vor Ort mitzuerleben. In seinen Ende August erscheinenden Reiseerinnerungen erzählt er anschaulich von Land und Leuten – und berichtet Details, die in der deutschen Presse weder damals noch später zu lesen waren. Das folgende Kapitel handelt von einem anti-serbischen Pogrom im Mai 1991

Trautes Heim von Alexej Pavlov
Ten Years After (IV): Was zehn Jahre Marktwirtschaft aus dem russischen Wohnungsbau gemacht haben

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Kann keine Mauer sein von Rayk Wieland
Kultur-Kolumne

Tautologie und Tapete von Georg Seeßlen
Die Holocaust-Plakataktion hat ihren Zweck erfüllt, indem sie ihn verfehlte. Oder umgekehrt

Goethe-Tours von Michael Rudolf

Beutekunst im Hörsaal der Mörder von Michael Csaszkóczy
Die Eröffnung der »Sammlung Prinzhorn« an der Universität Heidelberg rehabilitiert die nationalsozialistischen Euthanasie-Täter

Ein Stein vom Mond von Ludwig Seyfarth
und andere Neuigkeiten zur neueren Kunstgeschichte

Links & Rights von Holm Friebe

Ideologisch entladen von Elena Lange
Was sieht der poplinke Blick auf Restjugoslawien?

Buch & Deckel von Werner Jung
Fritz und Sieglinde Mierau (Hg.): Almanach für Einzelgänger. Edition Nautilus, Hamburg 2001, 203 Seiten, 39,90 Mark

Buch & Deckel von Michael Rudolf
Max Müller: Café Wolfsburg. Geschichten, Gedichte, Bilder. Verbrecher-Verlag, Berlin 2000, 112 Seiten, 24 Mark

Buch & Deckel von Oliver Tolmein
Erwin Riess: Giordanos Auftrag. Espresso, Berlin 1999, 284 Seiten, 39 Mark

Buch des Monats von Peter O. Chotjewitz
Carlo Feltrinelli:Senior Service. Das Leben meines Vaters. Hanser Verlag, München 2001, 465 Seiten, 49,80 Mark

Where are all these flowers gone? von Peter O. Chotjewitz
Über den alten, neu und gut aufgelegten Roman von Nanni Balestrini: »Die Unsichtbaren«

Bilderkrampf von Jürgen Roth

FilmTheater von Jens Hoffmann
Lumumba

FilmTheater von Vera Kallenberg
Der Kreis

FilmTheater von Tobias Nagl
Suzhou River

Film des Monats von Dietrich Kuhlbrodt
Planet der Affen

Fast menschlich von Gert Ockert
»Final Fantasy«, eine besondere Frisur und das Ende von Hollywood, wie wir es kennen

Dialektisches Demenzdrama von Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus von Frank Schäfer
Halford: Live Insurrection. Metal-isJudas Priest: Demolition. SPVStatic-X: Machine. WeaSpirit Caravan: Elusive Truth. Tolotta

Platte des Monats von Tim Schomacker
Fantômas: The Director's Cut. Ipecac Records/Efa

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/01, S. 3

Felicia Langer

hier konkret

Felicia Langer gilt in Deutschland als wichtige Vertreterin des »anderen Israel«. Sie wurde 1930 in Polen geboren, floh nach dem deutschen Überfall in die UdSSR und zog Anfang der fünfziger Jahre nach Israel. Als Anwältin verteidigte sie jahrzehntelang die Bürger- und Menschenrechte der Palästinenser und erhielt dafür 1990 den Alternativen Friedensnobelpreis. Seit 1991 lebt sie im freiwilligen Exil in Tübingen. Im Herbst erscheint ihr Buch »Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser« (Lamuv-Verlag). KONKRET sprach mit ihr über die Situation im Nahen Osten

konkret: Vor kurzem wurde ein neuer Terroranschlag in einer Pizzeria in Jerusalem verübt, I S Juden starben. Was empfanden Sie bei der Nachricht?

Langer: Viel Trauer, Mitleid und Wut. Aber das Wichtigste, was ich zusagen habe, ist, daß die israelische Politik zur Katastrophe führt und wir mit unschuldigen Opfern zahlen.

konkret: Arafat hatte am Vortag des Anschlages Hamas und Dschihad zur Teilnahme an einer »Regierung der nationalen Einheit« eingeladen. Müßte er nicht nach dieser furchtbaren Bluttat die Einladung zurückziehen?

Langer: Die Bombenleger und diese Anschläge, die ich aufs schärfste verurteile, sind Symptome einer Krankheit. Sie sprechen nur über Symptome und ich spreche über die Wurzel des Übels. Die Wurzel des Übels ist die 34jährige israelische Besatzung. Man muß diese Besatzung und diese Unterdrückung beseitigen, dann kann man dem Terror den Boden entziehen. Arafat kann gar nichts tun. Wir sind zuständig, die Israelis. Und es gibt Friedenskräfte in Israel - Gush Shalom, Frauen in Schwarz, Women's Peace Coalition -, die das ebenso sehen; ihre Losung ist: Die Besatzung tötet uns.

konkret: Müssen diese Positionen in Israel nicht auf taube Ohren stoßen, solange Arafat beispielsweise die Ausbildungslager für Kinder-Terroristen nicht schließen läßt?

Langer: Ich weiß nicht, ob es solche Lager gibt, wo Kinder trainiert werden.

konkret: Das kann man doch jeden Tag im Fernsehen sehen.

Langer: Man zeigt etwas, aber man weiß nicht, woher die Bilder stammen. Ich habe die Unterdrückung und Entwürdigung der Palästinenser 40 Jahre direkt miterlebt. Wir haben eine Situation kreiert, in der die Menschen nichts mehr zu verlieren haben. Die Kinder sind traumatisiert, sie sehen wie ihre Väter geschlagen, ihre Häuser zerstört, ihre Olivenhaine entwurzelt werden. Wenn wir Israelis eine solche Politik weiterführen, wird es immer mehr Kinder geben, die bereit sind zu sterben.

konkret: Woher nehmen Sie die Gewißheit, daß ein israelischer Rückzug aus den besetzten Gebieten Frieden bringen wird? Den Bombenleger-Organisationen Hamas und Dschihad geht es doch gar nicht darum, sie wollen die Zerstörung des Staates Israel.

Langer: Nicht alle in der Hamas sind Terroristen. Es gibt auch Pragmatiker unter ihnen, und auch die werden von Israel mit gezielten Tötungen liquidiert, und auch andere, die mit Hamas gar nichts zu tun haben. Jedenfalls würden Hamas und andere keinen Rückhalt in der Bevölkerung finden, wenn es einen lebensfähigen Palästinenserstaat mit Ostjerusalem als Hauptstadt ,gäbe und die Flüchtlingsfrage gelöst würde. Die Mehrheit der Palästinenser hat sich bereit erklärt, mit einem Staat, der nur 22 Prozent des historischen palästinensischen Gebietes umfaßt, zufrieden zu sein.

konkret: Was gegen Ihre Hoffnung spricht, ist der Rückzug Israels aus dem Südlibanon im Sommer 2000. Der hatte nicht weniger, sondern mehr Terror zur Folge.

Langer: Erstens haben wir jetzt eine fast ruhige Situation im Grenzgebiet zu Südlibanon. Zweitens gibt es dort ein umstrittenes Gebiet um die sogenannten Shaba-Farmen, das die Hisbollah weiterhin als israelisch besetzt ansieht. Und drittens kann man Südlibanon und Palästina nicht vergleichen. Aber ein Segen ist doch, daß dort nicht jeden Tag ein Soldat

stirbt. Wenn wir wenigstens. so eine Situation in Palästina hätten, wäre es schon ein Fortschritt.

konkret: Ist Ihnen als Linke nicht unwohl angesichts der Entwicklung, daß linke Positionen im palästinensischen Widerstand immer mehr durch fundamentalistische verdrängt werden? Droht nicht die Gefahr, daß in Palästina ein Gottesstaat wie im Iran entsteht?

Langer: Ja, Sie haben recht es kann dazu kommen. Und deshalb bin ich für den Frieden. Der Einfluß des Fundamentalismus in Palästina wächst, aber ich beschuldige die israelische Regierung und ihre Vorgängerinnen, daß sie mit ihrer Politik dazu beigetragen haben und beitragen.

konkret: Verstehen Sie, daß die Menschen in Israel sich bedroht fühlen und daß sie von Arafat verlangen, daß er wenigstens die sieben oder acht namentlich be= kannten Rädelsführer des Terrors verhaften läßt?

Langer: Was Sie sagen, ist eine Lappalie. Ich weiß nicht, ob Arafat überhaupt in der Lage ist, irgend jemanden zu verhaften. Er ist so geschwächt, seine Polizei wurde bombardiert, die Zone B wird ständig mit Panzern attackiert. Das wichtigste ist, daß er die Anschläge verurteilt hat.

konkret: Gleichzeitig hat er beispielsweise den Hinterbliebenen des Disco-Bombers von Tel-Aviv ein Kondolenzschreiben geschickt hat, in dem er den Mörder als Märtyrer bezeichnet.

Langer: Ich kenne diese Einzelheiten nicht. Ich weiß nicht, was daran wahr ist. Ich komme noch einmal zur Wurzel des Übels: Nicht Arafat ist das Problem. Israel hat den Schlüssel für den Frieden. Wir, die Israelis, sind die Starken, die fünftstärkste militärische Macht der Welt. Die gewährte Autonomie ist miserabel, die Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt. Man muß den Konflikt auf der Grundlage des Völkerrechts lösen: zwei Staaten für zwei Völker. Und raus aus den besetzten Gebieten, wir haben dort nichts verloren.

Konkret 09/01, S. 4

von konkret

Das einstige Zentralorgan »Neues Deutschland« berichtet über eine Veranstaltung mit seinem langjährigen Israel-Korrespondenten: »Hans Lebrecht wird oft vorgeworfen, nicht ›ausgewogen‹ über die Situation in Israel zu berichten, einseitig für die Palästinenser Partei zu ergreifen. Heftige Kritik erntete er dafür zuletzt von der Zeitschrift KONKRET ... Der Vergleich, den er zieht, ist drastisch: Manchmal fühlt er sich an die Machtergreifung der Nazis erinnert, wenn er den von vielen Israelis vertretenen Standpunkt hört: ›Wir sind stark, wir sind kräftig, keiner kann uns was!‹ Nein, faschistisch sei das israelische Regime keinesfalls, aber es sei ein brutales, kolonialistisches Unterdrückungsregime, wie es die traditionellen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland in vielen Ländern unterhalten hätten.« Haben wir da etwas verpaßt? Sind Briten, Franzosen und Deutsche vor einem Holocaust aus Europa geflüchtet, um auf einem anderen Kontinent eine Kolonie zu gründen?

Beim Barte des Proleten. In KONKRET 1/97 hatte Hermann L. Gremliza in der Kolumne »Tatort Standort« geschrieben:

Im Westen was Neues. An allen Fronten, in Politik und Popmusik, Sport und Wirtschaft, hat ein Kalter Krieg begonnen ... Deutschland, seine europäischen Vasallen im Gefolge, ist eine Weltmacht, und überall, oft noch mit wechselnden, aber eben auch schon schönen Erfolgen, fordert sie die andere heraus: auf dem Balkan, im Nahen Osten, im vorderen Orient, in Osteuropa, in Afghanistan, in China, in Lateinamerika, in der Uno ... Das Schlachtfeld in Deutschlands Kaltem Krieg gegen die USA ist die ganze Welt ...

Viereinhalb Jahre später muß die »FAZ« melden:

Die Liste der Konflikte wird länger/ Immer häufiger nehmen Amerika und Europa bei multilateralen Verhandlungen unterschiedliche Positionen ein / Vom Atomteststoppvertrag über Kleinwaffen bis hin zum Internationalen Strafgerichtshof und dem Klimaschutz – die Liste internationaler Vereinbarungen, die Amerika blockiert oder ablehnt, wird länger. Immer häufiger nimmt Washington bei Verhandlungen über multilaterale Abkommen eine Außenseiter- oder Minderheitenposition ein. Damit befindet sich die amerikanische Regierung nicht nur zunehmend in der Gesellschaft von Ländern, die sie selbst als »Schurkenstaaten« bezeichnet. Auch mit den Europäern, ihren traditionellen Verbündeten, gerät sie regelmäßig in Konflikt ... Das macht die Weltpolitik nicht einfacher.

Jetzt haben es die USA gemerkt. Und die »FAZ« auch.

Manche Bürgerblätter kommen freilich schneller auf KONKRET-Niveau als die »FAZ«. Im letzten Heft veröffentlichte Jürgen Elsässer einen Beitrag über »die balkanische Zigarettenmafia und ihre politischen Helfer«, insbesondere den montenegrinischen Präsidenten Djukanovic und den serbischen Premier Djindjic (»Arturo Ui in Belgrad«). 14 Tage nach Erscheinen von KONKRET druckte die »Financial Times Deutschland« eine gut recherchierte Story über die »Montenegro-Connection«; die Autoren stellen fest, »daß sich die politischen Hoffnungsträger des Westens auf dem Balkan in ein Netz verstrickt haben, das sie über Jahre selbst gesponnen haben: allen voran Montenegros Präsident Milo Djukanovic und Serbiens Premier Zoran Djindjic – zwei Politiker, die vom Westen zu Garanten eines demokratischen Neuanfangs stilisiert werden.«

Willkommen im Club. Vielleicht wird ja ein Joint Venture draus?

KONKRET hat in der letzten Ausgabe Milosevics Rede auf dem Amselfeld vom Juni 1989 dokumentiert; ein fleißiger Leser hat unsere Übersetzung mit der in einer französischen Buchausgabe verglichen und herausgefunden: »Sie stimmen überein.« Im Vorspann ist uns allerdings ein Irrtum unterlaufen: KONKRET ist zwar die erste deutsche Zeitschrift/Zeitung, die die Rede im vollen Wortlaut gedruckt hat, doch die deutsche Erstveröffentlichung fand an anderer Stelle statt: im auch ansonsten nützlichen Buch von Ralph Hartmann, dem letzten DDR-Botschafter in Belgrad, *Die glorreichen Sieger – Die Wende in Belgrad und die wundersame Ehrenrettung deutscher Angriffskrieger* (Dietz, Berlin 2001).

»Viel besprochen, trotzdem lesenswert ist Jürgen Elsässers Band *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt«* (konkret texte 27), meldet »Illoyal – Zeitschrift für Antimilitarismus«. Der Autor liest aus seinem Buch und referiert zur aktuellen Lage in Mazedonien, und zwar am 3. September in Darmstadt (19.30 Uhr, Justus-Liebig-Haus), am 4. September in Bargteheide bei Lübeck (19 Uhr, Stadthaus am Markt), am 6. September in Bremerhaven (20 Uhr, Pferdestall, Gartenstraße) und am 19. September in Moers (20 Uhr, Libertäres Kulturzentrum, Bismarckstr. 41a Hinterhaus – Zugang über Barbarastraße).

Lesung und Diskussion mit Hermann L. Gremliza: »Antisemitismus und Antizionismus – Die deutsche Linke und der Staat Israel«, am 30. August in Saarbrücken (20 Uhr, Stadtgalerie, Sankt-Johanner-Markt).

Konkret 09/01, S. 6

an konkret

Gott oder Teufel?

KONKRET 8/2001: Interview mit Sahra Wagenknecht

Endlich oder schließlich greife ich zur »Feder« und schreibe mir den Frust von der Seele. Es geht um die Glaubwürdigkeit einer »linken« Zeitschrift. Hier die Argumente: »KONKRET Gespräch«, warum unterschreiben Sie sich nicht? Warum soll das ein Geheimnis sein? Das Gespräch haben Sie mit einem Foto der Frau Wagenknecht illustriert, genauer: es manipuliert! Uns, die Leser, belogen, irregeführt nach alter »kapitalistischer Art«! Es ist kein wahres Foto, sondern eine Montage der KONKRET-Redaktion! Warum bedienen Sie sich solcher Methoden?

Die erste Frage: »Wann werden Sie sich bei Frau Merkel und Herrn Westerwelle für die Verbrechen der DDR entschuldigen?« Wobei Sie ganz gut wissen, daß es sich um eine Entschuldigung gegenüber des Deutschen Volkes handelt. Die Mauer-Bauer waren die Kommunisten der DDR und sowjetische Kommunisten gemeinsam, weil die Arbeiter, also die Proletaria, vor dem Kommunismus leider Reißaus nahmen. Mein Gott oder Teufel, warum soll das in die Vergessenheit geraten? Betreiben Sie Geschichtsfälschung?

Karl Cepl

Waiblingen

Nein. – d. Red.

Frau Wagenknecht irrt sich, wenn sie sagt, »die DDR hat die Welt von deutschen Soldaten verschont«. Die DDR beteiligte sich an der Aggression des Warschauer Paktes gegen die Tschechoslowakei im August 1968. Zum erstenmal seit 1945 marschierten damals deutsche Soldaten auf ein fremdes Territorium ein.

Ivan Dvorsky

Lörrach

Die ausländischen Wörter haben auch ein Recht auf Rechtschreibung. Wir sünd ja ganz Genaue, sonst. Und die Höter der duitschen Richtschreibung, unter anderem. Nichts dagegen, wenn Ihr mal aus Versehen Suzieldumokrotische Purtai schriebet (man wüßte trotzdem, was gemeint ist, und müßte vielleicht lachen), aber Refundazione communista kommt mir reichlich spanisch vor, wo es sich doch wohl um die italienischen Genossen von der Rifondazione handeln soll. Aber im großen Ganzen war’s recht.

Reinhard Truckenmüller

per E-Mail

Ob oder Wie?

KONKRET 8/2001: »Gruppenbild mit Nazisse« von Peter Bern

Peter Bern suggeriert, am Fachbereich Geschichte der Uni Hamburg habe sich eine breite Front – die »es nicht mehr so genau wissen will« – gegen antifaschistische Aktionen gebildet, die – durch »patriarchale Reflexe« geleitet – »Nazikader« vor »diskriminierenden Akten« in Schutz nimmt. Dabei begnügt sich der Autor bei seinem Artikel mit Quellen wie »Hamburger Abendblatt« und »Allegra« aus dem Hause Springer.

Tatsächlich geht es um einen innerlinken Konflikt. Nicht ob, sondern wie gegen neofaschistische Tendenzen vorzugehen ist, war Kern der Debatte. Reicht es, sich über das »Problem Inge Nottelmann« Gedanken zu machen und »alle Anständigen« aufzufordern, »aufzustehen« – und somit im Habitus der »Antifa«-Kampagne der Bundesregierung zu verharren? Oder muß es nicht vielmehr Ziel sein, über die sozioökonomischen Grundlagen von Neofaschismus aufzuklären, um es allen zu ermöglichen, nicht nur die Exponierten der Skinhead-Szene anzugreifen, sondern auch den Brandstifter im Gewand des Biedermannes? Nur mit letzterem begreift man den (Neo-) Faschismus nicht als »Devianz«

der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sondern als deren brutalste Zuspitzung und damit dieser Gesellschaftsform immanent.

Da es der Fachschaftsrat Geschichte – entgegen der Meinung Peter Berns – doch »genau wissen will« und noch Hoffnung »für die Zukunft der Hamburger Geschichtswissenschaft« hegt, führt er im Wintersemester eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel »Rassismus, Faschismus und bürgerliche Normalität« durch. Themen werden u. a. die Renaissance der Totalitarismustheorie, der Zusammenhang von Rechtsextremismus und Neoliberalismus, Universitäten im NS sowie der Kosovo-Krieg und seine Implikationen für die (neue) deutsche (Außen-)Politik sein.

Fachschaftsrat Geschichte

Universität Hamburg

Irrtum oder Versäumnis?

KONKRET 8/2001: »Neues über Krieg und Tod« von Jan Süselbeck

In dem Artikel ist von der »SS-Division Skanderberg« die Rede. Der Name stimmt nicht. Der albanische Kämpfer aus dem 15. Jahrhundert heißt Skanderbeg, deshalb richtig: SS-Division Skanderbeg. Falls der Fehler bereits in der Broschüre der Bundeswehr steckt, hätte Süselbeck darauf hinweisen müssen.

Christian Hartwig Wilke

Nürnberg

Selbstbestimmung oder Reaktion?

KONKRET 7/2001: »Deckname Humanismus« von Peter Kratz

Für mich als Antifaschisten und engagierter linker Politiker ist es unerträglich, wie Herr Peter Kratz den Humanistischen Verband diffamiert. Wichtig ist mir, daß eine bedeutende linke Zeitschrift nicht weiter Fehlinformationen verbreitet. Der Humanistische Verband Deutschlands ist zum großen Teil aus der Freidenkerbewegung entstanden und versteht sich selbstverständlich als antifaschistische Organisation.

Selbstverständlich setzen wir uns für ein Selbstbestimmungsrecht auch in der Frage des eigenen Todes ein. Daraus kann doch aber kein vernünftiger Mensch eine antihumane und faschistische Position konstruieren, wie es Herr Kratz tut. Im Gegenteil, es war immer ein Anliegen der Linken, den Kirchen ihre Anmaßung auf religiöse Fremdbestimmung des Menschen streitig zu machen. Ich bin der Meinung, politische Gegensätze in unseren Reihen dürfen keinesfalls mit der Keule des latenten Faschismusvorwurfs ausgetragen werden.

Bruno Osuch

Landesvorsitzender des Humanistischen Verbands Deutschland

Berlin

Im Artikel ist vom »Marburger Philosophieprofessor Joachim Kahl« die Rede. Aufgrund bekannter Zeitumstände konnte Kahl nie Professor werden.

Georg Fülberth

Marburg

Platonisch oder mehr?

KONKRET 7/2001: »Ich rat’ euch, SPD zu wählen« von Hermann L. Gremliza; »Ankunfts-Potpourri« von Georg Fülberth

Auf die Wahlaufforderung von Gremliza bin ich natürlich nicht hereingefallen. Aber er hat sich diesmal wirklich Zeit genommen, den Zufallskäufern den wohlverdienten Schock zu versetzen. Was mir gut gefallen hat, war das zur Kolumne passende Foto mit Tomayer in »von KONKRET«. Hätte aber besser gleich auf die Kolumnenseite gehört.

Jetzt habe ich noch eine ganz indiskrete Frage: Ist das Werben des Herrn Fülberth um die Gunst des Herrn Hacks noch platonisch zu nennen? Auf Seite 30 hat er ihn nämlich schon wieder zitiert!

Dietmar Schmidt

per E-Mail

Dreck oder Halle?

KONKRET 8/2001: »Bilder keiner Ausstellung« von Rayk Wieland

Rayk Wieland hat über Willi Sitte geschrieben, um das Auftragswerk *Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunst in der DDR* von Paul Kaiser und Karl-Siegbert Rehberg als »differenzierte Darstellung des Auftragswesens in der DDR-Kunst« bezeichnen zu können. In seinem Beitrag denunziert er »die ganze Mittelmaß-Idee«, die Sitte bei Carl von Ossietzky gefunden hatte, als »rundum mittelmäßig« und versucht, das Werk »Erdgeister« (1990) neu zu interpretieren. Dabei unterschlägt Wieland das wichtige Bild »Selbstbefragung« (1992), das ebenfalls im Sitte-Buch Herr Mittelmaß 1949-1995 abgedruckt ist. Willi Sitte steckt nach dem Nürnberger »Symposion« mitnichten, wie Wieland behauptet, mit dem Kopf im Dreck, sondern malt in seinem Atelier in Halle. Zum Beispiel »Herrn Mittelmaß als Feigling«.

Joachim Jahns

Verleger des Dingsda-Verlages Querfurt

Konkret 09/01, S. 9

Hermann L. Gremli□ a

Die Stimme des Herrn

George W. Bush, kolportiert eine hämische Presse, habe einen Intelligenzquotienten von 91 Punkten; der Durchschnittswert seiner Landsleute liege bei hundert. Eine Banane zu schälen, braucht's einen IQ von 30. Kann der Präsident des mächtigsten Staates der Welt auf drei (Bananen bzw. Republiken) zählen?

Unzweifelhaft ist George W. Bush ein Idiot. Es gibt Leute, die daraus den Schluß ziehen, die mächtigste Bourgeoisie der Welt habe ihr Schicksal in die Hand eines Deppen gegeben. Diese Leute, sie verstehen sich als kritische Intellektuelle, sind dümmer als George W. Bush. Sie glauben, der Präsident des mächtigsten Staates sei der mächtigste Mann der Welt. Des Rätsels Lösung, daß der Präsident der USA den mächtigsten Mann nur darstellt, ist dem Redaktör zu schwör. Nichts von dem, was der Präsident der USA tut, außer vielleicht Praktikantinnen ficken, tut er aus freien Stücken, zu allem wird er angeleitet. Die Frage ist erstens von wem und zweitens wie.

Von wem, das ist schon gesagt: von der Bourgeoisie, genauer vom Kapital. Wie formuliert ein objektives Verhältnis seinen Willen, und wie teilt es ihn mit? Existiert eine geheime Gesellschaft der größten Aktionäre, deren Abgesandter einmal wöchentlich im Schutz der Nacht Auftrag und Honorar überbringt? Es soll vorgekommen sein. In Kohls erster Regierungszeit, heißt es, sei Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank und also das Kapital in Person, einmal die Woche in Bonn gewesen, um dem gern gefälligen, aber etwas beschränkten Kanzler die Richtlinien der Politik zu buchstabieren, eine Arbeit, die er im Lauf der Zeit, entnervt, einem Angestellten übertragen habe. Aber vielleicht ist das nur üble Nachrede, und es war schon bei dem Kanzler der Einfältigkeit nicht anders, als es bei dem würdigen Nachfolger ist. Nämlich so:

Es steht, was der Kanzler zu tun hat, in der Zeitung. In welcher und wo? Auch das Gute ist nicht immer und überall. Es gibt ein Blatt, in dem sich, zum Ärger der neidischen Konkurrenz, die vergebens strebt, die deutsche Bourgeoisie über sich selbst verständigt. Das ist die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Was, in einer Frage von Bedeutung, versteht sich, dort gedruckt wird, ist nur zufällig die Meinung irgendeines Journalisten. Es ist die An- und Absicht der herrschenden Klasse. Nicht jeder Redakteur freilich ist der Moses, der den Volksvertretern die Tafeln mit den Geboten des Herrn bringt, der über ihnen wohnt. Nur wenige sind auserwählt, und es läßt sich nicht sagen, auf welche Weise: durch den Zufall, der sich mit C und v schreibt (wie Cartellverband), durch Analyse des Erbguts, Examina, Feuerproben oder Osmose. Am Ende heißen sie zumeist Herausgeber. Sie sagen dem Innenminister, wer nach Deutschland einreisen und hier arbeiten darf, und dem Außenminister, wann er wo Krieg führen soll.

Nicht alle Boten sind als Herausgeber gekennzeichnet. Gerade der wichtigste, der die Weisungen des Kapitals in dessen eigenster Sache überbringt, verbirgt sich hinter einem ganz unauffälligen Titel: »Redakteur für Wirtschaftspolitik und Koordination« und tritt unter einem Namen auf, den ihm ein geheimer Dienst gegeben haben könnte: Barbier. Dr. Hans D. Barbier. Beim MfS hätte er IM Figaro geheißen.

Hans D. Barbier ist kein Lobbyist, keiner der neurotischen Wadenbeißer oder Spendierhosenträger vom Typ Henkel oder Brauchitsch, die den Extraprofit für ihre kleine oder größere Klientel herausschlagen, indem sie das Gesetz, welches das Nähere regelt, in die Hand nehmen. Die Sorte arbeitet gern mit der Drohung, dem renitenten Minister bzw. seiner Partei von der Meute geschmierter und gesalbter oder in Ehren verblödeter Journalisten die Schuld an den schmerzlichen Seiten der Kapitalakkumulation zuschreiben zu lassen: an Armut, Inflation, Erwerbslosigkeit. Eben so, wie man es täglich in »Welt«, »Westfalenpost« oder »Frankfurter Rundschau« liest. Es ist Willkür, alle wissen es und reagieren, ihrem Charakter entsprechend, mal wie sie wollen, mal wie sie sollen.

Anders, wenn das Kapital selber spricht. Über so Dummheiten wie die, daß das Auf und Ab der Konjunktur vom Handeln der Regierung abhinge, ist seine Stimme erhaben. Sie erhebt sich nicht wie die der »Süddeutschen Zeitung«, um zum Zwecke des Aufschwungs eine »Bewußtseinsrevolution« zu verlangen, oder die der »Welt«, um einem Horst Möller vom »Handelsunternehmen Möller & Förster«, einer Klitsche mit ein paar hundert Angestellten, die Gelegenheit eines Interviews zu geben, in dem er der Bundesregierung »mit einem Investitions- und Einstellungsstopp für mindestens ein Jahr« droht.

Wenn das Kapital, das heißt Hans D. Barbier, selber spricht, ist für Rücksichten auf die Beschwörungsformeln der Kollegen weder Zeit noch Platz: Wohl wahr, die »wiedererwachte Zyklik der Konjunktur« sei dem Kanzler »nicht hold«. Aber »die Schuld am konjunkturellen Abschwung« liegt »nicht bei der Regierung – jedenfalls nicht in dem platten Sinne, sie habe durch offenkundig falsche Grundentscheidungen diesen Abschwung in Gang gesetzt oder herbeigeführt«, sondern: »Was zunächst in Amerika, dann in Europa je nach ökonometrischem Schätztemperament als Delle, Schwächephase oder Talfahrt mit rezessiven Zügen diagnostiziert worden ist und wird, ist der erste Abschwung in der Ära der New Economy.

Die Zyklik, die ... das arbeitsteilige Wirtschaftsgeschehen seit je begleitet, ist nicht außer Kraft gesetzt.« Was im Abschwung sich vollziehe, seien fällige »Korrekturen einer ungestümen Überkapitalisierung und die damit einhergehenden Marktbereinigungen«.

Des Kapitals Schreiber scheint auch sein Leser gewesen zu sein, und ein besserer als der ehemalige »Marxist«, der als Kanzler das Versprechen gab, die Zahl der Arbeitslosen unter 3,5 Millionen zu senken, was man, wie das Kapital sagt, »je nach Neigung als Ausdruck überständiger Jungenhaftigkeit oder als Ausfluß einer macherischen Großspurigkeit deuten« kann. Und darum ergeht – Von: Kapital c/o Barbier. An: Rotzlöffel c/o Bundeskanzleramt – die Hausmitteilung:

Der Bundeskanzler mag in Versuchung geraten, der Erfüllung seines Beschäftigungsversprechens mit allerlei Tricks und Mittelchen nachzuhelfen. Doch der gestirnte Himmel der Konjunkturen bewahre uns vor einem Schröder-Zyklus. Mehr öffentliche Aufträge bedeuten höhere Schulden heute, höhere Zinsen morgen und höhere Steuern übermorgen. Das hilft jetzt nichts gegen den Abschwung und belastet die Kräfte des nächsten Aufschwungs ... Wenn Gerhard Schröder Mut unter Beweis stellen will, dann sollte er den Wählern keine Beschäftigungswetten anbieten, sondern ein Reformprogramm: Reformen für mehr Flexibilität. Mancher wäre dann vielleicht sogar geneigt, die törichte Beschäftigungswette zu vergessen. Aber nur dann.

Jetzt weiß Schröder, was er darf und was nicht. Ungewiß ist nur, ob er die Ware kauft wie besehen oder ob er einen Rabatt erhandeln will. Mit seinem Angebot, das man nicht ablehnen kann, rutscht Barbier ein wenig aus seiner Rolle des Götterboten in die des Schutzgeld-Eintreibers, der Schröder vor die Wahl stellt: als Versager (in einer Sache, die, wie zuvor gesagt, nie die seine war) vorgeführt zu werden oder ein Lösegeld zu zahlen, und zwar in Form einer drastischen Senkung des Lohnniveaus. Denn das ist es, was die Reformen für mehr Flexibilität bedeuten, ob sie von Barbier vorgeschlagen werden oder von Stoiber, Westerwelle oder der grünen Haushaltsexpertin. Mehr Arbeitsplätze (und also weniger Arbeitslose) gibt es bei sehr viel geringeren Löhnen, und zwar sofort. Wenn ein Unternehmer für eine Summe von monatlich 100.000 Mark brutto statt, wie heute, 15 Leute, ab morgen 25 ausbeuten kann, wird er mindestens fünf, vielleicht sogar zehn neue einstellen.

Es ließe sich fragen, was das die Regierung angehe. Die Lohnhöhe sei doch eine Sache, die es zwischen Unternehmern und Gewerkschaften auszuhandeln gelte. Das ist im Prinzip Eriwan. Denn stimmten die Gewerkschaften einer solchen Lohnsenkung zu, käme das ihrer Selbstauflösung gleich. Da hilft also – fast wie im Sozialismus – nur noch der Staat. Streicht er jedem Arbeitslosen, der nicht jede Arbeit zu fast jedem Hungerlohn annimmt, die Unterstützung, entsteht über Nacht ein ganz neuer Arbeitsmarkt auf einem ganz neuen Lohnniveau. Die Konjunktur ginge rauf und runter wie zuvor, die Armen würden – wie in den USA, wo die Reformen für mehr Flexibilität schon stattgefunden haben – ärmer, hätten aber ganz viel Arbeit, die Reichen würden noch reicher und hätten endlich keine Not mehr an Personal – nicht für die Fabrik, nicht für Haus und Garten, und auch an Austrägern der »Zeitung für Deutschland« wäre nie wieder Mangel.

Konkret 09/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Ich will Regierender Bürgermeister einer kapitalistischen Metropole werden

---

Gregor Gysi

Fischer's friends

5. Juli, ARD-Magazin »Monitor«:

In den USA inzwischen verboten, in Deutschland nach wie vor Alltag. Spendensammeln für die UCK ... Nachfragen beim Bundesinnenministerium in Berlin. Spendensammeln für die UCK, sagt man uns hier, sei in Deutschland nach wie vor legal.

Deutlich präziser und auskunftsfreudiger ist das nordrhein-westfälische Innenministerium. Auf Anfrage von »Monitor« erklärte man hier: »Seit sich die Spannungen in Mazedonien, Südserbien oder dem Kosovo weiter zugespitzt haben, sind ein größeres Spendenaufkommen und stärkere einschlägige Aktivitäten der in Deutschland lebenden Kosovo-Albaner festzustellen.« Professor Wolf Oschlies, Stiftung Wissenschaft und Politik: »Alles, was hier eingesammelt wurde an Geld, hat etwa ein Drittel des Finanzbedarfs der UCK ausgemacht ...«

Deutsche Kfor-Soldaten im Grenzgebiet des Kosovo zu Mazedonien. Die Region ist das Rückzugsgebiet der UCK-Kämpfer ... Die zu überwachen sei schlicht unmöglich, sagt die Kfor, man kenne nicht alle Übergänge. Dabei hatte das mazedonische Verteidigungsministerium bereits im April dieses Jahres eine Liste für die deutsche und die amerikanische Kfor-Truppe erstellt mit den illegalen Grenzübergängen aus dem Kosovo, die von der UCK benutzt werden. Diese Liste ... enthält ... die genauen Koordinaten der UCK-Schleichwege vom Kosovo nach Mazedonien. Dringender Handlungsbedarf also für die deutschen Kfor-Soldaten: Sie könnten illegale Grenzübertritte von UCK-Kämpfern und damit Terroranschläge verhindern.

Unerwünschte Leichen (1)

20. Juli, Deutsche Welle (englisch):

Mitglieder der UN-Mission im Kosovo haben ein Massengrab entdeckt, daß die Leichen von 700 bis 800 Serben enthalten dürfte, die seit 1999 vermißt werden.

Unerwünschte Leichen (2)

21. Juli, DPA:

Die Uno-Mission im Kosovo hat einen Belgrader Bericht über die Auffindung eines neuen Massengrabes mit bis zu 900 Leichen als falsch bezeichnet. Der Belgrader Sender B-92 hatte berichtet, nahe Suva Reka sei ein Massengrab entdeckt worden. Es könne sich um ermordete Kosovo-Serben handeln, war Monique Feinberg, Sprecherin des Unmik-Büros für vermißte Personen, zitiert worden. Diese Nachricht wurde jetzt dementiert.

Unerwünschte Leichen (3)

21. Juli, Serbia-info.com:

Einige Unmik-Offizielle stritten am Freitag den Bericht über ein Massengrab in Suva Reka ab und behaupteten, daß ... die Stellungnahme der Leiterin des Unmik-Büros für vermißte Personen, mißinterpretiert worden sei. Doch Radio B-92 wiederholte Feinbergers Stellungnahme: » ... Zwischen 850 und 900 Leichen sind dort begraben. Die Leichen sind nicht identifiziert, das heißt, wir haben keine Ahnung von der Identität der Begrabenen. Sie könnten zu jeder Ethnie gehören; und doch vermuten wir, daß es Leichen von Serben und anderer (nicht-albanischer; Anm. d. Red.) Minderheiten sind«, sagte Feinberger.

Aus dem Totalitarismus-Zoo

23. Juli, »Der Spiegel«:

Auf Tagungen überrascht der alte Professor (Günter Tenbrock) mit einer neuen Passion ... »Wollt ihr den totalen Krieg?«, so dozierte er kürzlich, ähnele wie Honeckers »Es lebe der 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik« dem Schrei des aufgeregten Schimpansen, der bei Rangkämpfen seine Truppe zur Geschlossenheit antreibt. Tatsächlich zeigen Tenbrocks Sonogramme ähnliche Kurven: Wie die Goebbelssche Schreistimme schlägt auch die Honeckersche aus bis zu Frequenzen von 400 Hertz ... Tenbrock läßt den Kopf zur Mimikry zurückschnellen: »Es – lebe – der vierzigste – Jah-restag der Deut-schen De...« Er hält inne und grinst. »Und nun liegt er mit im Tierstimmenarchiv, der Honecker.«

Justizirrtum

25. Juli, »Süddeutsche Zeitung«:

Ein Niederländer, der nach eigenen Angaben als Scharfschütze im Kosovo in den vergangenen Jahren 74 serbische Soldaten und Polizisten erschossen haben will, soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft vorläufig auf freien Fuß gesetzt werden ... Da die Untersuchung gegen ihn noch lange dauern könne, solle er von der Untersuchungshaft verschont werden.

Hier schmunzelt der Nazi

26. Juli, »Die Welt«:

Als Antifaschismus noch kein Deppensport war – Ein Film über die Wiedererweckung der Legende Woody Guthrie durch die Popkultur.

Fremdenfeindlichkeit im Alltag: Modellprojekt in NRW

(»Berliner Zeitung«)

Heilungsprozeß

26. Juli, »Bild«:

»Bild« sagt Entschuldigung – Die Staatsanwaltschaft Dresden hat die Ermittlungen zum Tod des 6jährigen Joseph Abdulla eingestellt. Es steht endgültig fest, daß der Junge Opfer eines Badeunfalls geworden ist ... Nachdem die Justizbehörden am 22. November 2000 Haftbefehle gegen drei Verdächtige ausgestellt hatten, berichtete »Bild« einen Tag später über die Ereignisse von Sebnitz und auch über den Verdacht, daß die Bürger der Stadt den Fall totgeschwiegen hätten. Da dies nach den ausführlichen Ermittlungen nicht der Fall war, entschuldigt sich »Bild« bei den Bürgern von Sebnitz ... »Bild« wird den Sebnitzern aktiv helfen, etwa im Kampf gegen die schlimme Jugendarbeitslosigkeit in ihrer Region und beim Bau eines Kinderspielplatzes. Und »Bild«wird journalistisch aktiv ein deutsch-deutsches Jugendcamp unterstützen, das junge Menschen aus Ost und West zusammenführen soll. All das bringt den kleinen Joseph nicht seinen verzweifelten Eltern zurück. Es könnte jedoch helfen, eine deutsche Wunde zu schließen. Jetzt sollten endlich alle, auch andere Medien, den Sebnitzern die Hand reichen.

Wir geben nichts

30. Juli, »Der Spiegel«:

... was tut die rotgrüne Regierung eigentlich für die ärmsten Länder der Welt? Noch immer fallen die Handelshemmnisse nur schleppend, vor allem aber geriet der Etat für das Entwicklungshilfeministerium (BMZ), gemessen am Gesamthaushalt, so niedrig wie seit 35 Jahren nicht mehr: Auf 7,03 Milliarden Mark straffte Eichel den BMZ-Haushalt für 2002. Der betrug schon 2000 nur noch 0,27 Prozent des Bruttoinlandprodukts – weit weg vom 0,7-Prozent-Ziel, an dem die Deutschen rhetorisch immer noch festhalten, und weit hinter Schweden und den Niederlanden, aber auch hinter der Schweiz und Frankreich. Die Ministerin leistete zwar Widerstand – doch vergebens. Ein Machtwort des Kanzlers (»Das bleibt so«) erledigte die Debatte ... In ihrer Koalitionsvereinbarung hatten die rotgrünen Wahlsieger noch angekündigt, »den Abwärtstrend des Entwicklungshaushaltes umzukehren«.

Ein Völkermord weniger

30. Juli, »Frankfurter Rundschau«:

Das US-Außenministerium will die Verbreitung offizieller Regierungsdokumente verhindern, die die amerikanische Beteiligung an der Niederschlagung der kommunistischen Opposition in Indonesien in den 60er Jahren belegen ... Ein Dokument ... deutet nach den Zeitungsberichten darauf hin, daß die USA der indonesischen Armee Listen mit Namen von

Mitgliedern der Kommunistischen Partei übergaben. Die meisten wurden anschließend ermordet. Ihre Zahl wird auf zwischen 100.000 und einer Million geschätzt. Ein abgedrucktes Memo des damaligen Botschafters in Jakarta, Marshall Green, enthält die Empfehlung, dem Anführer einer armeenahen Todesschwadron 50 Millionen Rupien zu zahlen.

Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen ihre Westgrenze nicht schließen – sie hätten ein Recht dazu

---

(US-Senator Albright, Kennedy-Vertrauter, zwei Wochen vor dem Mauerbau 1961)

Eins, zwei, viele Milosevics

30. Juli, »Der Spiegel«:

Europa-Reisen drohen Spitzenpolitiker und Generäle in die Bredouille zu bringen. In Jerusalem wächst die Furcht vor Anklagen gegen israelische Offizielle, seit europäische Menschenrechtsaktivisten mit juristischen Mitteln gegen den jüdischen Staat mobilmachen. In Brüssel wird bereits gegen Premier Ariel Sharon ermittelt ... In Kopenhagen steht Israels neu ernannter Botschafter für Dänemark, Karmi Gillon, im Kreuzfeuer. Dem früheren Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet wird Mitverantwortung für die Folterung palästinensischer Häftlinge vorgeworfen ... Möglicherweise könnten auch Klagen gegen den israelischen Armeechef oder den Befehlshaber der Luftwaffe erhoben werden, weil sie Kampfbomber auf palästinensische Städte feuern ließen.

Wahre Propaganda

30. Juli, »Hamburger Morgenpost«:

Deutschland trauert um Peter Zahn ... Der 1913 als Offizierssohn in Chemnitz geborene Doktor der Philosophie kam eher zufällig zu seinem Reporter-Beruf. Als Kriegsberichterstatter in einer Propagandakompagnie der Wehrmacht ... »Ich war mein Leben lang ein Wahrheitssuchender«, sagte der Vater von drei Kindern.

Reiten für Deutschland

3. August, »Financial Times Deutschland«:

Beim Deutschen Derby am Sonntag in Berlin trägt der große Favorit einen noch größeren Namen: Oscar Schindler.

Schurkenstaat

3. August, »Süddeutsche Zeitung«, Arthur Miller im Interview:

Diese Wahl (US-Präsidentschaftswahl 2000; Anm. d. Red.), das war wie in Guatemala. Und da stellen wir uns hin und belehren irgendwelche kleinen Länder, wie man Wahlen abhält ... was da sichtbar wird, ist eine Art Putschismus ... Am meisten alarmiert hat mich, daß dreißig oder vierzig junge Republikaner vor dem Nachauszählungsbüro in Florida herumbrüllten, gegen die Türen hämmerten und verlangten, die Zählung zu stoppen. Mir sträubten sich die Nackenhaare, weil ich an Deutschland 1930 denken muß-

te ...

Freie Auswahl (1)

6. August, »Die Welt«:

Höchster Krankenstand seit fünf Jahren – Die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen.

Freie Auswahl (2)

7. August, »Hamburger Abendblatt«:

Der Krankenstand in den deutschen Betrieben ist im Juli auf den niedrigsten Stand seit 31 Jahren gesunken.

Vorschlag zur Güte

7. August, »Süddeutsche Zeitung«:

Nach den Krawallen beim G8-Gipfel in Genua hat der kubanische Staatschef Fidel Castro ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der reichsten Industriestaaten in einer Raumstation vorgeschlagen. Im All, so Castro, seien sie vor randalierenden Globalisierungsgegnern sicher ... In der Gruppe der reichsten Industriestaaten gebe es »sieben Dicke und

einen Doofen«, sagte Castro weiter.

Freiheit hat ihren Preis

8. August, »Frankfurter Rundschau«:

Wie marode ... der gesellschaftliche Unterbau des russischen Staates ist, zeigen viele Indizien an. Die Lebenserwartung ist alarmierend gesunken. Der Ausbruch der Cholera in Kasan hängt nicht nur mit einer außergewöhnlichen Hitzewelle zusammen, sondern – vor allem – mit dem skandalösen Zustand der Kanalisation, wiederum einem Anzeichen für die sträfliche Vernachlässigung der technisch-zivilisatorischen Einrichtungen ... Die raubkapitalistische Ausplünderung Rußlands hat schon unter Michail Gorbatschow begonnen. Im Jelzin-Jahrzehnt hat sich die Staatsmacht mit den postsozialistischen Leichenfledderern gemein gemacht.

Feigheit vor dem Freund

9. August, »Hamburger Abendblatt«:

Ein Versorgungskonvoi deutscher Soldaten der Kosovo-Friedenstruppe Kfor ist gestern nur knapp einem Hinterhalt albanischer Rebellen in unmittelbarer Nähe ihres Truppenlagers in Mazedonien entkommen. Zwei Kilometer von der Kaserne auf dem Berg Erebrino entfernt hatten Kämpfer der Untergrundarmee UCK einem mazedonischen Militärkonvoi aufgelauert. Die deutsche Kolonne erkannte die schweren Gefechte gerade noch rechtzeitig und konnte unbeschadet in ihr Feldlager zurückkehren.

Der Globalkapitalismus hat den Reichtum vieler gemehrt und den Abstand zu den Ärmsten dennoch vergrößert

---

(»Der Spiegel«)

Konkret 09/01, S. 12

Dario Azzelini

»Viva Pinochet«

Chilenische Zustände in Genua, eine zahnlose Opposition in Rom und Spitzenleistungen der deutschen Medien – beim G8-Gipfel hat die europäische »Zivilgesellschaft« gezeigt, was in ihr steckt

Der G8-Gipfel ist vorbei. Hunderte von Verletzten, ein Toter, zwei Wochen später immer noch 49 Inhaftierte und acht Verschwundene lautet die Bilanz. Anwälte hatten tagelang keinen Zugang zu Inhaftierten, ebenso erging es unabhängigen Ärzten, die Verletzte in Gefängnissen aufsuchen wollten, die teilweise mit gebrochenen Knochen über Tage ohne medizinische Hilfe blieben. Paolo Cremonesi, Oberarzt des Hospitals von Voltri und Koordinator der Hilfsleistungen für die Opfer in der von der Polizei überfallenen Schule Diaz, berichtet: »Wir haben gearbeitet wie in einem Feldlazarett nach einer Schlacht, es sah aus, als sei eine Bombe explodiert. Irgendwann hatten wir nicht einmal mehr Schienen und haben gebrochene Knochen mit harten Buchumschlägen aus der Schule geschient.«

Die 20.000 eingesetzten Polizisten erfüllte dies offensichtlich mit Freude und Stolz. Bereits am Samstag abend (21.7.) erhoben sich aus der Sporthalle »Palasport« des Messegeländes – einer der Sammelplätze der Polizeikräfte – Jubelchöre wie bei einem Fußballspiel. Hunderte Polizisten brüllten »Polizia eh eh«, hüpften durch die Halle und riefen »Wer nicht springt, ist Kommunist«. So beschreiben übereinstimmend nahezu ein Dutzend Anwohner eine lautstarke Feier der Polizei, die von 23 Uhr bis etwa 2 Uhr nachts dauerte. 70 der 270 in Genua eingesetzten Polizisten aus Bologna bestellten bei einer Textildruckerei ein T-Shirt als Andenken. Die eine Version zeigt einen am Boden liegenden Demonstranten, auf den ein Polizist in Robocop-Ausrüstung einprügelt, die andere das Polizeilogo und ein gepanzertes Fahrzeug. Beide ziert der gleiche Schriftzug: »G8, Genua, Juli 2001. Ich war dabei«.

Inhaftierte Demonstranten beschreiben, wie die Polizisten immer wieder den Arm zum faschistischen Gruß hoben, wie sie immer wieder Beschimpfungen wie »scheißjüdische Zigeunerin« ausstießen. An den Wänden der Reviere sahen die Festgenommenen Fotos von Mussolini und der deutschen Wehrmacht. Auf der Rückseite eines verlorengegangenen Ausweises eines Carabinieri fand sich ein Bild des Duce. Ein Einsatzleiter kündigte einen Knüppeleinsatz seiner Untergebenen laut mehreren Zeugen mit den Worten an: »Der Faschismus ist zurück, wir suchen Juden.« Dutzende Zeugen können bestätigen, daß der folgende (im Italienischen sich reimende) Vers von Polizei-Einheiten ständig gesungen wurde: »1, 2, 3 viva Pinochet, 4, 5, 6 wir töten Juden, 7, 8, 9, das Negerlein erzeugt kein Mitleid.«

Die offen faschistische Gesinnung vieler Polizisten ist kein Geheimnis. In einem Interview mit der Tageszeitung »il manifesto« erläutert ein Einsatzpolizist: »Die grundlegende Kultur in unseren Einheiten ist rechts, eine militärische Kultur ... (Es) gibt Sympathisanten von Forza Nuova (faschistische Organisation, Anm. KONKRET), man sieht sogar einige Hakenkreuze. ... In der Einsatzpolizei herrscht eine Kultur der Gewalt, vielen gefällt die Vorstellung zu prügeln. Das Bildungsniveau ist extrem niedrig, auch unter den höheren Beamten, sie sind alle rechts, und es sind Aussagen zu hören, die an Verfassungsfeindlichkeit grenzen.«

Der 33jährige Sozialarbeiter Marc Lang aus Berlin, dessen große dunkelviolette Flecke auf dem Rücken und in der Nierengegend beim Polizeiüberfall auf die Schule Diaz und in der zum Gefangenen-Sammellager umfunktionierten Kaserne Bolzaneto entstanden sind, berichtet: »So viel Gewalt habe ich mein ganzes Leben noch nicht gesehen. Die ziehen sich die schwarzen, gepolsterten Handschuhe an und hören für eine Stunde nicht mehr auf zu schlagen.« Über Tage wurden die Verhafteten schwer gefoltert, Polizisten drückten Zigaretten auf den Handflächen eines Inhaftierten aus, brachen Gefangenen die Knochen und verweigerten medizinischen Beistand; in einem Fall mußten mehrere Personen 19 Stunden lang mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand stehen. Eine Frau mit einem gebrochenen Bein wurde mit Schlägen dazu gezwungen, trotz dieser Verletzung stehen zu bleiben. In verschiedene Zellen wurde Tränengas geschossen, Frauen bedrohte man mit Vergewaltigung, und auch Todesdrohungen wurden immer wieder ausgesprochen.

Die italienische Regierung scheint das Vorgehen der Polizei nicht gestört zu haben, im Gegenteil. Nach Angaben von Luca Casarini, dem Sprecher der italienischen Aktivisten »Tute Bianche«, war Vizepremier und Anzugfaschist Gianfranco Fini höchstpersönlich im Fort San Giuliano und gab die Linie für die Sicherheitskräfte vor. Alfonso De Munno, ein freier Fotograf aus Rom, berichtet, daß er im Gefängnis Bolzaneto den italienischen Justizminister Roberto Castelli (Lega Nord) gesehen habe (s. Seite 15). Auch für Innenminister Claudio Scajola, gleichzeitig auch Organisationschef der Berlusconi-Partei Forza Italia, ist alles in Ordnung. Einen Rücktritt, wie ihn die Opposition fordert, schließt er kategorisch aus. »Die ganze Regierung denkt wie ich.« Und weiter: »Die Sicherheitskräfte verhielten sich mit beispielhafter Würde und können nicht dem Spott preisgegeben werden.« Ein besonderes Beispiel dieser Würde gab Alessandro Perugini, Vizechef der politischen Polizei (Digos) von Genua, ab, der dabei fotografiert wurde, wie er einen am Boden liegenden Demonstranten zusammentrat. Perugini erklärte: »Ich habe ein ruhiges Gewissen, die Tritte waren ein Resultat der angespannten Situation.«

Noch am Gipfel-Sonntag hatte Präsident Silvio Berlusconi den eingesetzten Ordnungskräften gedankt. Ohne weitere Informationen oder Untersuchungen abzuwarten, bescheinigten Regierung und Polizeiführung auch dem Polizisten, der Carlo Giuliani erschoß, eine »Notwehrsituation«. Berlusconi formulierte in alter faschistischer Manier Drohungen gegen die parlamentarische Opposition: »Gott behüte, daß aus den Untersuchungen und Kommissionen deutlich wird, daß nicht nur außerparlamentarische Gruppen, sondern auch hier sitzende Abgeordnete der geheimen Absprache, des Schutzes und der Deckung (der Gewalttäter, D.A.) verantwortlich sind.« Den spontanen Worten des Premiers, der für den Tod von Carlo Giuliani Verantwortliche solle sich einen Urlaub gönnen, folgten konkrete Taten: Der Ortsverband Avellino der Berlusconi-Partei lud den Todesschützen zu einem Gratisurlaub ein.

Mit einiger Verspätung stellte das Mitte-Links-Ulivo-Bündnis ein Mißtrauensvotum gegen Scajola in Aussicht, doch schon wenige Tage später war man wieder bereit zum Kuhhandel. Oppositionsführer Luciano Violante blähte zunächst: »Die Regierung hat eine Woche Zeit, um eine parlamentarische Untersuchung in die Wege zu leiten, ansonsten mobilisieren wir auf der Straße.« Aber er schob gleich hinterher: »Dafür sind wir aber auch bereit, den Mißtrauensantrag gegen den Innenminister wieder zurückzuziehen«. Das Gezerre innerhalb des Ulivo endete zwar mit einem Punktsieg der Rücktrittsbefürworter, die zur Begründung des Antrags im Parlament flammende Reden hielten. Im Senat, der zweiten Kammer, trat die Opposition aber moderat auf. Premier Berlusconi hatte zuvor »Garantien« für seinen Auftritt vor dem Senat gefordert: Er wolle von niemandem »Faschist« genannt oder mit Pinochet verglichen werden. Das Ulivo-Bündnis willigte ein.

Die rechte Parlamentsmehrheit lehnte Anfang August schließlich sowohl das Mißtrauensvotum als auch die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ab. Lediglich der Bildung einer Kommission, deren Untersuchungsergebnisse und Schlußfolgerungen keinen bindenden Charakter haben, mochte sie zustimmen. Die Kommission soll entsprechend der Sitzverteilung der Kammern – also mit erdrückender rechter Mehrheit – zusammengesetzt sein und Ende September ihre Ergebnisse vorlegen.

Statt des Innenministers opferte man drei Subalterne: Arnaldo La Barbera, Chef der Antiterroreinheiten (Ucigos) aus Rom, Francesco Colucci, Polizeichef Genuas, und Ansoino Andreassi, Vizechef der italienischen Polizei und Mitglied im Sicherheitsausschuß des G8. La Barbera war bei dem Sturm auf die Schule Diaz der ranghöchste anwesende Beamte und Anführer der Einheiten gewesen; Colucci hatte die Aktion angeordnet, und Andreassi war als Supervisor ebenfalls vor Ort gewesen. Die Entlassungen sind Konsequenz eines ersten Polizei-Untersuchungsberichts, der zwar »Fehlverhalten und Amtsmißbrauch« festgestellt, jedoch die übergeordneten Dienststellen exkulpiert hatte: Das Fehlverhalten sei auf exzessive Handlungen einzelner zurückzuführen, höhere Polizeiränge trügen lediglich insofern Verantwortung, als sie diese nicht verhindert hätten. Dazu paßt, daß ausgerechnet gegen die Carabinieri, eine dem Verteidigungsministerium unterstellte paramilitärische Einheit, bisher keine Sanktionen verhängt wurden, obwohl Carabinieri für viele Prügelexzesse verantwortlich waren und mehrmals mit Schußwaffen auf Demonstranten zielten. Es war einer von ihnen, der Carlo Giuliani mit einem gezielten Kopfschuß tötete. Zur Rechtfertigung sagte Carabinieri-Feldwebel Filippo Ascierto, früher Sicherheitschef der Alleanza Nazionale: »Wäre jemand mit mehr Erfahrung an der Stelle jenes Carabinieri gewesen, hätte er mehr als einen umgelegt, denn juristisch war die Notwehrsituation ja gegeben.«

Freunde fand das italienische Vorgehen vor allem in Deutschland. Eine auffällige Gleichschaltung machte sich schon im Vorfeld in den bürgerlichen Medien breit, und auch der Tod Carlo Guilianis änderte daran wenig. Die Berichte über die »Gewalt in Genua« glichen sich in nahezu allen Blättern, die Artikel lasen sich wie verschiedene Versionen ein und derselben Geschichte. Eine Spitzenleistung lieferte die Wochenendausgabe der »Süddeutschen Zeitung«, die nicht nur gegen den Schwarzen Block hetzte, sondern auch über die »Gewalt in Weiß« fabulierte: »Die ›Tute Bianche‹ liefern der Polizei in Genua erbitterte Straßenschlachten.« Die Angaben über die Teilnehmerzahl an der Großdemonstration schwankten hierzulande zwischen 60.000 in der »Berliner Morgenpost« und 150.000 in der »Frankfurter Rundschau«, die meisten Medien meldeten 100.000. Die Frage nach der Herkunft der Zahlen drängt sich auf: In Italien titelte selbst der rechte »Corriere della Sera«: »Fast 300.000 Demonstranten«, und die Behörden sprachen offiziell von immerhin 200.000. Die Zahlen der deutschen Presse können also weder aus offiziellen Verlautbarungen noch aus der italienischen Presse stammen. Sie müssen von den Journalisten selbst beziehungsweise ihren Redaktionen kommen. Erst als der grüne Abgeordnete Christian Ströbele von »argentinischen Zuständen« in Genua sprach, wurde die Berichterstattung leicht kritischer.

Kein Wunder, war es doch gerade die deutsche Regierung gewesen, die sich als Scharfmacher betätigt hatte. Bundeskanzler Gerhard Schröder betonte, man müsse »mit aller Härte gegen die Gewalttäter vorgehen«. Und weiter: »Wo kämen wir hin, wenn frei gewählte Regierungschefs sich von Gewalttätern vorschreiben lassen, wann, wo und wie sie sich treffen.« Schon nach den Ausschreitungen in Göteborg hatte die deutsche Regierung sich für eine »europaweite Datei reisender Gewalttäter« stark gemacht. Für Genua wurden in Deutschland über 80 Ausreiseverbote ausgesprochen – einmalig in Europa. »Es gibt kein Grundrecht auf Reisefreiheit«, unterstrich der Berliner Justizsenator Körting und erntete ebenso wie Otto Schily Beifall bei CDU und CSU. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber schlug gar vor, potentielle Randalierer müßten möglichst schon im Vorfeld durch Unterbringungsgewahrsam an der Ausreise gehindert werden. Das wiederum

ließ Schily keine Ruhe, der den Christsozialen noch zu toppen versuchte: Eine »Europäische Anti-Krawall-Polizei« müsse her, meinte er Anfang August – bei einem Treffen und im Einvernehmen mit Claudio Scajola, dem italienischen Innenminister.

Dario Azzelini schrieb in KONKRET 11/94 über die Invasion von US-Marines in Haiti

Konkret 09/01, S. 13

Der Todesschuß

Nach Einschätzung eines Augenzeugen handelte der Todesschütze von Genua nicht in Notwehr. In einem Interview mit der konservativen italienischen Tageszeitung »Corriere della Sera« berichtet ein namentlich nicht genannter 23jähriger Genueser, er habe die gezogene Waffe des Carabiniere gesehen und ihn schreien hören: »Bastarde, ich werde euch töten, ich werde euch töten.< Daraufhin habe er umstehende Demonstranten, die wie er den Carabinieri-Jeep attackierten, gewarnt und gerufen: »Laßt uns abhauen, der wird schießen.« Nur kurze Zeit später habe er direkt hintereinander zwei Schüsse gehört und kurz darauf noch einen dritten.

Bereits am 27. Juli legte Luca Casarini, Sprecher der italienischen >Tute Blanche«, neue Fotos über die Erschießung Giulianis vor, die >die Dynamik der Tötung verändern«. Auf den Bildern eines britischen Fotografen ist deutlich zu sehen, daß der Jeep der Carabinieri keineswegs isoliert war: Etwa 20 Meter entfernt befanden sich Carabinieri, die die Szene beobachteten, ohne einzugreifen. Casarini kommentierte die neue Bildfolge auf einer Pressekonferenz und erklärte, mehrere Zeugen - nicht nur Demonstranten - hätten sich gemeldet und seien bereit, vor Gericht auszusagen. Auf den Bildern, so Casarini, werde deutlich, daß der Feuerlöscher, den Carlo Giuliani auf anderen Bildern auf den Wagen werfen zu wollen scheint, aus dem Innern des Fahrzeugs stammte. Er wurde kurz vorher von dem Todesschützen Marco Placanica nach außen auf die Demonstranten geschleudert **(Foto 1).** Noch bevor Giuliani den Feuerlöscher vom Boden nimmt, hält der Todesschütze bereits die Waffe im Anschlag und zielt auf einen grau gekleideten Demonstranten, der aber vermutlich die Waffe sieht und die Flucht ergreift **(Foto 2).** Daraufhin richtet Placanica die Waffe auf Giuliani, der sich wahrscheinlich erst nach dem Aufheben des Feuerlöschers bewußt wird, daß eine Pistole auf ihn gerichtet ist. Die Pistole zielt direkt auf seinen Kopf **(Foto 3).** Laut Zeugenaussagen feuert der Schütze zwei- oder dreimal. Carlo Giuliani fällt getroffen zu Boden.

Die von der italienischen Polizei und Regierung bisher verbreitete Behauptung, der Beamte habe angesichts einer konkreten Bedrohung durch den Feuerlöscher in Notwehr gehandelt, verliert an Glaubwürdigkeit, denn der Carabinieri hatte seine Waffe bereits vor der vermeintlichen Bedrohung durch den Feuerlöscher gezogen und auf andere Angreifer gerichtet. Luca Casarini erklärte, auch Zeugen zu haben, die bestätigen, daß der Carabinieri, nachdem Carlo Giuliani tödlich getroffen zusammengebrochen war, sein Gesicht zunächst mit den Händen verdeckte und dann eine Sturmhaube überzog, um nicht identifiziert zu werden.

Konkret 09/01, S. 15

Benedetto Vecchi

»Tod allen Juden«

Bericht über die Mißhandlungen des römischen Fotoreporters Alfonso De Munno in der Kaserne Bolzaneto

»Schnell, schnell, macht alles sauber. Der Minister kommt.« Diese laut geschrienen Sätze hört der junge römische Fotoreporter Alfonso De Munno, während er in einem Saal der Kaserne in Bolzaneto auf dem Boden liegt. Sein rechter Fuß ist gebrochen und eine Rippe angeknackst. Er ist nach Genua gekommen, um an der Demonstration des 21. Juli teilzunehmen. Von dem Demonstrationszug hat er jedoch nur wenig gesehen, weil er sofort festgenommen, geschlagen und nach Bolzaneto gebracht worden ist. Was er erlebt hat, entspricht den Leiden, die auch Hunderte anderer Männer und Frauen durchgemacht haben, die bei den Razzien der Ordnungskräfte auf den Straßen der ligurischen Stadt gefangengenommen wurden. Prügel, Beleidigungen und Mißhandlungen.

Aber zurück nach Bolzaneto – zu den Geschehnissen nach der Ankündigung des Ministerbesuchs. Der junge Fotoreporter kann nicht stehen, nur mit Mühe kann er atmen, er legt sich auf den Boden, und man läßt ihn dort liegen, während die anderen Jugendlichen dazu gezwungen werden, mit erhobenen Händen die Stirn gegen die Wand zu drücken. Wehe dem, der sich umdreht oder spricht: Knüppelhiebe und Beleidigungen. Alfonso sieht eine Bewegung an der Tür und einen Mann, der von anderen, mit Jacke und Schlips gekleideten Personen umgeben ist. Die Gruppe geht weiter. Bist du sicher, daß es der Minister Castelli (Justizminister, Lega Nord; d. Übers.) war? »Natürlich«, antwortet er, »im Gefängnis von Alessandria hat ihn auch ein Jugendlicher gesehen, der in einem anderen Raum war.« Der Minister hat erklärt, er habe Bolzaneto wohl besucht, aber keine Spuren von Gewalt gesehen. »Ich mag vielleicht das Zeitgefühl verloren haben, aber ich sage dir, was ich gesehen habe.«

Die Erzählung des römischen Fotoreporters beginnt mit seiner Ankunft in Foce (Stadtteil von Genua, d. Übers.), das heißt an jenem Punkt des Corso Italia, an dem die Zusammenstöße an der Genueser Strandpromenade begannen. Er hat seinen Fotoapparat, aber weder die Presseakkreditierung des G8-Gipfels noch die des Genoa Social Forum. »Fotografieren und die Geschehnisse dokumentieren ist meine Art, mich an dieser Bewegung zu beteiligen. Als die Zusammenstöße begannen, verließ ich den Demonstrationszug. Ich fing an, die Zusammenstöße zu fotografieren. Es gab eine Gruppe sehr junger Leute, die eine Bank demolierten. Ich habe wohl acht Filme verbraucht. Dann ging ich in eine Seitenstraße hinter dem Gebäude, in dem die Bank untergebracht ist. Zusammen mit mir waren da mindestens zwanzig Personen, zum Großteil Fotografen. Ich wechselte langsam das Objektiv und den Film aus. In diesem Moment sah ich mich der Polizei gegenüber. Kaum hatte ich mich umgedreht, sah ich eine Gruppe der Finanzpolizei. Ich ging mit erhobenen Armen auf sie zu. Dann begann die Hölle. Sie traten mich, brachen mir den Fuß, die Schläge brachen mir, wie ich Stunden später feststellen mußte, auch eine Rippe an. Ein schwarzer Jugendlicher war dabei, der seinen italienischen Paß herausholte. Sie schlugen und beleidigten ihn. Du weißt schon, Ausrufe wie ›Scheißneger‹, ›Bastard‹. Ein anderer Jugendlicher wiederholt ständig: ›Das dürft ihr nicht tun, wir haben unsere Rechte.‹ Schlagstockhiebe und Beleidigungen für alle.«

Alfonso lächelt nervös: »Nachdem ein Zivilpolizist mit einer grünweißroten Schärpe gekommen war, der den Befehl gab, uns alle festzunehmen, hatte ich das Gefühl, daß sich ein Loch in der Zeit öffnete, wo es weder Sicherheiten noch Rechte mehr gab. Sie ließen uns in einen Zellenwagen einsteigen. Weitere Schläge und Beschimpfungen. Wir schrien vor Schmerzen. Sie ließen uns in einer Autogarage aussteigen und durchsuchten uns dort. Sie verhöhnten uns: ›Ihr seid ein Haufen Scheiße‹, ›rote Bastarde‹. Sie nahmen alle Filme und den Fotoapparat mit, der bei der ersten Prügelei kaputtgegangen war. Der Schmerz ist fast unerträglich. Es kommt eine Polizistin in Jeans, Polohemd und Bruststück der Polizei. Sie schnauzt mich an: ›Und wenn ich dir dieses Bruststück anziehen und dich in den Demonstrationszug schicken würde, was meinst du, was sie mit dir machen würden?‹ Das weiß ich nicht, antworte ich, vielleicht das, was ihr mit mir macht. Aber dann füge ich hinzu: ›Das, was ein Polizist verdient, der sich verhält wie ihr.‹ Ein Polizist versetzt mir einen Fußtritt. Die Ankunft in Bolzaneto ist ein Horror. Sie bringen uns in dieses große Zimmer. Ich werde ohnmächtig, sie bringen mich ins Krankenhaus, sie untersuchen mich, ich bekomme Beruhigungsmittel, der Arzt und der Krankenpfleger stellen ein Attest aus und konstatieren, daß ich übel zugerichtet sei. Die Rückkehr in die Kaserne ist die Rückkehr in die Hölle. Wieder Fußtritte und Stockhiebe. Der gewohnte Singsang: ›Uno due tre, viva Pinochet, quattro cinque sei, a morte tutti gli ebrei ...‹ (›... vier fünf sechs, Tod allen Juden‹)«.

Welches Krankenhaus war es? »Vielleicht das San-Martino-Krankenhaus.« Und wer hielt euch in Gewahrsam? Die Staatspolizei, die Carabinieri? »Sie haben sich abgewechselt. Die Carabinieri haben uns besser behandelt. Wenn jemand in den Raum trat, um uns zu schlagen, waren es vorwiegend Polizisten, einige in Zivil. Ich mußte auf die Toilette, aber ein junger Carabiniere riet mir ab: ›Dazu mußt du durch den Flur. Der ist lang, ich würde dir das nicht empfehlen.‹ Dann kamen Männer in grauer Uniform vom GOM (Gruppo Operativo Mobile, Mobile Operationsgruppe*), die gefütterte Handschuhe überzogen und uns ebenfalls schlugen. Wie gesagt lag ich auf dem Boden. Ich habe gesehen, daß sie auf uns herabpißten, daß sie uns eine brennende Substanz in die Augen spritzten. Für die Ausländer, welche die italienischen Befehle nicht verstanden, gab es Schläge. Ich hörte, wie die anwesenden Frauen beleidigt wurden, einige schlugen ihnen

mit dem Schlagstock auf – wie soll ich sagen – empfindliche Körperteile. Oder Drohungen, sie ›schön flachzulegen‹. Ich dachte, mit dem Transport zum Gefängnis von Alessandria wäre alles vorüber. Ich täuschte mich. Die Ankunft bedeutete weitere Schläge.«

Wann haben sie euch ins Gefängnis transportiert? »Ich glaube, Sonntag morgen, es dämmerte. Hier haben sie uns mit Schlagstöcken geprügelt, beleidigt und gefoltert ...« Gefoltert? »Wie soll man es nennen, wenn man auf Zehenspitzen stehen muß, mit nur zwei Fingern die Wand berührend, und sobald du deine Position änderst, wirst du geschlagen? Dann war alles vorbei, zum Glück. Am Nachmittag hat der Gefängnisarzt mich untersucht, der sich gewundert hat, daß es kein ärztliches Attest gab. Dabei hatten sie eines ausgestellt, als sie mich ins Krankenhaus brachten. Im Gefängnis habe ich andere festgenommene Jugendliche gesehen. Die österreichische Gruppe und, wenn ich mich recht entsinne, Slowenen, die 40 Kilometer von Genua entfernt festgenommen und geschlagen wurden. Den Jungen aus Lucca mit einem fast zu Brei gewordenen Fuß, nur weil ein Polizist behauptete, ihn bei den Zusammenstößen erkannt zu haben. Einen Mann aus Syrien, der Bildung einer kriminellen Vereinigung beschuldigt, weil er der Polizei zufolge einen Kleinlaster gesteuert hatte, der Stangen und Molotowcocktails transportierte. Nur, daß er gar keinen Führerschein hat. Da ist ein Abgrund zwischen dem, was ich über die Mitte-Rechts-Regierung dachte, und dem, was ich gesehen und erlebt habe. Sie ist viel schlimmer.«

Und jetzt? »Ich werde gemeinsam mit dem Genoa Social Forum vor Gericht als Nebenkläger auftreten.«

* Spezialkorps der Strafvollzugspolizei. »Jeder Kontrolle enthoben und dazu dienend, Notstände, Sonderfälle und Risikosituationen zu bewältigen. Und die Kaserne von Bolzaneto war ein solcher Fall« (»il manifesto«, 28.7.2001).

Der Beitrag erschien zuerst in der italienischen Zeitung »il manifesto« (28.7.2001). Übersetzung aus dem Italienischen von Ralph Raschen

Konkret 09/01, S. 16

Tute Bianche, Dario Azzelini

Aufstand der Gespenster

Weiße Overalls statt schwarzer Haßkappen? Ziviler Ungehorsam statt militanten Widerstands? Oder ein neuer revolutionärer Anlauf, sich der Macht subversiv und kreativ entgegenzustellen? Interview mit Chiara Cassurino, 24 Jahre (Tute Bianche Genua), und Federico Martelloni, 25 Jahre (Tute Bianche Bologna)

Wie sind die Tute Bianche entstanden?

Als wir das erstemal die weißen Overalls angezogen haben, ging es nicht darum, zivilen Ungehorsam zu leisten. Es war der 10. September 1994, eine Demo gegen die Räumung des Sozialen Zentrums Leoncavallo in Mailand. Es ging darum, eine harte Antwort zu geben, und so war es auch. Die Zeitungen sprachen davon, daß in den Straßen einer brennenden Stadt die Jugendlichen aus den Zentren wie Gespenster umhergingen ...

Und warum habt ihr dafür die weißen Overalls gewählt?

Erstens geht unser Ansatz vom Übergang vom Fordismus zum Postfordismus aus, also vom Übergang von einem Akkumulationsregime, das auf der großen Fabrik und dem Fließbandarbeiter mit seiner rigiden und parzellierten Beschäftigung beruht, zu einem flexiblen, netzförmigen System, in dem unregelmäßige Arbeitsverhältnisse und Scheinselbständigkeit explosionsartig zunehmen und die Produzenten nicht mehr homogen, sondern plural, verschieden und nicht mehr auf eine Subjektivität als Bezugspunkt zurückzuführen sind. So entstand die Idee, Weiß als Summe der verschiedenen Farben zu benutzen, als Darstellungsform für eine Vielfältigkeit verschiedener Subjekte, die sich gemeinsam gegen die kapitalistische Herrschaft auflehnen und sich innerhalb des Konfliktes als eine einzige *Multitude* (frz. für eine nichthomogene Masse) wiedererkennen.

Zweitens stellt Weiß in der klassischen Ikonographie die Farbe der Gespenster dar. Es ist ein Symbol für Unsichtbarkeit. Die Unsichtbarkeit der »ohne«: ohne Arbeit, ohne Papiere, ohne Garantien, ohne entsprechende Staatsbürgerschaft, ohne Rechte. Zugleich ermöglicht die kollektive Darstellung dieser Unsichtbarkeit das genaue Gegenteil, eine enorme Sichtbarkeit.

Mit den Medien, die bereit sind, einem Raum zu geben, kann man viel anstellen. Sogar einem ganzen Land ankündigen, daß man vorhat, mit Helmen auf dem Kopf auf die Straße zu gehen, die Körper mit Schaumgummi und aufgeblasenen Lastwagenschläuchen zu schützen und damit das Recht in Anspruch zu nehmen, sich einer als illegitim betrachteten Entscheidung zu widersetzen, ohne Verletzungen zu riskieren. Das ist das, was am 19. Januar 2000 bei der Demonstration für die Schließung des Abschiebeknastes in Via Corelli in Mailand geschehen ist, als einige Hundert Tute Bianche, gefolgt von einer Demo von 10.000 Personen, eine Polizeikette durchbrechen und die Schließung des Abschiebeknastes herbeiführen.

Haben sich nur die Aktionsformen oder auch die Inhalte verändert?

Der Weg ist nach wie vor der der Befreiung vom Zwang der Arbeit, von der Sklaverei der Lohnarbeit, noch viel mehr innerhalb eines Produktionssystems, das die Arbeit massiv reduziert, aber die Bürgerrechte und gar das Existenzrecht weiterhin an die Lohnarbeit koppelt. In diesem Rahmen steht zum Beispiel auch der Kampf um das Existenzgeld. Oder das Problem der fundamentalen Rechte für Migrantinnen und Migranten, das letzte Glied in der kapitalistischen Verwertungskette dieser postfordistischen Epoche, neue Sklaven mit dem Status von Nichtpersonen, denen selbst das Recht auf Bewegungsfreiheit nicht zugestanden wird, während zugleich der Abbau von Grenzen für die Zirkulation von Waren und Geld weitergeht.

Es ist bekannt, daß wir uns vieles aus der zapatistischen Erfahrung angeeignet haben. Wir haben ums bemüht zu begreifen, was es bedeutet, im Urwald zu kämpfen und Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu fordern. Aber begreifen und aneignen bedeutet nicht, auf dieser Seite des Planeten unkritisch die gleichen Losungen zu wiederholen. Dort Demokratie zu fordern bedeutet das Ende eines korrupten Regimes zu fordern, das regelmäßig die Menschenrechte mit Füßen tritt und den indianischen Gemeinschaften eine würdige Existenz abspricht. Hier bedeutet »würdige Existenz« auch die Schnauze voll zu haben von diesem dreckigen Theater, das Demokratie genannt wird.

In einer Erklärung der Tute Bianche hieß es, ihr hättet keine Ideologie.

Der historische Materialismus, die transformative und materielle politische Praxis, die Analyse der vielfältigen Erscheinungsformen der Macht und der Kampf dagegen, die soziale und revolutionäre Befreiung – das ist weiterhin unser Horizont. Das ist aber weder ideologisch noch idealistisch! So gesehen hat unser Bruch mit der Tradition in all ihren Varianten, auch mit den ketzerischen, mit den nichtorthodoxen, mit den operaistischen, nichts mit den Modephilosophien, den Allgemeinplätzen des Postkommunismus zu tun. Im Gegenteil, wir wollen ein neues und starkes revolutionäres Projekt lancieren, radikal und subversiv.

Die Marxsche Kritik an der politischen Ökonomie wandte sich gerade gegen die Verewigung und Naturalisierung der ökonomischen Kategorien. Bemerken denn die Traditionalisten nicht, daß sie den gleichen Fehler mit anderen Vorzeichen wiederholen? Daß sie eine gewisse Form der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und der Klassenzusammensetzung, die überholt ist, verewigen, naturalisieren und enthistorisieren?

Wir sind keine Kommunisten mehr (zumindest nicht im herkömmlichen und traditionellen Sinne des Wortes, wenn auch die revolutionäre, gemeinschaftliche und egalitäre Utopie weiterhin gültig und stark ist), und wir glauben auch nicht, daß ein neues revolutionäres Projekt auf – entschuldigt das Wortspiel – einer »Neu-Gründung« (Ri-fondazione, Anspielung auf Rifondazione Comunista, Anm. d. Red.) gründen kann, einer Neugründung, die auf den alten, mittlerweile von der Geschichte überholten und ideologisch vollständig überlebten Traditionen fußt.

Mit Cassurino und Martellino sprach Dario Azzellini

Die vollständige Fassung des Interviews, das bereits vor dem G8-Gipfel geführt wurde, ist in der neuen Ausgabe der Zeitschrift »Arranca« zu finden (www.nadir.org/arranca)

Konkret 09/01, S. 17

Martin Büsser

»Das Vaterland neu gebären«

Programmatisches von Subcomandante Marcos, einem Stichwortgeber der »Globalisierungsgegner«

Die Soziologin und Journalistin Marta Durán de Huerta hat Subcomandante Marcos besucht und ihm das Mikrophon unter die Nase gehalten. Zeit- und Sprachprobleme seien dafür verantwortlich gewesen, daß ihr Buch nicht die »Indios in ihren eigenen Worten« wiedergibt, sondern den »Sub« für sie sprechen läßt. »Ich möchte keinen Personenkult um Marcos aufbauen«, schreibt sie, ein Versprechen, das Marcos selbst als Echo alle fünf bis zehn Seiten wiederholt, nicht ohne die Wannen voller Fanpost zu erwähnen, die er liebevoll beantwortet, selbst dann, wenn sie von einem »zweijährigen Kind« stammt.

»Meine Vermarktung amüsiert mich«, so Marcos, denn nicht er, sondern die Companeros seien die Chefs, jeder einzelne für sich genommen. Solch Uneigennutz ist in Europa wiederum längst wie ein Nachhall auf die Bergpredigt aufgenommen und entsprechend umgemünzt worden: »Marcos wird die gleiche Bewunderung finden wie einst der jugendliche Che Guevara«, schwärmte Wilfried F. Schoeller in der »SZ«, und auch der Pressetext zu Durán de Huertas personenkultig *Yo Marcos* betiteltem Buch warnt deutsche Leser, die Zeichen der Zeit nicht zu verschlafen: »In Lateinamerika hat der ›Sub‹ bereits den Mythos eines Che Guevara.«

Was für Lateinamerika gilt, das läßt sich Europas Linke nicht zweimal sagen und skandiert um so lauter das »Yo«, je stärker der Protest einer argumentativen Grundlage zwar entbehrt, wohl aber ganz stark und ganz »kreativ« (Tute-Bianche-Motto) gefühlt wird. Was aber soll da übernommen werden, wenn sogenannte Globalisierungsgegner sich auf Marcos als Zentralvorbild berufen und verkünden, die Zapatistas hätten »einen wichtigen Beitrag geleistet mit ihren Ideen Politik zu machen, ohne um die Macht zu kämpfen« (»SoZ«)? Das Buch hält einige Antworten bereit.

Marcos, der behauptet, seit seiner Kommunion nicht mehr im Gottesdienst gewesen zu sein, spricht durchgängig nicht nur als Pazifist, sondern auch aus einer treuherzigen Haltung heraus, die in Ermangelung eines besseren Begriffs gottergeben genannt werden muß, auch wenn sie vom Sprachduktus her über weite Strecken eher an Nietzsches Zarathustra erinnert: »Aber die größte Lehre der Berge ist die Hoffnung. Denn du entzündest dort eine Flamme, die sagt: Es gibt noch eine Hoffnung, daß sich das ändert. Die Berge hüten dieses Flämmchen, sie schützen es vor dem Wind, damit es nicht ausgeht.« Sinnbilder dieser Art schreien geradezu danach, von Elton-»Candle in the Wind«-John entsprechend sozialromantisch vertont zu werden. Marcos ist zudem ein Schalk in Sachen passivem Widerstand. Seit Dezember 1993 habe er sich nicht mehr gewaschen, warnt er, »daher rate ich euch, mir nicht zu nahe zu kommen«. Wer so spricht, darf als kauzig gelten, weshalb auch nicht verwundert, daß das einzige, womit er in den Urwald geflohen war, seine zwölf liebsten Bücher gewesen sind, das allerliebste darunter der *Don Quijote* – »wegen seiner Verrücktheiten«.

Marx hingegen wird man in seinem Gepäck vergeblich suchen, denn um Demokratie geht es ihm, nicht um »klar definierte Ideologie«, weder um »Marxismus-Leninismus« noch um »Sozialkommunismus«, also auch nicht um Klassenkampf. Die Mächtigen sollen nicht ihres Wohlstands beraubt werden, sondern nur ein wenig abgeben und damit für »ein gerechteres Land in dem Sinne« sorgen, »daß, wenn ein Teil des Landes gut lebt, auch alle anderen gut leben müssen«. Nichts weiter nämlich ersehnen sich die Companeros, als »daß es die Bequemlichkeiten der Stadt« – gemeint sind unter anderem »ein Kino, ein Basketballfeld, eine Disco« – »auch in ihrer Gemeinschaft gibt«. Und noch bevor Professor Adorno beneidet wird, daß er nicht mehr mitbekommt, wie aus der Forderung nach dem Ende antagonistischer Gesellschaft ein »Kulturindustrie für alle!« hat werden können, überzeugt Marcos selbst mit unschlagbar dialektischer Finesse: »Wir wollen den uns vorenthaltenen Teil der Zivilisation, denn wir glauben, daß die Leute vernünftig genug sind, um mitzukriegen, daß es Stumpfsinn ist, was im Fernsehen läuft.«

Es geht nicht darum, sich aus europäischer Sicht über die etwas bizarre Bildersprache von »Sub« Marcos lustig zu machen. Zu kritisieren sind jedoch all jene, die solche »ersten politischen Formulierungen des 21. Jahrhunderts« (M.V. Montalbán) innerhalb Europas zu einer zukunftsweisenden Strategie der Linken erklären wollen. Mit den Gedanken des »Weisen vom Berge« mutieren ernsthafte Auseinandersetzungen mit den derzeitigen ökonomischen Verhältnissen zu einem Befindlichkeitssozialismus, der schlimmstenfalls Marcos-Slogans wie »Das Vaterland muß neu geboren werden« auf europäische Verhältnisse überträgt.

Als Ernst Bloch die Marxisten dafür kritisierte, daß sie jegliche Form von Phantasie und Poesie als Irrationalismus brandmarken, bis ihnen »jede Blume als Lüge gilt« (*Marxismus und Dichtung*, 1935), ahnte er noch nichts von jenen linken Schwärmern, die sich vom Marxismus in ebendem Tempo entfernt haben, in dem ihnen »Revolution« zu einer Phantasmagorie aus lateinamerikanischen Rhythmen und Landschaften, also zur Folklore unter antiglobalen Vorzeichen geworden ist. Losgekoppelt von der notwendigen Auseinandersetzung darüber, wie sich marxistische Theorie auf die Verhältnisse innerhalb der New Economy übertragen läßt, ist die Identifikation mit den Zapatistas zum bequemen Weg geworden, aus Kapitalismuskritik eine Sache zu machen, unter der sich so pluralistisch unverbindlich leben läßt, wie es den

Verfechtern der New Economy nur recht sein kann. »Alte Modelle von Avantgarden und Anführern sind vorbei«, ließen Aktivisten der Tute Bianche ganz im Sinne und in den Worten Marcos verlauten; sie meinten damit: »Wir sind keine politische Gruppe, es handelt sich um eine horizontale Bewegung, in der jede Person auf ihre besondere Weise zur Debatte und Organisation beiträgt« (»SoZ«) – im Klartext also auch nötigenfalls all jene, die mit Phänomenen wie Kapitalismus und Nationalismus gar keine Probleme haben.

Die Zapatistas und deren Rezeption sind vielleicht das erste gelungene Beispiel dafür, wie kontrolliert eine Rebellion im wahrsten Sinne des Wortes vonstatten gehen kann, wenn sie bereits im Moment ihres Ausbruchs von den Medien zu einem linken Mythos erklärt wird. Marcos wurde sofort als T-Shirt-Motiv verkauft, zu dem Che erst über lange Jahre hatte gemacht werden müssen. Und Marcos selbst, der doch behauptete, er und seine Leute könnten den Stumpfsinn als Stumpfsinn ausmachen, den das Fernsehen transportiert, ist darauf reingefallen. »Die Avantgarde des Landes«, schreibt er, »sind die Massenmedien, die ehrlich und konsequent ihre Informationspflicht erfüllt haben.« Weshalb Marcos am Ende ein Plädoyer anstimmt, das Bill Gates Wort für Wort unterschreiben könnte: »Wir sind der Ansicht, daß es zwei Kräfte gibt, die sich zunächst auf gleiche Höhe mit uns gestellt und uns dann überholt haben: die Medien und die Zivilgesellschaft, nicht aber die politischen Parteien.«

Eine Linke, die im Kampf gegen die neuen Regeln des Kapitals auf solche Worte setzt, liegt ganz richtig in der Verehrung eines Mannes, der *Don Qujote* sein Vorbild nennt. Mit dem Ritter von der traurigen Gestalt im Nacken bleibt den Tute Bianche auch dann noch die weiße Weste, wenn selbst der Dümmste gemerkt haben wird, daß solch ein Protest in letzter Konsequenz die Sprache derer spricht, gegen die sich zu artikulieren er vorgibt. Auf seiten der Medien und der Zivilgesellschaft und nicht auf seiten politischer Parteien saßen schließlich auch die, denen in Genua die goldenen Käfige zugeteilt waren.

Marta Durán de Huerta: *Yo Marcos. Gespräche über die zapatistische Bewegung*. Edition Nautilus, Hamburg 2001, 128 Seiten, 19,80 Mark

---

Martin Büsser schrieb in KONKRET 8/01 über den Film »Tomb Raider«

Konkret 09/01, S. 18

Johannes Agnoli, Jürgen Elsässer

Berlusconi und Mussolini

Ist das brutale Vorgehen der Polizei in Genau ein Anzeichen für einen Übergang Italiens zu einem neuen Faschismus? Fragen an Johannes Agnoli

Welches Kalkül verfolgte die Berlusconi-Regierung mit der ungeheuren Repression in Genua – manche sprechen von »chilenischen Zuständen«?

Bevor ich Ihre Frage beantworte, lassen Sie mich hervorheben: Das Land ist gespalten. Das ist in Italien üblich, aber nicht in diesem Ausmaß. Überlegen Sie sich: Während im Parlament Berlusconi und Fini den Einsatz der Polizei loben, ermitteln die Justizbehörden in Genua gegen die Polizei. Was Ihre Frage betrifft: Es ist eine sehr schwierige Frage, ob eine Absicht hinter dem Polizeieinsatz steckt oder nicht. Nur ein Beispiel: Während die Polizei gegen die friedlichen Demonstranten massiv vorging, ließ sie den sogenannten Schwarzen Block in der Stadt ungehindert wüten. Sie haben sinnlose Zerstörungen angerichtet: Die Zerstörung von Tankstellen und Geschäften hat mit dem Protest gegen die G8 und die Globalisierung überhaupt nichts zu tun. Aber der Schwarze Block konnte ungehindert vorgehen. Die Verantwortlichen wußten, wer der Schwarze Block war, denn er war erkennbar. Die Leute waren schwarz angezogen, trugen Fahnen, gingen mit Trommeln vor. Sie wurden aber nicht angetastet, während man gegen die friedlichen Demonstranten massiv einschritt.

Die Ermittlung richtet sich jetzt gegen den Einbruch der Polizei in eine Schule, wo das Organisationsbüro der G8-Gegner war. Die Polizisten haben nicht nur alles kurz und klein geschlagen, sie handelten ohne Durchsuchungsbefehl, sie verprügelten die Mitarbeiter des Büros derart, daß von etwa 100 Leuten 62 ins Krankenhaus eingeliefert wurden, sie hinderten die Rechtsanwälte am Einschreiten, sie blockierten den Zugang für Journalisten und Abgeordnete. Da fragt sich das Land mit Recht, was dahintersteckt. Ob da nicht, und da komme ich auf Ihre Frage zurück, eine sogenannte Spannungsstrategie dahintersteckt. Der Sinn dieser Spannungsstrategie liegt darin, daß die Regierung angesichts der Schwierigkeiten, ihre Wahlversprechen zu realisieren, gesellschaftliche Spannungen braucht, um das irgendwie zu kaschieren.

Die »Strategie der Spannung«, von der Sie sprechen, ist ein Begriff aus den siebziger Jahren ...

Der Begriff hängt zusammen mit dem Attentat auf der Piazza Fontana in Milano, wo 1970 die Faschisten eine Bombe gelegt hatten, der zahlreiche Menschen zum Opfer fielen. Italien stand vor dem Generalstreik, aber nach dieser Bombe brach die Gewerkschaft den Generalstreik ab, und die Sache war gelaufen. So begann die Strategie der Spannung, die die gesamten folgenden Jahre kennzeichnete.

Die Linke sprach im Zusammenhang mit dieser Strategie von einer abgekarteten Aktion zwischen dem Kapital und den Rechtsterroristen und beschwor die Gefahr einer faschistischen Machtübernahme, die gegen das Vordringen der Arbeiterparteien, vor allem der Kommunisten, gerichtet sei. Nun ist aber eine andere Tatsache, daß die große Repression Ende der siebziger Jahre gegen die Autonomen in einem breiten demokratischen Konsens vorgenommen worden ist, auch mit Zustimmung der Kommunisten. Widerspricht das nicht der Annahme, daß die Gewalt und die faschistische Drohungen hauptsächlich von rechts kommen?

Moment, faschistischen Drohung kann ja nicht von links kommen.

Natürlich nicht, aber aus der Mitte.

Ich stimme dem amerikanischen Soziologen Lipset zu, der meint, daß der Faschismus sowieso ein Extremismus der Mitte sei, nicht der Rechten. Die Rechte ist konservativ. Aber lassen wir diese soziologische Bemerkung. Die politische Situation ist heute nicht so übersichtlich. Damals war sie viel übersichtlicher. Heute ist sie nicht übersichtlich, weil es die Faschisten in dem alten Sinne nicht mehr gibt. Fini, der noch vor einigen Jahren Mussolini als den größten Staatsmann des Jahrhunderts bezeichnet hatte, Fini, dem noch vor einigen Jahren seine Anhänger zujubelten »Fini, Fini, du bist der neue Mussolini«, ist inzwischen Verfassungsdemokrat geworden. Und als Verfassungsdemokrat ist er bestimmt nicht für einen Staatsstreich. Und auch Berlusconi wehrt sich dagegen, als Pinochet bezeichnet zu werden. All dies bedeutet, daß nicht ein Staatsstreich von rechts droht, sondern die schleichende Unterminierung von bestimmten Regeln der Demokratie, der sogenannten Demokratie.

Aber könnte man das nicht auch als Faschisierung bezeichnen? Immerhin regierte Mussolini in den ersten Jahren auch hinter einer demokratischen Fassade, und erst ab einem bestimmten Punkt, 1926, wurde diese Fassade fallengelassen.

Ich möchte nicht von Faschisierung sprechen. Und zwar deshalb, weil Berlusconi kein Faschist ist. Er ist ein Geschäftsmann, dessen einzige Sorge ist, eine Regierung zu haben, die seine Geschäfte nicht stört. Er ist der reichste Mann Italiens. Und er befürchtet, daß eine Links-Regierung, eine echte Links-Regierung, in der Lage sein könnte, die Lizenzen für seine Fernsehstationen zu blockieren. Das ist sein einziges Anliegen. Die Gefahr, die da droht, ist nicht Faschisierung im historischen Sinne, vielmehr eine schleichende Unterwanderung bestimmter liberaler Grundsätze.

Also eine Involution der Demokratie ...

Genau das, das ist der Begriff, den ich gebraucht habe.

Sie haben den Begriff 1968 gebraucht, in Ihrem Buch »Die Transformation der Demokratie«. Also gibt es im Vergleich zu 1968 nichts Neues?

Nein. Ich warne immer vor diesem Begriff »Faschisierung«, weil der mit einem Sachverhalt verbunden ist, der nicht droht, also Konzentrationslager usw. Das ist ja nicht nötig.

Sie haben gesagt, Berlusconi ist vor allem ein Geldsack, der an seinen Geschäften interessiert ist. Aber es gibt auch die Information, daß er zur Führungsriege der Loge P2 gehört hat ...

Er gehörte dazu, ja.

... und die P2 hat im Verein mit neofaschistischen Gruppierungen, im Zusammenspiel mit der Nato-Truppe Gladio nichts anderes vorgehabt, als den Umsturz der italienischen Demokratie.

Das ist vorbei.

*Und man sagt auch, daß Berlusconis Vermögen von der P2 gekommen ist; daraus entwickeln manche die These, daß es diese geheime Struktur P2 immer noch gibt und daß sie immer noch diese umstürzlerischen Ziele verfolgt. **

Es mag sein, daß es sie noch gibt, aber eines darf man nicht vergessen: Die Reichtumsansammlung von Berlusconi ist nicht der P2 geschuldet, sondern der Politik des PS-Premiers Craxi. Es war Craxi, der Berlusconi erlaubt hat, seinen ungeheuren Reichtum zu sammeln, nicht die P2. Hierzulande denkt kein Mensch an eine offene Faschisierung.

Berlusconi hat auf dem Gipfel in Göteborg gesagt, er will Italien von Kommunisten und Postkommunisten befreien. Ist das nicht eine sehr aggressive und im Prinzip durchaus faschistische Ankündigung?

Aggressiv ist es schon, faschistisch ist es nicht, sondern dummes Zeug. Er will nur Wahlpropaganda machen, um die mittleren Schichten zu gewinnen, mehr nicht. Das kann man schon daran erkennen, daß er das in Göteborg gegenüber einem Jospin mit Kommunisten in der Regierung, gegenüber einem Schröder mit Exkommunisten in den Regierungen der neuen Bundesländer sagte. Wo sind denn die Kommunisten eine Gefahr? In Italien nirgends. In ganz Westeuropa, in ganz Europa nicht. Vergessen Sie nicht: Als Mussolini ähnliche Parolen verwendete, war Norditalien praktisch in den Händen der Roten, sowohl auf dem Lande wie in den Fabriken. Das ist heute doch nicht mehr der Fall. Es ist einfach so, daß für Berlusconi der Kommunismus eine fixe Idee ist, ohne die er offensichtlich nicht denken kann. Nur als Beispiel sein letzter Einfall: Der Schwarze Block und die Kundgebung gegen die G8 seien von Moskau gesteuert worden.

Das Problem heute ist, daß es keine Opposition gibt. Die Opposition imitiert Berlusconi, wenn sie sagt: Wir sind ernsthafte Menschen, wir wollen keine Polemik, wir wollen keine Angriffe. Sowohl im Parlament wie in der Presse will diese sogenannte Opposition nur nachweisen, daß sie nicht daran interessiert ist, die Regierung zu stürzen oder zu blockieren. Sie will zusammenarbeiten, sie schlägt gemeinsame Kommissionen vor. Das heißt also, sie betreibt die Politik des Buonismo. Buonismo, das ist das Gegenteil von dem, was die Kommunisten früher gemacht haben. Buonismo ist der gute Wille. Sie wollen den guten Willen zeigen und merken gar nicht, daß sie dadurch die eigene Basis verlieren. Denn die Basis der Linken ist nicht für good will, sie will den Kampf.

Gibt es Anzeichen für die Organisierung von wirklicher Opposition, etwa rund um Rifondazione Comunista oder um Tute Bianche?

Um Tute Bianche bestimmt nicht, denn sie sind eine Art Bewegung, von der ich sagen möchte, daß sie keine eigene politische Substanz hat. Sie hat viele Emotionen, viel Ehrlichkeit, aber keine politische Substanz. Die Rifondazione Comunista ist im Grunde eine Partei der Massenkundgebungen. Sie hat mit der Ulivo-Regierung gebrochen, weil sie im Bündnis mit Prodi daran gehindert war, Massenkundgebungen zu veranstalten. Im Grunde sagt die Presse, auch die linke Presse, nicht zu Unrecht: Wie gut, daß Berlusconi an der Regierung ist, denn jetzt kann Bertinotti (Rifondazione-Chef, Anm. d. Red.) mit gutem Gewissen die Straße mobilisieren. Aber Rifondazione ist eine zu geringe Kraft. Sie hat nur fünf bis sechs Prozent.

Sie haben gesagt, daß die Parteien des Ulivo keine wirkliche Opposition sind, daß sie statt linker Politik Buonismo praktizieren, guten Willen gegenüber dem Kapital. Trotzdem ist das Großkapital in Gestalt von Fiat-Boß Agnelli vor der letzten Wahl von diesen domestizierten Linken abgeschwenkt und hat offen Berlusconi unterstützt.

Agnelli hat etwas Beachtenswertes gesagt: Wir Industriellen sind immer auf der Seite der Regierung, ganz gleich, wer an der Regierung ist. Er ist also nicht umgeschwenkt, sondern er hat erklärt, daß er, wenn morgen die Linke wieder an die Regierung käme, wieder für die linke Regierung sei. Die Industrie ist immer auf der Seite der Regierung, weil die Regierung immer auf der Seite der Industrie ist. Im übrigen ist bekannt, daß Agnelli Berlusconi überhaupt nicht schätzt. Es ist die Verachtung der alteingesessenen kapitalistischen Familie gegenüber einem Emporkömmling. Aber wenn der in der Regierung ist, ist Agnelli auf der Seite der Regierung.

Berlusconi spricht von »besonderen Beziehungen« zu den USA. Vor den Wahlen war auffällig, daß die deutsche Regierung sich mehr oder weniger offen für Ulivo ausgesprochen hat.

Ja, das ist bekannt.

Könnte man sagen, Berlusconi ist eigentlich der Mann der Amerikaner, der Ulivo-Spitzenmann Rutelli eher der Mann der Deutschen?

Der Deutschen nicht, aber der Europäer. Berlusconi ist ein Kanzler der Amerikaner.

Aus welchem Grund?

Er ist für die Globalisierung, er ist für das Großkapital, er ist für die Multinationalen, er ist für die Freilassung der kapitalistischen Ströme auf internationaler Ebene. Er ist für die Globalisierung, weil er sein eigenes Kapital global verwerten will.

Und diese Globalisierung sieht er durch die Amerikaner besser vertreten als durch die Europäer?

Er hat die Europäer im Verdacht, daß sie die Globalisierung irgendwie, ich will nicht sagen hemmen, aber irgendwie organisieren wollen. Und das will er nicht haben.

Mit Johannes Agnoli sprach Jürgen Elsässer

Johannes Agnoli (*1925) war fast 30 Jahre lang Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin, wurde 1990 emeritiert und lebt jetzt in der Nähe von Florenz. Sein Buch »Die Transformation der Demokratie« bezeichnete Sebastian Haffner in einer KONKRET-Rezension als »Bibel der Apo«. In der Reihe von Agnolis gesammelten Werken, herausgegeben vom Freiburger Ça-ira-Verlag, erscheint im Herbst Band 6 »Politik und Geschichte (Näheres unter www.isf-freiburg.org).

Konkret 09/01, S. 20

Michael Heinrich

Lahme Politik, undemokratischer Markt

Zum Umgang der »Globalisierungsgegner« mit Staat und Kapital

Spätestens seit Seattle gibt es kein Treffen von WTO, IWF, G8 etc., das nicht von Massendemonstrationen begleitet wird. Der militante Flügel der sogenannten Globalisierungsgegner hat den Ehrgeiz, diese Veranstaltungen möglichst medienwirksam zu stören, während die gastgebenden Regierungen immer mehr Aufwand treiben, um genau dies zu verhindern. Nicht nur Kontrollen im Vorfeld und die direkte Absperrung ganzer Stadtviertel, sondern auch die Brutalität der Polizei erreichen dabei neue Rekordmarken: Nachdem in Göteborg bereits die ersten Schüsse fielen, gab es in Genua neben unzähligen Verletzten auch den ersten Toten.

Gleichzeitig erfreuen sich die demonstrierenden Globalisierungsgegner im linksliberalen Teil der bürgerlichen Medienlandschaft zunehmender Beliebtheit. Zwar wird dort die Gewalt der Militanten pflichtschuldigst verurteilt, den Anliegen der »friedlichen« Mehrheit steht man aber durchaus aufgeschlossen gegenüber. »Eine neue, erstmals wirklich internationale Protestgeneration heizt Politikern und Konzernchefs ein – und zwar zu Recht« untertitelte der »Spiegel« seine Story zu den Protesten in Genua. Fast könnte man meinen, eine neue antikapitalistische Bewegung sei bereits bis weit in die Gesellschaft vorgedrungen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war das »Reich des Bösen« verschwunden, und die allein übriggebliebenen »Guten« konnten von künftigem Frieden und Wohlstand faseln. Die europäische Sozialdemokratie, ob nun in England, Schweden oder Deutschland, schwenkte auf eine weitgehend neoliberale Politik ein. Auch viele ehemalige Linke begannen mit »Markt« und »Zivilgesellschaft« ganz ähnliche Heilserwartungen zu verbinden wie früher mit ihren diversen K-Grüppchen. Doch nach den Kriegen und Krisen der neunziger Jahre, der verschärften Weltmarktkonkurrenz und dem Abbau sozialstaatlicher Sicherungen ist der Glaube an diese Versprechungen erheblich erschüttert. Selbst die noch immer ganz gut verdienenden Mittelschichten in den Metropolen können sich die häßlichen Seiten des Kapitalismus zumindest wieder vorstellen. Daß der scheinbar ewige Boom der US-Ökonomie und die Hausse an den Aktienmärkten nun doch ein – zumindest vorläufiges – Ende gefunden haben, tut ein übriges, um die Skepsis zu verstärken. Da braucht es dann nicht viel, um auf den Gedanken zu kommen, daß immer nur »mehr Markt« vielleicht doch nicht die automatische Lösung aller Probleme ist. Inzwischen verlangt selbst Georg Soros, der als Spekulant Milliarden an diesem Markt verdiente, nach mehr »Regulation« – ganz wie die Globalisierungsgegner.

Was von den Medien unter diesem Etikett zusammengefaßt wird, ist eine Sammlung unterschiedlichster Gruppen und Initiativen, die aus entwicklungs- und umweltpoltischen, aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen stammen. Angeprangert werden Hunger und Elend in der Dritten Welt genauso wie Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Metropolen. Dem Mainstream der Globalisierungsgegner gelten diese nicht unbedingt neuen Phänomene als Konsequenz des mit der Globalisierung »entfesselten Kapitalismus«. Angetrieben von den unkontrollierten internationalen Finanzmärkten zähle für die Unternehmen nur noch der »Shareholder-Value«. Eine Art »zeitgenössischer Manchesterkapitalismus auf globalem Niveau ... unreguliert und destruktiv« sei entstanden (so Peter Wahl in der Attac-Beilage der »Taz« vom 29.6.2001). Konzerne und Kapitalanleger würden sich »trotz satter Gewinne und Vermögenszuwächse vor ihrer sozialen Verantwortung drücken« (Christoph Bautz, ebenda). Solche Kritik am »entfesselten« Kapitalismus speist sich offensichtlich aus der Vorstellung von einem normalen Kapitalismus, der nicht destruktiv, sondern reguliert ist, in dem die Unternehmer ihre soziale Verantwortung kennen und wahrnehmen, in dem es den Menschen immer besser geht und der sich bei entsprechender Steigerung der Entwicklungshilfe und »gerechten« Preisen mit seinen Segnungen schließlich auch auf die Dritte Welt ausdehnen ließe.

Unschwer ist hinter dieser Vorstellung ein idealisiertes Bild des von Mitte der fünfziger bis zu den frühen siebziger Jahren dauernden Wirtschaftswunderkapitalismus zu erkennen. Im weitgehend krisenfreien »Golden Age« des Fordismus gab es tatsächlich annähernd Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne und einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme. Doch blieb diese nur ca. 20 Jahre dauernde Phase auf die kapitalistischen Zentren Nordamerikas und Westeuropas beschränkt. Und auch dort war sie keineswegs Ausdruck einer besonderen sozialen Verantwortung der Unternehmer, sondern beruhte auf einer spezifischen Konstellation sowohl binnen- als auch weltwirtschaftlicher Faktoren. Nur im Vergleich mit dieser in ihren sozialen Auswirkungen etwas moderateren Phase der Kapitalakkumulation und der mit ihr verbundenen harmonistischen Illusion eines dauerhaften »keynesianischen Klassenkompromisses« kann die gegenwärtige Entwicklung als »Entfesselung« gelten.

Allerdings ist der gegenwärtige Kapitalismus auch nicht einfach die Rückkehr in die Vor-Wirtschaftswunder-Zeit. Die Existenz eines weitgehend internationalisierten Finanzsystems ist in der Tat ein historisches Novum – nicht aber, daß die Kapitalakkumulation über das Finanzsystem bewußtlos und krisenhaft gesteuert wird. In der Rhetorik der Globalisierungsgegner erscheint die Dominanz des Finanzkapitals jedoch als etwas völlig Neues. Dabei war für die

Verteilung des Kapitals auf die einzelnen Anlagesphären auch schon früher der Kredit (sowie sämtliche darauf aufbauenden Formen des fiktiven Kapitals) und nicht allein der in diesen Sphären bereits erzielte Profit die entscheidende Größe. Industrielles Kapital und die verschiedenen Formen des Finanzkapitals sind immer schon aufeinander bezogen, Kredit und Spekulation ist nichts, was sozusagen »von außen« zu einer auch ohne Kredit funktionierenden kapitalistischen Produktion hinzuträte. Kredit (sowie Geldkapital, das in Aktien, Optionen etc. angelegt werden soll) fließt aber nur dorthin, wo die höchsten Profite erwartet werden, und nur wenn diese Erwartungen sich erfüllen, reißt der Kapitalstrom nicht ab. Allerdings sind es jetzt nicht mehr national beschränkte Finanzsysteme, die national begrenzte Rentabilitätskriterien setzen, vielmehr definiert das internationalisierte Finanzsystem für immer größere Teile des Kapitals zunehmend globale Standards der Kapitalverwertung, denen die Einzelkapitale nur genügen können, wenn sie auch tatsächlich als »Global Players« agieren.

Daß der Weltmarkt »überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise bildet«, wie Marx im dritten Band des *Kapitals* festhielt, wird erst jetzt praktisch wahr. Ein globaler Konkurrenzkapitalismus ist im Moment gerade dabei, Gestalt anzunehmen, und zu dieser Gestalt werden auch schärfere Krisen (die sich über das globale Finanzsystem wesentlich schneller verbreiten können als früher), begrenzte Kriege und Zunahme wie Dramatisierung von Verelendungsprozessen gehören. Diese unangenehmen Seiten der Kapitalakkumulation stellen nun aber nicht die große historische Ausnahme dar: Sie künden weder von einer bevorstehenden Apokalypse, wie die Vertreter der Zusammenbruchstheorie prophezeien, noch sind sie Ausdruck des pathologischen Zustands eines ansonsten gesunden Kapitalismus. Es handelt sich vielmehr um die ganz normalen Konsequenzen einer sich global verallgemeinernden Produktionsweise, deren einziger Zweck die Verwertung des Werts ist.

Für den Mainstream der Globalisierungsgegner ist das Elend der Welt dagegen Ausdruck einer »Entfesselung« des Kapitalismus. Als Problem gilt ihnen nicht schon die Art und Weise, wie der Reichtum produziert, sondern erst wie er verteilt wird. Daher ist es nur konsequent, wenn mittels intelligenter Regulation der Märkte, »gerechter« Besteuerung der Kapitaleinkommen und »fairer« Preise für die Produkte der Dritten Welt der Kapitalismus wieder zurück auf den Pfad der Tugend geführt werden soll. Da die internationalen Finanzmärkte als die entscheidende Triebkraft hinter dem »entfesselten Kapitalismus« angesehen werden, sind sie es, die vor allem gezähmt werden sollen. Nicht zufällig ist ein zentraler Akteur der Anti-Globalisierungs-Bewegung daher Attac, die ursprünglich aus Frankreich stammende »Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen«.

Allerdings sehen die Globalisierungsgegner den Staat, von dem sie sich die Rettung vor dem entfesselten Kapitalismus versprechen, zunächst einmal selbst bedroht: Die »Macht der Finanzmärkte«, warnt Attac, »untergräbt die Demokratie« (»Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte«). Den allzu lahmen Politikern muß deshalb erst noch auf die Beine geholfen werden, gesellschaftliche Bewegung, nationaler und internationaler Druck sollen dies erreichen: »Nur dann wird die etablierte Politik die Interessen der Mehrheit der Menschen gegen die Interessen der Wirtschaft vertreten« (ebd.). Die »etablierte Politik« soll zum Bündnispartner im Kampf gegen den entfesselten Kapitalismus werden: etwas Druck von der Straße, um die Politiker aufzurütteln, und dann muß man es ihnen nur noch richtig erklären, wie sie mittels Tobin-Steuer und verbesserter Bankenaufsicht den Turbokapitalismus ausbremsen können.

Aus dieser Perspektive erscheinen die Dialogangebote der Globalisierungsverfechter bereits als Erfolg: »Allein die Tatsache, daß sie den Widerstand nicht länger ignorieren können und auf uns zugehen, ist doch schon ein großer Sieg« (Susan Strange, Vizepräsidentin von Attac-Frankreich in der »Taz«-Beilage vom 29.6.2001). Da Dialogbereitschaft und Verständnis für die Probleme der Welt Staat und Unternehmen nichts kosten, wird es wohl noch viele solcher Siege geben. Und auch manch praktischer Erfolg wird sich feiern lassen: Die von den Globalisierungskritikern geforderte Schuldenstreichung für Entwicklungsländer stand auch auf der Tagesordnung des G8-Gipfels in Genua: Immerhin sollen die 23 ärmsten Länder in den Genuß dieser Maßnahme kommen – bei ihnen ist nämlich sowieso nicht mehr viel zu holen.

Wie so oft erscheint der Staat in den Aussagen der Globalisierungsgegner als ein im Grunde neutrales Instrument, das für verschiedene Zwecke benutzt werden kann. Kommt nun der Staat seiner eigentlichen Bestimmung (wie man sie jedem Sozialkundelehrbuch entnehmen kann), nämlich dem »Gemeinwohl« zu dienen, nicht mehr nach, dann müssen die Politiker eben unter Druck gesetzt werden, das Richtige und Gute zu tun. Nicht nur in kritischen Kirchenkreisen auch bei vielen Linken herrscht die Vorstellung, staatliche Politik sei in erster Linie das Ergebnis von »Kräfteverhältnissen«, sozialstaatliche Institutionen dienten vor allem der »Befriedung« aufmüpfiger Massen etc. Die grundsätzliche Formierung staatlicher Politik jedoch, die unabhängig vom Wollen der einzelnen Politiker und allen Kräfteverhältnissen vorgelagert ist, bleibt dabei ausgeblendet. Der rechte Sozialdemokrat Helmut Schmidt wußte da besser Bescheid. Sein bekannter Satz aus den siebziger Jahren »Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen« macht unfreiwillig deutlich, worum es geht: Sofern die Wirtschaft kapitalistisch organisiert ist, muß zunächst einmal die Kapitalverwertung sichergestellt sein – ansonsten entzieht sich der Staat mit wachsenden Arbeitslosenzahlen und geringeren Steuereinnahmen ganz schnell die eigene materielle Basis. Alles andere kommt, wenn überhaupt, erst später.

Die Sicherung der Kapitalverwertung ist für den Staat unumgänglich; doch liegt es nicht immer auf der Hand, welche Maßnahmen dafür im einzelnen erforderlich sind. Es ist gerade die Aufgabe »demokratischer Politik« zu ermitteln, was langfristig für »unsere Wirtschaft« am besten ist: inwieweit die Partikularinteressen der einzelnen Kapitalfraktionen befriedigt oder auch übergangen werden müssen, welche künftigen Anforderungen zu berücksichtigen sind, um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können, wie die Existenz der Lohnarbeiter/innen *als* Lohnarbeiter/innen sozialstaatlich am besten sichergestellt werden kann und wie die dabei anfallenden Lasten sich so verteilen und legitimieren lassen, daß die staatliche Politik das größtmögliche Maß an Zustimmung findet.

In diesem Alltagsgeschäft bürgerlicher Politik sind zumindest die wichtigsten Protagonisten der Antiglobalisierungs-Bewegung schon längst angekommen. Hier läßt sich über »gerechtere« Steuern, »bessere« Entwicklungspolitik oder einen »ökologisch nachhaltigeren« Kapitalismus, aber auch über die Reform von Institutionen wie der WTO oder des IWF trefflich streiten. Und daß die Globalisierungsgegner selbst überhaupt keinen Beitrag zum besseren Funktionieren des Kapitalismus leisten könnten, ist keineswegs ausgemacht. Wenn erst einmal eine »demokratische Wirtschaftspolitik« etabliert ist, dann machen sie sogar ihren Frieden mit den im Moment so stark gescholtenen Finanzmärkten, dann hat man endlich »den Rahmen, in den Finanzmärkte eingebunden werden müssen und in dem sie eine sinnvolle und wichtige Rolle spielen können« (Jörg Huffschmid in der Attac-Beilage der »Taz« vom 29.6.2001).

Die Globalisierungskritiker sind stolz darauf, wie »pluralistisch, unideologisch, radikal und pragmatisch« sie sind (Peter Wahl, ebd.), und für ihr »pragmatisches« und »unideologisches« Vorgehen werden sie denn auch von »Spiegel« bis »Zeit« mit Lob überschüttet. Der Ideologievorwurf wurde der Linken stets dann gemacht, wenn es statt um punktuelle Verbesserungen um eine grundsätzliche Kritik an Staat und Kapital ging. Gerade weil man in dieser Hinsicht zumindest beim Mainstream der Globalisierungsgegner keine Sorgen haben muß, wird ihr Protest durchaus willkommen geheißen. Wenn dagegen Joschka Fischer im Zusammenhang mit den Protesten von Genua vor einem »abgestandenen linksradikalen Antikapitalismus« warnt (»Süddeutsche Zeitung«, 28.7.2001), dann zeigt dies lediglich, wie weit er bereits den Habitus des Konservativen verinnerlicht hat, der hinter jedem Protest den Umstürzler lauern sieht. Aber Fischer und Konsorten können sich beruhigen: Für die meisten Globalisierungsgegner trifft zu, was der »Spiegel« beobachtet hat: »Weil ihnen keine Alternative zum Kapitalismus einfällt, sehnen sie sich nur nach einem menschlicheren Kapitalismus.«

Michael Heinrich schrieb in KONKRET 3/2000 über das »Schwarzbuch Kapitalismus« von Robert Kurz

Konkret 09/01, S. 22

Georg Fülberth

Die Smarten und die Zecken

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 8. Folge: ein bißchen Jugendsoziologie

Wenn der Molli schreit,

Ist Bundesminister Fischer nicht weit.

Unbekannter Tomayer-Fan

Anfang 1991 warteten deutsche Eltern zuweilen vergeblich mit dem Mittagessen: Ihre Halbwüchsigen waren nach dem Unterricht gleich zur Demo gegen den Golfkrieg gegangen. Die Zeitungen schrieben, jetzt gebe es wieder eine Protestgeneration. Die muß es sich danach aber anders überlegt haben, denn die Demonstrationen gegen den Jugoslawien-Krieg 1999 waren mehrheitlich eine Angelegenheit der Damen und Herren Eltern.

Zwischendurch war allerdings einiges passiert, zum Beispiel der Unistreik vom Winter 1997/98. Das war die erste Studierendenbewegung seit langer Zeit, die nicht überwiegend links gewesen ist. Statt dessen wurde gefordert, Leistung müsse sich wieder lohnen. Daran werde man gehindert durch: Geldmangel, zuviel Staat und die Anwesenheit fauler und schwacher Kommilitoninnen und Kommilitonen, welche nicht auf eine Universität gehörten. Einige Lautsprecher der damaligen Bewegung kann man sich ganz gut als künftige Repräsentanten von Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) vorstellen, die mit den Großen in einer smarten Haltung des Halbprotests antagonistische Kooperation üben, falls sie es nicht ohnehin vorziehen, auf der anderen Seite zu agieren. Die Bildung eines Kabinetts der Neuen Mitte 1998 zeigte, daß man in diesem Land etwas werden konnte, wenn man rechtzeitig die Kurve kriegte.

Die zurückblieben, sind marginalisiert. Schon in der Schule waren sie die »Asseln« und »Zecken« gewesen. Wer es auf die Uni schaffte, gehört dort zu den seltsamen Heiligen: verhuscht, verbiestert, mit abgedrehten Themen behaftet, nervtötend. Diese Linken haben deshalb nicht viel mit ihren auftrumpfenden Vorfahren von 1968 zu tun, weil sie nicht so tun können, als trage sie eine unaufhaltsame Zeitströmung.

Außerhalb der Bildungsanstalten wird es nicht viel anders aussehen. Über die »Kommunistische Partei Bayerns« (KONKRET 7 und 8/2001) darf gelacht oder geheult werden, ganz untypisch ist sie nicht. Wenn autonome Aktionisten aufbrechen, möchte man zumindest den ganz Jungen unter ihnen gern mit auf den Weg geben, sie sollten ein bißchen aufpassen, wer in der Nähe oder gar dabei ist. Die für sie zuständige Behörde muß Planstellen vorhalten und legitimieren. Diesen Tip sollten Sie sich aber doch besser verkneifen. Sie bekommen dann zu hören, das sei die Paranoia von Altlinken. Schließlich sei man am Telefon doch ungeheuer vorsichtig und wisse besser als der Spender unerbetener Ratschläge, was Konspiration ist. Natürlich fehlen, wie eh und je, die belehrenden Jungmänner nicht. 1968 gab es sie en masse, heute sind sie vereinzelt und machen deshalb einen bizarren Eindruck.

So kann man das alles sehen, wenn man, statt aufmerksam zu bleiben, selbstverliebt vor sich hin stiert. Interessiert man sich statt dessen für andere, merkt man: Wenn es irgendwo noch wache, kritische, auch solidarische, nicht völlig integrierbare (und sei es aufgrund der Verhältnisse) Leute der nächsten oder übernächsten Generation gibt, dann in diesen zuweilen so hoffnungslos wirkenden versprengten Haufen. Das ist keine neue Bewegung, eine Perspektive zeichnet sich nicht ab, und eine Elite ist es auch nicht.

Im Bericht über die Trauerfeier für den in Genua erschossenen Carlo Giuliani wird dessen Vater zitiert: Der sprach »von den ›hellen Herzen und denkenden Köpfen‹ der jungen Menschen, die sich, wie sein ermordeter Sohn, politisch engagierten. Er rief die Anwesenden zur Einheit und zur Gewaltfreiheit auf« (»Junge Welt«, 26.7.2001). Daß auch im »Spiegel« respektvoll davon erzählt wurde, ist dann schon wieder ein Mainstream-Symptom: Ein toter Streetfighter macht sich als Nachricht fast ebenso gut wie ein bekehrter. Vorher und nachher geht es wieder gegen die gewaltbereiten Chaoten.

Regime-Wechsel

Schon vor dem G-8-Gipfel war zu lesen, die zu erwartenden Proteste könnten zwei positive Resultate bringen. Erstens: Es werde deutlich, daß an der Weltwirtschaftsordnung dies und jenes geändert werden müsse. Auf den Pressekonferenzen der Gipfelgegner – natürlich nur der »Gemäßigten« unter ihnen – entdeckten die Journalisten auch schon den einen oder anderen fitten Typ, der bei diesem Geschäft zu gebrauchen sein wird. Zweitens: Die Unmöglichkeit des Arrangements von Genua zeige, daß solche Super-Gipfel durch kleinere Lösungen ersetzt werden müßten.

Das sagte zum Beispiel Berlusconi. Tatsächlich waren diese Veranstaltungen 1975 als Verlegenheitslösungen nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods, der 1973 stattfand, erfunden worden. Das alte Regime mit festen

Wechselkursen und dem Dollar als Leitwährung war relativ effizient gewesen, am Schluß hatte es aber nicht mehr so gut funktioniert. Eine 1971 gegründete »Trilaterale Kommission« fand 1973 heraus, inzwischen leide die Regierungsfähigkeit: zuviel Demokratie (nicht als Zweck, sondern als unerwünschte Nebenwirkung des Keynesianismus) und zuviel Inflation, sozusagen Entropie.

Da waren das aber schon wieder Sorgen von gestern geworden. Nachdem die festen Wechselkurse aufgegeben waren, deutete sich jener zukünftige Zustand an, in dem keiner mehr so richtig durchblickt, Jürgen Habermas über die »Neue Unübersichtlichkeit« schreibt und die Börsenmeldungen fester Bestandteil der »Tagesthemen« sind. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing befanden: Kein Problem, dann müßten sich eben die Staatenlenker regelmäßig treffen und die Welt gemeinsam regieren. So entstand G 7 (heute G 8). Allerdings machte die Schaustellung im Laufe der Jahrzehnte einen nicht nur pompösen (das hatte man gern), sondern auch schon fast lächerlichen Eindruck. Man wollte die Entfesselung der Märkte und tat zugleich so, als beherrsche man die Folgen. Daß dies nicht zusammenpaßte, fiel auf.

Wenn wirklich einmal etwas zu regeln war, fanden sich diskretere Gelegenheiten, zum Beispiel im September 1985 im La-Plaza-Hotel in New York oder 1987 in Paris beim »Louvre-Akkord«: Die Notenbankgouverneure und Finanzminister trafen Absprachen, wie trotz marktdiktierter Währungsverhältnisse der Dollarkurs mal gedämpft, mal gestützt werden sollte.

Auch das ist jetzt schon wieder Vergangenheit. »Die Märkte« – und nicht irgendwelche politische Figuren – sind mittlerweile zu Akteuren erklärt worden. Gipfel waren gut, um darüber hinwegzutäuschen. Das sollen sie jetzt aber gar nicht mehr. Der Staat dankt damit nicht ab. Nicht nur in Genua, sondern auch in Prag, Göteborg und bei mehreren kleinen Gelegenheit in Deutschland im Sommer 2001 ging die Polizei kräftig ran. (In Seattle »siegten« die Demonstranten vielleicht deshalb, weil der US-Regierung selbst nicht viel an einem Konferenzerfolg lag.) Die schwedische Justiz hat inzwischen mit hohen Freiheitsstrafen nachgelegt. Das sieht schon nicht mehr wie eine Parallelität von Zufällen aus. »Der Staat bleibt stark«, titelte die »Zeit«. Sie meinte damit allerdings die Wirtschaftspolitik und nicht einen zwanzigjährigen Wehrpflichtigen, der mit einer Polizeiuniform und scharfer Munition versehen wurde. Als der Redakteur seinen Artikel vorbereitete, lebte der junge Giuliani noch.

Von Genua nach Frankfurt

Verzeiht, wenn ich, der Weitgereistere

Mich kaum für Euer Ziel begeistere.

Peter Hacks

Schade. Sie sollten es tun.

Anonymer Verehrer

Nach dem Gipfel von Genua kam in Deutschland das »Antirassistische GrenzCamp«. Voriges Jahr hatte es in Ostdeutschland stattgefunden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten auf den »alltäglichen Rassismus« hinweisen, protestierten gegen Anti-Asyl-Politik und Abschiebungen. Den Herren der National Befreiten Zonen sollte gezeigt werden, daß sie nicht allein auf der Welt sind, die Zivilgesellschaft in den befallenen Landstrichen wurde angehalten, ihnen nicht allzu offen zu applaudieren. Das Grenz-Camp geriet zufällig in Schröders Sommerloch-Antifaschismus. Das Fernsehen tauchte auf und lobte. Die Teilnehmer/innen waren weniger geschmeichelt als unangenehm berührt.

Diesmal hatte man sich Frankfurt am Main ausgesucht, mit gutem Grund: Am Flughafen wird ständig abgeschoben. Die Mobilisierungsveranstaltungen landauf, landab waren unterschiedlich stark besucht, die Auftritte in den sommerlichen Fußgängerzonen mißlangen zuweilen. Nicht alles war gut. Aber es gibt zur Zeit nichts Besseres. Wer sich nicht in die Tasche lügen will, hat damit noch lange keinen Grund zur Häme.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 8/2001 über den Streit um die Kohl-Akten

Konkret 09/01, S. 24

Jürgen Elsässer

Genua und Skopje

Was tun gegen den Imperialismus, der jetzt »Globalisierung« genannt wird? Eine kleine Polemik zur Generallinie

Noch vor zwanzig Jahren hätte man das für Science-fiction oder kommunistische Propaganda gehalten, eine Mischung aus Fassbinders »Mord im 31. Stock« und Schnitzlers »Schwarzem Kanal« – doch plötzlich ist der Trash Wirklichkeit geworden: Auf Luxusjachten tagen die Herren der Welt, eingeladen von einem Medientycoon, angeführt von einem texanischen Killer, angefeuert von einer deutschen Bulldogge. Die Stadt unter Kriegsrecht, die Demokratie suspendiert, die Bevölkerung wie wilde Tiere mit meterhohen Käfigen ausgesperrt. Die Soldateska hetzt die Demonstranten durch die Straßen, knochenbrechend, schießend, mordend. Genua 2001 war, wenigstens für zwei Nächte, Santiago de Chile 1973 – die Schreie, die Folter, die Verschwundenen. Wie schnell das gehen kann.

Daß die 300.000 Demonstranten in Genua den 800.000 Ravern auf der Berliner Love Parade die Schau gestohlen haben, daß sie also hinter der Maske der infantilen Spaßgesellschaft wieder die alte Fratze des Kapitalismus sichtbar gemacht haben, ist ihr bleibendes Verdienst. Doch es könnte noch mehr daraus werden, sollte das »Spiegel«-Gespräch mit drei deutschen Protagonisten der Bewegung repräsentativ sein – mindestens zwei davon machen nämlich einen ganz vernünftigen Eindruck. Eine gerade 30jährige Frau wirbt für eine Gruppe mit dem sympathischen Namen »Linksruck« – nur Rifondazione Comunista klingt noch schöner – und läßt es sich nicht nehmen, für »Marx und Engels, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Lenin und auch Trotzki« einzutreten. Und ein Koordinator des deutschen Ablegers von Attac berichtet Bemerkenswertes über seine Politisierung: »Ich selbst komme aus der Umweltbewegung, und da habe ich erlebt, wie wir in den entscheidenden Punkten nichts erreicht haben. Der Himmel über dem Ruhrgebiet ist zwar wieder blau, aber der Regenwald wird abgeholzt. Am Ende entscheidet über alles die Wirtschaft.«

Am Ende entscheidet über alles die Wirtschaft – da hat jemand die einfache Wahrheit wieder freigelegt, die in den letzten 30 Jahren von der Neuen Linken verschüttet worden ist: Es gibt einen Hauptwiderspruch, und wenn wir den nicht anpacken, können wir die ganzen anderen schönen Projekte, die wir sonst noch auf dem Zettel haben, abschreiben, egal, ob es um Frauenemanzipation, Ökologie oder sexuelle Befreiung geht. Der Einwand ist geschenkt, daß es sich bei Attac (und möglicherweise auch bei Linksruck) nicht um eine revolutionäre, sondern um eine reformistische Organisation handelt. Es geht hier nämlich nicht um Politikformen oder um das Staatsverständnis, sondern um die Rehabilitierung einer basalen philosophischen Erkenntnis, ohne die keine Revolution, und mag sie ansonsten noch so radikal proklamiert werden, vorstellbar ist: Das Sein bestimmt das Bewußtsein beziehungsweise: It’s the economy, stupid!

Triple depression

Kein Wunder, daß die Schiffbrüchigen der Neuen Linken mit der ungewohnten Politisierung wenig anfangen können und Konfusion in die Bewegung tragen. Verbissen und verschwurbelt verteidigt der »Gipfelsturm« – eine überregionale Genua-Mobilisierungszeitung der autonomen Szene – das eigene Brett vor dem Kopf: »Ende der siebziger Jahre formte sich eine Theorie, wo nicht nur der Kapitalismus als einzig gültiger, alles bedingender ›Hauptwiderspruch‹, sondern drei von einander unabhängige und sich doch aufeinander beziehende Unterdrückungsverhältnisse: Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat gesehen wurden. Mittlerweile gehört die ›Triple Oppression‹-Theorie in großen Teilen der Bewegung hierzulande zu einer Art ›Grundkonsens‹.« Die Inkonsistenz dieses Ansatzes wird nur wenige Absätze später deutlich – selbst die letzten Reste von Grammatik müssen dafür geopfert werden: »... für viele Menschen ist es nicht verständlich, wieso nicht auch weitere Herrschaftsformen, die sie als relevant betrachten, in dieses Modell mit einbezogen werden sollen. Je nachdem, mit welchen Widersprüchen mensch sich beschäftigt hat, von ihnen selber betroffen ist, oder es einfach für notwendig gehalten wird, sie mit einzubeziehen, werden dann auf Formen wie Unterdrückung aufgrund des Alters (Ageism), Unterdrückung von Tieren (Speziesismus), Unterdrückung von sogenannten Behinderten etc. in die eigene Analyse und Kritik miteinbezogen.« Hat man auf diese Weise erst einmal die Feinde multipliziert – neben den Kapitalisten geht es nun auch gegen Rassisten, Sexisten, Ageisten, Kinderschänder und andere Heterosexuelle, Fleischfresser und Raucher – und sich so in eine aussichtslose Position manövriert, empfiehlt sich der Rückzug auf sicheres Terrain: in die eigene Psyche: »Der Feind steht auch in uns selbst«, heißt es in dem autonomen Kampfblatt weiter. »Ich will damit verdeutlichen, daß (es, J.E.) eben nicht ausreicht, unseren Kampf gegen Projekte der Herrschenden zu führen ... nein, wir müssen auch quasi mit uns selbst kämpfen.« Erfahrungsgemäß endet das in der Selbsterfahrungsgruppe, in der Psychiatrie oder im Suizid.

Nur um weniges intelligenter sind die Kritteleien in einem wöchentlichen Kreuzberger Theorieorgan. »Hier wird der hochkomplexe und abstrakte kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang auf einfache dichotome Gegensätze reduziert, verdinglicht und personalisiert«, wirft man der neuen Bewegung vor. Was das heißt? »Deshalb muß eine adäquate linke Kritik am Phänomen der Globalisierung von einer Totalität des kapitalistischen

Vergesellschaftungszusammenhanges ausgehen.« Jetzt wissen wir's: Haltet Einkehr in der Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit, meditiert über den Schriften von Adorno, Horkheimer und Postone, singet laut und lauter »Deleuze uns von dem Übel« und wartet frohgemut, bis das Himmelreich zu Euch kommt. Man kann nur hoffen, daß diese byzantinische Liturgie bei den Kids, die jetzt auf die Straße gehen, keine Verbreitung findet. Ansonsten bestünde nämlich die Gefahr, daß eine Schwachstelle der neuen Bewegung nicht korrigiert, sondern verstärkt wird: daß sie zu sehr von einem »hochkomplexen und abstrakten kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhang« redet und diesen Zusammenhang zu selten »reduziert, verdinglicht und personalisiert«.

Ein Beispiel für dieses Defizit: Drei Tage nach Genua fand die Randale gegen die G8 nur 500 Kilometer entfernt ihre Fortsetzung – und Attac und Linksruck haben es vermutlich gar nicht gemerkt. Am 25. Juli stürmten mehrere Tausend Demonstranten in der mazedonischen Hauptstadt Skopje die Filialen der westlichen Großmächte. Die deutsche Botschaft wurde mit einem Steinhagel eingedeckt und sauber entglast, anschließend McDonald's verwüstet, und der amerikanischen Botschaft blieb ähnliches nur dank eines höheren Absperrgitters und Panzerglas erspart. Ersatzweise wurden sämtliche Fahrzeuge der OSZE in Brand gesetzt. Die Wut hatte sich an der Mitteilung des mazedonischen Verteidigungsministeriums entzündet, wonach zwei Kfor-Hubschrauber eine Ladung unbekannten Inhalts zu UCK-Stellungen gebracht hatten – man vermutete Waffennachschub.

Wahrscheinlich würden die meisten Globalisierungsgegner Genua und Skopje nicht in einem Atemzug nennen, doch das liegt an einem blinden Fleck in ihrer Analyse. Für sie ist Globalisierung im wesentlichen der weltweite Angriff der Finanzmärkte, also ein ökonomischer Vorgang. Völlig unterbelichtet ist, daß sich die ökonomische Veränderung nicht im Selbstlauf vollzieht, sondern mit Gewalt, immer häufiger mit direkter militärischer Gewalt, durchgesetzt wird. Schlimmer noch: Wer das zum Thema macht, wird als Verschwörungstheoretiker abgetan. So bezeichnet Bernhard Schmid in seinem Beitrag »Falsche Freunde« (KONKRET 8/01) die Europäisierung – den vielleicht wichtigsten Teil der Globalisierung – euphemistisch als »Übertragung einiger Bestandteile politischer Souveränität und Regulierungsmacht auf andere ... Ebenen«. Dies sei ein »objektiver Prozeß«, dem sich nur einige Verrückte entgegenstemmen, die ihn »als Ergebnis einer von außen gesteuerten Verschwörung uminterpretieren«.

Was anderes als eine »von außen gesteuerte Verschwörung« war denn der Angriff der Nato-Staaten auf Jugoslawien? Hat die Uno zugestimmt? Wurde die Bevölkerung in den westlichen Staaten befragt? Wurde wenigstens den Parlamenten die Möglichkeit zur Beschlußfassung gegeben? Ein Kriegskabinett aus vier Leuten – Clinton, Albright, Schröder und Fischer – entschied während der Rambouillet-Konferenz über den Angriff auf Jugoslawien – selbst Blair und Jospin zögerten. Die zwei wesentlichen Propagandalügen zur Täuschung der Öffentlichkeit – Racak und der »Hufeisenplan« – waren klassische Geheimdienstoperationen. Das hätte Thema in Genua sein müssen: daß Globalisierung mit Notwendigkeit Krieg bedeutet, daß beispielsweise Jugoslawien nur durch zehnjährige Militärblockade und elfwöchiges Luftbombardement für die westlichen Konzerne und Banken geöffnet werden konnte. Bis zum Oktober 2000 war die industrielle Basis des Landes in Staats- oder Belegschaftsbesitz, ausländische Beteiligung war nur bis zu 49 Prozent möglich und auch das nur mit Zustimmung der Arbeiter. Die erste Maßnahme der neuen Regierung war ein Privatisierungsgesetz, erst dadurch – und nicht durch die »invisible hand« der Ökonomie – ist der freie Kapitalverkehr mit dem Westen möglich geworden. Jetzt will die Deutsche Bahn das Eisenbahnnetz und die Bahnhöfe, Ron Sommer die serbische Telekom, VW ist an Zastava interessiert, IWF und Weltbank würgen das Land mit Knebelkrediten.

Globalisierung in Mazedonien

Auch das kleine Nachbarland wurde 1999 sturmreif geschossen. »Die frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien leidet wie kein anderer Nachbarstaat der BR Jugoslawien an den Folgen des Kosovo-Krieges: aufgrund seiner Eskalation verlor Mazedonien mit Jugoslawien seinen wichtigsten Handelspartner und zugleich seine Hauptexportroute nach Mittel- und Westeuropa. Darunter litten nicht nur die Absatzmärkte, auch die Einfuhren wurden erschwert und verteuerten sich. Die Folgen waren der Einbruch des Außenhandels sowie das Versiegen wichtiger Rohstoffquellen«, heißt es in einer Studie der Bankgesellschaft Berlin. Die vom Krieg erzeugte Wirtschaftskrise wird nun vom Westen genutzt, um sich die Reichtümer des Landes unter den Nagel zu reißen. Zwar werden – anders als in Jugoslawien – bestimmte Wirtschaftssektoren schon seit Jahren von Deutschland kontrolliert: Es ist der wichtigste Handelspartner (Import/Export-Anteil 17 Prozent), über eine österreichische Partnerbank Mehrheitseigner der größten Bank (die ihrerseits ein Drittel aller Finanztransaktionen abwickelt), der Dinar ist an die Mark gekoppelt. Aber den industriellen Kernbereich haben die Mazedonier bisher einigermaßen abschotten können. Die früheren Staatsbetriebe wurden zwar privatisiert, aber bevorzugt und zu recht günstigen Preisen an ihre Beschäftigen und Manager abgegeben – eine »reine Insider-Privatisierung«, klagt das Bundeswirtschaftsministerium. Folglich blieb die ausländische Teilnahme an der Privatisierung »weit hinter den Erwartungen zurück« – und es waren ausgerechnet die Griechen, die bekanntlich der Nato-Balkanpolitik nicht besonders wohlwollend gegenüberstehen, die bis 1999 mit Aufkäufen in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar an der Spitze der Auslandsinvestoren lagen (Deutschland: 1,1 Milliarden) und unter anderem die staatliche Ölraffinerie OKTA erwarben.

Nach dem Krieg gab die mazedonische Regierung den westlichen Interessen nach und erarbeitete ein radikaleres Privatisierungsprogramm. »Die Stoßrichtung scheint klar: Die Insider-Dominanz soll durchbrochen werden, wenigstens für künftige Privatisierungen«, freut sich das Bundeswirtschaftsministerium. Im Januar 2001 wechselte ein Filetstück der Zukunftstechnologie den Besitzer: Die Aktienmehrheit der mazedonischen Telekom ging an die ungarische Matav, die ihrerseits mehrheitlich der Deutschen Telekom gehört.

Mit der Offensive der UCK hat sich in der bürgerlichen Regierung Mazedoniens Panik ausgebreitet. Da der Westen dem Land die Selbstverteidigung geradezu verbietet – Ende Juli reiste Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in die Ukraine, Skopjes wichtigster Waffenlieferant, um weitere Unterstützung zu unterbinden – , wächst der Einfluß derer, die die Kapitulation vor der UCK für unabwendbar halten und das Beste daraus machen wollen – für sich selbst: Nach der Devise »Nach uns die Sinflut« verhökern sie alles, was nicht niet- und nagelfest ist. »In nicht weniger als vier Monaten haben die Agentur für Privatisierung und die Behinderten- und Rentenversicherung Aktien von 37 Unternehmen zum Discount verkauft«, berichtete die Nachrichtenagentur Aimpress im Mai 2001. »Dafür bekamen sie gerade elf Millionen Mark – genau den Betrag, den Verteidigungsminister Ljuben Paukovski persönlich auf den Konten seiner Verwandten deponierte, und das auf dem Höhepunkt des albanischen Aufstandes ... Das außergewöhnlich profitable Messegelände in Skopje wurde für gerade sechs Millionen Mark verkauft, die gut erhaltene und renommierte Ohrid Tourist für 288.000 DM – sie ist das Zehnfache wert.« In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß Paukovski neben Präsident Boris Trajkovski zu den Tauben im mazedonischen Regierungsestablishment gehören, die – im Unterschied zu den Falken um Premier Ljubco Georgievski – zu weitgehenden Zugeständnissen an die albanischen Rebellen bereit sind.

So befördert der Krieg der UCK die Privatisierung, und der auf seiner Grundlage von Nato und EU oktroyierte »Frieden« wird das Werk vollenden: Wesentlicher Teil des Vertragspakets, das EU-Unterhändler Javier Solana und sein US-amerikanischer Kollege James Pardew in den letzten Wochen bei den Verhandlungen in Ohrid unterbreiteten, ist eine weitgehende Dezentralisierung des Landes. Lokale Selbstverwaltungsorgane sollen neben juristischen und polizeilichen auch zusätzliche wirtschaftliche Kompetenzen erhalten – zum Beispiel die Kontrolle über die auf ihrem Gebiet liegenden staatlichen Unternehmen (über die bisher die Regierung in Skopje verfügt). Da die Albaner mehrheitlich nicht in diesen Unternehmen, sondern in Klein- und Familienbetrieben arbeiten, ist zu erwarten, daß sich in den künftig von ihnen regierten Landesteilen der Ausverkauf der Staatsindustrie beschleunigen wird.

No border, no nation?

Wie blind ein Teil der Globalisierungsgegner – vor allem der von der autonomen Szene beeinflußte – für diese Zusammenhänge ist, beweist die zentrale Losung des antirassistischen Grenzcamps in Frankfurt/M. Anfang August: »No border, no nation«. Genau die Ziele, die die Nato-Staaten mit ihrem Krieg gegen Jugoslawien und mit der von ihnen unterstützten UCK-Aggression gegen Mazedonien verfolgten, nämlich die Öffnung der Grenzen und die Zerstörung der Staatssouveränität zugunsten ungehinderter Kapitalinfiltration – vulgo: zur Durchsetzung der Globalisierung – werden auf diese Weise Teil eines angeblich fortschrittlichen Programms. Nicht einmal der Hinweis, die Losung solle nicht dem Kapital, sondern den Flüchtlingen den Weg ebnen, mag überzeugen. Zwar ist das für Deutschland und andere Schurkenstaaten durchaus gerechtfertigt, doch will man dieses Prinzip im Ernst weltweit und auch auf dem Balkan predigen? Dort wäre doch das Gegenteil wichtig, daß nämlich die Grenze zwischen Kosovo und Mazedonien endlich abgeschottet wird, und auch die Athener Behörden tun gut daran, von den angeblichen Flüchtlingen aus Albanien lieber einen zuviel als einen zuwenig zurückzuschicken – nur zu oft sind darunter Terroristen der UCK, die bereits Aktionen in Griechenland angekündigt hat.

Wie will man das entfesselte Kapital der Großmächte daran hindern, einen Staat nach dem anderen mit ökonomischem und schließlich militärischem Terror kaputtzumachen und dann dessen Filetstücke zu vertilgen? Müßte es nicht darum gehen, die Zusammenarbeit mit den Nationalisten – besser: Souveränisten – der bedrohten Staaten zu suchen, zumindest mit den Antikapitalisten unter ihnen? Wie hilfreich deren Agieren für uns in den Metropolen ist, zeigt nicht zuletzt die geschilderte Randale in Skopje Ende Juli: Hatte Deutschland zuvor noch mächtig Stimmung für einen »robusten« Nato-Einsatz gemacht (vgl. KONKRET 8/01), so fuhr den Verantwortlichen mit jener Nacht der Schrecken in die Glieder. »Vorsicht vor Mazedonien«, kommentierte »Bild« tags darauf, und Scharping meinte auf die Frage nach einer möglichen Nato-Intervention: »Die Lage hat sich in den letzten Stunden eher verschlechtert als verbessert.« In der Folge kündigten die CDU/CSU-Fraktion und zuletzt mehr als 30 Abgeordnete der Regierungskoalition ihr Veto gegen die Entsendung von Bundeswehrtruppen an.

Ein Bündnis mit den vom Imperialismus Unterjochten hat auch Lenin vorgeschlagen, mit der Propagierung des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« wollte er kommunistische und antikoloniale Bewegungen verbinden. Über die gefährliche Doppeldeutigkeit dieser Losung ist bereits viel geschrieben worden (vgl. KONKRET 12/99), und heute wird sie unter anderem von der UCK zur Legitimation ihres Terrors benutzt. Deshalb führt an einer Schärfung und Aktualisierung des Leninschen Ansatzes kein Weg vorbei. Wie wär’s mit »Proletarier aller Länder und bedrohte Staaten –

vereinigt euch!« als Grundlage für eine neue Internationale? Vielleicht könnte man sogar einen chinesischen Ladenhüter entstauben und vom Kopf auf die Füße stellen, die »weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte« – im aktuellen Fall wären damit die USA und Deutschland gemeint.

Natürlich blieben dann immer noch viele brisante Fragen offen, etwa welche der beiden Supermächte in welcher Region gefährlicher ist und ob beispielsweise Israel eher zu den Protagonisten oder zu den Opfern der neuen Weltordnung gehört. Aber auf der Basis einer soliden strategischen Analyse könnte man darüber konstruktiver streiten als bisher.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 8/2001 über die Entführung Milosevics nach Den Haag

Konkret 09/01, S. 28

Klaus Thörner

Die Firma 1

Eine junge Anwältin und die Mafia: Erster Teil einer Szenenfolge aus der juristischen Karriere der Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Carla del Ponte

Die Chefanklägerin des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag wird weithin gelobt. UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte über sie: »Gerechtigkeit ist eine Frau«, für die »Tagesschau« ist sie eine »energische und kompromißlose Ermittlerin«, und aus dem »Tagesspiegel« konnte man erfahren, sie habe sich »in den achtziger Jahren in der Schweiz als unerschrockene Mafiajägerin einen Namen« gemacht. Offensichtlich ist der Werdegang von Frau del Ponte so gut wie unbekannt, sonst wären solche Schmeicheleien kaum verständlich.

Ihre Karriere begann die 54jährige als Verteidigerin in Lugano in ihrem Heimatkanton Tessin. 1981 wechselte sie dort in die Anklagebehörde und wurde Mitarbeiterin des damaligen Staatsanwaltes von Lugano, Paolo Bernasconi. 1985 wählte man sie auf Vorschlag der Schweizer FDP in die Tessiner Staatsanwaltschaft.

Ihr Chef Bernasconi gehört zum FDP-Clan um die Tessiner Kanzlei Sganzini, die die Interessen der prominentesten italienischen Politiker und Industriemagnaten vertritt. Letztere wickelten jahrzehntelang ihre Schmiergeldgeschäfte im Tessin ab, bis 1992 die Mailänder Staatsanwaltschaft die berühmten Tangentopoli-Anklagen gegen beinahe das gesamte Politestablishment Italiens erhob. Obwohl Bernasconi diverse Ermittlungen zur italienisch-schweizerischen Geldwäsche im Sande verlaufen ließ, galt er in der Öffentlichkeit als unbestechlicher Mafiajäger. Seine Strategie war effektiv. Vor Gericht trat er ohne taugliche Beweismittel, aber mit großem Mundwerk auf. Er beleidigte laut und breit alle Angeschuldigten, stand jedoch mit kurzen Hosen da, als es darum ging, von Rhetorik und Moral zu Beweisen überzugehen.

Als Bernasconi 1988 die Staatsanwaltschaft verließ, begann er ein doppeltes Spiel: Einerseits unterrichtete er Wirtschaftsethik in St. Gallen und hielt Referate gegen das organisierte Verbrechen, andererseits arbeitete er als Notar dank seiner Beziehungen zur Staatsanwaltschaft an der Verhaftung von Konkurrenten der Mafia. So veranlaßte er 1991 die Tessiner Staatsanwaltschaft, den Pharma-Unternehmer Hans N. Zemp zu verhaften. Dieser blieb sechs Monate in Untersuchungshaft, ein Prozeß fand nie statt. In der Zwischenzeit beriet Bernasconi zwei Geschäftsfreunde, die Zemps Abwesenheit nutzten, um sich dessen Firmenvermögen anzueignen und die Firmenpatente an eine neue, von ihnen beherrschte Firma zu verscherbeln.

Ein weiteres Beispiel: Zwischen 1984 und 1988 versteckten US-amerikanische Drogenhändler ihre Gewinne über Tessiner und Genfer Treuhänder in der Schweiz. Bernasconi hatte diese Untersuchung wenige Wochen vor seinem Abgang auf dem Tisch. Nachdem er die Staatsanwaltschaft verlassen hatte, wurde er Anwalt von Christine Dickinson, einer der Beschuldigten. Da Bernasconi für sie bürgte, wurde die Sperrung von Dickinsons Konto aufgehoben; sie konnte ihr Vermögen retten.

Die Pizza-Connection

1988 übernahm der Konservative Venerio Quadri von Bernasconi den Posten des Staatsanwalts von Lugano. Er eröffnete die Untersuchung im Fall der Fimo SA Chiasso, die Drogengelder der italienischen Mafia und Bestechungsgelder von Silvio Berlusconi gewaschen haben soll. Quadri blieb nur wenige Monate im Amt und wurde danach Anwalt und Verwaltungsratsmitglied der Gruppe Fimo. Zu seiner Nachfolgerin wurde noch im selben Jahr die Bernasconi-Vertraute Carla del Ponte ernannt. Unter ihrer Amtsführung wurden die Ermittlungen gegen Fimo und später gegen Bernasconi und Dickinson eingestellt beziehungsweise nie eröffnet.

Dennoch gilt del Ponte bis heute als unnachgiebige Mafiajägerin. Zu dieser Legendenbildung trug ihre Bekanntschaft mit dem Mafiajäger schlechthin bei, dem Staatsanwalt von Palermo, Giovanni Falcone, der als erster Mafiapaten ins Gefängnis brachte. Falcone kam 1992 bei einem Attentat ums Leben. Bereits 1989 war bei einem Besuch del Pontes bei Falcone eine Bombe entdeckt worden, die del Ponte auf einer Pressekonferenz als Anschlag der Mafia auf Schweizer Ermittlungen deutete. So wurde sie berühmt.

In den neunziger Jahren ging sie gegen ehemalige sowjetische Organisationen vor, die angeblich versuchten, illegale Gelder in der Schweiz anzulegen. Außerdem ermittelte sie gegen die sogenannte Pizza-Connection, allerdings auf eine sehr delikate Art. Anfang der achtziger Jahre hatte die sizilianische Mafia zwei Tonnen Heroin in der Türkei gekauft und über eine Reihe von kleinen Pizzerias in den USA vertrieben. Die Gewinne wurden im Tessin gewaschen, Kern der Operation war die Finagest SA in Lugano. Ein Filialleiter der BSI Banca della Svizzera Italiana, der erfuhr, daß Interpol die Kontonummern der Mafia im Tessin identifiziert hatte, ließ die Pizza-Connection auffliegen und trug die Indizien unter anderem den zuständigen Staatsanwälten Bernasconi und später del Ponte vor. Es gab eine Welle von Verhaftungen und Strafprozessen, die zu erstaunlichen Ergebnissen führten: Die belastenden Aussagen des Filialleiters der BSI wurden

ignoriert, von den über 50 Millionen Dollar, die insgesamt gewaschen worden waren, galten weniger als zehn Millionen als nachgewiesen.

Später wurden die Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Trotz eines internationalen Rechtshilfegesuchs weigerte sich del Ponte bis zur Verjährung, Unterlagen über die Pizza-Connection nach Italien weiterzugeben. Die wichtigste Figur im Skandal, Olivero Tognoli, der das Geld in die Schweiz geschleust und die Geldwaschanlagen koordiniert hatte, handelte im Oktober 1988 mit del Ponte die Bedingungen seiner eigenen Verhaftung aus. Als er schließlich auf dem Flughafen von Agno-Lugano eintraf, wurden nicht einmal seine Koffer durchsucht. Seinen gefälschten Paß konnte er behalten. Im November 1990 stand Tognoli vor Gericht. Del Ponte unterließ es, sowohl wichtige Unterlagen dem Gericht vorzulegen als auch ungefähr drei Viertel der benannten Zeugen vorzuladen. Tognoli blieb nach dem Prozeß gerade noch drei Monate in Haft. Dann flog er mit seinem gefälschten Paß und seinem nicht beschlagnahmten Geld nach Kenia, wo er seither ungeschoren lebt.

Schutz für Berlusconi

In ihrer Zeit als Staatsanwältin schaffte es del Ponte, mehrere unschuldige Personen monatelang in Untersuchungshaft zu halten und gleichzeitig mehrere Leitfiguren des organisierten Verbrechens mit Hilfe grober Ermittlungs- und Prozeßführungsmängel vor Haftstrafen zu retten. Mitte der neunziger Jahre war sie war dann für den Filz nicht mehr tragbar. Ihre Unberechenbarkeit verärgerte selbst ihre Freunde. An einem Tag konnte sie etwas peinlich Auffälliges unternehmen, um den Filz zu schonen, und am Tag danach beging sie irgendeine Gesetzwidrigkeit, um ausländischen Ermittlungsbehörden behilflich zu sein.

Als 1993 die Stelle als Schweizer Bundesanwältin frei wurde, beschlossen die Clans einvernehmlich, del Ponte nach Bern wegzuloben. Besonders der Schweizer Industrielle Gianfranco Cotti setzte sich für sie ein. Er selbst hatte kurz zuvor noch im Verdacht gestanden, Drogengelder gewaschen zu haben. Del Ponte räumte den Verdacht aus. Dann wurde sie zur Bundesanwältin ernannt. Als nunmehr oberste Schweizer Strafverfolgerin versuchte sie »große Fische« zu fangen. In Raul Salinas, dem Bruder eines mexikanischen Expräsidenten, sah sie die Schaltstelle des lateinamerikanischen Drogenexports in die USA und wollte ihm einen großen Prozeß machen. Sie scheiterte kläglich, nachdem das Schweizer Bundesgericht ihr wegen der medienträchtigen Beschlagnahme von 118 Millionen Dollar auf Schweizer Konten Amtsanmaßung bescheinigt hatte. Dann ließ sie vier angebliche Schweizer Komplizen des Topterroristen Carlos vorläufig verhaften, doch seither sind in immerhin fünf Jahren die Ermittlungen nicht vorangekommen. Im Juli 1996 geriet del Ponte während eines Helikopterfluges über kolumbianische Kokainfelder in Begleitung des Kommandanten der kolumbianischen Antidrogenpolizei unter Beschuß der größten Guerilla-Organisation des Landes, den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia (FARC). Der Helikopter konnte jedoch sicher landen.

Ebenso unbeschadet überstand sie Mitte der neunziger Jahre den verbalen Beschuß durch Schweizer Medien wegen ihrer Abhörmethoden. Bekannt wurden von ihr angeordnete Telefonüberwachungen beim »Sonntagsblick«, beim Magazin »Facts« und bei der Tageszeitung »Der Bund«. Der Presserat attestierte del Ponte daraufhin in seiner Rüge einen »schweren Mangel an Sensibilität für die Mechanismen des Informationsflusses in einem demokratischen Gemeinwesen«. Dieser Kritik begegnete del Ponte lediglich mit dem Argument, sie habe vermutete Lecks in der Bundesverwaltung aufdecken wollen. Selbst Schlapphüte fanden Carlas Arbeitsweise nicht spaßig. So empörte sich Fausto Cattaneo, Exchef der Tessiner Drogenfahndung, in der Schweizer »Sonntagszeitung«, daß del Ponte 1995 gegen ihn, der als V-Mann agierte, ermitteln und sogar sein Telefon abhören ließ. Bereits 1992 hatte sie einmal seine Identität als V-Mann bekanntgegeben, während er in Brasilien gegen Silvio Berlusconis Gruppe wegen Geldwäscherei ermittelte. Er mußte flüchten und lebte danach jahrelang versteckt. Eine Untersuchung kam 1994 zu dem Schluß, daß sich der V-Mann im Sinne der Schweizer Gesetze absolut korrekt verhalten hatte. Cattaneo wirft der Staatsanwältin vor, sie habe ihn mundtot machen wollen, weil er ihre illegalen Methoden nicht tolerierte. Dabei sei es unter anderem um die spektakuläre Operation »Nizza 2« gegangen, bei der in Südfrankreich 60 Kilogramm Kokain beschlagnahmt worden waren. Das Rauschgift stammte jedoch nicht wie behauptet vom kolumbianischen Drogenkartell, sondern aus dem Depot der Polizei von Sao Paulo. Kurzum: Polizisten kauften illegal von Polizisten – und vertuschten alles mit Unterstützung der Ermittlungsführerin del Ponte.

Ihre guten Verbindungen verhalfen del Ponte schließlich auch zu ihrem Posten in Den Haag: Als ihr Name in UN-Kreisen als Nachfolgerin für die Kanadierin Louise Arbour zirkulierte, legten ihre Bekannten vom FBI und der US-Drogenfahndung DEA ein gutes Wort für sie beim State Departement ein. Alles weitere war ein Kinderspiel. Auf Vorschlag des UN-Generalsekretärs wurde sie vom Weltsicherheitsrat im September 1999 zur Chefanklägerin des Kriegsverbrechertribunals ernannt. In der Schweiz liegen derweil Schadensersatzforderungen von del Pontes Justizopfern in Höhe von über vier Millionen Franken vor.

Fortsetzung im nächsten Heft: Carla del Ponte, die albanische Mafia und der Prozeß gegen Milosevic

Der Autor dankt dem Journalisten Paolo Fusi und der Schweizer »Wochenzeitung«, deren Texte die Grundlage für seinen Artikel bilden, für großzügige Unterstützung.

Klaus Thörner war in KONKRET 1/2000 Koautor eines Diskussionsbeitrages zum »Europa der Stämme«

Konkret 09/01, S. 30

Conrad Schuhler

Adler und Kuckuck

Bundeseigentum im Ausland soll zugunsten von NS-Opfern gepfändet werden

Als »abschließendes Zeichen der Verantwortung und Versöhnung« war es gedacht. Doch die Hoffnung der Bundesrepublik Deutschland, mit den 10 Milliarden Mark der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« einen historischen Schlußstrich ziehen, sprich: nicht nur die ehemaligen Zwangsarbeiter, sondern auch alle anderen Opfer Nazi-Deutschlands abspeisen zu können, hat sich als trügerisch erwiesen. Die obersten Gerichte Griechenlands haben schon vor Jahresfrist die Schadensersatzansprüche griechischer SS-Opfer für rechtens erklärt. Die deutsche Regierung hat das Urteil nicht anerkannt und verweigert bislang jede Entschädigung. Daraufhin verfügte das Landgericht Athen als ersten Schritt die sofortige Pfändung des Athener Goethe-Instituts und der deutschen Schulen in Athen und Saloniki. Am 4. September wird vor dem Oberlandesgericht Athen über die Berufung der Bundesregierung gegen diesen Pfändungsbeschluß verhandelt. Die Gesamtforderungen griechischer Opfer von SS und Wehrmacht belaufen sich nach Angaben der Opfer-Anwälte auf rund 200 Milliarden DM.

Die Lawine ins Rollen gebracht hat die Klage der Bewohner von Distomos, einem Dorf in der Nähe von Delphi. 218 Bewohner waren am 10. Juni 1944 von Angehörigen des 7. Regiments der 4. SS-Polizei-Panzer-Division massakriert worden. Als vier Tage später das Internationale Rote Kreuz den Ort erreichte, baumelten die Leichen an den Alleebäumen. Augenzeugen berichteten, daß die Deutschen den Greisen die Bäuche aufgeschlitzt und ihnen die Därme um den Hals gelegt hatten. Einer im neunten Monat schwangeren Frau habe man den Fötus aus dem Leib geschnitten, einer anderen Mutter, die gerade ihr Baby stillte, wurde die Brust abgeschnitten, der Dorfpfarrer wurde geköpft. Der Klage der Nachkommen der Massakrierten gegen die Bundesrepublik stimmte das Landgericht Livadia im Oktober 1997 zu und verurteilte Deutschland zu einem Schadensersatz von 55 Millionen Mark.

Deutschland, Exportweltmeister der Menschenrechte, wies das Urteil zurück und legte Revision ein beim obersten griechischen Gericht, dem Areopag. Nach allgemein geltendem Völkerrecht könne ein Staat nicht durch ein Gericht eines anderen Landes verurteilt werden. Parallel dazu wies das Landgericht Karlsruhe die Klage von vier Nachkommen ermordeter Distomos-Bewohner mit der Begründung zurück, sie müßten ihre Klage bei einem Gerichtsstand einbringen, in dessen Wirkungsfeld das Verbrechen geschehen sei. Eine perfekte deutsche Lösung: Im Inland ist niemand zuständig, Urteile aus dem Ausland werden nicht anerkannt.

Doch wollte der Areopag bei dem Manöver nicht mitmachen und wies die Revision der deutschen Seite zurück: Zwar könnten in der Tat nicht Gerichte eines fremden Staates über das Regierungsverhalten eines anderen Staates urteilen. Dies gelte jedoch nur für normales Regierungsverhalten, nicht aber für Kriegsverbrechen wie im vorliegenden Fall. Damit wurde das Urteil der ersten Instanz im Mai 2000 rechtskräftig. Für die Bundesregierung kein Anlaß, ihre Schuld zu begleichen. Während sie gerade ein anderes Land, Jugoslawien, mit Krieg überzog, angeblich um Menschenrechtsverletzungen zu ahnden und zu verhindern, erklärte sie ein Urteil des obersten griechischen Gerichts zu Nazi-Kriegsverbrechen für völkerrechtswidrig, weil Deutschland als Staat »immun« sei. Sie verweigert kategorisch jede Zahlung, wobei sie stets darauf hinweist, daß dann der Zahlungen kein Ende wäre. Allein in Griechenland, wo mindestens weitere 64 ähnliche Massaker wie in Distomos stattgefunden haben, seien »mehrere tausend Klagen« anhängig. Auf Anfrage bekräftigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, die Bundesregierung werde »mit allen Mitteln die völkerrechtswidrigen Akte der Griechen bekämpfen«. Hellas, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Albanien und Mazedonien, sollte gewarnt sein.

Daß die Bundesregierung es tödlich ernst meint, verrät ihre Anwort auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Jelpke, ob und wann die Opfer von Distomos mit einer Entschädigung rechnen können. Antwort: niemals. Denn: »Die Forderungen der Opfer von Distomos sind Reparationsansprüche. Nach Ablauf von 55 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland hat die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren. Im übrigen wären Reparationen über 50 Jahre nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in der völkerrechtlichen Praxis ein Sonderfall ohne jede Präzedenz.«

Das Schlüsselwort: Reparationen, Schadensersatz für die von Nazi-Deutschland angerichteten Verwüstungen. Es gehört zu den Meisterleistungen der westdeutschen Republik, daß sie sich bis heute vor solchen Reparationszahlungen drücken konnte. Während die DDR entsprechende Leistungen an die Sowjetunion erbringen mußte, wurden der BRD von den Westmächten im Londoner Schuldenabkommen 1952 Reparationen aller Art erlassen. Solche könnten erst fällig werden nach dem Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den früheren Kriegsgegnern. Der Westen sah es lieber, daß die Bundesrepublik ihre Mittel nutzte, um sich als militärischer Vorposten gegen das sozialistische Lager aufzurüsten. Auf das Londoner Abkommen pochte die Bundesregierung, wann immer Forderungen von Kriegsopfern erhoben wurden. Auch NS-Sklaven- und Zwangsarbeiter wurden nach diesem Muster stets zurückgewiesen, bis Mitte der

neunziger Jahre auch deutsche Gerichte die Auffassung vertraten, der Zwei-plus-Vier-Vertrag zur deutschen Wiedervereinigung entspreche dem geforderten Friedensvertrag. Nun verfiel die deutsche Regierung auf die Idee, die Forderungen für verjährt zu erklären, da das Kriegsende schon über 50 Jahre zurückläge. Die juristische Binsenweisheit, daß die Verjährungsfrist durch das Londoner Abkommen ausgesetzt worden war, mußte der deutschen Seite erst von den Gerichten eingebläut werden.

Da der Einwand der Verjährung seitdem nicht mehr zieht, versucht es die Bundesregierung nun mit der oben zitierten Wendung: Nach Ablauf von 55 Jahren hätten Reparationsansprüche »ihre Berechtigung verloren«. Keine juristische Wendung, sondern eine politische, genauer: eine politische Drohung. Im selben Satz verweist Berlin darauf, man habe Jahrzehnte friedlich, vertrauensvoll und fruchtbar zusammengearbeitet. Soll heißen: Wenn ihr jetzt Ärger macht, dann könnte es sein, daß wir die Grundlagen unserer Beziehung ganz schnell ändern, vielleicht ins Gegenteil von friedlich, vertrauensvoll und fruchtbar. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Athener Regierung die Drohung gut verstanden hat und dementsprechend kuscht. Deshalb beruht ihre Berufung gegen das Pfändungsurteil auch auf dem einzigen Punkt, daß das Urteil, nämlich Eigentum des deutschen Staates zugunsten von Nazi-Opfern zu versteigern, nicht wirksam sein könne ohne die Unterschrift des griechischen Justizministers.

Was aber wird sein, wenn das Berufungsgericht am 4. September die Berufung der Deutschen verwirft? Die griechische Regierung hat bereits erklärt, daß sie sich den Urteilen ihrer Gerichte gemäß verhalten wird. Dann werden das Goethe-Institut in Athen und andere deutsche Einrichtungen gepfändet. Es wird kein Gebäude der Bundesrepublik in Griechenland mehr übrig bleiben, schließlich geht es um 200 Milliarden Mark. Und das ist erst der Anfang. Allein Tschechien hat eine offene Reparationsrechnung von über 150 Milliarden Mark, die Forderungen der Länder der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawiens sind um ein Vielfaches höher. Gepfändet werden können übrigens nicht nur Liegenschaften der Bundesrepublik im Ausland, sondern auch ihre Zahlungen an internationale Organisationen. Wo immer die Deutschen mit ihrem Adler anrücken, der Kuckuck lauert gleich daneben.

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 6/01 über den neuen Kalten Krieg der USA

Konkret 09/01, S. 31

Tjark Kunstreich

Falscher Ort, falsche Zeit

Wem eigentlich hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland mit seinem Auftritt beim Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli in Berlin seine Reverenz erwiesen?

Ihm habe die Einladung keine Kopfschmerzen bereitet, teilte Paul Spiegel dem »Herr(n) Minister Scharping« mit, und: »Ich bin gerne zu dieser feierlichen Zeremonie gekommen.« Das war der Satz, auf den es ankam an diesem 20. Juli 2001. Die »feierliche Zeremonie« war das Gelöbnis von 570 Bundeswehrrekruten am 52. Jahrestag des mißlungenen Attentats gegen Hitler. Seit einigen Jahren schwören Soldaten an diesem Tag im Berliner Bendlerblock, dem damaligen Oberkommando der Wehrmacht, den Eid aufs Vaterland. Heute beherbergt das Gebäude neben dem Bundesverteidigungsministerium die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland wollte ein politisches Zeichen setzen – als erster »Repräsentant der jüdischen Gemeinschaft« (Paul Spiegel) auf einer Vereidigung aufzutreten bedeutete ein Bekenntnis abzulegen zur Berliner Republik und einem Militär, das sich bereits seit längerer Zeit wieder außerhalb der Landesgrenzen zu schaffen macht.

Welche Gründe für Spiegels Verhalten eine Rolle gespielt haben, darüber kann spekuliert werden: der grassierende Antisemitismus, die antiisraelische Stimmung der deutschen Öffentlichkeit, die plötzliche Bedeutung Deutschlands im Nahostkonflikt oder schlicht die Notwendigkeit, vom Staat weitere Mittel für die Integration der jüdischen Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion zu erhalten? Wahrscheinlich ist es eine Mischung aus allem gewesen, die es Spiegel ratsam erscheinen ließ, sein Bekenntnis zu diesem Staat nicht beiläufig in ein Interview einzuflechten oder es, wie am 9. November letzten Jahres in Berlin, in einer öffentlichen Rede mit deutlicher Kritik an der politischen Klasse zu verbinden.

Obwohl es Spiegel in seiner Ansprache auch darum ging, ein paar umstrittene Wahrheiten festzuhalten – »Ohne die Besetzung Polens hätte es nicht Auschwitz und Treblinka gegeben. Ohne die militärische Unterwerfung Europas wäre die Shoa .... überhaupt nicht möglich gewesen. Und es ist kein Zufall, daß die Befreiung der Konzentrationslager erst mit der militärischen Niederlage der Wehrmacht kam« – , er tat es zu Ehren der Verschwörer vom 20. Juli, die diese Niederlage in letzter Minute hatten verhindern wollen und von denen einige am Judenmord direkt beteiligt gewesen waren, deren führende Köpfe allesamt aber den »Rassegedanken« geteilt hatten. Wäre es nach ihnen gegangen, der 8. Mai 1945 wäre nicht jener Tag geworden, über den Spiegel in seiner Rede sagte: »Für uns war der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung.«

Spiegel lobte die Traditionsbildung der Bundeswehr, wohl wissend, von welchen Generälen sie aufgebaut wurde: »Meine frühere Skepsis ist auch deshalb einem großen Vertrauen gewichen, weil sich die Bundeswehr immer wieder sehr ernsthaft damit beschäftigt hat, über welche Traditionen sie sich selber definieren sollte. Daß es nach 1945 auch nicht möglich war, einfach an die soldatisch-militärischen Traditionen in Preußen und in Deutschland vor 1933 anzuknüpfen, hat man gesehen und ernstgenommen.« Hat man das? Galten nicht selbst die Verschwörer des 20. Juli der Bundeswehr über Jahrzehnte schlicht als Vaterlandsverräter? Dabei war es Stauffenberg und anderen keineswegs darum gegangen, wie von Spiegel behauptet, »die Diktatur zu beseitigen«, sondern allein den Diktator. Nicht »Zivilcourage« und Mitleid mit den Opfern, sondern nationale Verantwortung trieb sie zu ihrem Schritt.

Die einzige kritische Anmerkung, die Spiegel zum »Nazi-Aufstand gegen Hitler« (KONKRET-Titel Juli 94) machte, war der späte Zeitpunkt des Attentatsversuchs – dabei waren Anfang der vierziger Jahre Mitverschwörer wie Arthur Nebe, Carl-Heinrich Stülpnagel und Erich Hoepner mit Massenmorden in der Sowjetunion beschäftigt und dachten noch gar nicht daran, den Führer zu beseitigen – schließlich war der ja noch erfolgreich. Darauf machte nach Spiegels Auftritt im Bendlerblock auch das im Kosovo-Krieg gegründete Berliner »Gegeninformationsbüro« in einem offenen Brief an Spiegel aufmerksam: »Ihre Beteiligung an dem Gelöbnis kommt einem Freispruch für Geschichtsrevisionisten dieser Regierung gleich.« Warum auch sollte der Sozialdemokrat Spiegel seine politischen Freunde kritisieren? Gibt es nicht gute Gründe für den Zentralratsvorsitzenden, den Schulterschluß mit dem Staat zu suchen? Zumal in einer Situation, in der sich die antiisraelische Stimmung in Öffentlichkeit und Gesellschaft schon des öfteren in antisemitischen Anschlägen entlud. Antworten auf diese Fragen gibt das »Gegeninformationsbüro« nicht.

Indem Spiegel das Geschichtsbild der Berliner Republik durchdeklinierte, war es, als wolle er den »Riß, der durch die Geschichte geht« und von dem Eike Geisel in KONKRET 7/94 zum 50. Jahrestag des Hitler-Attentats geschrieben hatte, um jeden Preis kitten. Gegen die damals propagierte Einheit des deutschen Widerstands, die alle Hitlergegner außer den Kommunisten einbezog, machte Geisel darauf aufmerksam, daß kein Skandal darin liege, wenn Angehörige Stauffenbergs forderten, die Bilder von Kommunisten aus der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu entfernen. Stauffenbergs Sohn, so Geisel, »hat mit seinem Protest völlig recht. Denn die Kommunisten hätten, wäre der unwahrscheinliche Fall einer Revolution gegen die Nazis eingetreten, seinen Vater wie alle anderen Militärs zum Teufel gejagt – im besten Fall.« Der Skandal bestand für Geisel darin, »daß die Reste der antifaschistischen Linken nicht auf dem Riß beharren«.

Mittlerweile – wir sind eine Regierung, eine Walser-Rede und einen Krieg weiter – hat sich Geisels Prognose in bezug auf die antifaschistische Linke übererfüllt: »Auch sie wollen heim ins Reich, wenigstens ins Reich der Erinnerung.« Es ist nicht nur das Reich der Erinnerung, sondern das reale neue Deutschland, in das die Restlinke mittlerweile heimkehrte. Nach dem ersten Schock über die Wiedervereinigung haben sie zwar noch den einen oder anderen Umweg genommen, aber nun sind sie wieder Avantgarde: Weil sie mal ein paar kritische Töne über Deutschland verloren, glauben sie sich heute legitimiert, Israel zu verdammen. Da werden noch ganz andere Risse gekittet, und das ist der Punkt, an dem die Kritik an Paul Spiegels Verhalten Selbstkritik der Linken mit einschließen muß.

Dennoch bleibt wahr (und politisch eine Katastrophe): daß Spiegel mit der Bundeswehr eine Armee ehrte, die mitverantwortlich dafür ist, daß die UCK heute jubeln kann, das Kosovo sei »juden- und zigeunerfrei« (von faschistischen und antisemitischen Tendenzen in der Bundeswehr selbst ganz zu schweigen); daß er sich nicht zu-letzt an einen Minister wandte, dessen Auschwitz-Kosovo-Vergleich zu den geschichtsrevisionistischen Höhepunkten der letzten Jahre gehörte; daß er es für notwendig hält, die Bedeutung der Bundeswehr zu akzentuieren, die einige Rotgrüne schon auf dem Golan stehen sehen. All das zeugt von einer dramatischen Verringerung jener Distanz, die seine Amtsvorgänger zu den Spitzen dieses Staates noch wahrten.

Konkret 09/01, S. 32

Joachim Rohloff

»Ambiente schaffen«

Im neuen Parteiprogramm der Grünen steht alles drin, was in so ein Programm reingehört

Warum denn immer so negativ? Die Frage meiner Mutter wird mit jedem Tag zudringlicher. Daß Kritik nichts bewirkt, ist längst ein Gemeinplatz. Und inzwischen befriedigt sie auch das Unterhaltungsbedürfnis einer verschwindenden Minderheit nur noch sehr schlecht, weshalb diese sich mit dem Seufzer verabschiedet, was im neuen Parteiprogramm der Grünen steht, wisse man, ohne es gelesen zu haben; dasselbe gelte aber auch für einen Artikel in KONKRET über das neue Parteiprogramm der Grünen. Alles so absehbar, die ewigen Verrisse, die ewige Rechthaberei ...

Manchmal aber vermag Kritik doch noch etwas auszurichten. Vor dreieinhalb Jahren hielt Hermann L. Gremliza der grünen Bundestagsfraktion einen Vortrag über die Präambel ihres Wahlprogramms. Adorno habe »einem Frankfurter Lokalaphoristiker das Wort in den Mund gelegt: ›Wer aus dem Fenster schaut, wird manches gewahr.‹ Der entsprechende Aphorismus der Präambel Ihres Wahlprogramms lautet: ›Die Gestaltung der Zukunft muß in das Zentrum der Politik rücken.‹ Der Satz hat ein Vorbild: ›Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch.‹ Herzlich, Ihre CDU. Der Unterschied zwischen den beiden Sätzen ist der zwischen einer Rolle Klopapier und der längsten Serviette der Welt.« Die grünen Programmdirektoren haben sich diese zersetzende Kritik zu Herzen genommen und aus ihr eine konstruktive gemacht. Die Präambel zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms »Grün 2020 – wir denken bis übermorgen« beginnt mit den schönen Worten: »Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.« Sie wußten nicht weiter und wollten schon verzweifeln, da kam der Kritiker und zeigte ihnen, wie es immer noch ein bißchen dümmer geht.

Trotzdem ist lächerlich nicht, wer einen solchen Satz hinschreibt. Lächerlich macht sich, wer die Grünen an ihre längst verflogene schwache Ahnung erinnert, die Würde des Menschen sei womöglich erst noch zu verwirklichen und seine Freiheit fange womöglich erst dort an, wo der bürgerliche Freiheitsbegriff aufhört. »Uns eint ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie«, glauben sie, ebenso wie die FDP sich rühmt, der Liberalismus sei die einzige politische Bewegung, die ohne Ideologie auskommt. Wie langweilig! Noch langweiliger wäre aber die Frage, was denn der Unterschied sein soll zwischen einer Grundwertekollektion und einer Ideologie, und der Hinweis, daß die Behauptung, man habe keine Ideologie, selbst ideologisch ist.

Da die letzten hundertfünfzig Jahre der Geistesgeschichte ohnehin suspendiert sind, mag an die Stelle der Kritik also das Geschmacksurteil treten. Denn es gibt mir die Möglichkeit, den überdrüssigen Abonnenten zu verblüffen: Ich finde das neue Programm der Grünen gut. Irgendwie Pop oder was.

Über den Bundesgeschäftsführer Bütikofer bin ich mir allerdings noch nicht im klaren. »Konsens herstellen für das Ziel, der Individualisierung durch differenzierte Politikangebote Rechnung tragen, durch Empowerment Handlungsoptionen eröffnen; das wäre mein Dreiklang«, sagt er. Soll ich ihn nun doof finden, weil sein Geschwätz von *lean policy on demand* und *just in time* zur Infantilisierung der Öffentlichkeit beiträgt und nur dazu dienen kann, jeden Vernunftbegriff zu zerstören? Oder besonders clever, weil er die Mediengesellschaft verstanden hat und nur ein bißchen verbalen Lärm macht, damit sein Gesicht sich einprägt, auch wenn es weggezappt wird? Soeben beschließe ich, ihn so verstrahlt zu finden, daß er schon wieder cool ist, und ihn im nächsten Jahr zu wählen. Allerdings ironisch.

Tillwe fragt im Chat, wozu die Grünen überhaupt ein Grundsatzprogramm brauchen, und Bütikofer gibt leider die wenig überzeugende Antwort: »Um sich zu verständigen über die gemeinsamen Grundwerte, über die vor uns liegenden Herausforderungen, über die wichtigsten mittelfristigen Strategien und über die Schlüsselprojekte für eine gesellschaftliche Reformstrategie.« Das kann es ja wohl nicht sein. Gremliza meinte damals, Parteiprogramme beträfen nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit, sie sollten immer nur den Verrat segnen, den die Führung an den Grundsätzen der Partei begangen hat. Am nächsten aber kam der Sache wohl der Publizist Warnfried Dettling, als er einen programmatischen Zeitungsaufsatz der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel kommentierte. Sie habe in Wirklichkeit keinen Beitrag zu irgendeiner Debatte leisten, sondern »eine Duftmarke setzen« und »ein Ambiente schaffen« wollen. Dasselbe tat nun auch die Programmkommission der Grünen, sie hat aber noch ein Zweites von ihrem Kritiker gelernt. Im neuen Ambiente ist, wie selbst die »Welt« bemerkte, kein Verrat mehr möglich. Sowenig Substanz steckt in den neuen Grundsätzen, daß jeder ihnen treu bleiben muß, solange er nicht einen dritten Weltkrieg beginnt oder die Sklaverei wiedereinführt. »Bei der Gründung der Grünen«, liest man da, »war die Vorstellung des ›ganz Anderen‹ prägend. Ohne dies hätten wir den erfolgreichen Einbruch grüner Ideen in das politische System sicherlich nicht erreicht. Nach über zwanzig Jahren aber sind wir nicht mehr die ›Anti-Parteien-Partei‹, sondern die Alternative im Parteiensystem.« Immerhin geben sie sich nun ein Programm, das Schluß macht mit allen Programmen.

Vor zwanzig Jahren wollten sie noch »Veränderungen gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durchsetzen« und galten als links. Nun gibt ihr Vorsitzender Kuhn bekannt, sie seien eine »Partei der linken Mitte«, zwar immer noch links in

ihrem emanzipatorischen Ansatz, aber doch nicht mehr so ganz links, weil sie im Gegensatz zu traditionslinken Parteien wie der PDS bei der Lösung gesellschaftlicher Fragen an die Verantwortung des Einzelnen appellierten. Denn die Verhältnisse haben sich bekanntlich geändert, Herrschaft gibt es seitdem nur noch in weiter Ferne: »Die Zusammenarbeit mit dem Süden soll so ausgestaltet werden, daß Mißwirtschaft, Korruption, undemokratische Herrschaftsformen und Ausbeutung nachdrücklich bekämpft werden.« Mußte man 1980, vor der Erfindung der Zivilgesellschaft, noch eine »Krise der Industriegesellschaft« konstatieren, die »gekennzeichnet« war »durch die zunehmende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen und andererseits durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, so spricht das neue Programm einerseits, wie bereits gesehen, von der Ausbeutung des Menschen im Süden, andererseits von der Ausbeutung der Antarktis: »Global müssen die letzten großen Naturräume, wie die Antarktis oder die verbliebenen Urwälder, durch völkerrechtlich bindende Verträge vor ökonomischer Ausbeutung geschützt werden. Sie gehören zum gemeinsamen unveräußerlichen Naturerbe der Menschheit.« Und während das Bundesprogramm im Jahr 1980 noch von der »Ausbeutung der Länder der ›Dritten Welt‹« sprach, die ihnen vermutlich von der Ersten angetan wurde, besorgen die Afrikaner ihre Ausbeutung inzwischen selbst.

Eine Modernisierung war ganz offenbar überfällig. Den Krieg der Nato gegen Jugoslawien möchte die Partei gern verantworten, täte sie aber einen Blick in ihr noch immer gültiges Bundesprogramm, müßte sie ihre Mehrheit ausschließen: »Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der Nato und des Warschauer Pakts, einhergehen.« Die eine Hälfte dieser Idee ist längst erfolgreich ins System eingebrochen, deshalb liest man im grünen Wahlprogramm von 1998 nur noch eine aktualisierte Variante der zweiten. Die Doktrin der Nato, heißt es da, »weltweit Schutz vor ›Destabilisierung‹ zu bieten, programmiert bewaffnete Abenteuer, in die auch Deutschland hineingezogen werden könnte. Bündnis 90/Die Grünen akzeptieren nicht, daß die Nato ihre Rolle zu Lasten der Uno und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen. Bündnis 90/Die Grünen tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.«

Diese letzte Prognose traf leider nicht ein. Beinahe hätten sie das erste halbe Jahr ihrer Regierung überstanden, ohne einen Krieg anzufangen, doch dann kamen die Serben mit dem Hufeisenplan. »Dabei war der Kosovo-Krieg eine aufgrund der ganz besonderen Notlage und Umstände statthafte Ausnahme, aber kein Präzedenzfall«, formuliert »Grün 2020«. Ich verlange, daß sie eine weitere Ausnahme machen. Ich verlange, daß Deutschland jetzt sofort von der Nato bombardiert und die gesamte Bundestagsfraktion der Grünen an ein internationales Tribunal ausgeliefert wird. Aufgrund der Notlage, die in ihrem Wahlprogramm beschrieben wurde: »Das Asylrecht ist ein unveräußerlicher Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer historischen Verantwortung. Unser Ziel bleibt darum eine Mehrheit für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl. Wir lehnen das geltende Asylrecht ab, das vor allem nach dem Fluchtweg, nicht aber nach den Fluchtgründen fragt und denjenigen den Anspruch auf Asyl verwehrt, die über einen angeblich sicheren Drittstaat eingereist sind.« Die Grünen machen sich also einer eklatanten Menschenrechtsverletzung schuldig und leugnen diese Untat nun auch noch. Vom Asylrecht spricht der Entwurf des neuen Programms nur zweimal: »Aus historischen und humanitären Gründen verteidigen wir das Asylrecht für Flüchtlinge. Beim Asylrecht und beim Recht auf Familie bestehen historische, völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Verpflichtungen, die wir uneingeschränkt bejahen.« Das ist gelogen. Was aber bringt Fritz Kuhn zu seiner Rechtfertigung vor? »Den Alarmismus, den Sofortismus der alten grünen Programme finden Sie in diesem Programm nicht.«

Und wie gesagt, es gefällt mir, wenn ich von diesem einen Punkt absehe, ganz gut. Es steht alles drin, was in ein modernes Parteiprogramm hineingehört: die Wissensgesellschaft, die Bürgergesellschaft, die Zugangschancen, die Generationengerechtigkeit, der Umbau der Sozialsysteme und so. Alles. Für meinen Geschmack dürfte es etwas sofortistischer sein, aber es paßt zur grünen Wählerschaft. »Wie wollen die Grünen sich in der Globalisierungsdebatte positionieren? Angesichts der globalen Ungerechtigkeit: halten Sie eine Systemalternative für wünschenswert und praktikabel?« Will rw500 im Chat mit Reinhard Bütikofer wissen. Wer so fragt, hat dieses Programm auch verdient.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 8/2001 über die Wiedergeburt des Kalten Krieges imBerliner Wahlkampf

Konkret 09/01, S. 33

Eike Stedefeldt

Volkssturm aufs Anstandsamt

Das war ein Jubeltag! Das Bekenntnis zu analen Macken und sonstigen unglücklichen Neigungen adelt die Volksgemeinschaft seit dem 1. August in ihrer gnadenlosen Liberalität nicht mehr bloß mit Hämatomen und Frakturen, .sondern zusätzlich auch mit dem Recht auf güldene Ringe und drolligsten Mummenschanz anläßlich der freiwilligen Erfassung in Rosa Listen.

Vater Staat hat die Homosexuellenfrage heimgeholt ins Reich von Ehe und Familie. Was blieb Rotgrün auch übrig, nachdem die hintenrum verkehrende Wählerschaft die nationale Frage gestellt und die Combo Rosenstolz sie unter Verwendung einer RTL-Lesbendarstellerin mit der programmatischen Berufsbezeichnung »von Sinnen« vertont hatte: »Liebe Nation, ich will zum Standesamt!« Herausgekommen ist dabei erwartungsgemäß nicht »Gleich viel Recht für gleich viel Liebe«, sondern »Ich kenne keine Lesben und Schwulen mehr, ich kenne nur noch Deutsche«. Aber wen interessiert das? Die Staatshomos von CSU bis Grünen ersäufen jubelnd ihren Restverstand in Prosecco: »Würde man ihnen staatlicherseits die exklusiven Anbaurechte für Frühlingszwiebeln überlassen, sie wären nicht weniger glücklich«, so Elmar Kraushaar in der »Taz«.

Das Frühlingszwiebelgesetz firmiert leider nicht unter »Dicht ohne Drogen« oder »Ficken für Deutschland«, womit seine unmittelbaren, die letzten Tage im TV zu beobachtenden Folgen hinreichend beschrieben worden wären, sondern unter »Eingetragene Lebenspartnerschaft«. Das ist auch ganz hübsch und folgt dem grünen Prinzip der Nachhaltigkeit: Kam man bis 1994 nach Paragraph 175 höchstens für ein paar Jahre in den Knast, so lautet das Strafmaß für die paarweise Selbstanzeige beim Staat ab sofort »lebenslänglich«, zu verbüßen je nach Vermögenslage in Doppelzellen namens Maisonette, Loft oder Wohnungsbauserie 70, möbliert mit Ikea oder Gelsenkirchener Barock. Wer da wieder rauswill, hat sich drei Jahre Bewährungs-, pardon: Trennungsfrist, Anwalts- und Gerichtszwang ebenso redlich verdient wie die steuerliche Nichtabsetzbarkeit des nachlebenspartnerschaftlichen Unterhalts. Es gibt eine höhere Gerechtigkeit!

Man sollte angesichts des Volkssturms auf die Anstandsämter nicht undankbar sein. Erstens weiß man als schwule Sau endlich wieder, wo man hingehört, und zweitens wird man nicht mehr mit Herrendarstellern in einen Topfgeworfen, die auf Berufsbezeichnungen wie »rechtspolitischer Sprecher der Grünen« oder »Und das ist auch gut so« hören. Vielleicht hauen die echten Perversen wie weiland 1969 in New York ja auch mal wieder kräftig zurück, wenn die Bullen - was zunehmend wieder in Mode kommt - ihre Bars, Saunen, Klappen und sonstigen Fickanstalten überfallen.

Konkret 09/01, S. 34

Matthias Küntzel

Braune Limonade

Wie der SPD der 8. Mai 1945 abhanden kam

Zufällig erfuhr ich es beim Abendessen in Paris. Pierre Lévy, der Herausgeber der EU- und deutschlandkritischen Monatszeitschrift »Bastille – République – Nation«, der unerwartet zu uns stieß, hatte kurz zuvor als Journalist am Parteitag der Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) teilgenommen. Von der SPD ausgerichtet, war dieser Parteitag am 7. und 8. Mai 2001 in Berlin mit 1.500 Delegierten, Gästen und Journalisten, darunter zehn sozialdemokratische Regierungschefs sowie die 20 Vorsitzenden der Mitgliedsparteien, über die Bühne gegangen.

Ebenso amüsiert wie empört zitierte Lévy den Satz, mit dem Gerhard Schröder die Versammelten begrüßt hatte: »Willkommen in der Stadt der deutschen und europäischen Einheit!« Was französische Ohren noch irritiert – jener hochmütige Gestus, mit dem der Bundeskanzler Berlin und damit sich selbst zum Zentrum und großen Einiger Europas stilisierte – , fällt hierzulande nicht mehr auf. Es war ein anderes Detail aus Lévys Bericht, das mich aufhorchen ließ: In einem Rückblick auf historische Ereignisse des 7. und des 8. Mai sei in der offiziellen Konferenzbroschüre der SPD unter »8. Mai« allerlei, nicht aber der 8. Mai 1945 aufgelistet gewesen.

Im Internet bestätigte sich diese Information. Unter der Überschrift »Wichtige Daten« wurden (und werden) unter dem 7. Mai eine Ausstellung in Hannover von 1957, die Wahl Chiracs von 1995 sowie die Fusion zwischen Daimler-Benz und Chrysler von 1998 aufgeführt. Zum 8. Mai heißt es in dem SPD-Papier (vgl.: www.spe-kongress.

de/i/spe_zahlendatenfakten.pdf, S. 24):

l*8.5.1886: Am 8. Mai 1886 braute der amerikanische Apotheker John Pemberton in Atlanta (Georgia) zum erstenmal eine braune Limonade aus Cocaextrakt, Koffein, Cocablättern und Sodawasser. Was zunächst ein Medikament werden sollte, entwickelte sich rasch zum weltweit populärsten Erfrischungsgetränk: Coca Cola.*

l*8.5.1978: Als erster Bergsteiger erreichten Reinhold Messner und Peter Habeler den Gipfel des 8.848 Meter hohen Mount Everest ohne Sauerstoffgerät.*

l*8.5.1996: Am 8. Mai wurde die neue demokratische Verfassung Südafrikas verabschiedet. Mit 421 zu zwei Stimmen nahm die verfassungsgebende Versammlung nach fast zweijähriger Beratung das Dokument an.*

C'est tout! Während in Rußland, Frankreich und anderswo die vollständige Kapitulation des Nationalsozialismus auch heute noch als Feiertag begangen wird, haben die verantwortlichen SPD-Funktionäre das Datum glatt »übersehen«. Nichts aber ist in Fragen, die Auschwitz und den Nationalsozialismus betreffen, markanter als die Auslassung: Vermutlich hatte der 8. Mai 1945 den Verantwortlichen besonders laut im (Unter-)Bewußtsein rumort – warum sonst all die Archivarbeit, um dieses Datum mit einer Aneinanderreihung von Trivialitäten zu besetzen.

Die Selbstentblößung ist so alltäglich, daß sie kaum noch der Rede wert scheint. Was sie in diesem Fall zu einem Vorgang von Bedeutung macht, ist erstens ihr offizieller Charakter: Hier hat unbewußt oder bewußt die Regierungspartei der größten EU-Macht (»Herausgeber: Franz Müntefering«) ihren europäischen »Schwesterparteien« eine Geschichtslektion erteilt. Die Präsentation des 8. Mai ist symptomatisch für den Wunsch und das Bemühen der SPD, die Ideologie des »Walserismus«, die mit Rotgrün zur Regierungsdoktrin avancierte (vgl. KONKRET 2/99), europaweit zum Maßstab zu erheben.

Auffällig ist zweitens die Selbstverständlichkeit, mit der diese Darstellung sowohl parteiintern als auch von der durch Hunderte von Journalisten repräsentierten Öffentlichkeit abgenickt worden ist. »Sie sind der erste, dem das aufgefallen ist«, erklärte mir eine Frau Hirschfeld im Namen der Pressestelle der SPD-Parteizentrale in Berlin. Natürlich hätten die presserechtlich verantwortlichen Redakteure Michael Donnermeyer und Lars Kühn »alles nochmal angeguckt«, fuhr sie fort. »Aber auch ihnen ist es nicht aufgefallen.«

Während Frau Hirschfeld den Vorfall schon der Etikette wegen als »peinlich und ärgerlich« kommentierte, bereitete er der unmittelbar verantwortlichen SPD-Redakteurin Petra Tursky-Hartmann nicht das geringste Problem. Unbefangen und forsch, wie die neudeutsche Walser-Generation nun einmal ist, konterte sie die Frage nach dem Grund für die Auslassung des 8. Mai 1945 geradezu paradigmatisch: »Der ist uns entglitten.«

Das grammatikalische Subjekt ist in diesem Satz nicht die Dame selbst, sondern der 8. Mai 1945, der sich als historisches Subjekt selbständig gemacht hat und der SPD-Redakteurin und ihren Vorgesetzten durch die Finger nicht nur geglitten, sondern, wie ein zappelnder Fisch, gar »entglitten« ist. Natürlich unabsichtlich, denn »wegen dem Datum«, beteuert Frau Tursky-Hartmann, »da schämt sich hier niemand ... Ich will es nicht rausschmeißen, bewußt oder so. Wenn, dann ist das irgendwo verschütt gegangen.« Wohin ist »es« verschütt gegangen? Wo ist »es« gelandet?

Nicht überall ging am 8. Mai die Erinnerung an 1945 verschütt. An jenem Tag, an dem Pierre Lévy, seinen Augen nicht trauend, das SPD-Papier studierte, fand in Berlin ein vom »Spiegel« organisiertes Forum mit den Teilnehmern Arnulf Baring, Brigitte Hamann, Joschka Fischer und Wolfgang Schäuble statt. Sein Titel: »Die Gegenwart der Vergangenheit«. Und *wie* die Vergangenheit da gegenwärtig war!

Joschka Fischer warb für den Gedanken, in den Deutschen die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus zu sehen: »Wir sollten darüber zu diskutieren beginnen, was die Nazis uns angetan haben. Was sie an deutscher Tradition und Kultur und damit auch an Zukunft zerstört haben.« Wolfgang Schäuble griff diesen Gedanken auf und schwärmte im Stil des frühen Ernst Jünger vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation: »Das Modell des Reiches aus dem Mittelalter ist womöglich ein interessanteres Modell für die Organisation Europas im 21. Jahrhundert.« Arnulf Baring schließlich rief dazu auf, sich auch am Nationalsozialismus ein Beispiel zu nehmen, um deutsche »Identitätsschwächen« zu überwinden: »Nur ein Stück von jenem Enthusiasmus, den der Hitler vor und vor allem nach 1933 erweckte, würde reichen, alle unsere Probleme sofort zu lösen.« Enthusiasmus wofür? Hatte Baring die Hochstimmung aus Anlaß der antijüdischen Pogrome gemeint oder die Begeisterung, die die Besetzung Frankreichs auslöste? Kein Teilnehmer des Forums mochte sich von Barings Ratschlag distanzieren. Der Anbruch des neuen Jahrhunderts, fuhr Baring fort, »legt Distanz zum 20. Jahrhundert. Die neue Generation kann die Ereignisse jetzt neu mischen« (»Spiegel«, 20/01).

Die Ereignisse *werden* neu gemischt: Zwischen der Erfindung von Coca-Cola und der Ersteigung des Mount Everest ging die Karte mit der Aufschrift »1945« verschütt. Vielleicht bedarf es im Deutschland des Jahres 2001 ja tatsächlich keines Vorsatzes mehr, um die weniger »verteidigungswürdigen« Aspekte des Nationalsozialismus (zum Beispiel dessen Niederlage) aus dem Gedächtnis »entgleiten« und »verschütt« gehen zu lassen. Und niemand stört sich am neuen Spiel. Niemand? »Es ist diese Art von Vergeßlichkeit, die es einem kalt über den Rücken laufen läßt« – kommentierte Pierre Lévy am 16. Juni 2001 im »Figaro«.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 5/2001 über Deutsch-Großalbanien

Konkret 09/01, S. 35

Kirsten Huckenbeck, Thomas Gehrig

Lieber reich und gesund als arm und krank
Modell fitte Mitte

KONKRET EXTRA
Wie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

Kranken-, Renten-, Pflege-, und Arbeitslosenversicherung sind in der Krise. Schuld daran sind vordergründig weniger Einzahler und höhere Kosten. Scheinbar naturwüchsige Prozesse liegen dem zugrunde: demographischer Wandel, veränderte Konsum- und Lebensstile sowie übermäßige Anspruchshaltungen, begleitet von einer »massiven Vollkaskomentalität« (der stellvertretende Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Leonhard Hansen, »FR«, 1.8.2001). Als naturgegeben erscheint damit auch das angebliche »Ende der Arbeit«, jene intellektuelle Kapitulation vor einer systemfunktionalen strukturellen Arbeitslosigkeit, auf die sich die eingängige Argumentationskette »weniger Einzahler, sinkende Einnahmen, mehr ›Anspruchsnehmer‹ und eine entsprechende Kostenexplosion auf der Ausgabenseite« gründet. Daß der Arbeitsgesellschaft dagegen keineswegs die Arbeit »ausgeht«, sondern daß mal mehr, mal weniger rechtlich-institutionell abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse benötigt werden und daß an der Herstellung dieses Zustandes viele beteiligt sind, sei hier nur angedeutet: An der Prekarisierung der Beschäftigung arbeiten Automobilkonzerne ebenso wie Einzelhandelsunternehmen, Eintagsfliegen der New Economy ebenso wie die ausgegründeten Start Ups der Mediengiganten, öffentliche Arbeitgeber im Personennahverkehr ebenso wie die Deutsche Bahn oder private Speditionsunternehmen. Sie alle haben das gleiche Ziel: Angriffe auf gewerkschaftliche Organisierung und deren Substitution durch die Betriebsfamilie, Flexibilisierung von Leistungen und Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Individualisierung und Entstandardisierung kollektiv geregelter Leistungs- und Entlohnungsbedingungen, Outsourcing und Aufspaltung von Belegschaften etc. – das Modell von »privilegierten« Kern- und Randbelegschaften zweiter, dritter etc. Klasse führt zu einer endlos fortsetzbaren Fragmentierung der Kerne selbst. Assistiert wird dieser Prozeß der Prekarisierung von einer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die auf nationale Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung gerichtet ist. Zu den Vorgaben dieser Politik zählt weiterhin die Senkung der Lohnnebenkosten, also ein Rückgang der Einnahmen der Sozialversicherungen, der eine Deckelung der Ausgaben entspricht.

Hier kommt eine Gewerkschaftspolitik zum Tragen, die ihren offiziellen Kotau spätestens 1995 mit dem ersten »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« gemacht hat. Ideologisch setzt sie den Tarifbrüchen und der Unterbietungskonkurrenz in unzähligen betrieblichen »Bündnissen für Arbeit«, in der Tarifierung von »Einstiegslöhnen« für Langzeitarbeitslose in den diversen Beschäftigungsprogrammen auf Länderebene oder der Formel »Lohnzurückhaltung gegen Abbau der Arbeitslosigkeit« nur wenig entgegen. Das von DGB-Chef Zwickel verkündete »Ende der Bescheidenheit« – eine ohnehin defensive, rein verteilungspolitische Antwort auf die Strukturumbrüche im Lohnarbeitsverhältnis – blieb so auch in den Tarifrunden dieses Jahres ohne Folge, mit Rücksicht auf die rotgrüne Regierung. Den auf Niedriglohn und Arbeitszwang hinauslaufenden Workfare-Konzepten von New Labour können die Vordenker/innen der Gewerkschaften einiges abgewinnen, Hauptsache Beschäftigung (vgl. »Gewerkschaftliche Monatshefte« 6/99). Da diese durch Nostalgie nicht zu gewinnen ist, stellt sich die »Erosion« des Normalarbeitsverhältnisses, auf dessen Funktionieren die tradierten Sozialversicherungssysteme angewiesen sind, als quasi unausweichliches Resultat und zugleich als Voraussetzung für eine Lösung der Krise dar. Der Rekurs allerdings auf klassisch-keynesianische Forderungen gewerkschaftlicher Lohn- und Verteilungspolitik markiert den traurigen Zustand des sozialpolitischen Bewußtseins und Handelns in den Gewerkschaften: ihr Regredieren zu Interessenvertretungen des *beschäftigten* Teils der Lohnabhängigen – für den Rest ist der Sozialstaat zuständig, auch wenn diese Enthaltsamkeit fatale Folgen für die gewerkschaftliche Tarifpolitik selbst hat.

Die Integrationsgrundlage der Neuen Mitte: Employability

Krisenbeschreibungen implizieren immer zugleich auch politische Konzepte, verbunden mit entsprechenden Vorstellungen von Gesellschaft und kohärenzstiftenden Prinzipien. Unter Rotgrün sind sie bereits in der Koalitionsvereinbarung enthalten und manifest geworden im Blair/Schröder-Papier: Sozialstaatliche Maßnahmen fordistischen Typs hindern die Menschen an der Entfaltung ihrer Potentiale als Arbeitskraftunternehmer. Das »Ende des verberuflichten Arbeitnehmers« verträgt sich dabei durchaus mit einer Stärkung des Arbeitsethos. Entsprechend wird der Abbau beziehungsweise radikale Umbau des alten Wohlfahrtsstaates gefordert, wobei linke Kritik an dessen Bürokratismus, Paternalismus und Kontrollfunktion zur Legitimation der Notwendigkeit dieses Umbaus herangezogen wird. An die Stelle des überkommenen Sozialstaats tritt der

»aktivierende Staat« mit seinem Prinzip des »Förderns und Forderns«, das im Kern in der Kopplung von Leistungen an Pflichten besteht. »Würde« buchstabiert sich demnach für die moderne Sozialdemokratie als »gezielte Rückführung aus der sozialen Abhängigkeit in Erwerbstätigkeit«, Gerechtigkeit besteht darin, alle Leistungsempfänger »auf ihre Fähigkeit zu überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen« (Blair/Schröder). Damit wird im Sozialbereich nicht nur die Leistung und Gegenleistung regelnde Vertragsform des Lohnarbeitsverhältnisses reproduziert, sondern auch dessen Stellenwert als Anspruchsgrundlage gegenüber dem Sozialstaat gestärkt: Dieser erscheint nicht mehr primär – wie dies zumindest im Sozialhilfebereich der Fall war – als Ausfallbürge für diejenigen, die keinen Zugang zur dominanten Form der Existenzsicherung, zur Lohnarbeit also, haben oder finden, oder als verrechtlichter Ausdruck eines Klassenkompromisses auf der Basis des vielbeschworenen Interessengegensatzes, der sich unter anderem im paritätischen Finanzierungsmodell weiter Teile der Sozialversicherung ausdrückte, sondern als Manager jener ideellen Gemeinschaftskasse, in die (fast) unterschiedslos alle – aber jeder »selbstverantwortlich« – ihre Leistungen einzubringen, das heißt vor der sie ihre »Employability« in Form von möglichst lebenslanger Arbeitsfähigkeit und -willigkeit sowie die Bereitschaft zu Investitionen ins eigene Humankapital unter Beweis zu stellen haben; daher auch das eigentümliche Nebeneinander von Individualisierung und Gemeinschaftsdiskurs der »Bürgergesellschaft«.

Die so vorgestellte »Neue Mitte« ist Zielgruppe und Basis des modernisierten Sozialstaats. Sie ist nicht nur im Visier aller Parteien, sondern stellt auch einen großen Teil der faktischen oder umworbenen Gewerkschaftsklientel. Dazu zählt nicht nur der Typus des deutschen männlichen Facharbeiters in der großbetrieblichen Old Economy, dessen »Privilegien« es zu verteidigen gilt, sondern auch der junge, selbständige, aktienentlohnte »Wissensarbeiter« der New Economy, dem die Dienstleistungsqualitäten der Gewerkschaften zum Beispiel im Bereich Lebens-, Reise-, Unfallversicherung und – nach der Rentenreform – künftig auch Anlageberatung nahegebracht werden sollen. Einschlägige Anzeigen in den Mitgliederzeitungen lassen vermuten, daß es bis zur Selbstauflösung der Gewerkschaften und ihrer Transformation in Konkurrenten von Allianz und Konsorten nicht mehr weit sein kann.

Die Orientierung an diesem »Erfolgstypus« in Kombination mit der Akzeptanz einer Senkung der Lohnnebenkosten hat vorläufig zur Folge, daß die Gewerkschaften einen Großteil des Weges in eine modernisierte Sozialpolitik gemeinsam mit Rotgrün beschreiten und sich damit an der fortgesetzten Aushöhlung des »Solidarprinzips« und an der Privatisierung der Sozialversicherungen beteiligen. Am Ende wird dabei die private Daseinsvorsorge für die fitte Mitte, eine auf das Subsistenznotwendige abgesenkte Grundsicherung für diejenigen, die im allgemeinen *rat race* nicht mithalten können, und der Ausschluß für den nicht integrierbaren Rest herauskommen.

Arbeitszwang durch Grundsicherung – Ausschluß für den Rest

Dabei sind die Grenzen einer konsequenten Privatisierung im Bereich von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Sozialhilfe noch relativ eng gesteckt. Ausgeprägt ist hier jedoch der neuerdings unter dem Titel »Eingliederungshilfe« firmierende »stumme« Zwang zur Arbeit, zu Niedriglöhnen und ungeschützter Beschäftigung für Bezieher/innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) III oder nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Als Zwang äußert sich diese »Hilfestellung« über die Androhung des Leistungsentzugs beziehungsweise der Leistungskürzung bei Verweigerung von Arbeits»angeboten«. Die drei Sicherungsformen werden dabei tendenziell immer mehr angeglichen, Grundrechte wie freie Berufswahl und Verbot von Zwangsarbeit (Art. 12 GG) damit ausgehöhlt: Während es einen Berufs- und Qualifikationsschutz für Sozialhilfebezieher/innen grundsätzlich nicht gibt, ist er für Arbeitslosenhilfebezieher/innen seit 1996 aufgehoben und für die Bezieher/innen von Arbeitslosengeld seit 1997 eingeschränkt. Durch die nachfolgende Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung muß beispielsweise nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit eine Tätigkeit akzeptiert werden, deren Entlohnung in Höhe der Arbeitslosenhilfe liegt. In bezug auf das BSHG läßt sich seit der Änderung 1996 eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten für Arbeitsverweigerung feststellen, die abgestuft mittlerweile bis zur völligen Streichung der Sozialhilfe reicht. Staatlich induzierte Lohnsenkung wird vor allem durch die in den »Hilfen zur Arbeit« (HzA) angelegte Verpflichtung zu sozialversicherungsfreien, »gemeinnützigen« Tätigkeiten betrieben, für die eine »Mehraufwandsentschädigung« von ein bis drei Mark gezahlt wird. All diese Maßnahmen wurden – mit Ausnahme einer ineffizienten dreimonatlichen Meldepflicht – von Rotgrün fortgeschrieben, ebenso wie die jährliche dreiprozentige Kürzung der Arbeitslosenhilfebezüge, zu der der DGB im Zuge des 95er-Bündnisses seine Zustimmung gab.

Und die Planungen der Regierung gehen weiter: Noch stehen einer Verschmelzung der drei Leistungsformen rechtliche Differenzen in der jeweiligen Anspruchsbegründung entgegen – bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich um quasi erwirtschaftetes Eigentum, in das bei Leistungsverweigerung eingegriffen wird – ein Verstoß gegen Art. 14 GG. Da die Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch seit 1993 stark zugenommen und die Zahl der Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe (ALHI) sich seitdem fast verdoppelt hat, stiegen auch die Ausgaben des Bundes von 7,2 Mrd. Mark 1991 auf über 30 Mrd. im Jahr 2000 (vgl. Roth: »Warum kein Politikwechsel?«, »express«, Nr. 10/2000). Die Abschaffung der ALHI mit ihrer Orientierung am letzten Entgelt zugunsten der schlechteren SozHi ist daher – von CDU/CSU über Arbeitgeberverbände bis zu Rotgrün – bleibendes Ziel. Vorerst wird deshalb darüber nachgedacht, wie man durch eine Zusammenlegung von steuerfinanzierter Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine Angleichung der Bedingungen hinsichtlich der Zumutbarkeit, Bedürftigkeit und Anrechenbarkeit von Einkommen und Vermögen erreichen kann, bei der die

Arbeitslosenhilfebezieher/innen in der Tat noch einiges zu verlieren haben. Mit Paragraph 101a der 7. Novelle des BSHG Anfang 1999 hat Rotgrün zudem den Einstieg in die Pauschalierung der einmaligen und laufenden Sozialhilfeleistungen als Testlauf für eine Grundsicherung formuliert, die – soviel steht schon fest – je nach Auslegungspraxis der Länder und Kommunen auch unter der bisherigen individuellen Bedarfsdeckung liegen kann, auf die es noch einen gesetzlichen Anspruch gibt. Eine generelle Auswertung soll 2004 durch die Unternehmensberatung Mummert & Partner erfolgen.

Im September 2000 folgte ein Gesetz zur »verbesserten Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe«, das von der anderen Seite aus die Verzahnung von ALHI und SozHi in Angriff nimmt. Es ermöglicht nicht nur Sozialhilfebezieher/innen arbeitsamtliche Beratung, sondern umgekehrt auch den Einsatz von Arbeitslosenhilfebezieher/innen im Rahmen von HzA auf der Basis des BSHG und beinhaltet den partiellen Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der ALHI, deren Übertragung auf die Kommunen sowie die Übergabe der staatlich beaufsichtigten Arbeitsvermittlung in die Hände privater Vermittlungsagenturen, zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen. Jüngstes Projekt der rotgrünen Reformer ist das »Job-Aqtiv-Gesetz« (»aktivieren, qualifizieren, trainieren, investieren, vermitteln«), das einerseits individuelle Vereinbarungen über »Eingliederungshilfen« (wie Weiterbildungsmaßnahmen, Trainingsprogramme etc.) zwischen Arbeitsämtern und Erwerbslosen, andererseits ein Bündel bereits bekannter Sanktionsmechanismen für den Fall der Leistungsverweigerung enthält und möglichst im Januar 2002 im Kraft treten soll. Kaum von den Grünen unterzeichnet, ging ihnen dieser Vorschlag nicht mehr weit genug – eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Formen staatlicher Subventionierung von Gehältern soll her, zum Beispiel in Form von Kombilöhnen, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um einen Prozentpunkt gesenkt und eine »bedarfsorientierte Grundsicherung« eingeführt werden. Und zwar noch bevor die laufenden Modellvorhaben zu Kombilöhnen und Pauschalierung ausgewertet sind. Wenn Wirtschaftsminister Müller in seinem jüngsten Wirtschaftsbericht also »Integrationspläne für Erwerbslose, Sanktionen für Arbeitsunwillige und Verdienstchancen für Bezieher von Arbeitslosenhilfe« fordert, kann Walter Riester »das Erschrecken, das die Forderung ausgelöst hat, ... nicht ganz nachvollziehen«, denn »die Leistungseinschränkungen für Arbeitsfähige, die zumutbare Angebote nicht wahrnehmen, sind da« (»FR«, 25.7.2001).

Existenzminimum, Grundsicherung, Bedarfsorientierung – das ist offenbar nicht die Baustelle der Gewerkschaften. Seit Zwickels Ankündigung im 95er-Bündnis, man werde die Gespräche abbrechen, wenn es zu einer Verschlechterung der Sozialhilfekriterien oder Kürzungen in der Arbeitslosenhilfe komme, sei andernfalls jedoch bereit zu Lohnabstrichklauseln für Langzeitarbeitslose und zur Lohnzurückhaltung in der Tarifpolitik, stehen Bekenntnisse zur Kritik der staatlich subventionierten Niedriglohnökonomie zwar, wie zuletzt in der Ver.di-Programmatik, auf jedem einschlägigen Papier, doch das ist bekanntlich geduldig. Denn die Absenkung beziehungsweise Differenzierung von Tarifen stellt aus Gewerkschaftsperspektive immer noch ein probates Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar, wobei das Lohnabstandsgebot die – variable – Grenze nach unten formuliert, also gegenüber jenen, die ohne Arbeit, und das heißt bislang noch: ohne Vorleistung, zu reproduzieren sind. Erworbene Leistungsansprüche zu sichern steht denn auch an erster Stelle des gewerkschaftlichen Interesses an den Sozialversicherungen, gefolgt von der paritätischen Finanzierung und der Höhe der Lohnnebenkosten. Der Rest scheint, wie gesagt, Sache des Sozialstaats: terra incognita.

Was aber wären die Konsequenzen, wenn man die Politik der Gewerkschaften in Sachen Rentenreform auf die Arbeitslosenversicherung anwenden würde?

(R)Ente mit 60 und Einstieg in den Systemwechsel

Die »Riesterrente« sei, so äußerte Klaus Zwickel am Ende der Verhandlungen, »ein Erfolg der Gewerkschaften und insbesondere der IG Metall« (»FR«, 19.12.2000). Ziemlich genau ein Jahr zuvor hatte es schon einmal Anlaß für eine gespenstische Feierstimmung gegeben. Aus dem Jahr 1999 rührte Zwickels bemerkenswerte sozialpolitische Initiative zu einer Senkung der Lebensarbeitszeit, mit der die von den Gewerkschaften teilweise mitgetragene und im 95er-Bündnis ausgehandelte Hochsetzung des Rentenalters durchbrochen werden sollte – allerdings nur für Beschäftigte mit entsprechenden Tarifverträgen. Eine gesetzliche Absicherung des gesenkten Rentenalters ließ sich in der Kanzlerrunde nicht durchsetzen.Die Gegenfinanzierung der 18prozentigen gesetzlichen Abschläge, die die verblockte Altersteilzeit für jene quotierte Handvoll der Beschäftigten, die mit 60 gehen dürfen, bedeutet, wurde auf die Ebene der Tarifverträge verschoben. Deren Laufzeit wurde ausgedehnt, Lohnverzicht geübt und: mit dem vereinbarten Tariffonds zum Ausgleich der Abschläge für Altersteilzeit wurde der Abschied von allgemeinen gesellschaftspolitischen Lösungen und der Einstieg in die ständische Sozialpolitik eingeläutet. Die Politik der IG Metall baut auf den ohnehin bestehenden Privatisierungstendenzen (z.B. durch das Säulenmodell privater, betrieblicher und tariflicher Zusatzrenten) und Diskriminierungen (z.B. für Frauen) im bestehenden Rentensystem auf und sichert ihren Mitgliedern Ansprüche durch branchen- und betriebsbezogene Sonderlösungen. Mit diesem Modell hatte zumindest die IG Metall ihre prinzipielle Bereitschaft zum Systemwechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung bereits gegeben – die Automobilisten haben hier aufgrund der Sozial- und Einkommensstruktur ihrer Mitglieder im Unterschied zu jener der HBV beispielsweise einiges zu verlieren. An grundsätzlichere Fragen wie die Ausweitung des Beitragszahlerkreises und eine Einbeziehung aller Formen

von Einkünften, wie es etwa im Alternativkonzept der IG Bau zum Erhalt und Ausbau der gesetzlichen Rente vorgeschlagen wurde, oder an eine Revision des heraufgesetzten Rentenalters unter Rotgrün war nicht gedacht. Strittig waren daher nur noch die Frage der paritätischen Finanzierung, die Höhe der Lohnnebenkosten in Form der Beiträge und das Auszahlungsniveau. Was also war Anlaß für die Zwickelsche Zufriedenheit?

Bei Fortschreibung des – aufgrund der von Rotgrün gekippten Blümschen Rentenreform von 1999 – gültigen Rentenreformgesetzes von 1992 hätten die Beiträge im für den Vergleich der Rentenmodelle üblicherweise als Referenz herangezogenen Jahr 2030 bei rund 27 Prozent gelegen, wobei ein Rentenniveau von 70 Prozent angenommen wurde. Dieses bildete in der gewerkschaftlichen Debatte bis zur »Riesterrente« auch immer den Maßstab für die Beurteilung der Reformvarianten. Das Versprechen von Rotgrün, die Beitragssätze bis zum Jahr 2030 (!) nicht über 22 Prozent steigen zu lassen, mußte dagegen notwendig zu einer Senkung des Ausgaben-, also Rentenniveaus führen. Während dies in der Blümschen Variante bei 64 Prozent im Jahr 2030 gelegen hätte und die Entwicklung der Beitragssätze über einen Abschlag in Form des sogenannten demographischen Faktors stabilisiert werden sollte, haben sich die Gewerkschaften durch den Verzicht auf Riesters »Ausgleichsfaktor«, der vor allem Jüngere benachteiligt hätte, beruhigen und in bezug auf die Berechnung des Rentenniveaus vorführen lassen. Denn über die neue Rentenanpassungsformel, einen von zwei Hauptpunkten der Riesterschen Rentenreform, herrschte Konfusion. Indem sie unter anderem ein weitgehend entschlacktes, »modifiziertes Nettoeinkommen« zugrunde legt, sinkt faktisch jedoch die Bemessungsgrundlage und damit das Rentenniveau für »Rentenbestand und Rentenzugang«, sprich gleichmäßig für Neu- und Altrentner. Während der Verband deutscher Rentenversicherungsträger hier – wie im Blüm-Vorschlag – auf runde 64 Prozent kommt (»FR«, 19.12.2000), glauben die Gewerkschaften, sie hätten einen Kompromiß bei rund 67 Prozent erzielt (ebd.). Die Autoren einer Studie der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) resümieren nun lapidar, »daß im Vergleich zum RRG 1999 bei der jetzt beschlossenen Reform die Renten wesentlich schneller sinken und langfristig ein niedrigeres Niveau ereichen« – für einen »Medianrentner« des Jahrgangs 1970 beispielsweise, der etwa 2030 in Rente gehen würde, läge es bei rund 52 Prozent (BfA-Studie, Fehr/Jess 2001, S. 9).

Zweiter Hauptpunkt der neuen Rente ist jedoch der Ausstieg aus dem Umlage- und der Einstieg in das Kapitaldeckungsverfahren mit einer Teilprivatisierung der Daseinsvorsorge unter dem Titel »fiktiver Sparbetrag« – fiktiv, weil er keine Verpflichtung zur privaten Daseinsvorsorge darstellt und entsprechend auch nicht mehr paritätisch finanziert wird. Dieser Betrag erhöht sich, ausgehend von einem Prozent im Jahr 2002 auf bis zu vier Prozent im Jahr 2008 und kann entweder steuerabzugsfähig geltend gemacht oder durch staatliche Fördermaßnahmen bezuschußt werden. Gegenfinanziert wird die Privatrente und damit auch die Beitragsentlastung der Arbeitgeber durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern (z.B. der Ökosteuer).

Daß nach der Veröffentlichung der BfA-Studie zu den inter- und intragenerativen Verteilungswirkungen der »Riesterrente« entgegen ersten Befürchtungen in der Presse dennoch von relativen »Wohlfahrtsgewinnen« der jüngeren Jahrgänge gesprochen wird, ist allein darauf zurückzuführen, daß ältere Jahrgänge von geringeren Beitragssätzen nur über einen kürzeren Zeitraum hinweg profitieren (vgl. Fehr/Jess 2001, S. 11). Die steuerliche Förderung der Privatrente hingegen kommt vor allem mittleren und höheren Einkommensklassen zugute, während die Blümsche Variante, wie die »FAZ« im Unterschied zur »Taz« bemerkte, die unteren Einkommensgruppen begünstigt hätte (»FAZ«, 17.7.2001). Daran, daß schon die 70 Prozent des Rentenreformgesetzes von 1992 keinen Armutsschutz dargestellt hätten, ändert dies nichts. Johannes Steffen kommt daher zu dem Schluß: »Einzige Gewinner der rotgrünen Rentenreform sind die privaten Finanzdienstleister – ihnen winken blühende Geschäfte – und die Arbeitgeber – deren Beitragsentlastung zahlen die Arbeitnehmer« (»Tatsachen zur rotgrünen Rentenreform«, unter www.labournet.de).

Für die Zustimmung der Gewerkschaften zur Rückführung des Rentenniveaus war, wie gesagt, die behauptete Höhe des Rentenniveaus entscheidend – sie haben die Zahlenkosmetik akzeptiert und die Notwendigkeit einer Begrenzung der Lohnnebenkosten eingesehen; zwar sei der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung »eine Wunde, die schmerzt« (»Metall-Pressedienst«, 18.12.2000), aber sie wird verkraftet – schließlich besteht Aussicht, betriebliche Formen der Alterssicherung tarifieren, sprich Pensionsfonds schaffen zu können. War in Riesters Entwurf zunächst nur ein individueller Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung in eine Direktversicherung vorgesehen, gaben IG Metall und DGB es als Erfolg der Rentenproteste der rund 150.000 Metaller/innen aus, daß betriebliche Alterssicherungen wie individuelle Direktversicherungen in Pensionsfonds übertragen werden können: »Die ursprünglich geplante einseitige Bevorzugung der privaten Vorsorge und Diskriminierung der betrieblichen/tariflichen Zusatzvorsorge bei der staatlichen Förderung wurde verhindert« (DGB-Presseerklärung, 24.1.2001). Hauptsache, dabei sein in der kapitalgedeckten Mitte, auch wenn ein Teil der Protestierenden gerade gegen den Einstieg in die Privatisierung auf die Straße gegangen war. Die mit der Tarifierbarkeit der Privatrente erkaufte Zustimmung von DGB und IG Metall zum Einstieg in das Kapitaldeckungsprinzip delegitimiert eine allgemeine gesetzliche Rente und damit das ohnehin perforierte Solidarprinzip und legitimiert weitere Kürzungen bis hin zu einer abgesenkten Basisrente, wie sie mit dem Altersvermögensgesetz gerade als pauschalierte, »bedarfsorientierte Grundsicherung« auf den Weg gebracht werden soll – wobei Bedarfsorientierung hier die Ausrichtung am Existenzminimum der Sozialhilfe meint. Nicht zufällig ist in Ländern wie den USA oder Großbritannien mit einer längeren

Tradition und einem höheren Anteil privater und betrieblicher Altersvorsorge das staatliche Sozialversicherungsniveau relativ niedrig – in Großbritannien sind 40 Prozent der Sozialrentner/innen sozialhilfebedürftig.

Bei dieser Reform von einem »Deal« zu reden, bei dem die Gewerkschaften in den sauren Renten-Apfel gebissen hätten, um damit »dem Kanzler und seinem Kabinett den Rücken zu stärken« (Engelen-Kefer, »FR«, 15.2.2001) für die Durchsetzung »ihrer« Betriebsverfassung, läßt sich eher mit der medialen Inszenierung des Aufstands gegen Riesters vermeintliche »Räterepublik« erklären als mit den Ergebnissen der neuen Betriebsverfassung. Diese enthält außer geringfügigen Verbesserungen bei der Freistellung von Betriebsräten, ebenso beschränkten Erleichterungen bei den Wahlverfahren in kleineren Betrieben und einigen neuen Inforechten nichts substantiell Neues und liegt mit dem Ausbau von »Mitwirkungs«- statt Mitbestimmungsrechten insgesamt noch näher am Modell der Betriebsverfassung für die Wertschöpfungsgemeinschaft, wie es der Think Tank aus dem Hause Bertelsmann/Böckler präsentierte, als am Alternativentwurf des DGB.

Gesundheitsreform: Totale Freiheit ist nicht versicherungsfähig

Nach der Renten- folgt die Gesundheitsreform. Ursprünglich für die Zeit nach den Wahlen vorgesehen, hat sich nach Bekanntwerden eines massiven Ausgabenanstiegs im ersten Halbjahr 2001 und entsprechenden Ankündigungen der Kassen, die Beitragssätze noch Ende diesen Jahres hochsetzen zu müssen, Hektik breitgemacht.

Die Maxime »Grundversorgung bei gleichzeitiger Ausweitung der Privatisierung« scheint sich nun auch in der Gesundheitspolitik durchzusetzen. Nur noch das medizinisch Notwendige soll bezahlt werden, um selbiges dann weiter nach unten korrigieren zu können; der Rest fällt unter Privatvergnügen. Doch wie wird das »wirklich Notwendige« in bezug auf Gesundheit bestimmt? Private Krankenkassen beruhten schon immer auf dem Äquivalenz- statt dem Solidaritätsprinzip: Leistungen bestimmen sich nach Prämienhöhe und Risikostruktur, die Versicherten einer »Risikoklasse« zahlen ihre Risiken selbst. Eine Individualisierung der Krankenversicherung über Wahlleistungen wird nun auch für die gesetzlichen Kassen diskutiert – doch für den Vorschlag einer Aufspaltung von Pflicht- und Wahlleistungen in der gesetzlichen mußte der zuständige Referent im Kanzleramt seinen Platz räumen (»FR«, 17.7.2001). Als Versicherungsprinzip verallgemeinert, hebt sich die totale Wählbarkeit von Leistungen von allein auf, so daß selbst die Privatkassen erklären: »Die meisten Wahlmöglichkeiten sind nicht versicherungsfähig«, weil die Wahrscheinlichkeit, daß das Risiko eintritt, zu hoch sei. Bleibt also die Streichung bestimmter Leistungen aus dem Bereich des medizinisch Notwendigen und eine höhere Selbstbeteiligung, wie dies SPD-Gesundheitsexperten längst fordern (»Spiegel«, Nr. 30/2001).

Wegfallen könnten demnach Psychotherapien, Vorsorgekuren, Krankengeld für Kinder, Mutterschaftsgeld, Gesundheitsförderung und vieles mehr (vgl. ebd.). Schließt Rotgrün auch in der Gesundheitspolitik in vielem an die Maßnahmen der Vorgängerregierung an (z.B. sektorale Budgetierung für Vertragsärzte, Krankenhäuser und Arzneimittel, Beibehaltung der Kassenwahlfreiheit und damit des Wettbewerbsprinzips, Ausstieg aus der Parität durch die individuellen Zuzahlungen, Prinzip der »integrierten Versorgung«, Grundsatz der Beitragsstabilität), so würden die genannten Streichungen gerade auch jenen Teil der Koalitionsversprechen noch brechen und von der – entschärften – Gesundheitsreform 2000 rückgängig machen, was sich vom Seehofer-Modell noch unterschied: Gesundheitsförderung, Vorsorge und Rehabilitation. Anderweitige Möglichkeiten zur »Bekämpfung der Kostenexplosion«, die entweder die Wirtschaft belasten würden, wie die Einführung der Positivliste dies mit sich brächte, oder zu einer Verbreiterung der Einnahmebasis führen würden, wie etwa die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze, werden nicht mehr diskutiert.

Fazit

Das rotgrüne Sozialstaatsdeformprogramm hat klare Konturen: Passive Anspruchshaltungen von Faulen, Rentnern und Kranken gehören abgelehnt. Keine Rechte ohne Pflichten, keine gemeinsame Kasse ohne Eigenverantwortung. Die »Wohlstandskrankheiten« erscheinen wie Arbeitslosigkeit und Alter als individuelle Fehlleistung und Schuld. Klar ist, daß unter der Maßgabe »Chancengerechtigkeit« niemand gezwungen werden kann, die Defekte, also die individuellen Eigenarten, anderer Menschen zu finanzieren. Die, die sich unverantwortlich verhalten, indem sie Körper und Geist nicht richtig bewirtschaften, die sich nicht trainieren, qualifizieren, nicht regelmäßig zum Zahnarzt gehen, die rauchen oder wissentlich ein behindertes Kind austragen, müssen eben mehr bezahlen als die anderen. Sie haben sich ihr Risiko aus den Risiken, die die gleichnamige Gesellschaft trägt, selbst gewählt. Früher hätte man das Umverteilung innerhalb der Klasse genannt. Heute läßt sich die »Risikostreuung« bei entsprechender Rechnerleistung in demographischen Modellen, Rentenformeln, räumlichen Segregationsverteilungen etc. modellieren.

Es scheint, als sei individuelles Verhalten – nicht zuletzt aufgrund segensreicher wissenschaftlicher Fortschritte in der Gentechnik – endlich vorausberechenbar. Dieser Traum der eingreifenden und steuernden Politik, letztlich auch das, was die Nazis in positive Eugenik hatten umsetzen wollen, ist eine Kerngestalt der Moderne. Die Gesellschaft bei Anerkennung

ihrer Funktionsgesetzlichkeiten so zu teilen, daß sie sich reproduziert, ohne dabei auseinanderzufallen, ist die entscheidende Aufgabe der Sozialpolitik. Dieser haben sich fast alle sozialpolitischen Instanzen verschrieben – auch die Eliten der Gewerkschaften. Kritiker dieser Entwicklungen halten gegen den individualisierenden Liberalismus noch das gesellschaftliche Solidarprinzip hoch – den Standpunkt des Citoyen gegen den des Bourgeois. Wenn Wirtschaftsminister Müller dagegen der vormaligen Regierung und jetzigen Opposition vorwirft, daß diese auf »Subventionen, Staatsinterventionismus und soziale Unruhen« (»FR«, 18.7.2001) setze, wird deutlich, was die gegenwärtige Regierung will.

Thomas Gehrig ist promovierter Nachtportier und lebt in Rüdesheim; Kirsten Huckenbeck arbeitet für die Offenbacher Zeitschrift »Express« und promoviert über die »Systematisierte Natur (de)regulierter Gesellschaften – zur Kritik der Systemtheorie«

Konkret 09/01, S. 39

Heike Ulatowski

Lieber reich und gesund als arm und krank
Brave New Health Service

KONKRET EXTRA
Wie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

Menschen vergessen schnell, und manchmal ist das gut so. Doch der ungläubige Widerwille, der mich seinerzeit beim Anblick meiner Krankschreibung erfaßte, hat einen bitteren, gleichsam chronischen Nachgeschmack hinterlassen. Ich litt damals nicht nur an einem grippalen Infekt, sondern auch noch an J 11. Was macht man da? Entweder verdoppelt sich das Leiden, man fühlt sich gewissermaßen gleich zweimal so krank, oder es keimt der düstere Verdacht, daß da etwas mit der Rationalität des Systems nicht stimmen kann. Woher nur rührt der Drang des Codierens, des Operationalisieren. und der Verwendung betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe Controlling, Pflegemanagement, Prozeßmanagement, Qualitätsmanagement, Pflegekunde - im Gesundheitswesen? Nur der kleingeistige Kranke hält sich nach wie vor eisern für einen Patienten. A11 jenen, die anfänglich über die Verwendung dieser scheinbar fachfremden Begriffe noch lachten, ist das Lachen angesichts der fortschreitenden Dehumanisierung des Gesundheitssektors im Halse steckengeblieben, und zwar so tief, daß Widerspruch kaum mehr aufkommt. Inhumanität macht auch stumm. Bleibt zu fragen, woher sie kommt und wem sie nützt.

Das Zeitalter der Effizienz

Anfang der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts leiteten die mehrheitlich neokonservativen Regierungen in den USA und in Westeuropa eine Phase nicht des Neokonservatismus, sondern des Neoliberalismus ein. Letzterer wurde zwar zwecks Beruhigung der eigenen Klientel mit der Aufwertung konservativen Gedankengutes garniert, doch »Thatcherism«, »Reagonomics« und Kohls »geistig-moralische Wende« sorgten im Dienste wirtschaftlich einflußreicher Lobbyisten dafür, daß Menschen primär nach ihrer wirtschaftlichen Nutzbarkeit beurteilt wurden. Jeder sollte fortan seines Glückes Schmied sein. Wer arbeitslos wurde, hatte eben Pech gehabt und mußte durch verschärfte finanzielle Beschneidungen aus seiner angeblichen Lethargie geholt werden. Gelobt wurde, was hart macht. Das Gesundheitswesen erhielt erste marktwirtschaftliche Konturen: Die Pflege wurde dem Markt freigegeben. Fortan sprossen private ambulante Pflegedienste wie Pilze aus dem Boden und konkurrieren seither mit zum Teil fragwürdigen Methoden um die bettlägerige Kundschaft. Sozialstationen wurden von ihren Trägern zu gemeinnützigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH) umgewandelt. Unterstützt wurden die Regierenden von einer Heerschar williger Soziologen, die Horkheimer für einen trockenen Weißwein und Adorno für ein Küchengewürz hielten und daher nicht müde wurden, ihre Mitmenschen in brauchbare Statistiken zu pressen. An den Fachhochschulen wurde der Studiengang »Sozialwirt«, später »Sozialmanagement« eingeführt. Die Universitäten zelebrierten den Abschied von den »Grand Theories«, man forschte nicht mehr nach Humboldt, sondern nach dem Primat der ökonomischen Verwertbarkeit.

Eine Dekade später, im Zuge von Globalisierung und Deregulierung der Märkte, dehnte man die Ideologie der Effizienz nach und nach auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Populistische Machwerke über angeblichen Sozialhilfemißbrauch wurden zu Bestsellern. Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft. Der Markt erhielt nun Zugang zu bislang geschützten gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa dem Bildungssektor. Marketing und Sponsoring sind seither auch hier selbstverständlich. Schulen, vor allem Gymnasien, wurden budgetiert; einige Bundesländer hoben sogar das Werbeverbot an den öffentlichen Schulen auf. In Hamburg wird seit Jahren versucht, die institutionelle Kindertagesbetreuung den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen. Sind wir also, wie Robert Leicht in der »Zeit« konstatierte, auf dem Weg von der Marktwirtschaft in die Marktgesellschaft? Spätestens seit Max Webers Studien über die Börse (1894/96) ist bekannt, daß der Kapitalismus nicht nur traditionelle Lebenswelten zerstört, sondern auch neue kulturelle Werte schafft. Und seit dem Untergang des Kommunismus weiß man (oder kann es doch wissen), daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft dem »shareholder capitalism« weichen wird. The winner takes it all!

Neoliberalismus im Gesundheitssystem

Was hat dies alles mit unserem Gesundheitssystem zu tun? Wir leben bereits seit einiger Zeit in einer Gesellschaft, in der es keinen allgemein verbindlichen Wertekodex mehr gibt. In dem entstehenden »Vakuum« wird das ökonomische Kosten-Nutzen-Kalkül zum einzigen gesamtgesellschaftlich verbindlichen Grundwert. Die Politik verstärkt diesen Prozeß, indem sie gerade den sozialen Bereich in zunehmendem Maße neoliberalen Steuerungsmechanismen unterwirft. So wird auch das Gesundheitssystem immer mehr von ökonomischen Sachzwängen dominiert; wirtschaftliche Effizienz und die Gesetze des freien Marktes haben nahezu ungehindert Krankenhäuser, Altenheime, Pflegedienste und Arztpraxen erobert. Kann aber ein System, das im wesentlichen auf ökonomische Effizienz ausgerichtet ist, den Bedürfnissen derer, denen es eigentlich dienen sollte, noch gerecht werden?

Nach liberaler Denkart wirkt sich das von der optimalen Durchsetzung der eigenen Interessen bestimmte Handeln des einzelnen positiv auf die Entwicklung des gesamten Systems aus, vorausgesetzt es werden seitens des Staates gewisse Rahmenbedingungen - etwa Vertragssicherheit - vorgegeben. Daß das jedoch ein Trugschluß ist, läßt sich beim Gesundheitswesen etwa anhand der am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Regelung der hausärztlichen Grundversorgung verdeutlichen. Hier ist vorgesehen, daß 60 Prozent aller niedergelassenen Ärzte Hausärzte sein sollen. Gegenwärtig stehen jedoch den 83.000 bundesweit niedergelassenen Fachärzten lediglich 42.000 Hausärzte gegenüber. Überdies ist die Allgemeinmedizin von Nachwuchssorgen geplagt, so daß auf absehbare Zeit eine ausreichende hausärztliche Primärversorgung nicht gewährleistet ist. Ursächlich für die Misere ist einerseits das mangelhafte allgemeinmedizinische Ausbildungsangebot, doch ebenso relevant dürfte die Präferenzstruktur der angehenden Mediziner sein. Wer sich jahrelang durch ein stupides Multiple-Choke-Studium quält, möchte nach dessen Abschluß mindestens als Experte und nicht als »Barfußarzt«, behaftet mit dem wenig heroischen »Husten-Schnupfen-Heiserkeit«-Image, dastehen. Das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül der Mediziner führt eben auch hier keineswegs zur Optimierung des Gemeinwohles.

Wie wirkt sich nun die Ideologie ökonomischer Effizienz in der Praxis aus? Man erinnere sich an das in den Medien gern ausgeschmückte Beispiel des Herzchirurgen, der sich gezwungen sieht, zwischen wirtschaftlicher Effizienz und seinem verflixten Eid abzuwägen, ob der Eingriff denn sinnvoll sei. Da steht also dieser arme Mann, Frauen sind da eher Exoten, gramgebeugt vorm offenen Herzen und fragt sich: »Lohnt sich das denn überhaupt noch?« Das greift ans Herz, doch der Alltag riecht weniger nach Sauerbruch. Der Alltag besteht aus einem Hausarzt, der sich trotz diverser Anrufe, Bettelbriefe und persönlicher Bittstellerei in der Praxis hartnäckig weigert, einem 80jährigen bettlägerigen Schlaganfallpatienten Krankengymnastik zu verordnen:

- »Krankengymnastik - in dem Alter? Das bringt doch nichts mehr.« Frappierend ist vor allem die fröhliche Unbefangenheit, mit der einem so etwas dargeboten wird. Die Effizienz hat die Empathie offenbar endgültig verdrängt. Ein wenig Mitgefühl gibt es lediglich noch als schmückendes Beiwerk, allerdings nur bei garantierter Kostenneutralität.

Stoppuhr-Pflege

Die gravierenden Veränderungen in der Pflege sind im wesentlichen gekennzeichnet durch ihre zunehmende Professionalisierung und die Betonung ihres Dienstleistungscharakters. Die Professionalisierung der Pflege könnte unter anderen Vorzeichen durchaus zu einer signifikanten Verbesserung der Patientenversorgung führen., Doch wie verhält es sich mit ihrem Charakter als Dienstleistung? Rein formal betrachtet, gehört das Gesundheitswesen (sieht man von der Arzneimittelproduktion ab) zum tertiären Sektor. Die Pflege ließe sich somit, bei rein formaler Betrachtung, durchaus als Dienstleistung bezeichnen, nur daß der Kunde eben möglicherweise im Sterben liegt. Wenn also ein Patient zu einem »Pflegekunden« wird, dann handelt es sich letztlich um eine vorwiegend geschäftliche Beziehung. Der geschäftliche Umgang aber schafft zwischenmenschliche Distanz. Welcher Schuster interessiert sich schon für das Seelenleben seiner Kundschaft? Diese Distanz führt zu einem Mangel an Empathie. Da Empathie jedoch eine notwendige Bedingung für solidarisches Handeln darstellt, bleibt sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Solidarität mit Kranken oder Alten weitgehend aus.

Dieser Mangel an Solidarität wiederum führt zur gesellschaftlichen Ausgrenzung der vermeintlich »nutzlosen Esser«, die dann in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder daheim ein meist unwürdiges Dasein fristen. Dank des andauernden Pflegenotstandes stehen stationäre Einrichtungen in dem Ruf, Orte der Unbarmherzigkeit zu sein. Nicht zu Unrecht - kaum ein Träger oder Privatunternehmer veranschlagt die für eine professionelle und menschenwürdige Pflege erforderlichen Personalkosten. Deren Anteil an den Gesamtkosten des »Unternehmens« müßte bei ungefähr 80 Prozent liegen, doch in der Regel sind es gerade einmal 50 Prozent. Qualifiziertes Personal ist teuer. Zwar sieht etwa die Heimpersonalverordnung vor, daß die Hälfte der Pflegekräfte examiniert sein muß, doch läßt sich die Verordnung mit dem Nachweis, examiniertes Personal sei auf dem Arbeitsmarkt nicht auffindbar, recht unkompliziert umgehen. Hierfür genügen ein paar Stellenangebote; sollte sich daraufhin eine entsprechende Pflegekraft melden, wird im Vorstellungsgespräch gern auf die

ungünstigen Arbeitszeiten und das schlechte Betriebsklima verwiesen. Dann ist der betriebswirtschaftliche Weg frei, um eine billige, ungelernte Hilfskraft einzustellen.

Um eine stationäre Unterbringung von Patienten so lange wie möglich zu umgehen, bietet sich die ambulante Pflege an. Die Politik gibt der ambulanten Pflege den Vorzug vor der stationären, allerdings weniger der heimeligen Atmosphäre wegen, sondern einzig aufgrund der Tatsache, daß es sich hierbei um die billigere Variante handelt. Diverse ambulante Anbieter versprechen diesbezüglich Beratung und Pflege, wobei kompetente Beratung nur in seltenen Fällen tatsächlich erfolgt, und auch bei der Verwendung des Begriffs »Pflege« sollte man vorsichtig sein. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) ermittelt die Pflegebedürftigkeit eines Patienten anhand der Zeit, time is money, die für dessen Pflege benötigt wird. Diese im August 1997 vom MDK festgelegten »Zeitkorridore« werden seither vor allem von den Pflegeverbänden kritisiert, da die so konstruierten Zeitvorgaben bestenfalls eine »Satt-Sauber-Abfertigung«, kaum aber angemessene Pflege ermöglichen. Das Bundesministerium für Gesundheit hat eine wissenschaftliche Studie zur empirischen Überprüfung der Begutachtungskriterien des MDK in Auftrag gegeben, die jedoch leider nicht die gewünschten Resultate lieferte. Es ließ sich kaum eine Übereinstimmung zwischen den festgelegten und den tatsächlich benötigten Pflegezeiten feststellen. Kein Wunder: Der seitens des MDK bei der Zeitbemessung zugrunde gelegte »Maßstab des Laien« verzerrt die Lage insofern, als der pflegende Laie in aller Regel ein dem Patienten vertrauter Angehöriger ist, der dessen Gewohnheiten genau kennt, was zu einer nicht unerheblichen Zeitersparnis führt.

Bei der professionellen Pflege ist ein derartiges Vertrauensverhältnis unrealistisch; im Gegenteil, Bezugspflege kann hier dank der dünnen Personaldecke kaum noch gewährleistet werden. Da die Arbeitsbedingungen in der ambulanten Pflege zusehends unerträglicher werden, zumal das Gros privater Pflegefirmen bei meist untertariflicher Entlohnung weder regelmäßige Dienstbesprechungen noch Supervision, geschweige denn Fortbildung anbietet, ist gerade in diesem Bereich das schwindende Humankapital kaum noch zu halten. So kommt auch der nichtdemente Patient in den zweifelhaften Genuß, täglich (oder mehrmals täglich) neue Leute kennenzulernen.

Pit-Stop-Medizin

Ausgerechnet die USA werden immer wieder gern als Vorbild für eine effiziente Gesundheitsversorgung dargestellt. Doch die vermeintliche Effizienz täuscht: Während 14 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts im Gesundheitswesen versickern, dessen lukrative Bereiche sich ausnahmslos in den Händen von Aktiengesellschaften befinden, bleiben lediglich 20 Prozent der Gelder für die Behandlung der Kranken übrig - den Rest vertilgen Bürokratie, Werbung und die Gewinnausschüttung an die Aktionäre. Bereits in den sechziger Jahren entwickelte die Universität Yale ein standardisiertes Abrechnungsverfahren für Krankenhäuser, welches ab 2002 auch in bundesdeutschen Kliniken Einzug halten soll. Rechnet man mit den Krankenkassen bislang nach Pflegesätzen und Belegzeiten ab, so wird nach Einführung der sogenannten DRGs (= diagnosis related groups, diagnosebezogene Fallpauschalen) je nach vorliegender Krankheit ein festgesetztes, bundesweit einheitliches Entgelt gezahlt. Denkbare Konsequenz: Patienten werden nicht mehr nach erfolgter Genesung entlassen, sondern spätestens dann, wenn ihre Fallpauschale aufgebraucht ist. Und: Kleinere Krankenhäuser werden unter dem Wettbewerbsdruck schließen müssen; Schätzungen zufolge ist die Hälfte aller Kliniken von Schließung oder feindlicher Übernahme bedroht. Den Beschäftigten bleibt die Wahl zwischen bedingungsloser Anpassung und Arbeitsplatzverlust. Kranke Menschen werden zu kostenhomogenen Fallgruppen zusammengefaßt. Zahlungskräftige Patienten oder solche, aus deren Behandlung sich Profit erwirtschaften läßt, werden zukünftig von den Kliniken hofiert. Chronisch Kranke, Alte, Demente und soziale Randgruppen bleiben auf der Strecke.

Um eine einheitliche Vergütung der Behandlung zu gewährleisten, ist eine ebenfalls einheitliche Berechnungsgrundlage notwendig. Mit Wirkung vom 1. Januar 2000 wurde daher der bisherige Diagnoseschlüssel ICD-9 durch einen vereinheitlichten und differenzierteren alphanumerischen Code ersetzt, die ICD-10-Codierung. Worin liegt der Sinn dieses Verfahrens? Was passiert mit Menschen, deren Leid unter dem Diktat eines im wesentlichen der industriellen Massenproduktion entlehnten Abrechnungsprocedere gelindert werden soll? Was passiert mit Menschen, deren Ärzte vom Erstkontakt an bemüht sind, diejenige Diagnosereihenfolge zu ermitteln, die dem Krankenhaus, künftig wohl eher die Filiale einer privaten Klinikkette, den höchsten betriebswirtschaftlichen Profit einbringt? Das ist beinahe schon eine rhetorische Frage, denn ihr Wohlergehen wird nur durch Zufall einmal auch dem Gebot ökonomischer Effizienz gehorchen.

Heike Ulatowski (Ulatowski@t-online.de) ist Altenpflegerin und Sozialökonomin in Hamburg

Konkret 09/01, S. 40

Peter Kratz

Lieber reich und gesund als arm und krank
Die Biologisierung des Sozialen

KONKRET EXTRA
Wie Rotgrün den Sozialstaat »reformiert«:Beiträge zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Renten- und Gesundheitswesen), zur Ökonomisierung von Pflege und ärztlicher Behandlung sowie zur biopolitischen Aufrüstung des Standorts Deutschland

»Zum Glück haben Sie Ahnenforschung gemacht«, sagte der Sprachhistoriker Prof. Dr. Jürgen Udolph kürzlich einer Frau, die im Radio die Bedeutung ihres Familiennamens erklärt haben wollte, denn die territoriale Herkunft der Familie sei entscheidend für die Namensdeutung. Die tägliche Sendung mit dem Namensforscher, der sich bisweilen ungeniert auf Naziliteratur beruft und über »Namenkundliche Studien zum Germanenproblem« die frühgeschichtliche germanische »Landnahme« der belgischen und französischen Zielgebiete späterer deutscher Weltkrieger nachweist, ist der Renner in Radio Eins, dem Programm von SFB und ORB für junge moderne Menschen in Berlin und Umgebung. Viele rufen beim Sender an und wollen wissen, warum ihre Familie so heißt, wie sie heißt. Udolph hat an der Uni Leipzig den einzigen deutschen Lehrstuhl für Onomastik und ist renommiertes Mitglied der wissenschaftlichen Indogermanischen Gesellschaft. Im Radio erklärte er bisher nur deutsche Namen, keine türkischen, afrikanischen oder jüdischen, der Nachfrage wegen.

Zwischendurch sendet Radio Eins Werbe-Jingles für die in Berlin gastierende Ausstellung mit Präparaten menschlicher Körper (»Körperwelten«), die der Sender promotet. »Echte Leichen, die, sagen wir mal, wie der Elchkopf an der Wand präpariert sind. Wenn Sie noch nicht da waren, dann nichts wie hin!« tönt der DJ aus den Empfangsgeräten. Ausstellungsmacher Prof. Dr. Gunter von Hagens gibt zu, auch »herrenlose Leichen« für seine »Plastination« zu benutzen, die zu Lebzeiten nicht ahnen konnten, daß man sie einmal aufschlitzen und angaffen würde. Mehr als eine Million Schaulustige haben die Ausstellung bisher gesehen, 22 Mark kostet der Eintritt. Der Leichenverwerter will den Besuchern mit seinen Exponaten helfen, »Körperstolz« zu entwickeln. Bei der Love Parade fuhr er mit, ließ 5.000 Freikarten verteilen und in der Ausstellung Techno-Musik spielen. Das gefiel Radio Eins. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, sah dagegen in der Leichenschau »die logische Konsequenz dessen, was im 20. Jahrhundert schon passiert ist – da wurde kein Halt gemacht vor lebenden Menschen, da wurden menschliche Körper millionenfach von Mördern zu Asche verbrannt oder zu Seife verarbeitet, aus menschlicher Haut Lampenschirme hergestellt«. Der »Tagesspiegel« wiederum ließ zum Jubiläum der »Sendung mit der Maus« auf seiner Kinderseite die lustig belehrenden ARD-Tiere für die Ausstellung werben: »Wir finden, daß Kinder so etwas ruhig anschauen dürfen. Man bekommt ein Gefühl dafür, was für eine genau ausgetüftelte Maschine so ein Körper ist.« Gutes Deutsch lernen die Kinder so nicht, aber Wichtiges für den Standort Deutschland.

L'homme machine hat kein Gedächtnis, sondern Ahnen, kein Bewußtsein, sondern Gene. Die Rückkehr zum bürgerlichen Materialismus ist von der Verwertungslogik des Kapitals gefordert, da beißt die Maus kein' Faden ab. Der Sozialismus habe sich »historisch überlebt«, meint Gerhard Schröder, und mit ihm das historisch-materialistische Menschenbild. Körperstolz und Ahnenstolz treten an seine Stelle, das soziale Individuum wird zum Nachkommen, der Tote zum Ausstellungsobjekt, das Subjekt zur Ware Mensch, auch stückweise verkaufbar als Stammzellenhaufen, Ersatzteil der Maschine.

Die Biologisierungspropaganda ist längst auf Touren. Als Höhepunkt einer einschlägigen Artikelreihe brachte der »Tagesspiegel« Ende Juli einen ganze Seite über das Verlieben, das »in den Zeiten von Stammzellen- und Genomforschung« nun ebenfalls von »Soziobiologen« erforscht werde. »Der biologische Imperativ« zwinge Mann und Frau beim »berühmten ›ersten Blick‹« dazu, das »Reproduktionspotential des Gegenübers« abzuschätzen; Frauen bevorzugten von Natur aus Ehepartner mit hohem Einkommen, um durch bessere Startchancen der Nachkommen »die Weitergabe ihrer Gene (zu) sichern«, während beim Mann »die Biologie des Fremdgehens« einen Selektionsvorteil bringe. Gerhard als Bundeskanzler, sein Halbbruder dagegen schon wieder arbeitslos – für den »Stern« ist auch das ein Biothema: »Brioni gegen Ballonseide, das kann nur daran liegen, daß sie unterschiedliche Väter haben.« Die Biologisierung des Strafrechts war Schröders eigener Sommerhit: »Wegschließen, und zwar für immer«. Der »Tagesspiegel« ergänzte zur Vorbereitung des 7. Weltkongresses für Biologische Psychiatrie, der erstmals nach 1945 in Berlin tagte: »Kälte aus den Genen. Schwerverbrecher wie der Mörder von Ulrike« seien nur ein »Teil einer größeren Gruppe mit einer ›Antisozialen Persönlichkeitsstörung‹«; zum Glück fahndeten Forscher bereits nach der »biologischen Basis« der Antisozialen. Der Schließer bekommt einen sicheren Arbeitsplatz.

Ahnenforschung betrieb auch Forschungsministerin Edelgard Bulmahn zur Eröffnung ihres »Jahres der Lebenswissenschaften«, das die gesellschaftliche Akzeptanz der Biotechnologie fördern soll, nachdem die Presse, bis hin zur kapitalfreundlichen »Welt«, im Jahr 2000 noch sehr kritisch über die »Ersatzteillager-Züchtung« in Großbritannien berichtet hatte. »Selber Banane!« ruft Bulmahn nun dem Volk auf Postkarten zu, die kostenlos in Kneipen verteilt werden, und duzt jovial: »Dein Genom ist zu 50 Prozent mit dem der Banane identisch. Mehr unter www.lebenswissen.de.« Auf einer anderen Karte fordert sie: »Mach mir den Affen! Das dürfte dir nicht schwerfallen, denn dein Erbgut stimmt zu über 99 Prozent mit dem des Zwergschimpansen überein.« Der Affe schaut konsterniert, doch die Ministerin lächelt auf der Karte und verspricht: »Das Jahr der Lebenswissenschaften bietet große Chancen zur Diskussion auf gleicher Augenhöhe. Jeder soll die Möglichkeit haben, mit Forscherinnen und Forschern Meinungen und Argumente auszutauschen und dadurch informierter zu entscheiden.« Lustige PR für die Stammtische der Neuen Mitte. Wenn man Bananen zermatschen darf, dann wohl auch den achtzelligen Embryo, der ja augenscheinlich zu weit weniger als 50 Prozent Mensch ist – ein Mißverständnis der Popkampagne, natürlich, ebenso wie die Frage nach der Identität des »normalen« Genoms eines Deutschen mit dem »kalten« des Schwerverbrechers, die sich aber angesichts der »über 99«-prozentigen Nähe, die sogar zu den Laborversuchstieren besteht, doch geradezu aufdrängt.

»Gleiche Augenhöhe« und »Entscheidungsfreiheit« für »jeden« sollte man nicht mißverstehen. Wer mit Bulmahns »Lebenswissenschaften«-Kampagne die Lebensphilosophie assoziiert, die in Deutschland die Biologie als Gesellschaftswissenschaft »implementierte« und derart die für manche schon prähistorischen politischen Schwerverbrechen ermöglichte, wurde bei der Eröffnungsveranstaltung der Kampagne in Berlin nicht enttäuscht. Als Bulmahns Hausphilosoph saß gleich neben der Ministerin Peter Sloterdijk auf dem Podium, der sich schon 1999 in der Schlußfolgerung seines Textes »Regeln für den Menschenpark«, ausführlich seinen Ahnherrn Nietzsche zitierend, gegen die »gleiche Augenhöhe« ausgesprochen hatte: »Der würdigste Hüter und Züchter der Menschen« sei »der Weise«, quasi eine Abstraktion des Ethikrates. Dem Volk bleibt immerhin die Entscheidung zwischen Euro- und Dollar-Bananen.

So geht Biopolitik: mal populär, mal elitär. Treiben auch wir Ahnenforschung: Der Begriff »Biopolitik« stammt aus den Schriften der Neuen Rechten. Die heute wieder aktuellen Bücher von Michael Billig (*Die rassistische Internationale*, 1981) und Margret Feit (*Die ›Neue Rechte‹ in der Bundesrepublik*, 1987) haben gezeigt, wie der intellektuelle Neofaschismus – international organisiert, in Deutschland im Thule-Seminar – von Alain de Benoist über Sigrid Hunke bis Armin Mohler zurückgreift auf biologistische Konzepte von Konrad Lorenz, Hans Jürgen Eysenck oder Arthur Jensen, die sich nicht scheuten, auch in den Blättern der Neuen Rechten, wie Benoits »Nouvelle Ecole« (Lorenz) oder Jürgen Riegers »Neue Anthropologie« (Eysenck, Jensen), zu publizieren, in denen auch Nazirassisten wie Hans F. K. Günther wieder zu Ehren kamen. Eysencks erbpsychologische Arbeiten zum Charakter des Kriminellen und Jensens Thesen von der genetisch minderen Intelligenz der Schwarzen wurden in den Kampagnen gegen die teure Bildungsförderungs- und Resozialisierungspolitik in den USA politisch umgesetzt.

Die Biopolitik ist auch heute noch der Ideologie der Neuen Rechten eng verbunden. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Hubert Markl, ein Schüler von Konrad Lorenz, schloß sich in seiner Rede auf der diesjährigen Hauptversammlung der MPG im Juni dem nominalistischen Menschenverständnis der Neuen Rechten an, demzufolge »Mensch« ein willkürlicher Zuschreibungsbegriff sei. »Zwar gehört jeder heute lebende Mensch biologisch zur Art Homo sapiens«, sagte Markl, doch »Menschenwürde, ja eigentlich Menschsein ist mehr als dies Faktum, es ist eine kulturell-sozial begründete Attribution«, und zwar »mit allen Rechtsfolgen«; die »Zuschreibung des vollgültigen Menschseins« werde »in heutigen Hochkulturen ... durchaus verschieden begründet«. »Mensch« ist demnach nicht als absolute, sondern als eine nach *weltanschaulichen* Kriterien relativierte Kategorie zu verstehen. Diesen Begriffsnominalismus, der im Gegensatz zur Rousseauschen und Kantschen Auffassung steht (jeder Mensch hat von Natur aus gleiche Rechte), hat Feit als zentrale Denkform der Neuen Rechten beschrieben – neben dem Postulat von der Bestimmtheit des Menschen durch biologische Triebe (Territori-al-, Aggressions-, Dominanz-, Besitz-, Sozietäts- und Sexualtrieb). Er eröffnet erst die Möglichkeit, bestimmten Menschen die Qualität des Menschseins abzusprechen. Selbst die »FAZ« protestierte, weil Markl aus seinen Prämissen die Berechtigung zu Eugenik und »Sterbehilfe« ableitete und diese dann – ganz Lorenz-Schüler – in den Dienst der Evolution stellte, deren natürliche Auslese in den zivilisierten Gesellschaften nicht mehr funktioniere.

Markl schloß mit einem Bekenntnis zum faustischen Menschen, der »seine Grenzen überschreiten muß, um ganz Mensch zu sein«. So näherte er sich den Thesen des Neurechten Guillaume Faye, der 1988 in dem Buch des Thule-Seminars *Mut zur Identität* nur die Indoeuropäer als berechtigte Träger der Attribution »Mensch« anerkannte, weil nur sie Wissenschaft und Technik entwickelt und auch die Willenskraft hätten, »vor allem durch die Beherrschung der Genetik ... die differenzierende Logik der natürlichen Evolution ab(zu)lösen« (Faye) und ihre kulturelle Überlegenheit genetisch zu festigen. Damit nicht genug. Markl hat schon im Januar 2001 dazu aufgerufen, die Zahl der Menschen weltweit auf zwei Milliarden zu senken, und er ließ keinen Zweifel daran, wer zu wessen Gunsten da beseitigt werden sollte: »Ein Fünftel der Menschheit braucht dringend mehr, vier Fünftel brauchen dringend weniger Nachkommen.« Dies sind in der Tat »gattungspolitische Entscheidungen« (Sloterdijk), die Markl mit Lorenz' »Parasiten«-These begründete, nach der die bald zehn Milliarden Menschen »ein gigantisches Nahrungsreservoir für gefährliche Mikroben« (Markl) darstellten, die am

Ende auch das zu vermehrende Fünftel bedrohten. Lorenz hatte diese These 1976 in Benoists »Nouvelle Ecole« publiziert. Im Februar forderte Markl dann in Anspielung auf die Jensen-Debatte der siebziger Jahre, die genetischen Grundlagen von menschlichem Verhalten und Intelligenz stärker zu berücksichtigen, als es die Sozialwissenschaften im Gefolge von Marxismus und Frankfurter Schule bisher tun.

Der Antifaschismus der achtziger und neunziger Jahre kritisierte vor allem den völkischen Rassismus als wichtigsten politischen Bestandteil neurechter Ideologie und überließ die Kritik des eugenischen Rassismus weitgehend der Frauenbewegung und den politisch bewußten Behinderten, die den Nominalismus in der Debatte um Peter Singers Euthanasiekonzept der »Person« und »Nicht-Person« thematisierten. Doch Markls Aufruf, die dringend benötigten ausländischen Fachkräfte ins Land zu holen und gegen die Knüppel der Neonazis zu verteidigen, verbunden mit seiner Forderung, die Zahl der nichtindoeuropäischen Menschen auf der Welt zu verringern, zeigt einmal mehr die Grenzen dieses Antifaschismus. Schon der Ahnherr des Rassismus, Francis Galton, hatte eine »intelligente Auslese« mit Hilfe der Wissenschaft gefordert. Markl verband nun, vor der MPG und in Zeitungsartikeln, die »Willenskraft« und die »Pflicht zur selbstverantwortlichen Lenkung der eigenen Geschicke« mit den vermeintlichen Anforderungen der Evolution und den tatsächlichen der hochentwickelten Ökonomien des Nordens. Allerdings ist auch der eugenische Rassismus, der die wirtschaftlich Brauchbaren aus allen Kontinenten rekrutiert und die Unbrauchbaren biopolitisch bekämpft, nicht frei von völkischem Rassismus. Bulmahn belehrt uns auf einer weiteren Postkarte ihrer Lebenswissenschaften-Pop-Kampagne: »Fast wäre aus dem Bayern ein Eskimo geworden. Ihr Erbgut ist zu 99,99 Prozent identisch« – fast, denn Eskimos sind eben keine indogermanischen Computer-Inder, sondern – siehe oben – offenbar näher am Zwergschimpansen als am Süddeutschen.

Bulmahn, die kürzlich selbst – und als erste Politikerin nach 1945 – den Begriff der Evolution in die deutsche Politik eingeführt hat, hat Hubert Markl in den »Innovationsbeirat« berufen, dem fast nur Industriemanager angehören und der das Projekt »futur« anleiten soll, eine Quasi-Sekte aus 2.000 Leuten, die im Internetdialog miteinander »Leitvisionen«, »Zukunftsbilder« und »wahrscheinliche Zukünfte« entwerfen, Transzendentes also, an dem sich die Forschungspolitik der Bundesregierung ausrichten soll. Das Projekt ergänzt den praktisch orientierten Nationalen Ethikrat, der neben der Stammzellenforschung bereits die Pränataldiagnostik (eine Voraussetzung der Eugenik) und die Euthanasie zu seinen Themen bestimmte und dem mit Jens Reich ebenfalls ein Anhänger Lorenzscher Ausmerze des als fehlerhaft definierten menschlichen Erbgutes angehört.

Im übrigen hat Gerhard Schröder in seinem Artikel »Gen-ethischer Grenzgang« zum Start des Jahres der Lebenswissenschaften Markls Verbindung von Nominalismus und faustischer Hybris bereits vorformuliert. Einzige Grenze der Wissenschaft sei die Unantastbarkeit der Menschenwürde, und »diese Würde steht nicht in der Buchstabenfolge des Genoms« – gegen Rousseau und Kant gelesen: Sie ist kein Naturrecht eines jeden. Gleichzeitig machte er klar, daß die bio- und genpolitische Überbaukampagne der ökonomischen Basis dient: Es gehe um »Patentschutz« für deutsche Firmen, da »eine Selbstbeschränkung Deutschlands auf Lizenzfertigungen« dazu führe, daß Deutschland die Macht über »die Anwendungen und Folgen dieser Techniken« verliere. Später erklärte er: »Ich setze noch einen drauf: Es ist nicht unethisch, darüber nachzudenken, ob man einem Volk ... die ökonomische Nutzung dieser Technologie möglich macht oder nicht.« Enorme Kosteneinsparungen durch neue Produktionsabläufe sieht der Verband forschender Arzneimittelhersteller. Neue Medikamente könnten künftig, statt im Tierversuch, der die teure Züchtung und Haltung der Tiere voraussetzt, an künstlich hergestellten Geweben aus menschlichen Stammzellen getestet werden; deshalb fordert er, wie Schröder, die Freigabe auch der embryonalen Stammzellen als kostengünstigste Quelle der Testgewebeproduktion.

Schon heute betreibt das Forschungsministerium »die wohl weltweit bedeutendste staatliche Fördermaßnahme zur Entwicklung von Alternativen für Tierversuche«, prahlte Bulmahn und rühmte sich des Tierschutzes. Auf solche Wettbewerbsvorteile bei Test und Zulassung sind auch andere Branchen scharf, zum Beispiel um Nebenwirkungen industriell eingesetzter chemischer Substanzen oder künstlich hergestellter Lebensmittel zu checken. Dagegen ist das Arbeitsplatzargument nach Studien des Forschungsministeriums kaum von Belang: Gut 200.000 Arbeitsplätze hingen in der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und im pharma-medizinischen Bereich mit der Biotechnologie zusammen, nur 25.000 neue Arbeitsplätze entstünden in den nächsten zehn Jahren in den Biotech-Unternehmen selbst. Auch die unter Linken verbreitete These, der Wissenschaftsapparat treibe aus sich heraus die Biodebatte an, da die Karrieren des Nachwuchses nun mal nach neuen Promotionsthemen verlangten, ist zu vernachlässigen: Seltene Krankheiten zum Beispiel werden mangels Marktnachfrage sowieso nicht erforscht. Bedeutender ist wohl die Verquickung von Wissenschaft und Kapital, wie sie bei Detlef Riesner, dem Düsseldorfer Biologieprofessor und Mitgründer der Qiagen AG, einer der bedeutendsten deutschen Biotech-Firmen, sichtbar geworden ist, oder bei Günter Stock, dem Vorsitzenden des Senats der MPG und Forschungsvorstand der Schering AG, der letztjährigen Topgewinnerin im Dax, die ihren Börsenkurs gegen den Trend um die Hälfte steigern konnte. Stock forderte im Juli die Erlaubnis zum therapeutischen Klonen; ein Patent für die noch verbotene Technik will sich auch Oliver Brüstle von der Uni Bonn sichern, für den NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement bereits embryonale Stammzellen auf dem Weltmarkt beschaffte.

Therapien mit totipotenten Stammzellen aber werden nur durch therapeutisches Klonen wirtschaftlich, weil körperfremde Embryonalzellen teure Antiimmunbehandlungen (wie bei Organtransplantationen) nötig machen. Bedenkt man, daß die gesetzlichen Krankenkassen, denen 80 Prozent aller Versicherten angehören, auch intern, durch ihre »sozialpartnerschaftliche« Kontrolle, dem direkten Zugriff der Kapitalseite unterliegen, sind ihre Behandlungspräferenzen vorhersehbar. Der Umbau der Sozialversicherungssysteme, das Abzweigen von Profiten für private Versicherer aus diesem gigantischen Finanzpool bei gleichzeitig sinkender Zahl der Beitragszahler, gehört ebenfalls zum volkswirtschaftlichen Hintergrund der Bioethikdebatte, weil die Leistungen verbilligt werden sollen. Das gilt auch für zukünftige Therapieformen, für die eugenische Verhinderung teurer Kranker ebenso wie für deren »Euthanasie«. Von Einsparungen bei den Lohnnebenkosten profitieren alle Kapitalfraktionen. So wirkt die »Biopolitik« weit über eine »Ethik des Heilens« hinaus; sie wird mithelfen, die gesamte Gesellschaft umzugestalten.

Peter Kratz schrieb in KONKRET 7/2001 über Berliner Bioethiker

Konkret 09/01, S. 44

Thomas von der Osten-Sacken

Ende der □ Schonzeit□

Europa und die USA stellen die Mitgliedschaft Israels in der □ westlichen Wertegemeinschaft□ zur Disposition

»Da die Zionisten ... nur in nationalen Begriffen denken konnten, entging ihnen offenbar, daß der Imperialismus eine die Nation zerstörende Kraft war und es deshalb für ein kleines Volk dem Selbstmord gleichkam, wenn es sich bemühte, sein Verbündeter oder Agent zu werden. Zudem ist ihnen bis heute noch nicht klar geworden, daß der Schutz durch imperialistische Interessen für ein Volk eine genau so sichere Stütze ist wie das Seil für den Gehenkten.«

Hannah Arendt, 1945

»Wo Macht ist ..., ist man, diplomatisch mehr oder weniger paraphrasierend, bereit, □das Recht der Araber□, das sich in Petro-Dollars quantifizieren läßt, zu verteidigen und das Recht der Juden, welches das ewige Unrecht der Armen ist, für ein paar Silberlinge zu verkaufen.«

Jean Améry, 1976

Das arabische Projekt, Israel international als rassistisches Unrechtsgebilde zu delegitimieren, hat in den vergangenen Monaten beträchtliche Fortschritte gemacht. Nicht nur der scharfe Ton, der in diplomatischen Stellungnahmen Israel gegenüber jüngst angeschlagen wurde, spricht für eine radikale Umpolung des europäisch-israelischen Verhältnisses. Vor allem die sie flankierenden Maßnahmen signalisieren ein Ende der »Schonzeit für Israel« – etwa die Erklärung des dänischen Justizministers, den designierten israelischen Botschafter auf Grund seiner Zustimmung zu folterähnlichen Verhörmethoden »beim Betreten des Landes festnehmen lassen zu wollen«. Die in Belgien anhängige Klage gegen den israelischen Premier Sharon wegen »Verbrechen gegen die Menschheit«, die auf einen BBC-Bericht zurückgeht, fand sogar europaweit Zustimmung.

Das europäisch-israelische Verhältnis ist niemals so eng gewesen wie das der USA zum Staat der Juden; es schwankte zwischen projektiver Bewunderung, schlechtem Gewissen und offener Ablehnung. Mit entsprechendem Mißtrauen pflegte das offizielle Israel deshalb den Europäern zu begegnen; man setzte auf die USA, die, anders als andere Industrienationen, Israel vor Jahrzehnten materiell und ideologisch als Teil des »freien Westens« aufgenommen und während des Blockkonfliktes jede weitergehende Kritik an der israelischen Politik zu unterbinden verstanden hatten.

Bereits in der Amtszeit Ehud Baraks hatte der israelische Generalstaatsanwalt Elyakim Rubinstein vor einem zu erwartenden Wandel der europäischen Haltung gegenüber Israel gewarnt. Als Folge der außenpolitischen Emanzipation Europas von den USA entwickle die EU eine Politik des »doppelten Standards und der Scheinheiligkeit«, welche »früher oder später zum Problem für Israel« werden könnte. Der Verdacht Rubinsteins schien bestätigt, als die EU auf ihrem Gipfel in Nizza Israel einseitig für seine »exzessive Gewaltanwendung« verurteilte und sich zugleich Arafats Forderung nach internationalen Truppenkontingenten zum Schutz der Palästinenser zu eigen machte. Ze'ev Schiff bemerkte kürzlich in der linksliberalen Zeitung »Ha'aretz«, Israel werde zunehmend wie eine in Ungnade gefallene Drittweltdiktatur behandelt, während die »50jährige Geschichte arabischer Aggression und Bedrohung Israels die Europäer, die uns als letzte Besatzermacht in einer Welt ohne Besatzer wahrnehmen, nicht interessieren«.

Längst herrscht unter Israelis der Eindruck, Europa gebe ihnen die alleinige Schuld für die Eskalation des Konfliktes, während es den Palästinensern selbst dann noch Verständnis entgegenbringt, wenn Selbstmordattentäter als lebende Nagelbomben im israelischen Kernland explodieren. Eine Wandlung, die nur Uri Avnery vom Friedensblock Gush Schalom euphorisch begrüßte: »Am Anfang des neuen Jahrhunderts ist die Menschlichkeit erwacht und beginnt sich mit Kriegsverbrechen auseinanderzusetzen. ... Belgien ist der Vorreiter. Das kleine Dänemark wird als Modell für andere zivilisierte Länder dienen. ... Es mag an seiner dunklen Vergangenheit liegen, daß Europa nun willens ist, diesen Verbrechen ein Ende zu setzen. ... Ein neues Spiel hat begonnen, und die Regeln haben sich geändert. Die Welt sagt uns: Ihr seid verwarnt.«

Diese »veränderten Regeln« zeugen vor allem von einem: Europa, das für sich beansprucht, »die Welt« zu sein, hat mit der aus dem Blockkonflikt tradierten Vorstellung gebrochen, die Israel als vollwertiges Mitglied der »westlichen Wertegemeinschaft« akzeptiert. Wichtigste Regel dieser Mitgliedschaft war die Maßgabe, Kritik – als eine unter Partnern – diplomatisch zu äußern: Verurteilte man etwa israelische Verstöße gegen das Völkerrecht, erforderte die Etikette zugleich, verständnisvoll auf die innere oder äußere Bedrohung des Judenstaates zu verweisen. Sanktionen und Zwangsmaßnahmen hingegen waren gegen Israel ebensowenig vorstellbar wie die Anwendung einer »menschenrechtsorientierten

Außenpolitik«. Hierin reflektierte sich auch das Wissen, daß jede offensive Verurteilung der israelischen Politik als Zugeständnis an jene Staaten im Nahen Osten verstanden wird, die seit Jahrzehnten versuchen, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Ihre Politik, zu jeder Gelegenheit Menschen- und Völkerrechtsverstöße des Judenstaates zum Anlaß zu nehmen, diesen als faschistisches Gebilde zu denunzieren, zielte auf dessen Isolierung innerhalb des sich als demokratisch legitimierenden westlichen Blocks.

Begeistert nahm deshalb die arabische Presse auch die belgische Anklage gegen Sharon auf, deren Verspätung um beinahe zwei Jahrzehnte dem jahrelangen arabischen Lamento gegen den Westen eine nachträgliche Rechtfertigung verleiht. Endlich, hieß es, begännen die Europäer zu verstehen, daß Israel keiner der ihren, sondern ein von Kriegsverbrechern und Banditen regierter Unrechtsstaat sei, der international geächtet und dessen Regierung hinter Gitter gehörte. Mit neuer Motivation nahmen in Beirut und Kairo Staatsanwälte eigene Ermittlungen auf, um ein internationales Tribunal gegen führende israelische Politiker und Militärs vorzubereiten.

In den arabischen Reaktionen zeigt sich zugleich die eigentliche Wirkung der israelkritischen Haltung der Europäer, die nicht eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts fördert, sondern vor allem den in der arabischen Welt grassierenden antisemitischen Wahn bestätigt, der in Israel niemals einen – schlimmstenfalls – verfeindeten Nationalstaat sehen kann, sondern allein eine jüdische Agentur des Bösen, die – wie die PLO-nahe Zeitung »Al-Hayat-al-Jedida« verlautbarte – »die ganze Welt zerstören« wolle. In den Kommentaren deutscher Medien aber, die immer lauter nach europäischen Blauhelmtruppen für Nahost rufen, werden Israel und die Palästinenser längst schon gleichgesetzt – nicht, indem den Palästinensern eine eigene Staatlichkeit zugesprochen wird, die sie nicht besitzen, sondern indem man Israel den Status des gleichen zu verwehren beginnen.

So ist mittlerweile auch eine Veränderung in der US-amerikanischen Haltung zu Israel zu verzeichnen. Anders als die EU unterstützen die USA zwar weiter in prekären Situationen Israel, wie zuletzt ihre Drohung zeigte, nicht an der UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban (31.8.-7.9.) teilnehmen zu wollen, sollte dort der Zionismus als Rassismus und Israel als Apartheidsregime denunziert werden. Besorgt vermerkte man aber in Israel, daß die USA nicht nur ungewohnt heftig die gezielte Tötung von Hamas- und Fatah-Führern verurteilten, sondern inzwischen erheblichen Druck auf Sharon ausüben, um, wie die »Herald Tribune« feststellte, »ihr wankendes regionales Bündnis gegen den Irak zu festigen«. Langfristig könnte diese Umorientierung dazu führen, daß die USA Israel aus dem Zentrum in die Peripherie ihrer Nahostpolitik verdrängen. Israel würde dann zunehmend unter Druck geraten, den arabischen US-Alliierten, wie Saudi-Arabien oder Ägypten, Konzessionen zu machen.

Lange bevor das Verhältnis Europas zu Israel quasi offiziell zur Disposition gestellt wurde, witterten die deutschen Medien den anstehenden Wandel: Waren es früher linke Soligruppen und Nazis, die die Verbrechen des »rassistischen zionistischen Gebildes« anklagten, so gehört die einseitige Verurteilung oder Diffamierung Israels spätestens seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada zum guten Ton eines Establishments, das in den Palästinensern ein weiteres schützenswertes »versprengtes und eingepferchtes Volk« (»FR«) entdeckte und in Israel einen »Hinterhof Deutschlands« (»Bild«). Mag auch hierzulande – noch – kein israelischer Premier wegen »Verbrechen gegen die Menschheit« angeklagt worden sein, ideologisch ist der Boden für eine weitgehende menschenrechtsorientierte »Sonderbehandlung« des Judenstaats vorbereitet. Längst nämlich wird Israel als nächster Kandidat »interethnischen Konfliktmanagements«, wie humanitäre Interventionen auf eurodeutsch heißen, gehandelt. Denn wo »das Blut und die Rache« regieren (Josef Joffe, »Zeit«), die Bilder aus dem Nahen Osten den deutschen Betrachter an »Srebrenica, Sarajewo oder Grosny« (»Freitag«) erinnern und man israelische Vergeltungsschläge als »Staatsterrorismus« (Jürgen W. Möllemann) verurteilt, kann, so die zwingende Logik, nur noch das Eingreifen der »internationalen Gemeinschaft« den »Wahnsinn stoppen« (»BZ«).

Die Politik der EU und die sie begleitende Berichterstattung lassen also befürchten, daß die Europäer zunehmend auf eine Isolierung und Schwächung Israels setzen werden, die notwendigerweise mit der angestrebten Internationalisierung des Konfliktes einherginge. Dann würde, wie Werner Pirker in der »Jungen Welt« erhofft, Israel »unter internationale Kontrolle« gestellt und wäre unfähig, weiterhin aus einer Position militärischer Stärke heraus zu handeln. Dies aber könnte auf Dauer seine Existenz zur Disposition stellen, die seit Staatsgründung vor allem auf militärischer Überlegenheit und dem Bündnis mit den westlichen Industrienationen basierte.

Ein ähnliches Szenario haben Hannah Arendt und Jean Améry bereits vor Jahrzehnten befürchtet. Arendt, die bis zuletzt gehofft hatte, ein Krieg zwischen Juden und Arabern ließe sich vermeiden, da die Zionisten sich ansonsten die Araber zu Feinden machten, die nicht ruhen würden, bis der jüdische Staat wieder verschwunden sei, warnte 1947: »Der Antisemitismus von morgen wird behaupten, die Juden hätten nicht nur von der Präsenz der fremden Großmächte in dieser Region profitiert, sondern sie hätten sie im Grunde angezettelt und seien folglich für die Konsequenzen verantwortlich.« Arendt identifizierte im arabischen Nationalismus noch eine antiimperialistische Kraft, die gegen die Präsenz fremder Mächte im Nahen Osten ankämpfte. In der Zwischenzeit haben die ehemaligen Befreiungsbewegungen bewiesen, daß ihr Kampf nicht auf Aufhebung, sondern auf den Wechsel von Herrschaft zielte. Nicht mehr der Imperialismus, sondern die

US-Hegemonie wird als feindlich bekämpft, während in der EU ein Bündnispartner begrüßt wird, der ökonomisch eine bessere Zukunft und politisch eine Stärkung des arabischen Nationalismus verspricht.

Es liegt im zentralen Interesse jeder israelischen Regierung, mit allen Mitteln einer möglichen Abqualifizierung ihres Landes entgegenzuwirken. Dies war so lange eine Frage lediglich politisch-diplomatischer Konzessionen, als das grundsätzliche Problem möglicher Friedensverhandlungen zwischen ungleichen Partnern durch eine Aufwertung der Palästinenser ausgeglichen werden sollte. In Madrid und Oslo hatten die USA noch versucht, sowohl die Palästinenser als auch die arabischen Nachbarstaaten über Israel als Juniorpartner in die »westliche Welt« einzubinden. Der Versuch dagegen, Israels staatlichen Status in Frage zu stellen, muß auf den massiven Widerstand des jüdischen Staates stoßen.

Die Differenz beider Konzepte zeigt sich exemplarisch in der Debatte um die Umsetzung des Mitchell-Planes. Während die Europäer mit internationalen Friedenstruppen den Status Israels verändern und so »den alten palästinensischen Traum, eine Lösung im Nahen Osten ... zu erzwingen« (Avi Primor), zu erfüllen versprechen, erhoffen sich die USA von einer ungewöhnlichen Maßnahme – der Entsendung von CIA-Agenten – , die alliierten arabischen Staaten zufriedenzustellen, ohne Israel international abzuwerten oder seine Souveränität anzutasten. Solange bedeutende Teile der palästinensischen Gesellschaft »die Befreiung des historischen Palästinas vom Jordan bis zum Mittelmeer« (PLO-Unterhändler Faisal Husseini), also die Auslöschung des jüdischen Staates, als Endziel anstreben, wird Israel weder auf diese Souveränität noch auf die Unterstützung von fremden Mächten verzichten wollen oder können – eine Unterstützung, die, angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses, zu »eine(r) so sicheren Stütze« werden könnte »wie das Seil für den Gehenkten«. Auf diese Zwangslage hatte einst der Vietnamkriegsgegner Jean Améry hingewiesen: Er zöge notfalls gegen die »antiimperialistischen Araber« in den Krieg »auf die Gefahr hin, unter israelischem Kommando sich an der Seite eines amerikanischen Marines zu finden, der eben in Vietnam sein tristes Geschäft verrichtete und daheim ... vielleicht ein Segregationist und Antisemit ist«.

Jede – auch jede linke – Kritik an diesem Dilemma, die Israel als »Fremdkörper« oder kriegstreiberisches »Kolonialistenregime« denunziert und für eine Stärkung Europas gegen die USA im Nahen Osten wirbt, ist und bleibt reaktionär, weil sie weder die Emanzipation von hegemonialen Herrschaftsverhältnissen noch die Befreiung von diktatorischen Regimes im Nahen Osten anstrebt, sondern Seite an Seite mit ihnen an der Delegitimierung, Schwächung und letztlich Zerstörung Israels arbeitet.

Thomas von der Osten-Sacken schrieb in KONKRET 8/2001 über die wachsende Bedrohung Israels

Konkret 09/01, S. 46

Andrew Srulevitch, Thomas von der Osten-Sacken

»Direkter Angriff«

In den Vorbereitungspapieren zur Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen in Durban (31.8.-7.9.) wird Israel als rassistischer Staat, als »barbarisches Projekt« charakterisiert. KONKRET sprach darüber mit Andrew Srulevitch, Mitarbeiter in der Genfer Geschäftsstelle der internationalen, nichtstaatlichen Organisation UN Watch

KONKRET: Können Sie kurz Ihre Organisation UN Watch vorstellen?

Srulevitch: UN Watch wurde vor acht Jahren gegründet. Wir sind der Idee verpflichtet, die Werte und Ideale der UN-Charta zu verteidigen. Eines unserer wichtigsten Arbeitsfelder ist die Überwachung der Gleichbehandlung aller Mitgliedsländer innerhalb der UN.

Sie kritisieren, daß im Rahmen der Vorbereitungsgespräche zur »Weltkonferenz gegen den Rassismus« in Durban Israel keineswegs wie andere Mitgliedsländer behandelt wird.

Israel wird bereits in den Vorbereitungsdokumenten der Konferenz als einziges Land der Welt als rassistischer Staat verurteilt, so als gäbe es anderswo auf der Welt keinen staatlichen Rassismus. Dabei gibt es eine allgemeine Übereinkunft, daß auf dieser Konferenz Staaten nicht namentlich erwähnt werden. Diese Abmachung ist nun von einigen arabischen Staaten aufgekündigt worden, und so droht die gesamte Konferenz unter anderem wegen der Nahostfrage zu entgleisen.

Welche Anschuldigungen werden gegen Israel erhoben?

Das sind keine Anschuldigungen, das sind Diffamierungen. Neben der Behauptung, der Zionismus sei eine Form des Rassismus, wird der Holocaust trivialisiert und der Antisemitismus verniedlicht oder gar nicht erwähnt. Dies ist ein direkter Angriff auf die Gründungsprinzipien Israels: Wenn, wie behauptet wird, der Zionismus ein Rassismus ist und Rassismus, selbstverständlich, illegitim, dann ist folglich Israel ein illegitimes Gebilde. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird sowohl auf der regierungsamtlichen Ebene der UN-Mitglieder wie auf der der Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) über diesen Punkt ernsthaft diskutiert.

Daneben geht es um die Holocaust-Debatte. Im bereits vorliegenden Resolutionsentwurf der Konferenz wird der Holocaust relativiert und verharmlost, indem man entweder Holocaust kleinschreibt oder den Begriff im Plural – Holocausts – verwendet. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Vernichtung des europäischen Judentums nur eine historische Tragödie unter vielen war, kein singuläres Verbrechen. Auch diese Relativierung soll letztlich Israels Legitimation als Zufluchtsort der Juden vor antisemitischer Verfolgung treffen. Das gilt auch für die Verharmlosung des Antisemitismus selbst – durch seine Verallgemeinerung. Denn wenn Antisemitismus nicht speziell gegen die Juden gerichtet ist, gibt es auch keinen besonderen Grund für die Existenz gerade eines jüdischen Staats als Schutz vor Verfolgung.

Tatsächlich wird ja der Zionismus als selbst antisemitisch verurteilt ...

Das war das Argument eines arabischen Delegierten, der erklärte, daß auch Araber Semiten seien und deshalb Antisemitismus auch die Araber einschließe. Folglich müßte man den jüdischen Haß auf Araber und die israelische Politik gegen die Palästinenser als »antisemitisch« bezeichnen. Dieser Passus wurde in die Resolution aufgenommen. Aber ich nehme nicht an, daß derartige Passagen dort stehenbleiben werden. Gleichwohl sind sie Teil einer Strategie.

Wie ist der aktuelle Stand der Debatte, nachdem die USA angekündigt haben, die Konferenz unter diesen Umständen boykottieren zu wollen?

Nachdem die zweite Vorbereitungssitzung mehr oder weniger an der Nahostfrage und der Diskussion um eine Kompensation für Sklaverei gescheitert ist, hat man sich entschlossen, diese beiden Streitpunkte in informelle Arbeitsgruppen zu verlagern, um die Hauptfragen nicht zu blockieren.

Ist das ein Erfolg?

Ich bin nicht sicher. Es ist eher ein vernünftigerer Weg, um sicherzustellen, daß die anderen wichtigen Textpassagen in Durban fertig vorliegen. Am 1. August habe ich die informelle Sitzung über den Nahen Osten beobachtet. Die EU, vertreten durch Belgien, hat dort ein für den Westen wohl emblematisches Statement abgegeben. Sie erklärte, daß die Nahostfrage eine sehr komplizierte sei, bei der es auf beiden Seiten Verletzungen und Empfindlichkeiten gebe. Im Grunde aber handele es sich um eine politische Frage, die in anderer Weise zu diskutieren sei, jedenfalls nicht auf dieser Konferenz, da sie die Aufmerksamkeit von den akuten Problemen des Rassismus ablenken würde. Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate aber erklärten, daß die Palästinenser unter einem üblen rassistischen Regime litten und es unmöglich sei, auf einer Konferenz gegen Rassismus darüber nicht zu sprechen.

Sie glauben also nicht, daß Durban für die Gegner Israels zu einem Erfolg werden könnte, wie 1975 die »Zionismus ist Rassimus«-Resolution der UN-Vollversammlung?

Man sollte nicht vergessen, daß diese Resolution maßgeblich von der Sowjetunion unterstützt wurde, die damit auch den arabischen Staaten einen Gefallen tun wollte. Heute ist die internationale Lage eine andere.

Aber zeigen nicht die Anklage gegen Sharon in Belgien und die Diskussionen in Dänemark, daß es auch in Europa einen Wandel in der Einstellung gegenüber Israel gibt?

Ich bin äußerst besorgt über die Tendenz von Menschenrechts- und Nichtregierungs-Organisationen, Israel einseitig zu verurteilen. Die Art, wie deren Deklaration entstanden ist, ist ein Skandal. Momentan wird Israel dort als »barbarisches und unmenschliches Projekt« denunziert und angeklagt, einen dritten Holocaust an den Palästinensern zu begehen. Diese Diffamierungen, die ebenfalls gegen die Existenz Israels gerichtet sind, stimmen mit der staatsoffiziellen Delegitimationsstrategie überein. Der Unterschied ist nur, daß, anders als auf Regierungsebene, die Entscheidungen der NGOs nicht transparent sind. Die Deklaration wurde von keinem anerkannten Komitee, sondern hauptsächlich vom südafrikanischen Vorbereitungskomitee »Sangoko« verfaßt, und es ist kein Zufall, daß »Sangoko«-Vertreter kürzlich auf einer palästinensischen Pressekonferenz in Ramallah teilnahmen. Würde dieses Dokument – und leider spricht vieles dafür – wirklich in Durban vorgelegt, würde das die Reputation der gesamten Menschenrechtsbewegung nachhaltig beschädigen.

Wie beurteilen Sie das Verhalten der EU und speziell Deutschlands gegenüber dieser Konferenz?

Es ist bedauerlich, daß nur die EU eine offizielle Stellungnahme, für die wir natürlich sehr dankbar sind, abgegeben hat, aber nicht einzelne Mitgliedsländer. Uns hätte es sehr gefreut, wenn etwa Deutschland oder andere Länder sich deutlicher geäußert hätten. Aber viele Länder haben uns erklärt, daß sie sich nicht an dem Streit beteiligen wollen, weil sie sowohl zu Israel wie zu den Palästinensern gute Beziehungen hätten; allerdings seien sie sehr besorgt, daß die Konferenz gesprengt werden könnte.

Entsteht nicht insgesamt der Eindruck, daß Europa in letzter Zeit auf Distanz zu Israel geht?

Ich kann Ihnen auf diese Frage in meiner Funktion keine weitergehende Antwort geben.

Sie selbst fahren für UN Watch nach Durban. Was erwarten Sie von der Konferenz?

Ich hoffe, daß am Ende diejenigen Länder, die ernsthaft den Rassismus thematisieren wollen, sich zu Wort melden und sagen: Wir werden es nicht zulassen, daß diese Konferenz mißbraucht wird, um die politischen Probleme des Nahen Ostens auszutragen. Und ich hoffe, daß es einen starken Block geben wird, der sich wirklich mit den Problemen des Rassismus auseinandersetzen will, die es in jedem Land der Welt gibt und die dringend angepackt werden müssen.

Mit Andrew Srulevitch sprach Thomas von der Osten-Sacken

Konkret 09/01, S. 47

Tjark Kunstreich

Späte Rache der SS

KZ-Gelände kontra »herrlicher Naturraum«. Die Umgehungsstraßenplaner in Ravensbrück haben's nicht leicht

Wenn Deutsche sehr gedenken, wollen sie eine Gegenleistung. Vor allem, wenn sie schon viele Opfer gebracht haben. So haben die Bürger des brandenburgischen Ortes Fürstenberg Anfang der neunziger Jahre schon auf einen Supermarkt verzichten müssen, weil der auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück denn doch nicht gebaut werden sollte. Die durch einen Brandanschlag mit schwarzer Patina verschönerte Bauruine steht heute wie ein Menetekel an der Einfahrt zur eigentlichen Gedenkstätte, die nur einen Bruchteil des Lagergeländes umfaßt.

Nun soll um Fürstenberg herum eine Ortsumgehung für die vielbefahrene B 96 gebaut werden. Geplant wird seit 1995, sechs Varianten waren im Gespräch. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück und ihre Freundeskreise reagierten nicht eben freundlich, als ihnen zum 51. Jahrestag der Befreiung des Lagers von der damals noch amtierenden brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt in gewohnt protestantisch-preußischem Befehlston bedeutet wurde, man könne sich ja nicht nur um die Toten kümmern, sondern müsse auch an die Lebenden denken – ein Satz, der seither in Fürstenberg ständig wiederholt wird, wenn es um die Gedenkstätte geht. Die Lebenden bräuchten nämlich eine Umgehungsstraße. Schon damals favorisierten örtliche Behörden und Landesregierung die Variante 4, die unmittelbar an der Gedenkstätte vorbeiführen und das Lagergelände in zwei Teile zerschneiden würde.

1996 einigten sich Lagergemeinschaft und die Bürgerinitiative für die Ortsumgehung darauf, daß die Umgehung gebaut werden könne, allerdings nicht übers Lagergelände. Auf diese Einigung verließen sich die Überlebenden, während die Gegenseite nicht untätig blieb. Denn Fürstenberg will Luftkurort werden, da paßt es nicht, wenn jeden Tag Hunderte Lkw durch den Ort brettern. So wurde ein Stück Landschaft, durch das die alternative Variante 5 führen könnte, zum »Flora-Fauna-Habitat« erklärt, womit diese Variante ausscheidet; zugleich wurde eine Denkmalsbereichssatzung, die das gesamte ehemalige KZ-Gelände schützen würde, von der Stadtverordnetenversammlung Fürstenberg nicht verabschiedet.

Bis heute ist die genaue Topographie des KZ Ravensbrück nicht bekannt, in dem 130.000 Frauen, Kinder und Männer von der SS geschunden wurden. Zum KZ gehörten sowohl das Siemenslager und das Jugend-KZ Uckermark, in dem in erster Linie Mädchen gefangengehalten wurden und das in der letzten Phase der Naziherrschaft zum Vernichtungslager ausgebaut wurde. Uckermark wurde nach 1945 von der Roten Armee genutzt; seit deren Abzug wurde von staatlicher Seite jedoch nichts unternommen, die Überreste des Lagers zu sichern. Statt dessen wird seit einigen Jahren in Frauen-Workcamps, die Grabungen veranstalten, peu à peu versucht, die Topographie des Lagers zu rekonstruieren. Fest steht schon heute, daß das Lager Uckermark größer gewesen ist als das von der Roten Armee genutzte Gelände. Das Siemenslager verfällt und ist bis heute nicht in die Gedenkstätte integriert. Die Lagergemeinschaft fordert seit Jahren die Einbeziehung des Gesamtlagers in die Gedenkstätte.

Als 1996 die – für die Stadt Fürstenberg offensichtlich nicht verbindliche – Vereinbarung getroffen wurde, hatte man den Skandal um den Supermarkt noch in schlechter Erinnerung, und das Gedenkjahr 1995, in dem sich das wiedervereinigte Deutschland als Erinnerungsweltmeister profilieren wollte, lag erst kurz zurück. Nun scheint die Zeit reif zu sein. Schon im Februar dieses Jahres wurde vom zuständigen Straßenbauamt erneut die Variante 4, die von der alten Vereinbarung ausgeschlossen worden war, ins Gespräch gebracht, und auf einer Beratung im Landratsamt Oberhavel Ende Juni ging es, zum Entsetzen der Vertreterinnen der Lagergemeinschaft, nur noch darum, welche Variante der Ortsumgehung nun das KZ-Gelände durchqueren soll.

Auf Einladung der gedenkstättenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Krüger-Leißner, deren Wahlkreis die Oberhavel ist, versuchte man, den Überlebenden des KZ die verschiedenen Varianten schmackhaft zu machen. Von einem Trog war die Rede, das heißt die Straße könne tiefer gelegt werden, so daß die Lärmbelästigung nicht so groß sei; man könne auch eine Fußgängerbrücke bauen, damit wahrnehmbar bleibe, daß es sich um ein zusammenhängendes Gelände handelt. Vollkommen unklar, das mußten auch die Befürworter der Variante 4 zugeben, ist jedoch die tatsächliche Topographie, aber erstens ist, sie festzustellen, kein Geld da, und zweitens könne man doch während der Bauarbeiten vielleicht mehr erfahren! Der Bauforscher Plewe bezeichnete eine Realisierung der Variante 5 durch das Naturschutzgebiet als »späte Rache der SS«, weil »herrliche Naturräume unwiederbringlich zerstört« würden. Das Ziel der SS-Mißhandlungen, lernen wir daraus, waren also nicht die KZ-Opfer, sondern Flora und Fauna (obwohl man die in Fürstenberg auch erst entdeckte, als es nichts anderes mehr gab, was zu Geld zu machen war).

Als die Lagergemeinschaft daraufhin erklärte, diese Vorentscheidung nicht hinnehmen zu wollen, war die Empörung groß: So hatten sich die Fürstenberger das nicht vorgestellt. Gewünscht hatte man sich wohl, daß die Angelegenheit eine lokale bliebe – schließlich ist man ja in Vorleistung gegangen. Insbesondere der Fürstenberger Förderverein Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück stellt sich nun gegen die Lagergemeinschaft und ihre »Pressekampagne« – es gibt wohl nichts, was sie mehr fürchten als internationale Öffentlichkeit. So gut ist das Gewissen bei der Sache wohl doch nicht.

Der Förderverein tut so, als wäre es die unnachgiebige Haltung der Lagergemeinschaft, die eine einvernehmliche Lösung erschwere; dabei haben die lokalen Behörden die Abmachung mit der Lagergemeinschaft einfach gebrochen. Edda Tunn vom Förderverein schreibt in der »Märkischen Allgemeinen«, der Förderverein wolle der »emotional geprägten Haltung der Lagergemeinschaft« »pragmatische, sachliche Gedanken und Vorschläge« entgegensetzen. Sie behauptet, zwischen Ravensbrück und Uckermark habe es einen Korridor gegeben, der zufällig genau den Verlauf genommen hatte, der nun für die Umgehungsstraße favorisiert wird, auch wenn sie einräumt, daß man das nicht so genau wissen kann, weil es keine vernünftige Forschung darüber gebe – die Frauen-Workcamps sind ihr nicht professionell genug. Sie schlägt vor, auf dem Gelände von Uckermark und dem Siemenslager »blau blühende Blumen anzusäen und bis an den Wald zu pflanzen«. Das könne von Jugendlichen aus dem Ort realisiert werden.

Es ist kein Wunder, daß es der Lagergemeinschaft bei so viel konstruktivem Entgegenkommen die Sprache verschlägt. Die Ehrenvorsitzende Gertrud Müller kündigte an, sie werde sich bei Baubeginn vor die Bagger legen, und sie ist sich sicher, daß viele ihrer Kameradinnen, die dazu noch in der Lage sind, mitmachen werden. »Ihre Rechnung wird nicht aufgehen, noch sind wir am Leben. Und wir lassen uns nicht vorführen«, meint die 85jährige KZ-Überlebende.

Tjark Kunstreich interviewte für KONKRET 8/2001 Beate Klarsfeld

Konkret 09/01, S. 48

Kurt Köpruner

Das Pogrom von Zadar

Vor zehn Jahren vertrieben kroatische Nationalisten die Jugoslawen aus der dalmatischen Hafenstadt. Kurt Köpruner, ein österreichischer Geschäftsmann, der schon seit den achtziger Jahren beruflich viel in Jugoslawien unterwegs war, hatte das zweifelhafte Privileg, die Zerstörung Jugoslawiens vor Ort mitzuerleben. In seinen Ende August erscheinenden Reiseerinnerungen erzählt er anschaulich von Land und Leuten □ und berichtet Details, die in der deutschen Presse weder damals noch später zu lesen waren. Das folgende Kapitel handelt von einem anti-serbischen Pogrom im Mai 1991

Wir waren am Stadtrand von Zadar und wollten mit dem Auto ins Zentrum fahren. Als jedoch Josip mein Auto sah, wurde er blaß und meinte, er könne da nie und nimmer einsteigen. Wenn ihn jemand in einem Auto mit Belgrader Kennzeichen sähe, dann sei er erledigt, müßte mit dem Schlimmsten rechnen. Sein reicher Onkel, angeblich einer der angesehensten Leute von Dalmatien, würde ihn womöglich aus der Sippe ausschließen! Ich hielt das für einen Witz, doch er blieb dabei, und wir standen ratlos herum. Schließlich setzte ich ihm meine Sonnenbrille sowie eine Schirmmütze auf, und so stieg er dann doch ein, allerdings nicht ohne sich die Mütze ganz tief ins Gesicht zu ziehen. Ich hatte zunächst keine Zweifel: Der gute Mann litt unter Paranoia.

Zu meiner Überraschung entpuppte er sich jedoch rasch als äußerst interessanter und absolut glaubwürdiger Gesprächspartner. In gutem Englisch erklärte er mir sein seltsames Verhalten: Jeder hier kenne ihn, er stamme zwar aus einer der wenigen mehr oder weniger »reinrassigen« kroatischen Familien, fühle sich selbst aber als Jugoslawe, was jedoch niemand wissen dürfe, da das absolut verpönt sei. Wer heute etwas mit Jugoslawien am Hut habe, mit den Serben gar, der habe nichts mehr zu lachen. Er sei normalerweise kein Feigling, wisse aber ganz genau, wovon er spreche. Die vielen in Zadar lebenden Serben, unter denen er zahlreiche Freunde habe, müßten sich verstecken, könnten ihre Kinder nicht mehr in die Schulen schicken, hätten ihre Arbeitsplätze verloren, würden von fanatischen Kroaten auf offener Straße verprügelt, sehr viele seien schon weggezogen.

Wie zum Beweis deutete er während der Fahrt auf die Parolen, mit denen ausnahmslos jede Hauswand vollgeschmiert war: »Srb Smrt« (Tod den Serben) und »Tudjman = Bog« (Tudjman = Gott) habe ich noch gut in Erinnerung, ebenso das allgegenwärtige Ustascha-»U«, das hier in etwa die gleiche Symbolik hat wie bei uns das Hakenkreuz oder das »NDH«, das kroatische Gegenstück zur NSDAP.

Er führte mich zu einem verlassenen Parkplatz. Doch erst, als wir einige hundert Meter vom Auto entfernt waren, setzte er die Mütze wieder normal auf und beruhigte sich. Während wir durch die wunderschönen Gassen der Altstadt schlenderten und uns schließlich in einem Café niederließen, redete er ununterbrochen. Ganz leise, oft mit vorgehaltener Hand, sprudelte er alles heraus, und alles klang wirklich hoffnungslos, doch leider ziemlich schlüssig. Trotzdem versuchte ich ihn zu beruhigen, meinte, überlegen lächelnd, soweit könne es gar nicht kommen, Europa werde das nicht zulassen, werde die Nationalisten auf allen Seiten bremsen; niemand wolle neue Grenzen, im Gegenteil, die Grenzen würden alle abgebaut, eine nach der anderen. Doch er wußte es besser, ließ mir keine Chance, wurde beinahe aggressiv und meinte schimpfend, gerade das Ausland, ganz besonders Deutschland, unterstütze diese Entwicklung mit aller Kraft, dutzende Male pro Tag könne man das im Fernsehen sehen, in allen Zeitungen täglich lesen.

Bei diesen Worten sprang er auf, rannte zu einem nahen Kiosk und war wenige Augenblicke später mit zwei großformatigen Zeitungen zurück, blätterte diese heftig vor mir durch und übersetzte die Schlagzeilen: »Haß, Haß, Haß, auf jeder Seite nichts als Haß gegen die Serben, gegen alles Jugoslawische. Und die da«, er verwies auf mehrere Fotos, auf denen ich tatsächlich Mock (damals österreichischer Außenminister; d. Red.) und Kohl erkennen konnte, »die unterstützen das alles. Ohne die da könnte sich die Clique um Tudjman niemals so aufführen. – You can ask whomever you want«, er deutete reihum auf unsere Tischnachbarn: »Everybody here knows this!« Diese Worte habe ich noch heute im Ohr, und ich habe viele befragt in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten, und jeder hat mir bestätigt, wie recht Josip habe: Ohne Deutschland laufe nichts in Kroatien.

Die Nacht verbrachte ich allein in einem hübschen, großen Einzimmer-Appartement in einer recht modernen Siedlung. Am nächsten Morgen um sieben stand Snjezana vor mir – mit sorgenvollem Gesicht. »Das Auto!«, sagte sie. »Wie konnten wir nur so leichtsinnig sein und unmittelbar vor dem Haus parken?« Nun, unser Mietwagen sah wirklich übel aus: Die Windschutzscheibe war eingeschlagen, beide Türen verbeult, die Nummernschilder abgerissen. Der Tag fing ja gut an. Gottlob, das Auto fuhr noch. Wir mußten es ohnehin heute abgeben. Also was sollte es, nichts wie weg von hier!

Als wir beim Büro meiner Mietwagen-Firma Avis ankamen, erlebten wir gleich die nächste Überraschung. Dieses Büro befand sich am belebtesten Platz der ganzen Stadt, dort wo die Fußgängerbrücke auf die Halbinsel führt und wo ich später noch zahllose Male vorbeikommen sollte. Besser gesagt, dort hätte es sich befinden müssen. Was wir vorfanden, war ein vollständig demoliertes Gebäude: Anstelle von Fenstern und Türen gab es nur rußig-schwarze Löcher, innen war alles verkohlt, nur die Wände standen noch – ein scheußlicher Anblick, so mitten in der Stadt. Was tun? Wir hatten ja etliche

Telefonnummern mitbekommen und erreichten schließlich tatsächlich den örtlichen Avis-Geschäftsführer, der uns ersuchte, zu seiner Privatadresse zu kommen. Also fuhren wir zu ihm, er hatte ein Haus in einem Randbezirk.

»Ich bin Serbe, und ich bin stolz darauf. Wir werden vielleicht alle sterben, aber wir werden kämpfen!« begrüßte er mich in gutem Deutsch, nachdem ihm Snjezana mit wenigen serbokroatischen Sätzen unsere Lage erklärt hatte. Na also, das war jetzt offenbar endlich einer von diesen Serben, von denen ich schon damals so vieles gelesen hatte: voller Pathos, kämpferisch, größenwahnsinnig, leidensbereit, schicksalsschwanger, von Verfolgungswahn besessen. Ich verbrachte den halben Tag mit ihm. Es wurden spannende Stunden.

Cupe, so hieß der Rent-a-car-Mann, war ein bärenstarker Typ, aber keineswegs unsympathisch. Entgegen meinen Befürchtungen interessierte ihn das beschädigte Auto überhaupt nicht; ich kann mich nicht einmal daran erinnern, daß ich etwas für die Versicherung hätte unterschreiben müssen. Der Mann hatte größere Sorgen. Doch er hatte auch Zeit. Und er war äußerst mitteilungsfreudig, was mir sehr recht war, denn es drängten sich ja Fragen auf. Was er mir zu seinem ausgebrannten Bürogebäude erzählte, hörte sich wie ein Schauermärchen an. Vor etwa einem Monat, Anfang Mai, habe sich in Zadar jene, schon von Josip kurz erwähnte, »dalmatinische Kristallnacht« abgespielt.

Nach Cupes Schilderung war folgendes passiert: In einem Vorort von Zadar sei eine Polizeiaktion abgelaufen, bei der ein Serbe habe verhaftet werden sollen, in deren Verlauf aber ein kroatischer Polizist erschossen worden sei. Wenig später sei es losgegangen: Eine Bande von etwa hundert Personen habe in einer zehn (!) Stunden dauernden Aktion im Zentrum von Zadar und in der näheren Umgebung insgesamt 116 serbische Geschäftslokale sowie Wohnhäuser zerstört. Man sei ganz systematisch vorgegangen, habe jeweils durch einen Trupp Schläger einen Straßenzug abgeriegelt und dann alles zertrümmert, was sich darin an Serbischem befunden habe; und zuletzt sei dann alles geplündert und ausgeräuchert worden.

All das habe nicht nur unter dem Schutz der Polizei stattgefunden, diese habe die Operation sogar koordiniert. Er, Cupe, habe die ganze Aktion am Polizeifunk mitgehört, vom Beginn bis zum Ende. Als sie begann, habe er noch geglaubt, sie richte sich nur gegen *einen* bestimmten Serben – was schon öfter vorgekommen sei – , doch dann habe er begriffen, daß dies ein offenbar vorbereiteter Anschlag gegen alle serbischen Geschäftsleute von Zadar wäre. »Ich wußte immer ganz genau, wo die Banditen gerade waren. Je mehr sie sich dem Zentrum näherten, um so klarer wurde mir, daß auch mein Büro drankommen wird – die Avis-Zentrale ist schließlich in Belgrad, und daß ich ein Serbe bin, das weiß hier ein jeder. Was heißt Serbe? Meine Familie lebt seit Jahrhunderten in Dalmatien. Ich bin Jugoslawe, meine Frau ist Kroatin, meine drei Schwestern sind alle mit sogenannten Kroaten verheiratet.« Es sei ihm nichts anderes übrig geblieben, als die Flucht zu ergreifen. »Ohne dieses Ding da«, er deutete auf ein beachtliches Funkgerät, »hätten sie uns womöglich überrascht und erschlagen.« Voller Stolz zeigte er mir auch Computer, Akten und andere Dinge, die er gemeinsam mit einem Mitarbeiter gerettet hatte.

Ich sagte zu Cupe, daß ich in diesem Land mittlerweile ja manches für möglich hielte, aber so könne es nicht gewesen sein, so etwas wäre bei uns im Fernsehen gekommen, mindestens in *einer* Zeitung hätte ich darüber wenigstens eine kleine Notiz lesen müssen, wo doch täglich auch über viel unspektakulärere Zwischenfälle in Jugoslawien berichtet wurde. Über hundert Geschäfte zu zerstören, ohne daß die Polizei dieses sich über einen vollen Tag hinziehende Spektakel stoppte, das sei völlig ausgeschlossen. Er lachte böse: »In euren Zeitungen steht doch nur, was für Schweine die Serben sind.« Jeden Tag könne man in den kroatischen Zeitungen Faksimile-Abbildungen von deutschen und österreichischen Zeitungsartikeln sehen, samt wörtlichen Übersetzungen. »Ich sehe jeden Tag RTL und eure anderen Fernsehsender, ich bin darüber informiert, was man bei euch über uns denkt. Ihr habt keine Ahnung, was hier los ist.«

Auf seinem Tisch lag ein ganzer Berg von Zeitungen. Er kramte eine hervor und hielt sie mir unter die Nase: »Hier, lesen Sie das, da wird nicht nur gelogen, verstehen Sie Italienisch?« Das mußte ich verneinen, sah mir aber den Artikel einer italienischen Zeitung – ich glaube, es war der »Corriere della Sera« – dennoch an. Ja, das handelte offenbar von Zadar und da war auch in Deutsch (!) das Wort »Kristallnacht« zu lesen. »Wenn Sie einmal sehen wollen, wie die Wirklichkeit aussieht, dann kommen Sie mit, ich zeige sie Ihnen!« Dieses Angebot nahm ich sofort an.

Wir fuhren mit Cupe in dessen Auto los, lieferten Snjezana in der Stadt ab – und dann ging es Schlag auf Schlag: Zwei oder drei Stunden lang führte mich Cupe per Auto, zwischendurch auch zu Fuß, von einer häßlichen Ruine zur nächsten. Ich verfluchte mich, daß ich keinen Fotoapparat dabei hatte. Da waren Kleidergeschäfte, Bäckereien, Metzgereien, Zeitungskioske, Zigarettenläden, Juweliergeschäfte, Bürohäuser, Friseursalons und dergleichen – teils einzeln stehende Gebäude, teils kleine Blechhäuschen oder, wie in der Kala Larga, Verkaufslokale, die im Erdgeschoß von Wohngebäuden beziehungsweise in Einkaufspassagen untergebracht waren. Einige davon hatte ich schon gestern während meines Spazierganges mit Josip gesehen, aber erst jetzt begriff ich, was er mir da zeigen wollte. Immer weniger fand ich den Ausdruck »Dalmatinische Kristallnacht« übertrieben. So ungefähr muß es damals zugegangen sein, im November 1938, in den Städten Großdeutschlands.

Natürlich kommentierte Cupe fortwährend alles mit schaurigen Details, erläuterte mir seine Sicht der Dinge, die sich letztlich nicht wesentlich von der Josips unterschied, vor allem nicht im Resümee: Der Krieg sei unausweichlich, und er würde fürchterlich werden. Er selbst halte hier die Stellung, weil das seine Zentrale in Belgrad so wolle und auch weil er nicht wisse, wohin er solle. Seine Frau, die Kroatin, sei seit Wochen mit den Kindern bei einer Schwester in Pula. »Können Sie mir sagen, wo ich mit meiner Familie hingehen soll? Hier weiterleben? Was soll ich tun, wenn die in der Nacht kommen und mein Haus in die Luft sprengen? Die Polizei anrufen?«

Die Tour mit Cupe war starker Tobak für mich. Wenn ich nicht alles mit eigenen Augen gesehen hätte – niemals hätte ich so etwas für möglich gehalten.

Gekürzter Vorabdruck aus: Kurt Köpruner: *Reisen in das Land der Kriege – Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien.* Espresso, Berlin 2001, 352 Seiten, 38,90 Mark.

Konkret 09/01, S. 50

Alexej Pavlov

Trautes Heim

Ten Years After (IV): Was zehn Jahre Marktwirtschaft aus dem russischen Wohnungsbau gemacht haben

Die Wohnverhältnisse, auf die die meisten Russen heute angewiesen sind, und vor allem, wie sich diese Verhältnisse in bloß einem Jahrzehnt verändert haben, müssen die letzten Skeptiker überzeugen, über welche magischen Kräfte die freie Marktwirtschaft verfügt, wenn ihr der Staat nicht im Wege steht. Immerhin, es entstehen noch neue Wohnungen, wenn auch immer weniger: Wurden 1988 im Bezirk Nishnij Nowgorod (fünf Millionen Einwohner) 1,8 Millionen Quadratmeter neuer Wohnfläche gebaut, so war es im Jahr 2000 nur noch ein Drittel davon, 585.000. Seit 1991 ist ein jährlicher Rückgang von fünf bis acht Prozent zu verzeichnen. Besonders schnell ging es 1991/92: In diesen zwei Jahren brach der Wohnungsbau auf ein Drittel des Niveaus von 1990 ein. Damit war man wieder auf dem Stand von 1956.

Doch man hüte sich vor vorschneller Kritik: Die Stärke der Marktwirtschaft liegt bekanntlich darin, daß nicht der allgemeine Wohlstand, sondern das Wohl des Individuums Vorrang hat. Entfielen 1992 16,8 Quadratmeter Wohnfläche auf jeden russischen Bürger, so waren es 1999 schon 19. Mit anderen Worten: Zwar ist der Wohnungsbau dramatisch geschrumpft, aber trotzdem hat sich die Wohnungsversorgung überzeugend gebessert. Des Rätsels Lösung: Hier hat die berühmte »unsichtbare Hand des Marktes« gezaubert. Die Zahl der Einwohner sank nämlich von 148,3 Millionen im Jahre 1992 auf 145,6 im Jahre 1999. Wird die Bevölkerung weiter von dieser unsichtbaren Hand reduziert, werden immer mehr Quadratmeter pro Kopf abfallen.

Dies bedeutet auch, daß die Pro-Kopf-Verbesserung nichts mit sozialistischer Gleichmacherei zu tun hat: Der Anteil von Vierzimmerwohnungen stieg von zehn Prozent 1992 auf 19 Prozent 1999. Es gibt sogar Gewinner, die sich nicht nur Blankenese-kompatible Villen leisten können, sondern diese auch noch selber bauen, weil ihre Beziehungen zur Behörde so gut sind, daß sie keinerlei unangenehme Fragen vom Finanzamt befürchten müssen. Die Verlierer kriegen logischerweise etwas weniger. Die Ärmsten, die sich mit fünf bis sieben Quadratmetern pro Kopf begnügen müssen, stehen auf einer Warteliste und bekommen von der Behörde im Laufe der Zeit größere Wohnungen. Allerdings schaffte das 1999 nur jeder 21., 1990 war es noch jeder siebte gewesen.

Etwas Pech hatten manche Familien, die sich mit ihren Ersparnissen eine bessere Wohnung kaufen wollten, weil sie die letzte Hoffnung auf den Staat verloren hatten. Sie wurden obdachlos. Das kam so: Die Regierung unterstützt den privaten Wohnungsmarkt, weil nach den theoretischen Berechnungen der besten □ oder zumindest der bestbezahlten □ Wirtschaftsschamanen nur so der Wohnungsbedarf in kürzester Zeit gedeckt werden kann. Deshalb entwickelt sich dieser Markt sehr schnell □ schneller als die entsprechende Gesetzgebung beziehungsweise die Kontrdlnfrastruktur. Es kann passieren, daß Familien, die ihre alte Wohnung verkaufen, um in eine bessere einzuziehen, auf einmal ihr Obdach und ihr Geld los sind. Dafür gibt es immer gute Gründe (die juristisch kaum nachprüfbar sind, weil die Verkäufer oder Makler sich rechtzeitig aus dem Staub machen): Die Wohnung wurde dreimal innerhalb von Stunden bei verschiedenen Notaren verkauft, rechtmäßiger Neubesitzer war leider nur der erste Käufer. Oder es stellte sich heraus, daß die vom Verkäufer nicht erwähnten Verwandten einen Anspruch auf die Wohnung haben; also mußten die neuen Besitzer wieder ausziehen. Jahre später zeigte uns das Fernsehen solche Glückspilze und ihre Behelfshütten im Wald. Die Weiber können halt nichts Gescheites bauen, besonders wenn es eine ehemalige Lehrerin mit zwei Kindern ist. Dabei ist so ein Einsiedlerdasein immer noch besser als das Schicksal jener Rentner, die ihre größere Wohnung verkauften, um in einer kleineren besser über die Runden zu kommen. Gleich nachdem sie Papiere unterschrieben hatten, wurden nicht wenige von ihnen vom Käufer dorthin gefahren, wo das Geld aufbewahrt sein sollte, nämlich in den Wald. Dort fand man im nächsten Frühling nach der Schneeschmelze ihre Leichen.

Übrigens vermehrte sich die Wohnfläche in den neunziger Jahren nicht nur pro Kopf, sondern auch absolut. Die alten Slums reißt man nicht ab, weil man deren Bewohnern keinen Ersatz zur Verfügung stellen kann. Saniert werden sie auch kaum. Noch 1997 beklagte sich der erste Vize-Premier, Boris Nemzow, statt der erforderlichen vier bis fünf Prozent werde nur ein Prozent der Wohnungen saniert. Andere Quellen geben 0,5 Prozent an. Irgendwann werden aber auch die Altbaubewohner aussterben müssen, dann wird die Regierung viele Probleme los sein. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Das System der planmäßigen Ersetzung der Gasöfen ist mit dem Ende der Sowjetunion zusammengebrochen, die verarmte Bevölkerung hat kein Geld für Neuanschaffungen. Bisher gab es nur vereinzelte Explosionen, im Laufe der Zeit werden sich die Fälle häufen.

Manche Häuser zerfallen auch ganz von allein. 1999 stürzte in Sernograd im Bezirk Rostow ein 1964 gebautes Haus ein, elf Menschen starben. Ihm folgten ein fünfstöckiges Haus in Krasnojarsk und ein dreistöckiges Gebäude in Gussinoosjorsk in Burjatien. Insgesamt kamen auf diese Weise in diesem Jahr 27 Menschen um. Zwei Millionen Menschen leben in Häusern, die baufällig sind; ihnen kann jeden Tag dasselbe blühen. Am gefährlichsten ist das Wohnen, so die

Hauptinspektion des Hauptaufsichtsamts für Architektur und Bau, in den Bezirken Rostow und Perm sowie in Udmurtien. Die Experten haben entschieden, daß die Mieter umgesetzt werden müssen; der Beschluß wurde nicht ausgeführt.

Aber die Regierung hat bereits eine Lösung, und zwar genau dieselbe, die ihr in allen übrigen Fällen einfällt: Die Bevölkerung müsse einfach mehr zahlen, die Mieten sollen schon im Jahre 2003 100 Prozent der »wirtschaftlich begründeten« Betriebskosten decken. Vor zehn Jahren waren es zwei bis vier, heute sind es bereits 40 bis 70 Prozent, je nach Region. Offiziell nennt sich das Kommunalreform. Reformiert werden aber höchstens die Staatsfinanzen, nicht die Wohnungen. Wie begründet die Tarife sind, sieht man bereits daran, daß 290 Rubel Miete in Saratow 70 Prozent der Betriebskosten entsprechen, 210 Rubel im benachbarten Samara aber nur 30 Prozent ausmachen.

Im Januar 2001 wurden in Dzershinsk, der zweitgrößten Stadt im Bezirk Nishnij Nowgorod, die Mieten auf 50 Prozent der Selbstkosten erhöht. Die Gebühren für Heizung und heißes Wasser stiegen um mehr als das Fünffache. Viele gingen auf eine von den Gewerkschaften organisierte Demo, die drei Tage lang dauerte und vor dem Rathaus endete. Doch Oberbürgermeister Sergej Trofimow, einer der im Bezirk bekanntesten Befürworter der marktwirtschaftlichen Reformen, gab nicht nach. Andere gingen auf die Wohnungsämter, wo die ärmsten Familien (zu denen mehr als die Hälfte zählt) eine Subvention bekommen konnten. Ab vier Uhr früh bildeten sich lange Schlangen, manche fielen in Ohnmacht. Bis zum Ende des Jahres müssen auch in Nishnij Nowgorod die Mieten erhöht werden □ auf 80 Prozent der Betriebskosten. Kein Wunder, daß bei den Gouverneurswahlen Ende Juli ein Kommunist gewählt wurde, Gennadij Chodyrew, mit fast 60 Prozent der Stimmen. Ob□s was nützt?

Alexej Pavlov schrieb im letzten Teil der Serie (KONKRET 7/01) über die Zustände an russischen Universitäten

Konkret 09/01, S. 52

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Das Problem

Jedes Jahr in Cannes werden wir ausgelacht, klagt Starmime Jürgen Vogel (»Das Leben ist eine Baustelle«) am 24. Juni der »Welt am Sonntag«. Wenn überhaupt – schließlich hat es auch in diesem Jahr wieder keine einzige deutsche Produktion zum wichtigsten Filmfestival der Welt geschafft. Auch der Biennale-Wettbewerb in Venedig kommt wieder mal problemlos ohne einen Beitrag aus Deutschland aus – von Hollywood wollen wir lieber gar nicht reden.

Das jüngste Opfer der deutschen Filmmisere ist allerdings eigentlich vom Erfolg verwöhnt: *Mit dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnet zu werden ist ein sehr, sehr schönes Gefühl und macht einen stolz. Ich weiß das deshalb so genau, weil ich ihn schon mal bekommen habe ... Dieses Mal war ich nicht nominiert.* Dabei wäre, hätte die Branche insgesamt solchen Mut zur Unkonventionalität wie der Vogel und sin Fru, der deutsche Film bereits gerettet: *Ich trug auch keinen Smoking, sondern Anzug. Dresscodes lehne ich ab. Meine Frau findet das in Ordnung.*

Überhaupt: was soll der ganze Event? *Madeleine muß solche Veranstaltungen nicht haben. Mir geht es ganz genauso. Für mich sind sie nur dann wichtig, wenn Filme oder Kollegen nominiert sind, die ich mag und schätze.* Was natürlich besonders für die eigenen Filme gilt: *Und natürlich, wenn sie etwas mit mir zu tun haben. Den Anstand hinzugehen und zu signalisieren, daß man hinter einer Sache steht, muß man haben. Dieses Verhalten bezeichne ich auch gern als englisch.*

Why not? Was will Mr. Bird aber eigentlich sagen? *Damit will ich sagen, daß die Deutschen meiner Meinung nach weltweit immer noch die unwichtigsten Filme drehen. Und weil wir keine guten Filme machen, gibt es auch den Starkult nicht. Wenn der deutsche Film in Zukunft über die Grenzen hinaus Erfolge haben will, müssen sich Produzenten, Regisseure und Autoren einfach mal hinsetzen und gemeinsam überlegen, wie es weitergehen soll. Wenn jeder ... immer nur versucht, den anderen runterzumachen, wird es nicht funktionieren. dann bleibt es peinlich. Und das wäre schrecklich. Wie dem auch sei. Wir sollten optimistisch bleiben. Auf jeden Fall freut sich meine Mutter, wenn ich Erfolg habe.*

Radikaler Neuanfang

Tatsächlich liegen die Marktanteile deutscher Filme hierzulande bei 12,5 Prozent, während Filme aus Japan oder Frankreich (um von den USA gleich noch einmal zu schweigen) im eigenen Land bei bis zu 50 Prozent liegen. Daß etwas geschehen muß, hat auch die Politik erkannt und die Filmförderung zur Kanzlersache erklärt. Kulturstaatsminster Nida-Rümelin plädierte im Bundestag für eine Überprüfung des gesamten Filmförderungssystems und erntete parteiübergreifende Zustimmung – schließlich sei der Film »ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut«, wie es in einem CDU/CSU-Antrag, der bessere Rahmenbedingungem für den deutschen Film einfordert, heißt.

Gerhard Schröder hat sich ganz im Sinne Vogels mit »namhaften Regisseuren« (»Spiegel«) wie Charlotte Link, Margarethe von Trotta, Sönke Wortmann, Volker Schlöndorff, Hark Bohm und Katja von Garnier zusammengesetzt und *will sich für einen »radikalen Neuanfang« in der Filmförderung einsetzen. Schröder regte außerdem an, das Kino in den Schulunterricht einzuführen, nicht als Gegenstand weiterer Belehrung, sondern um die Lust am Filmesehen zu stärken.* Nach drei Schulstunden Vilsmaier dann nichts wie in die Nachmittagsvorstellung von »Jurrassic Park 3«. *Außerdem denken Schröder und Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin daran, die deutschen Eliten stärker für das Kino zu begeistern. Im Gespräch ist, möglichst viele Kinopremieren an einem zentralen Ort in Berlin vor Prominenz stattfinden zu lassen.*

Ursachenforschung 1

An mangelhafter Ausbildung kann’s jedenfalls nicht liegen: *Mit sechs Film- und Medienhochschulen ist die heimische Institutsdichte so hoch wie in fast keinem anderen Land. »Kaum eine der ausländischen Filmhochschulen hat ein so umfassendes Lehrangebot, eine so reiche Ausstattung wie wir«, sagt Georg Feil, Studiendekan der Münchner Hochschule für Fernsehen und Film und Leiter der Spielfilmabteilung. 10 Millionen Mark pro Jahr etwa wenden Bayern, München, der Bayrische Rundfunk und das ZDF für die Filmhochschule auf* (»Woche«, 20.7.). Eine gesonderte Ausbildung zum Drehbuchschreiben gibt es allerdings nicht. Und wer sitzt auf dem einzigen Lehrstuhl für Dramatur-gie und Stoffentwicklung? Doris Dörrie. Langsam wird uns alles klarer.

Ursachenforschung 2

Auch die »Financial Times Deutschland« (5.7.) macht sich Gedanken darüber, warum *weder Sönke Wortmanns Schwulenkomödie »Der bewegte Mann« noch ... Doris Dörries Beziehungslustspiel »Keiner liebt mich« ... in den USA*

nennenswert reüssiert haben. Das liegt nicht etwa an mangelnder Qualität, sondern: *Dafür gibt es zwei Gründe: Alle ausländischen Filme laufen in den USA im Originalton mit Untertiteln. Damit versperren sie sich für ein Massenpublikum. Zweitens ist es für ausländische Filme schwer, einen professionellen amerikanischen Verleih zu finden - und ohne den läuft gar nichts.* Und drittens verstehn die Amis einfach keinen Spaß: *»Der Krieger und die Kaiserin« ist ... zu langsam für das amerikanische Publikum ... Dabei hat der Film auch komische Momente ... Das komische Potential ist aber nicht nur den Kritikern in den USA verborgen geblieben. Auch das Publikum in New York brach an keiner Stelle in Gelächter aus ... Vermutlich ist deutscher Humor einfach schwer zu exportieren.*

Ursachenforschung 3

Günter Rohrbach, Produzent von Knallern wie »Das Boot« und »Aimée und Jaguar« sieht die Ursache für das geringe internationale Renommee des deutschen Films ebenso *nicht unbedingt in der Qualität deutscher Filme, sondern, von einigen Ausnahmen - siehe Filmpreis - abgesehen, in ihrer mangelnden Identität. Deutsche Filme sind als solche immer weniger kenntlich.* Und wer ist mal wieder schuld? Die Amis: *Die meisten jüngeren Produzenten und Regisseure beziehen ihre Inspiration ausschließlich aus amerikanischen Filmen. Hollywood ist das Maß aller Dinge ... Sie wollen gerade das nicht sein, was ihre Vorgänger ausmachte, nämlich identifizierbar deutsch ... Wer Hollywood machen will, muß Hollywood sein. Auch eine gute Kopie bleibt eine Kopie. Aber selbst dafür fehlen hierzulande alle Voraussetzungen in der Mentalität, der technischen Standards und vor allem des Geldes. Warum also dieser Imitationsdrang, wenn das Ergebnis nur heillos sein kann? Warum versieht man immer häufiger deutsche Filme mit englischsprachigen Titeln, warum tragen deutsche Gefängnisbeamte, wie geschehen, amerikanische Phantasieuniformen?* (»Spiegel« 25/01).

Erinnert irgendwie an die auch nicht allzu aussichtsreichen Versuche, Deutsch als Wissenschaftssprache zu etablieren. In einem offenen Brief vom 25.7. prophezeien 36 Wissenschaftler, anderenfalls werde »die originäre sprachliche Basis unseres wissenschaftlichen Denkens innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre verloren« gehen. Ein frommer Wunsch, den man am liebsten auch gleich auf die originäre Basis des deutschen Filmschaffens ausdehnen möchte.

Ausschlußverfahren

Natürlich lassen es nicht nur anglophile Deutsche an deutscher Identität fehlen. Raoul Peck, dessen Film »Lumumba« (Rezension siehe FilmTheater), nachdem er keinen deutschen Verleih gefunden hatte, derzeit, unterstützt durch das Evangelische Forum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, mit nur einer Kopie in Deutschland läuft, sagte der »Taz« am 12.7.: *Mit einem Drehbuch, angelehnt am Freitod des Flüchtlings Kemal Altun, bin ich einmal beim Fördergremium des Bundesinnenministeriums bis in die Endauswahl gekommen. Ein Deutschtürke und ich als Haitianer wurden abgelehnt, weil, so sagte man mir später, in unseren Drehbüchern der deutsche Bezug fehle. Das heißt, ich kann hier keine Filme machen, weil keine Offenheit dafür da ist. Als ich kurz nach dem Mauerfall entschied, aus Deutschland wegzugehen, war das eine berufliche Entscheidung.*

Gegenmaßnahmen 1

Als erster Kanzler, der bei einer deutschen Filmpreisverleihung auftritt, erklärte Gerhard Schröder bei der diesjährigen Gala: Es gibt keine Krise. Daß der Bundeskanzler in seiner optimistischen Rede u.a. von »Moritz Bleibtrau, Rainer Maria Fassbinder und Nastalia Kinski« sprach, hätte stutzig machen müssen, aber Pannen gehören nun mal zur glamourösen Filmpreis-Gala dazu (vgl. KONKRET 7/97) – schließlich schwankte auch der Moderator zwischen »Herrn Nida-Rümlein und Nida-Rümeling« (»Süddeutsche Zeitung«, 25.6.). Rümelein selbst wiederum schwärmte davon, »was für ein Potential wir haben«.

Der neue »Berlinale«-Leiter Dieter Kosslick, der in den achtziger Jahren in der – ungelogen: – KONKRET-Rubrik »Ökotips« Artikel wie »Neues vom Holzschutz« zu verantworten hatte, resümierte: *Wer heute nicht gemerkt hat, daß sich was geändert hat, dem kann ich auch nicht helfen.* An nichts fehle es dem deutschen Film außer an Selbstbewußtsein.

Gegenmaßnahmen 2

Der Filmkritiker Andreas Kilb weiß es besser: *Das einzige, was der deutsche Film wirklich dringend braucht, ist Zentralisierung; alles andere folgt dann daraus. Und natürlich kann nur eine Stadt die Zentrale sein: Berlin*. (»FAZ«, 22.6.).

Gegenmaßnahmen 3

Und natürlich kann auch nur eine Stadt die Filmkulisse sein: Berlin. Zu den neusten Produkten, die uns bevorstehen, gehören: »Julietta« (ab 6. September), eine von der *Marquise von O.* inspirierte *Liebesgeschichte vor dem Hintergrund*

Europas größter Party, der Berliner Love Parade (Pressetext), und »Berlin is in Germany« über ein Stasi-Opfer, das elf Jahre nach der Wiedervereinigung aus der Haft entlassen wird, nach einigen Komplikationen aber dann doch glücklich im wiedervereinigten Deutschland ankommt. Der Film startet am 4. Oktober, fast pünktlich zum Tag der deutschen Einheit.

Gegenmaßnahmen 4

2001 hat man den Deutschen Filmpreis, den höchstdotierten deutschen Kulturpreis (bis zu 5,36 Millionen DM; Sponsor: u.a. die Hypovereinsbank), nach »Lola rennt«, dem einzigen auch in den USA erfolgreichen deutschen Film seit dem »Blauen Engel«, in »Lola« umbenannt, aber auch das hat, »Rainer Maria Fassbinder« hätte es gefreut, bisher nicht geholfen.

Kinpop

Statt vergeblich nach neuen Regiestars Ausschau zu halten, hat sich »Spiegel online« auf die Rückschau verlegt und einen toten Popstar entdeckt: *Der unbekannte Popstar des Dritten Reichs / Filme von Horst Königstein bezeichnen oft Orte unserer Geschichte, die wir in uns selbst erst suchen müssen. Dazu gehört explizit sein neuestes Doku-Drama »Jud Süß - Ein Film als Verbrechen?«, das den ersten Prozeß 1949 in Hamburg an NS-Star-Regisseur Veit Harlan mit beinahe wissenschaftlicher Akribie untersucht und dabei spannend wie ein Krimi ist ... Es wird schnell deutlich, daß es im Prozeß um mehr als nur um Harlans moralische Integrität ging.* Nämlich um die Aufstachelung zu rassistischen Verbrechen, zum Massenmord? Nein: *Wenn der »Jud Süß«-Regisseur verurteilt worden wäre, hätte dies Konsequenzen für die ehemaligen Mitglieder der gesamtem Reichsfilm-Industrie gehabt.* Ach so.

Königsteins »Jud Süß - Ein Film als Verbrechen?« kommt nach der kürzlich erschienen kritischen, aber keinesfalls verdammenden Harlan-Biografie »Des Teufels Regisseur« von Frank Noack (vgl. Dietrich Kuhlbrodts Artikel »Eine funktionierende Beziehung« in KONKRET 6/01) *zur rechten Zeit auf den Bildschirm.* Kann man so sagen. *Doch Königstein enthält sich eindeutiger Wertungen. Vielmehr versucht er sich wie einst Akira Kurosawa in »Rashomon« der Wahrheit aus den unterschiedlichen Perspektiven der Protagonisten zu nähern.* Selbst aus der Perspektive eines antisemitischen Propagandisten enthält er sich eindeutiger Wertungen.

... die meisten der anwesenden Zuschauer (haben) den kompletten »Jud Süß«-Film von Harlan wohl nie gesehen, weil bis heute ein Vorführungsverbot besteht, das nur durch neue Diskussion aufgehoben werden kann. Das ist falsch: Es besteht kein Vorführverbot (s. KONKRET 6/01). *Maria Körber, die zusammen mit Horst Königstein zum Filmfest angereist war, bedauerte, daß ihr Vater nach dem Krieg nicht die richtigen Worte zur Entschuldigung gefunden hätte ... Wie sehr das heutige Harlan-Bild allerdings immer noch von Klischees geprägt ist, veranschaulicht die Tatsache, daß einige Festival-Gäste Harlans Spielfilm »Anders als Du und ich« (1958) als homosexuellenfeindlich und reaktionär abqualifizierten, obwohl sie zugaben, ihn gar nicht zu kennen ...*

Das fehlte noch, daß man sich den Dreck jetzt auch noch angucken muß.

Hoffnung 1

Einen Hollywoodstar haben wir doch. Nachdem Til Schweiger in seiner Nebenrolle in »The Replacement Killers« (USA 1997) schon im ersten Drittel des Films erschossen wurde und der Hauptdarsteller, Chow Yun-Fat, von einer deutschen Zeitung zu seinem Kollegen befragt, antwortete: *Til – wer? Ach, der Kleine, der mir am Set erzählt hat, er sei berühmt. Netter Junge* – nach dieser schweren Niederlage trumpfen deutsche Magazine nun auf: *Aus dem Münsterland nach Hollywood: die Schauspielerin Franka Potente* titelt beispielsweise der »Kultur Spiegel«. *Sie hat zwar Hollywood erobert, ist aber angeblich auf dem Teppich geblieben ... Franka Potente, die erfolgreichste deutsche Schauspielerin seit Marlene Dietrich*, rühmt »Die Woche«. Und auch wenn in den USA noch kaum jemand weiß, wer das ist (*Potente? Können Sie das buchstabieren?* bittet der Herr an der Hotel-Rezeption in Los Angeles), hat sie immerhin Johnny Depp geküßt. Allerdings muß sogar das Mutterblatt des »Kultur Spiegel« einräumen: *Unsere Franka spielt also in »Blow« eine kalifornische Stewardeß, und abgesehen davon, daß sie nicht aussieht wie eine kalifornische Stewardeß, nicht klingt wie eine kalifornische Stewardeß und sich nicht bewegt wie eine kalifornische Stewardeß, macht sie ihre Sache sehr gut.* Daß sie in dieser Rolle ein ähnlich schweres Schicksal wie Schweiger erleidet und nach ca. einer halben Stunde und zehn Dialogsätzen stirbt, tut dann auch nichts mehr zur Sache.

Hoffnung 2

Es gibt auch welche, die tun was: Die Initiative »Partner des deutschen Films« will *die finanzielle Leistungsfähigkeit der Filmschaffenden und Produzenten stärken, um damit die Qualität des deutschen Films weiter zu verbessern und an internationale Standards heranzuführen* - ob diese abenteuerliche Rechnung aufgeht? *Hintergrund ist, daß die neueste*

Rechtsprechung nun endlich auch in Deutschland erlaubt, dieses neue Marketing- und Partnerschaftskonzept zur Präsentation von Produkten und Themen in deutschen Kinofilmen ganz offiziell anzubieten und diesen hoch emotionalen und effektiven Weg der Kommunikation offiziell zu beschreiten. Mit anderen Worten: Es geht um Schleichwerbung – wenn man das noch so nennen kann, schließlich erscheint *das Logo der jeweiligen mitwirkenden Firma ... im Abspann jedes unterstützten Projekts mit den Worten: »Finanziert mit freundlicher Unterstützung der PARTNER DES DEUTSCHEN FILMS«.*

An den Flop des Productplacement-Produkts »Viktor Vogel« (2001), in dem Werber eine Kampagne für Opel entwerfen, wird sich wohl kaum jemand erinnern. Mal sehen, wie es dem Kinderfilm »Emil und die Detektive« ergeht, in dem Emil auf die Telegate-Auskunft schwört. Da hatte Jürgen Vogel übrigens eine Nebenrolle. Einen Preis hat der Film allerdings nicht bekommen - nicht mal einen Deutschen Filmpreis.

Konkret 09/01, S. 55

Rayk Wieland

Kann keine Mauer sein

Kultur-Kolumne

»Zahl der registrierten Maueropfer gestiegen.«
»Süddeutsche Zeitung«, 11.8.2001

Die »Mauer« hat es nicht gegeben. Es ist Zeit, auch diese unbequeme Wahrheit einmal an- und auszusprechen und dem albernen Spuk, der um das dubiose Bauwerk kreist, das längst verdiente Ende zu bereiten. In Berlin, und nicht nur dort, läuft ja kaum noch jemand durch die Gegend, der nicht fest davon überzeugt ist, daß die Stadt noch vor etwas mehr als zehn Jahren durch eine mittelhohe, relativ respektable »Mauer« »geteilt« gewesen sei. Und zwar soll die »Mauer«, so bizarr es klingt, unmittelbar vor dem Brandenburger Tor oder direkt auf dem Potsdamer Platz gestanden haben, willkürlich durch zahllose Straßen und Häuser sowie teilweise auch außen um einen Teil der Stadt gebaut worden sein. Anders als etwa die chinesische Mauer, deren Bau auf freiem Gelände mehrere Jahrtausende in Anspruch genommen hatte, sei die Errichtung der Berliner »Mauer« über Nacht geschehen. Im Detail sei sie schneeweiß angestrichen gewesen wie ein Hochzeitsauto, Posten hätten sie bewacht wie eine unantastbare Braut und jeden, der ihr zu nahe kommen wollte, erschossen. Ihre Jungfräulichkeit zu bewahren, hätte es vor der »Mauer« sogar noch weitere Mauern, Sperren und Zäune gegeben, die ihrerseits ebenfalls bewacht worden seien. Zu sehen ist dieses gigan- tisch anmutende Mauer-Ensemble allerdings nicht. Es sei, heißt es, über Nacht »gefallen« und seitdem verschwunden.

Es mag vielleicht komisch sein, und aber auch makaber, mit Leuten, die diesen »Mauer«-Tick haben, durch die Stadt zu gehen. Sie können mitten in der Stadt, in der Bernauer Straße oder an der Oberbaumbrücke, stehen bleiben und den imaginären Verlauf der »Mauer« beschwören, von der nicht das geringste zu sehen ist – eine Tatsache, die sie nicht weiter zu stören scheint. Indem sie mit dem Finger auf nichts zeigen, sagen sie, da wäre »sie« gewesen. Natürlich gibt es an allen Ecken und Enden der Stadt profane Mauern, aber die »Mauer«, von der alle ununterbrochen reden, ist nirgends sichtbar. Das macht aber nichts, die Leute haben die »Mauer« im Kopf. Hier, rufen sie an einer bestimmten Stelle plötzlich aus, sei die »Grenze« gewesen, und halten inne, als müßten sie sich den genauen Standort der »Mauer« vergegenwärtigen. Dort wäre ein Haus, das durch die »Mauer« geteilt worden sei, da eine Brücke, da ein S-Bahnhof. Als wären es Beweisstücke, ziehen sie Betonkrümel oder unscharfe Fotos aus der Tasche, auf denen weiß angestrichene »Mauer«-Stücke zu sehen sind. Manche behaupten, die »Mauer« mit eigenen Augen gesehen zu haben, ja ein Opfer der »Mauer« geworden zu sein oder noch zu werden, denn die Zahl der »Mauer«-Opfer steigt auch noch lange nach ihrem »Fall« Jahr für Jahr an.

Die Geschichte ließe sich als sympathischer Spaß, mit dem Touristen nach Berlin gelockt werden sollen, oder auch als lokaler Irrsinn abtun, ähnlich dem Rummel um das Grabtuch von Turin oder der in den USA verbreiteten Entführung durch Außerirdische, wäre hier nicht ein spezifisch deutscher und wohlbekannter Wahn am Werk, der ausgerechnet die »Mauer« zum Objekt des nationalen Phantasmas erhebt – eine Mauer, welche die Deutschen erst willkürlich trennte, in unversöhnliche Feinde spaltete und dann wieder friedlich vereinte. Wie phantasievoll und zivil erscheinen Grabtuch und Ufos gegenüber diesem Bollwerk der Ausgrenzung, dieser Befestigung von Kerker und Gefängnis, auf das die Deutschen ihre kollektiven Sehnsüchte projizieren.

Daß gerade die »Mauer« zum nationalen Trauma der Deutschen wurde – und nicht etwa der »Dachsparren« oder die »Haustür«, der »Garten« oder die »Veranda« – , ist mehr als bedauerlich. Wie viel amüsanter wäre es, würden die Deutschen auf der Suche nach dem »Garten« oder dem »Balkon« durch ihre Hauptstadt streifen. Würden sie ausrufen, hier, genau durch dieses Haus, durch diese Straße, sei der »Garten« verlaufen, dort, auf dem und dem Platz, hätte die »Haustür« gestanden. Wenn es eine große »Veranda« mitten in Berlin gegeben hätte oder, meinetwegen, einen enormen »Dachsparren«, der über der Stadt schwebte und an den sich jetzt alle gern erinnern. Aber nein, es mußte die »Mauer« sein, auf die sich die Deutschen kaprizierten.

Das kann kein Zufall sein. In der Geschichte der Deutschen ist die Errichtung, das Anrennen gegen und das Schleifen von Mauern barbarische Konstante. Als nationales Erweckungserlebnis gilt die Überwindung des Limes, die das Schicksal der damaligen Weltzivilisation, des römischen Weltreichs, besiegelte. In der Folgezeit schufen die Deutschen auf ihren Territorien so viele Grenzen und Mauern wie nirgendwo sonst auf der Welt. Das Ergebnis war ein nahezu ununterbrochener Kriegszustand, in dessen Folge die einzelnen Befestigungen immer wieder verschoben wurden. Die Schleifung der Partikularstaatsgrenzen erfolgte ebenfalls per Krieg, der dann, zwecks Ausdehnung des Nationalstaats, permanent fortgeführt wurde. Immer wieder versammelten sich die Deutschen am Schlagbaum, um ihn niederzureißen. Immer wieder errichteten sie Wälle und Festungen, um ihre Expansionen zu sichern. Nahezu sämtliche relevanten Grenzveränderungen

des letzten Jahrhunderts in Europa dürften auf deutsche Initiative zurückgehen, sämtliche kommenden, mit dem Wegfall aller Staatsgrenzen in EU-Europa als Klimax, auch.

Wenn es so etwas wie einen deutschen Nationalcharakter gibt, muß ihn die Stupidität dieses Jahrtausende währenden Furors irreversibel deformiert haben. Nicht die bis weit nach Rußland reichende Landschaft, wie Ernst Jünger mal weiträumig ausführte, hat den Blick der Deutschen geprägt, sondern die Grenze, der Schlagbaum, die »Mauer«. Kein Wunder, daß sie jetzt überall und auch dort »Mauern« sehen, wo gar keine sind. Daß sie immer von der »Mauer« reden, als gelte es sie zu beschwören. Daß alle politischen Parteien ihre Positionen definieren, indem sie zur »Mauer« Stellung beziehen. Und daß sie natürlich, mit Ausnahme der Kommunisten, die »Mauer« ablehnen.

Kurioserweise sollen ausgerechnet die Kommunisten für die Berliner »Mauer« verantwortlich sein und deren Bau betrieben haben. In der Hauptstadt gibt es je- denfalls mehrere »Mauer«-Museen, Dokumentationsstellen und Vereine, die genau diese Behauptung verbreiten. Für gewöhnlich sind Kommunisten Leute, die unter dem Vorwand, den Staat stürzen zu wollen, hin-ter Mauern eingekerkert werden. Die Kommunisten aber, die hier in Betracht kommen, sollen einen Staat gegründet und ihn aus freien Stücken selbst eingemauert haben. Die abstruse Idee ist heute verbreitete Ansicht nicht nur in Deutschland. Die ganze Welt glaubt die Geschichte. Um so größer ist die Überraschung von Touristen und Berlinbesuchern, die in die Hauptstadt kommen, wenn sie nicht die geringste Spur von einer »Mauer« entdecken können. Um sie nicht weiter zu verunsichern, soll jetzt von Künstlern eine »Mauer«-Installation in Angriff genommen werden. Zu ihrer Vervollständigung müßten eigentlich auch künstliche Kommunisten nachgebaut werden. Das Risiko will aber wohl niemand eingehen.

Konkret 09/01, S. 56

Georg Seeßlen

Tautologie und Tapete

Die Holocaust-Plakataktion hat ihren Zweck erfüllt, indem sie ihn verfehlte. Oder umgekehrt

Also: Ein Plakat zeigt einen See, Bäume, Berge. Keinen Menschen. Unberührte Natur. Darüber der Schriftzug: »Den Holocaust hat es nie gegeben«. Kleingedruckt die Distanzierung: Es seien andere, eine Minderheit, die das behaupten; und diese Minderheit drohe anzuwachsen. Erst dann die Absicht des Plakats: Es geht um einen Spendenaufruf für das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin, das von der Seite der offiziellen Repräsentanz in die Zivilgesellschaft gepflanzt werden soll. Wir wissen zwar nicht genau, was die »Zivilgesellschaft« ist, aber uns ist klar, daß es bei diesem Einpflanzen so etwas wie einen Transformationsprozeß geben muß. Und wir haben dafür unsere Medien und Sprachen entwickelt.

Ein Plakat, das diese Transformation leistet, muß zuerst einmal zum »Hingucker« werden, was in der Strategie der Werbung bedeuten mag: provozieren, ohne zu verschrecken. Es handelt sich also um den klassischen Fall der rhetorischen Text/Bild-Schere, die zu einem mehr oder weniger dramatischen Lesevorgang der »eigentlichen« Botschaft führt. Der Wahrnehmungsbruch ist längst zur Gewohnheit geworden. Anders gesagt: Eine besondere Art, mit Bildern und Texten umzugehen, dokumentiert das Herunterkommen von Aufklärung auf ein Spiel und von Selbstaufklärung der ästhetischen Produktion auf die Selbstreferenz.

Lea Roshs Holocaust-Plakat folgt den ästhetischen Spielregeln der Werbung. In einer Bilderwelt wie der unseren liegt das nahe, und vermutlich könnten wir einen Versuch, es zu verbergen, als die größere Lüge ansehen. Man könnte daher dem Plakat zugute halten, es habe seinen Zweck insofern erfüllt, als es die gute Sache ins Gerede gebracht und schon damit etwas gegen das Vergessen getan hat. Am Ende stellen sich indes neben der noch viel größeren Diskrepanz zwischen den eingesetzten ästhetischen Mitteln und dem eigentlichen Gegenstand doch ein paar Fragen, die möglicherweise über das aktuelle Spiel mit Empörung und Gleichgültigkeit hinausgehen: Läßt sich die Zustimmung oder das »Verstehen« einer Aussage an der Anzahl der eingegangenen Spendenmünzen messen? Ist schon aufgeklärt oder begriffen, was ins Gerede gebracht wurde? Und muß die Form des Diskurses auf eine gewisse Art verwahrlost sein, um in der Mitte der Gesellschaft überhaupt noch zur Kenntnis genommen zu werden?

Aufmerksamkeit, so gilt als ausgemacht, ist eine der letzten Ressourcen dieser Gesellschaft, die darauf aus ist, mit möglichst wenig Mitteln größtmögliches Aufsehen zu erregen. Man nennt das fälschlicherweise die »Feldbuschisierung« der (politischen) Wahrnehmung, aber vielleicht ist Verona Feldbusch viel eher bereits ein ironischer Reflex dieser Entwicklung. Sie lockt die Kritik in eine bemerkenswerte Beziehungsfalle: Verlust des Diskurses oder Verlust der Adressaten. Wer nicht mitmacht, der hat schon verloren, und retten kann sich die Intelligenz (die ästhetische wie die begriffliche) nur, indem die Ironieschraube eine Umdrehung weitergedreht wird.

Das ergibt zunächst eine merkwürdige Kette der »Bild-Lektüren«. Hat man erst einmal die Möglichkeit einer Eins-zu-eins-Wahrnehmung verworfen, so scheint das Plakat eine innerdeutsche Auseinandersetzung zu spiegeln. Irgend etwas Falsch-Idyllischem, Südlich-Alpenländlichem wird da schriftlich eine Erkenntnis entgegengehalten. Sollte das Bild ursprünglich also ein Nord-Süd-Gefälle bezeugen – die Holocaust-Leugner, das sind die Dumpfbacken aus Bayern und Österreich? Aber der Widerspruch zwischen der Naturidylle und der Textaussage kann das Lektüreziel allein nicht sein; wenn man einmal damit angefangen hat, muß man das Bild immer weiter »lesen«. Und gleichgültig, wie weit man es liest, es wird immer eine Denunziation daraus. Die erste markiert eine Differenz der städtischen Gutmenschen zu einer Naziregion; eine Differenz zwischen dem falschen Bild und dem richtigen Text. Nun hat ein aufmerksamer Beobachter notiert, daß es sich bei den abgebildeten Bergen keineswegs um die Alpen handelt, wie unentwegt nachgeplaudert wird, sondern um ein amerikanisches Panorama, wie man an der Form der Bäume sehen kann (oder ahnen, wenn man gewisse späte Western liebt oder zufällig in der Alpenregion zu Hause ist). Sind es etwa die Amis, die den Holocaust leugnen? Oder ist diese Landschaft eben kein Indiz, sondern ein Symbol? Ist das Bild also nur Tapete für einen alten Diskurs?

Man kann sich das Bild so genau ansehen, wie es ein Leserbriefschreiber in der »Zeit« tat: Das ist nicht irgendeine amerikanische Landschaft, sondern der »Spirit Lake« mitsamt dem Berg St. Helens, und der ist, wie wir wissen, ein Vulkan. Also ist das Bild, wenngleich nur für wenige Wissende, doch sehr eindeutig lesbar: Über dem See des Geistes droht ein Vulkan wieder auszubrechen. Die Text/Bild-Schere erweist sich als ikonographische Falle; in Wahrheit handelt es sich um eine Tautologie. Jedenfalls ist die Beziehung zwischen Text und Bild auf höchst unterschiedliche Weise zu interpretieren. Um nicht zu sagen: beliebig.

Auch der Begriff »Holocaust« selber ist ja erst nach einer gewissen Wanderung in unseren Sprachgebrauch eingetreten, und zwar eher vernebelnd, entwirklichend. »Holocaust« beschreibt die Leiden der Opfer, das Katastrophische des Geschehens, weniger indes das Verbrechen selbst. Wie wäre es denn gewesen, wenn über dem Plakat stünde: »Den Massenmord der Deutschen an sechs Millionen jüdischen Menschen hat es nie gegeben«? Ich fürchte, dann hätte die Provokation tatsächlich gewirkt, was in der Umkehrung bedeutet, daß das Plakat nie wirklich hat provozieren, sondern immer nur eine

feuilletonistische Darstellung von Provokation abgeben sollen. Der Skandal wird eben keiner, die Diskussion schaukelt sich nur nach und nach auf.

An dem vermeintlichen Schockbild stimmt hinten und vorne nichts, und das unterscheidet es von den Bildern von Oliviero Toscani in seiner Benetton-Werbung. Von der – man mag von ihr halten, was man will – hat die Rosh-Initiative, ganz im Gegensatz zur Meinung vieler Kommentatoren, ganz und gar nichts gelernt. Da nämlich geht es um ein radikal eindeutiges Bild, das im präzisen Zusammenhang mit der Werbemarke auf wahrhaft ungeheure Weise zweideutig wird; man kann machen, was man will, man muß darüber nachdenken. Beim Holocaust-Plakat dagegen geht es um ein mehrdeutiges Bild, das im Kontext eindeutig werden soll, was es natürlich nicht will. Es wird statt dessen noch mehrdeutiger und sagt plötzlich alles mögliche aus, während zur gleichen Zeit auch der Text sich zu einer beliebigen Lektüre spreizt. Diese Plakatinstallation handelt von etwas Furchtbarem, nämlich davon, wie sehr sich die Gutmenschen ihren scheinbaren Widersachern, den Spaßmenschen, und diese wiederum ihren vermeintlichen Widersachern, den leichtfaschistischen Regressionsmenschen, bereits angepaßt haben.

Die oberflächliche Debatte also, die nach der »Frivolität« der Reklame für die gute Sache fragt, auch danach, wo das Zitieren der Gleichgültigkeit zum Bestandteil der Gleichgültigkeit wird, von »Geschmack« und »Würde« ganz und gar zu schweigen, verdeckt einmal mehr den wahren Skandal, der darin besteht, daß jedes Bild, das in dieser Gesellschaft von ihrem Verbrechen und von ihren Opfern entsteht, wie automatisch zu einer Installation der Verhinderung dieses Bildes wird. So setzt sich eine »Diskussion« um das angemessene Gedenken, dem eben kein Denkmal, sondern ein Mahnmal entspricht, in einem endlosen Gerede fort, das immer wieder seinen eigentlichen Gegenstand verbirgt.

Die Gesellschaft, die sich nicht erinnern, die kein Mahnmal haben will, soll das eine Mal mit staatsoffizieller Macht, das andere Mal mit spielerischen Mitteln, wie sie aus der Idiotenmaschine bekannt sind, überredet, verführt, mehr oder weniger gezwungen werden – wenn nötig eben mit Tricks der Spaßgesellschaft – , ein Gedenken in ihre Kultur zu integrieren, die dafür nicht geschaffen wurde. Denn der Zweck der Kampagne ist ja zunächst einmal weder Einsicht noch Konsens, sondern das, wofür Werbung immer steht: Geld. Und nur in seinem Fluß mißt sich so etwas wie »Erfolg«.

Was versucht Werbung? Sie kann die ideologische Mitte besetzen: Wer dieses Waschmittel nicht benutzt, der gehört nicht zu uns, der hat zu Recht kein gutes Gewissen. Rama macht aus uns eine Familie im warmen Innen und die Welt zum kalten Draußen. Oder sie kann eine Art von rauschhaftem Konsens schaffen: Benetton oder Bier macht uns alle zu Brüdern und Schwestern. Sie kann auch Differenz erzeugen: Wer dieses Auto fährt, gehört zu den Besserverdienenden. Dahinter steckt immer ein kluger Kopf und so weiter. Viel mehr kann, abgesehen von ihren mytho-psychologischen Spielchen und ihrer semiotischen Impertinenz, Werbung eigentlich nicht. Sie kreiert immer zwei Dinge: die soziale Identifikation und den Affekt. Zu etwas dazugehören oder nicht, und: Glücksbild, Haßbild, Schockbild, Bild des Begehrens.

Die Werbung für das Holocaust-Mahnmal nun benutzt offensichtlich das Mittel der Differenz, das scheinbar ironisch durch die Negation erzeugt wird. Es gibt Holocaust-Leugner. Wir gehören hoffentlich nicht dazu. Das »schöne Bild« trügt, oder trügt es nicht? Um über so viel Ecken die Gemeinschaft (die Mitte?) der »Guten« zu schaffen, muß dieses Außen merkwürdig aufgebauscht werden, zu einem Skandal wie: Was, Sie kennen das neue Bluna noch nicht? Das warme Innen und das kalte Außen – jetzt verstehen wir auch, warum auf dem Bild kein Mensch zu sehen ist, wie es doch seit dem 18. Jahrhundert unabdingbar war, um Größe oder Idylle, Erhabenheit oder Schönheit von Natur auszudrücken. Statt dessen nun eine alte Form der Erhabenheit, die aber nicht eigentlich »schön« sein kann, schon wegen der Abwesenheit der Menschen. Es ist Einsamkeit, was das Bild ausdrückt. Den Leugner des Holocausts verurteilen wir zur Einsamkeit. Denn wir sind wir, und wir sind im wärmenden Innen.

Die Installation – nennen wir diese Einheit von Bild, Aussage und Spendenaufruf einmal so – gehört also nicht nur entschieden der Differenzstrategie der Werbung an. Sie konstruiert eine Grenze zwischen den Guten und den Bösen, ja, sie warnt sogar davor, daß die Bösen mehr werden, und zugleich vernebelt sie diese Grenze, läßt sich ikonographisch nicht festlegen. Denn das Plakat gehört gleichzeitig auch zur »gutes Gewissen«- und zur Familien/Innenraum-Strategie der Werbung. Da ist es dann fast schon wieder komisch, wenn die Firmen, die das Ganze zu verantworten haben, auch noch »im stall« und »zufallsproduktion« heißen und das Plakat folgerichtig als »zufallsproduktion im stall« signieren (weil ja auch die Eigenwerbung durchaus sein muß). Die semantische Katastrophe ist in einem wärmenden Innenraum gut aufgehoben.

Das alles geht über die schlichte Frage hinaus, ob eine Gesellschaft, die sich selbst nur noch über Ökonomie einerseits und die Bildwelten der *popular culture* andrerseits verständigen, ja überhaupt einen kann, nicht auch gerade diese Mittel der Verständigung in den Dienst der Erinnerung stellen kann. Die genauere Forderung müßte lauten: Wenn sie es tut, dann muß sie es a) ehrlich tun (was das anbelangt, enthalten wir uns hier entschieden einer Meinungsäußerung), und sie muß es b) intelligent tun. Aber all den Hoffnungen der Postmoderne, den Crossover- und Meta-Ebenen, den neuen Freiheiten und Reflexionen zum Trotz ist die *popular culture* nicht klüger geworden. Nur unverschämter. Sie hat weitgehend die Kultur gefressen, die ihr widersprechen könnte. Nur da, wo sie sozusagen wieder richtige Kultur werden will, kann der endlose

Spaß noch aufhören. Dort verbraucht sich die Provokation schneller, als die Zufallsproduktion sie erzeugt. Und das Holocaust-Plakat ist zum Teil dessen geworden, wovon es sich zu distanzieren vorgibt.

Freilich: Die Aussage des Plakats, so haben wir gesehen, ist nicht nur simpel von rechts mißzuverstehen. Sie ist auch nicht nur in der Mitte mehrdeutig (es scheint, als habe man sich mit allen Mitteln bemüht, Signifikat und Signifikant voneinander zu trennen und das Lesen der Installation zu entgrammatisieren). Die Aussage des Plakats ist auch simpel von links mißzuverstehen. Oder von einem Standpunkt aus, der sich selbst für links hält. Am Ende mag das Plakat, trotz seiner vorzeitigen Abhängung, als unverstandener Aufruf für einen unverstandenen Ablaßhandel mit einem ebenso unverstandenen Mahnmal erfolgreich gewesen sein.

Das doppelte Problem des Mahnmals als Ort und Form des Gedenkens an die Opfer ist seine Beziehung zu seinem Widerpart, dem Denkmal, der Ort und Form gewordenen Verlängerung der Macht der Täter. Das Mahnmal ist nämlich zugleich ein Sonderfall des Denkmals und ein Gegenentwurf dazu, das sich von seinem Gegenüber nie wirklich befreien kann. Muß es sich hier und dort schon durch seine Materialien, durch Versteinerung, Vereisung, Entrückung, selber an jenes Gegenüber verraten, von dem die Geschichte sich nicht lösen kann, so steht es andernorts im Schatten von dessen wahrhaft unverschämtem Triumphalismus. Der Ort der Opfer ist »falsch«, wenn er es an Größe und Schwere mit den Orten der Täter aufnehmen will, und er ist »falsch«, wenn er sich kleinmacht und im Namen des Lebens gegen die Versteinerung der Macht protestiert.

Während das Denkmal in der Sprache des Mythos die Vergangenheit zu einem Teil der Gegenwart werden läßt, will das Mahnmal gerade die Wiederkehr verhindern, indem es unvergessen macht. Das Mahnmal kann nicht allein ein Denkmal mit umgekehrter Aussage sein. Es hat nicht nur eine andere Aussage, sondern vor allem eine andere Aussageweise. Es muß auch in seiner Form Protest einlegen. Während das Denkmal den Tod in gewisser Weise nicht akzeptiert, ist im Mahnmal der Tod und die Schuld, die ihn hervorrief, selber das Thema. Wo das eine den Tod mit Sinn erfüllt, muß das andere diese Sinngebung radikal verweigern. Der Sinn des Denkmals liegt in diesem selbst, der Sinn des Mahnmals dagegen außerhalb von ihm, in dem, was es auslöst. Es kann weder »schön« noch gar »erhaben« sein. Das Denkmal muß ein geschlossenes, das Mahnmal aber ein offenes Kunstwerk sein.

Die Trivialisierung des Denkmals ist ein Akt humanistischer Gnade; man kann den eisernen Kaiser nur lieben, wenn genügend Tauben auf ihn geschissen haben. Die Trivialisierung des Mahnmals dagegen kann nur ein Akt der Dehumanisierung sein, sei es in der kriminellen Form der Schändung, sei es in der Form einer Gewöhnung, die zu seiner semiotischen Entleerung führt. Was das Holocaust-Plakat also zeigt, ist der Widerspruch, in dem sich das Errichten des Mahnmals in der »Zivilgesellschaft« vollzieht. Da es ein offenes Kunstwerk ist, das seinen Wert immer wieder in den Köpfen der Menschen und im Verhalten der Gesellschaft selbst gewinnen muß, verlangt es nach Aktionen, die in die Gesellschaft eingreifen. Aber in diesem Eingreifen liegt bereits der Keim der Trivialisierung (zu der gewiß auch die »pädagogische Absicht« gehört).

Das Denkmal will gleichsam überall sein. Der Ort ist ihm nur Anlaß. Ja, alle gesellschaftliche Produktion strebt danach, zumindest auch Denkmal zu werden. (Schon von daher konnte die Beseitigung der faschistischen Denkmäler nie wirklich radikal durchgeführt werden.) Das Mahnmal hingegen muß stets aufs neue das Konkrete von Leiden und Tod, das Konkrete des Verbrechens deutlich machen. Sein Raum muß immer wieder neu geschaffen werden.

Das Holocaust-Plakat aber hat zu uns in der Form der »Mythen des Alltags« gesprochen, es hat semiotisch den Raum für das Mahnmal geschlossen, indem es sich der Gesellschaft als pädagogisch nützlich und ästhetisch reizvoll anbot. Man hat versucht, den Anlaß zu mißbrauchen, um der Gesellschaft ein begehrteres Selbstbild zu schaffen, erzeugt aus dem Wunsch nach dem familiären Innenraum und dessen Distanz zum bösen und kalten Außen. In diesem Weltbild steckt mehr noch als der Keim der Trivialisierung der zur inneren Ablehnung des Mahnmals. Es soll zum Denkmal des eigenen Wohlbefindens werden.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 8/01 über Bilderverbote in der Kunstgeschichte

Konkret 09/01, S. 58

Michael Rudolf

Goethe-Tours

Ich war schon immer ein großer Freund dieses Reiseunternehmens für tamponschwingende Performancetöpfer und kritische Legastheniker. Da sind sie wenigstens weg. Wir haben unsere Ruhe, und das liebe Ausland ruft »Igitt!«. Ob damit wirklich ein »besseres Deutschland« »im gezielten Widerspruch zur offiziellen Hochkultur« vorgestellt wird, wie es der Pressesprecher seines Instituts, Berthold Franke, formulierte, steht dahin. Nur so viel steht fest: Die Goethe-Institute machen akzeptierende Sozialarbeit pur. Naziskins schickt man ja auch um den Globus, damit sie hinterher wenigstens ungefähr wissen, aus welchen Ländern die Untermenschen stammen, die sie begeistert zusammentreten.

Fünfzig Jahre geht das mit Goethe-Tours jetzt schon. Dafür hat sich neulich in der »Frankfurter Rundschau« eine Handvoll notorischer Problemfälle auch artig bedankt. Felicitas Hoppe durfte Indien sehen, Marcel Beyer Kamerun. Hanns-Josef Ortheil hat Bulgarien heimgesucht, Hans-Ulrich Treichel Bolivien und Tim Staffel Mexiko. Norbert Niemann war sogar in Schweden, Großbritannien, Irland, den Niederlanden und der Ukraine. Geholfen hat es ihnen nicht viel. Norbert Niemann, beispielsweise, will auf seinen Exkursionen herausgefunden haben, daß überall Texte entstehen, »die dem globalökonomischen Medienkapitalismus, seinen sozialen Verwerfungen und den Irrationalismen, die er hervorbringt, mit neuen Formen des Realismus zu begegnen versuchen«. Klasse! Andererseits beklagt er, daß »deutschsprachige« Literatur in den Feuilletons immer noch als »sekundäre Literatur« angesehen würde. Welche Zeitungen der Mann liest, hat er leider verschwiegen. Deutschsprachige waren es gewißlich nicht. Und selbst wenn es so wäre, wie Norbert Niemann behauptet – der Kollege Thomas Brussig liefert mit seinem Dankschreiben den Beweis, warum die hiesigen Feuilletons recht daran täten: »Ich war mit Goethe schon in Südafrika, Australien, Türkei, in fast allen europäischen Ländern, eigentlich überall, wobei, Osteuropa noch nicht so richtig. Ich finde, daß die Goethe-Leute eine gute Arbeit machen, z.B. Südafrika, das imponiert mir wirklich. Anders als die Diplomaten, die durchschau' ich nicht so richtig. ... Ich wünsche mir, daß die gute Arbeit auch gewürdigt wird.«

Ich hingegen wünsche mir, daß deutsche »Autoren« auch die nächsten fünfzig Jahre im gezielten Widerspruch zur offiziellen Hochkultur versuchen dürfen, den sozialen Verwerfungen und Irrationalismen des globalökonomischen Medienkapitalismus mit neuen Formen des Realismus zu begegnen. 128mal in 76 Ländern. Hauptsache, uns lassen sie in Ruhe damit.

Konkret 09/01, S. 59

Michael Csaszkóczy

Beutekunst im Hörsaal der Mörder

Die Eröffnung der »Sammlung Prinzhorn« an der Universität Heidelberg rehabilitiert die nationalsozialistischen Euthanasie-Täter

Heidelbergs Oberbürgermeisterin Beate Weber ist begeistert: Die Stadt könne ab dem 13. September »einen weiteren Schatz mit internationalem Ruf dem Heidelberger Publikum und den Gästen aus aller Welt« präsentieren: Kunstwerke, die von Patientinnen und Patienten psychiatrischer Kliniken stammen.

Die Universität Heidelberg hat sich damit gegen die Berliner Initiative »Haus des Eigensinns« durchgesetzt. Die wollte die Kunstwerke in Verbindung mit einer Gedenkstätte für die Opfer des NS-Euthanasieprogrammes »T4« in Berlin ausstellen (vgl. KONKRET 9/99). Von der Tiergartenstraße 4 in Berlin aus hatten die Nationalsozialisten die Vernichtung der Menschen organisiert, die sie als »lebensunwert« einstuften. In Heidelberg werden die Bilder nun an einem ähnlich geschichtsträchtigen Ort präsentiert: Ein Hörsaalgebäude der psychiatrischen Universitätsklinik ist eigens umgebaut worden, um die Dauerausstellung aufzunehmen.

Die Heidelberger Psychiatrie war von 1933 bis 1945 die Wirkungsstätte Professor Carl Schneiders und seiner Kollegen, Dr. Schmieder, Dr. Rauch und Dr. Wendt, die allesamt unter der Rubrik »Forschung Heidelberg« auf der Gehaltsliste der Berliner »Euthanasie-Zentrale« standen. Carl Schneider arbeitete 1942 einer Aktennotiz zufolge an einer »Absterbeordnung für Idioten«. Seine Korrespondenz ist voll mit Suchanfragen nach »geeigneten Gehirnen«, die er sich entweder aus den »noch existierenden Idiotenanstalten« besorgen ließ oder direkt aus den Euthanasie-Mordanstalten wie der »Kinderfachabteilung Eichberg«, in der behinderte Kinder durch Spritzen getötet wurden. Schneider nahm sich im Dezember 1945 in der Untersuchungshaft das Leben.

Ein möglicherweise voreiliger Entschluß, machten doch seine Kollegen auch nach 1945 steile Karrieren: Dr. Wendt wurde Professor an der psychiatrischen Uniklinik Heidelberg, Dr. Schmieder, der sich 1944 bei Schneider habilitiert hatte, wurde Eigentümer und Leiter einer der größten neurologischen Rehakliniken in Gailingen (Bodensee-Kreis) und erhielt 1979 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse. Dr. Rauch reüssierte als Gerichtsgutachter. Erst der Befangenheitsantrag des Verteidigers von Jürgen Boock, Heinrich Hannover, brachte die mörderische Tätigkeit Rauchs wieder an die Öffentlichkeit. Von all diesen unschönen Dingen wird der künftige Besucher kaum etwas erfahren, obwohl etliche der ausgestellten Künstlerinnen und Künstler dem NS-Euthanasieprogramm zum Opfer fielen.

Auch der Name des Museums wird nicht lauten, wie die Berliner Initiative sich das vorgestellt hatte (»Haus des Eigensinns – Museum der wahnsinnigen Schönheit«). Statt dessen wird es schlicht den Namen des Mannes tragen, der die Kunstwerke in den Jahren 1919-1921 »zusammengetragen« hat: »Sammlung Prinzhorn«. Dieser Name sei, so meinen Stadtverwaltung und Universität, historisch und politisch unverfänglich. Schließlich war Hans Prinzhorn bereits im Januar 1933 gestorben und somit nicht verantwortlich für die Mordtaten seiner Nachfolger. Verschwiegen wird dabei jedoch, daß Prinzhorn schon vor 1933 Teil jener völkischen Bewegung war, die auf die Vernichtung alles »Undeutschen« und »Minderwertigen« aus war. »Es ist und bleibt grotesk, daß eine einflußreiche, hochintellektuelle Presse es in den letzten Jahren wagen durfte, unser geistiges Leben mit einer zäh und konsequent betriebenen anti-arischen Propaganda zu durchsetzen«, schrieb Prinzhorn etwa und wetterte weiter gegen »die rasend schnelle, in kaum zwei Generationen geschehene Überflutung mit jüdischem Geist«. In seinen psychiatrischen Schriften präsentierte Prinzhorn den Arzt als »Idealbild des Übermenschen«. Kaum bekannt sind Prinzhorns gesellschaftspolitische Schriften. Sein politisches Denken war geprägt von Volksgemeinschaftsideologie und Führerglaube. Eines seiner letzten Werke heißt denn auch *Gemeinschaft und Führertum. Ansatz zu einer biozentrischen Gemeinschaftstheorie*.

Für die Universität Heidelberg sind allerdings weder Prinzhorns fanatischer Antisemitismus noch seine Übermenschen-Träume von Belang. Bettina Brand-Claussen, die im Auftrag der Universität für die Prinzhorn-Sammlung forscht, sagt: »Die Sammlung trägt den Namen Prinzhorns, weil dieser nach seiner erfolgreichen Sammeltätigkeit eine erste, noch heute beachtenswerte Bearbeitung der Werke vornahm.« René Talbot, Sprecher des Bundesverbandes der Psychatrieerfahrenen (BPE), dagegen erläutert die Motive für Prinzhorns Sammeleifer so: »Was ihn bekannt gemacht hat, ist die Plünderung der künstlerischen Werke psychiatrisierter Menschen für die Gründung eines psychopathologischen Museums. Dabei nutzte er die entrechtete Situation dieser Menschen schamlos aus – eingesperrt und entmündigt raubte er ihnen das letzte, was ihnen als Urhebern gehörte, ihre künstlerischen Werke ... Bis heute werden die Werke nicht identifizierter Künstler mit Wörtern wie ›Schizophrenie‹, ›Paranoia‹ und ›degenerativer Schwachsinn‹ diffamiert.«

Auch heute noch behandelt die Universität die Kunstwerke als Teile der Patientenkartei. Anders wäre weder der Besitzanspruch der Klinik zu begründen noch das nun verwirklichte Ausstellungskonzept zu verteidigen: Die Künstler zählen nicht als Individuen, sondern als Repräsentanten »psychischer Krankheit«.

Auch die Stadt Heidelberg will sich ihren »Schatz« nicht von der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit madig machen lassen. Exemplarisch läßt sich die Haltung der Stadtverwaltung aus dem Veranstaltungsheft zum eigens zur Eröffnung der Sammlung veranstalteten ›Kulturprogramm‹ ablesen: »Die Jahre, die Hans Prinzhorn in Heidelberg verbrachte, zählen zu den Sternstunden der Wissenschaftsgeschichte« ist alles, was die sozialdemokratische Oberbürgermeisterin Weber über den Anhänger der »arischen Art« zu sagen weiß. Über die Geisteshaltung Prinzhorns heißt es ein wenig später im Programmheft lapidar: »Das Denken Hans Prinzhorns kreiste Zeit seines Lebens um die von Nietzsche übernommene Frage nach dem Authentischen am Menschen.«

Wirklich widerwärtig wird es allerdings, wenn die Broschüre sich über den Menschen ausläßt, der die Nazi-Phantasien vom Übermenschen in die Tat umsetzte. In der beigefügten »Chronik der Sammlung Prinzhorn« heißt es: »1938: Klinikdirektor Carl Schneider übergibt der Wanderausstellung ›Entartete Kunst‹ Zeichnungen der Sammlung. Er instrumentalisiert die Sammlung und ihre Schöpfer als pathologisches Beweismaterial gegen die Kunst der ›Moderne‹, greift aber den Bestand nicht weiter an.« Das ist alles, was das Kulturamt der Stadt Heidelberg über den Euthanasie-Massenmörder Carl Schneider zu sagen weiß.

In der »Sammlung Prinzhorn« feiern die »erwachsen« gewordenen 68er ein weiteres Mal ihren Sieg über die Zumutungen der Erinnerung. Man darf wieder unbeschwert und fröhlich sein: Im erwähnten Kulturprogramm findet sich auch eine Performance-Show mit dem Untertitel »Sonderfälle, Rückschläge und Kuriositäten«. Veranstaltungsort: die von den Nationalsozialisten erbaute Propaganda-Arena der Heidelberger »Thingstätte«.

Michael Csaszkóczy ist Mitglied der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (www.autonomes-zentrum.org/ai)

Konkret 09/01, S. 60

Ludwig Seyfarth

Ein Stein vom Mond

und andere Neuigkeiten zur neueren Kunstgeschichte

Betrachter stehen vor Kunstwerken, oder sie schauen den Mond an. Letzteres tun sie zum Beispiel auf vielen Bildern von Caspar David Friedrich. »Mann und Frau den Mond betrachtend« – auf einem Hügel unter einer halb entwurzelten Eiche, daneben ragt ein mannshoher Feldstein schräg aus der Erde. Diese Landschaft könnte es vielerorts geben, im deutschen Mittelgebirge etwa. Doch Friedrichs Gemälde geben nur selten reale Orte wieder. Der Maler reiste viel, wenn auch nicht, wie damals für Künstler üblich, nach Italien. Aber er machte Skizzen in diversen Gegenden Deutschlands, die er später für seine Bilder verwendete. Da kann der Baum in der Nähe der Ostsee gezeichnet worden sein, der Stein vielleicht in der sächsischen Schweiz. Der Künstler hat ihn gleichsam auf diesen Berghang verpflanzt; er erinnert an ein Hünengrab. Woher er genau kommt, weiß niemand, nur: Vom Mond, den die beiden betrachten, wird er nicht gefallen sein.

Im Raumfahrtmuseum in Houston/Texas »bildet nicht die panoramatische Bildsimulation der Mondoberfläche den Höhepunkt der Besuchertour, sondern ein kleiner Stein vom Mond«, schreibt die Hamburger Kunsthistorikerin Monika Wagner in der Einleitung ihres Buches *Das Material der Kunst*. »Im abgedunkelten Raum wird er in einem erleuchteten Glaskasten ausgestellt, der eine kleine Öffnung aufweist, so daß das Material vom Mond dem Besucher als kostbare Berührungsreliquie begegnet.« Was hat der Mondstein mit der neueren Entwicklung der Kunst zu tun? Viel, wenn wir Monika Wagner folgen, denn solche »heute alltäglichen Phänomene sind Symptome einer bemerkenswerten Veränderung, welche von den Künsten modellhaft vorweggenommen wurde. Das Bild, das über die Massenmedien eine unglaubliche Verbreitung erfährt, wird in den Bereichen, in denen Versprechen von Authentizität oder Beglaubigungen eine Rolle spielen, durch physische Stoffe abgelöst.«

Farbe als Material, Nutzung von Alltagsfundstücken, Reliquienkult, Gestein, Kunststoff, Fett und Filz, Blut und Fleisch, Feuer, Luft und Licht: Wagners »andere Geschichte der Moderne« am Leitfaden der in den bildenden Künsten verwendeten Stoffe und Materialien belegt einen Zusammenhang, den man zunächst als Widerspruch empfinden mag. Greifbares Material verliert im Computerzeitalter nicht an Bedeutung, im Gegenteil: Das Bedürfnis nach haptischer Präsenz nimmt zu. Das Spektrum an Materialien, die in der Kunst zur Verwendung kommen, hat sich vor allem im Bereich niederer, bis dato ästhetisch verachteter Stoffe um ein Vielfaches erweitert. Man denke nur an Fett und Filz bei Beuys, Richard Serras rostigen Stahl oder an die Schokolade bei Dieter Rot. »Anders als das Foto, dessen dokumentarischer Wert von den neuen, bildgebenden Medien ausgehöhlt wird, behauptet das Material, daß es über das Sehen hinaus um eine körperliche Wahrnehmung gehe« (Wagner).

Trotzdem ist der Besucher in Kunstmuseen immer noch weitgehend gehalten, in rein optischer Kontemplation zu verharren wie Friedrichs Mondbetrachter. Technikmuseen hingegen werden immer mehr zu Erlebnisparks, die neben medialen Spektakeln auch greifbare Erfahrungen vermitteln. Wo Bilder einem alles mögliche vorgaukeln, scheint das, was man anfassen kann oder könnte, ein Gefühl des Authentischen zu vermitteln, das Fotos, aber auch noch so perfekte Computersimulationen eben gerade nicht liefern. Etwa einen echten Mondstein.

Was ist »authentische« Erfahrung? Neue Verkehrsmittel, der schnellere Lebensstil in den Großstädten, der immer stärkere Einfluß neuer audiovisueller Medien auf die alltägliche Wahrnehmung haben schon vor hundert Jahren an ihrer Möglichkeit zweifeln lassen. »Man muß sich beeilen, wenn man noch etwas sehen will. Alles verschwindet«, lautet ein vielzitiertes Bonmot von Paul Cézanne. Und was man noch sieht, was sagt es aus? Den klassisch modernen Stand der Dinge brachte eine Formulierung Brechts auf den Punkt, die Walter Benjamin in seiner »Kleinen Geschichte der Photographie« zitierte. Die Lage sei, so Brecht, »dadurch so kompliziert, daß weniger denn je eine einfache ›Wiedergabe der Realität‹ etwas über die Realität aussagt. Eine Photographie der Kruppwerke oder der A.E.G. ergibt beinahe nichts über diese Institute. Die eigentliche Realität ist in die Funktionale gerutscht.«

Nicht nur Brecht war der Ansicht, daß angesichts solcher Verhältnisse die Kunst, wenn sie denn noch Erkenntnisse über tatsächliche Sachverhalte liefern soll, das Mittel der Verfremdung anwenden müsse. Der russische Schriftsteller und Kunsttheoretiker Viktor Sklovskij propagierte 1915 die Verfremdung als ästhetisches Prinzip, um durch eine Verlängerung des Wahrnehmungsprozesses auch haptische Erfahrungen zu intensivieren, etwa den »Stein wieder steinig« zu machen. Aber sind Materialerfahrungen wirklich authentischer als rein optisch vermittelte? Bestätigen mag diese Annahme, daß es wesentlich leichter ist, in einer computergenerierten Virtual Reality die Realität einer visuellen Umwelt zu suggerieren, als darüber hinaus auch Gewicht und Materialbeschaffenheit von Objekten zu simulieren. So intensiv allerdings die Materialerfahrung des Mondsteines auch sein mag: Sie kann, ganz nach Brechts Wort, nicht belegen, daß der Stein authentisch ist, nämlich wirklich vom Mond stammt. Er könnte ja, wie Friedrichs Feldstein, irgendwo auf der Erde aufgelesen worden sein.

In letzter Zeit meldeten sich nicht zum erstenmal, aber sehr nachdrücklich Zweifler daran, daß die Mondlandung 1969 überhaupt stattgefunden hat. In der »Hamburger Morgenpost« war am 26. Juli 2001 zu lesen: »Einem amerikanischen Filmemacher fielen bei der Durchsicht der TV-Bilder viele Unschlüssigkeiten auf: Er fragt, warum auf den Fernsehaufnahmen die amerikanische Flagge wie im Wind flattert – obwohl es keine Luft auf dem Mond gibt. Und weshalb keine Sterne zu sehen sind – obwohl der Himmel über dem Mond klar ist ...« Fand die Mondlandung in Wirklichkeit auf der Erde statt, vielleicht in der Area 51, dem geheimnisumwitterten militärischen Sperrgebiet in der Wüste von Nevada? Dann würden die Fernsehbilder einen Drehort zeigen, und die Mondlandung wäre das, was sie bis dato schon immer gewesen war, nämlich Science-fiction, und das Raumfahrtmuseum in Houston ein Filmmuseum. Das Gefühl des Authentischen wäre zwar suggeriert, aber durch ein Fake.

Ein zutiefst ironischer Kommentator unserer »authentischen« Kultur ist der belgische Installationskünstler Guillaume Bijl. 1998 präsentierte er in der Kunsthalle Recklinghausen einen gigantischen Steinbrocken, der angeblich, wenn auch nicht vom Mond, so doch »aus dem All« stammen soll. Er liegt auf einem schwarzen Sockel, eine rundum geführte Kordel hält die Besucher auf andachtsgemäßer Distanz. Anfassen darf man den Stein also nicht. Vielleicht würde man schon dann fühlen, daß er nicht »echt« ist – wie etwa bei den täuschend nachgebildeten Alltagsgegenständen aus Polyurethan, mit denen das Schweizer Künstlerduo Fischli & Weiss Duchamps Ready-made-Idee auf den Kopf stellte. Sie sind unter anderem erheblich leichter als die »Originale«.

Den »Stein aus dem All« rechnet Bijl selbst zu einer Reihe von Installationen, die er unter das Motto »Kulturtourismus« stellt und mit denen er »die nur künstlichen Werte unserer Zivilisation grundsätzlich in Frage« stellen will (Ferdinand Ullrich (Hg.): *Guillaume Bijl. Installationen, Situationen und Kulturtourismus, Recklinghausen 1998*). Das bewußt Künstliche, das »Fake«, als Erkenntnismittel einzusetzen ist eine wichtige Tendenz zeitgenössischer Kunst. Unter die Lupe nimmt sie Stefan Römer in seinem Buch *Künstlerische Strategien des Fake*, das auch dem in Deutschland viel zuwenig diskutiert gebliebenen Bijl ein längeres Kapitel widmet.

Ein Fake ist so etwas wie eine Fälschung, aber nicht genau dasselbe: »Die Rede über die traditionelle Fälschung trägt die Last, nicht nur institutionell hinsichtlich ihres Ausschlusses des Falschen funktionieren zu müssen, sondern auch einen den Moralvorstellungen entsprechenden Wahrheitsanspruch als Kriterium der Echtheit zu entwerfen« (Römer). Das Fake hingegen tritt in vollem Bewußtsein seiner Gefälschtheit, seiner Nichtauthentizität auf und zieht aus dieser Spannung ein kritisches Erkenntnispotential. Römers besonderes Augenmerk gilt Strategien, die zusammenfassend mit dem Begriff »Appropriation Art« belegt wurden. Vor allem amerikanische Künstlerinnen und Künstler begannen Ende der siebziger Jahre mit der kritischen »Aneignung« »fremder« Bilder, wozu die Re-Fotografie gehört. Sherrie Levine fotografierte bekannte Bilder von Edward Weston und Walker Evans ab und stellte sie als eigene Werke aus. Dieser »Diebstahl« war unter anderem ein feministischer Einspruch gegen männlich-patriarchalische Vorstellungen von Originalität und Genie. Richard Prince legte mit seinen vergrößernden Re-Fotografien von Ausschnitten aus Werbebildern die Stereotypen der Verführungsstrategien bloß, von denen die visuelle Umwelt heute wesentlich geprägt wird.

Aber ist Kultur nicht immer von Stereotypen bestimmt, von Mustern, die übernommen, wiederholt, kopiert werden? Leben wir nicht schon von jeher in einer Kultur des Fake? Was hat die Kunst denn, zumindest seit der Renaissance, zumeist getan? Sie war Nachahmung der Natur, und ist nicht jede Nachahmung im Grunde eine Fälschung? Diese These vertritt der amerikanische Literaturwissenschaftler Hugh Kenner in seinem grandiosen, 1968 veröffentlichten Essay *The Counterfeiters* (deutsch: *Von Pope zu Pop*). Vielleicht ist die Idee des Natürlichen und Authentischen im Gesamtrahmen unserer westlichen Kultur ohnehin nur eine zeitlich begrenzte, die im 18. Jahrhundert von Leuten wie Jean-Jacques Rousseau aufgebracht wurde und der man desto intensiver nachhing, je unauthentischer, künstlicher und entfremdeter einem das eigene Leben vorkam. Das Zeitalter der Aufklärung mit seinem Kult der Aufrichtigkeit und die generelle Bevorzugung des Schlichten, offen Daliegenden und Unverfälschten in der modernen Kunst und Architektur hätte es wohl in dieser Form kaum gegeben, wenn nicht das Künstliche, Pompöse und Übertriebene im Rokoko oder in den Salons des Fin de siècle ausreichend Anlaß für einen kräftigen Gegenaffekt geliefert hätte.

Daß das Künstliche, das Gefälschte der neuzeitlichen Kultur fundamentaler zugrunde liegt als das Originale und Authentische, führt Hugh Kenners Buch eindringlich vor. Vom Steinhaften des Steins, siehe Sklovskij, muß man sich erst einmal entfremdet haben, um das gezielte Bedürfnis zu entwickeln, seine natürliche Beschaffenheit zu erfahren. Solche scheinbaren Gegenläufigkeiten sind allerdings nicht erst in der Moderne zu beobachten. Im 17. Jahrhundert wurde nach Kenner das »natürliche« Sehen entdeckt: »Damals lernten wir die Faszination, die das Teleskop und das Mikroskop auf das Auge ausübten, schätzen, und vielleicht fanden wir deshalb Freude daran, Dinge, die wir lieben, mit dem bloßen Auge zu betrachten.«

An optischen Spektakeln fürs bloße Auge mangelte es denn auch in der Folgezeit nicht. Um 1800 waren beispielsweise hinterleuchtete »Mondscheintransparente« populär, eine Mode, an der sich auch Caspar David Friedrich beteiligte. Das Licht, das durch ein mit einem nächtlichen Landschaftsmotiv bemaltes Transparent scheint, suggeriert den Mondschein. Daß der Mond, den Mann und Frau betrachten, auf Friedrichs Bild so nahe scheint, als ob die Wurzeln der Eiche nach ihm

greifen würden, liegt vielleicht daran, daß sein Leuchten in Wirklichkeit von einer Kerze oder einer Petroleumlampe stammt.

Solchen Illusionstechniken, die weit vor der Erfindung des Films statischen Bildern scheinbares Leben einhauchten, lag alles andere als die Absicht zugrunde, authentische Materialerfahrungen zu vermitteln. Allerdings wurden schon in der Antike zahlreiche Anstrengungen unternommen, die passive Situation beim Betrachten von Bildern zugunsten umfassenderer körperlicher Erfahrung zu erweitern. In seinem Buch *Virtuelle Kunst in Geschichte und Gegenwart* untersucht Oliver Grau illusionistische Räume, die den Betrachter nahezu oder vollständig umgeben. Sein Streifzug beginnt 60 v. Chr. in der Villa dei Misteri in Pompeji. Ein Bildfries mit Figurenszenen bedeckt alle Wände des Raumes und übt einen Sogeffekt auf die Betrachter aus. Der wichtigste historische Vorläufer der »Immersion«, des vollständigen Eintauchens des Betrachters ins Bild, ist das Ende des 18. Jahrhunderts von dem Schotten Robert Barker »erfundene« Panorama. In einem geschlossenen Rundbau wird ein 360-Grad-Rundbild präsentiert. Panoramen wurden zu einer beliebten Massenunterhaltung, bis das Kino sie verdrängte.

Grau sieht diese von der Kunstgeschichtsschreibung bislang vernachlässigte Tradition als Vorgeschichte heutiger computergenerierter Umgebungen, die man als »virtuelle Realität« oder »Cyberspace« bezeichnet. Hier konzentriert sich Grau auf opulente Virtual-Reality-Installationen, wie sie seit den achtziger Jahren von Künstlern wie Charlotte Davies, Christas Sommerer & Laurent Mignonneau oder der deutschen Gruppe Knowbotic Research meist mit Unterstützung großer High-Tech-Forschungszentren entwickelt wurden. Davies' biospährenartige »Osmose« oder vor allem Sommerer/Mignonneaus »Interactive Plant Growing«, bei dem die Besucher durch ihre Interaktion auf digital simuliertes botanisches Wachstum Einfluß nehmen, erlangten großen Ruhm auf internationalen Medien- und Computerkunstfestivals. Der »normale« Kunstbetrieb allerdings hat sich von solch aufwendiger Techno-Kunst eher fern gehalten. Den meisten Kunstinstitutionen fehlt immer noch das Equipment und technische Know-how, um die Erweiterung des herkömmlichen Tafelbildes zur digital generierten Immersion in ihren Räumen zu realisieren. Mögen gewisse Vorbehalte nicht auch berechtigt sein? Geht der technische Aufwand nicht doch auf Kosten des künstlerischen Gehalts?

Grundlage der Virtual-Reality-Installationen sind komplexe Computergrafikprogramme. Was man sinnlich erfahren kann, ist eine analoge Darstellung digital gespeicherter Daten. Nun stellt sich die Frage, ob visuell Dargestelltes hier überhaupt noch als Bild im traditionellen Sinne bezeichnet werden kann. In einem ausgezeichneten Text zur »Genealogie der Computergrafik«, zu finden im Katalog zur Ausstellung »Ornament und Abstraktion« der Fondation Beyeler in Basel (s. KONKRET 8/01), schreibt Claus Pias: »Computergenerierte Bilder, in deren naiven Fotorealismus die professionalisierte Computergrafik ja nach wie vor ihre gesamten Energien zu investieren scheint, sind aller ›Gegenständlichkeit‹ zum Trotz in höchstem Masse abstrakt. Ihre Abstraktion liegt gerade darin, daß sie Daten und Algorithmen verbergen ... So entsteht das Paradox, daß die Bilder der Computergrafik zwar reine Visualisierungen von endlos wiederholten, selbstreferentiellen (Grund-)Rechenoperationen sind, von Betrachtern jedoch als naturalistische (Ab-)Bilder wahrgenommen werden sollen. Computergrafik betreibt also das genaue Gegenteil dessen, was doch als zentrales Anliegen (zumindest weiter Teile) moderner Kunst erscheint, nämlich die Autonomie des Bildes zu behaupten und folglich Form, Farbe und Material zu thematisieren.«

Die »Realität« des Computers ist demnach vollständig in die Funktionale gerutscht und kommt in den Computerbildern nicht mehr zum Vorschein. Das ist, neben dem Ausschluß der Außenwelt, so etwas wie eine zweite Immersion. Der überprüfende Abgleich mit der »authentischen« Erfahrung findet in der Virtual Reality auf doppelte Weise nicht statt. Die kritische Distanz des Betrachters, auf der Brechts und Sklovskijs typisch »moderne« Verfremdungsstrategien aufbauten, ist dem bloßen Auge vollständiger entzogen denn je. Wenn keine Materialerfahrung mehr etwas über die Realität der Dinge auszusagen scheint, muß eine Ästhetik des Materials da nicht letztlich doch vor der Macht der Medien kapitulieren? Monika Wagner glaubt das ganz und gar nicht, denn auch immaterielle Erscheinungen haben ihre materielle Basis: »Es ist an der Zeit, auch die Medienbilder nicht länger als Erscheinung aus dem Off zu betrachten, sondern auch die Materialität der neuen Medien zu berücksichtigen.«

Wie aber käme diese Materialität künstlerisch zum Ausdruck? Und was brächte sie grundsätzlich Neues? Die schnell veraltende Hardware eines Rechners ließe sich doch sehr gut dem Wohlstandsmüll hinzufügen, den Wagner neben Duchamps Urinoir oder Schwitters' Collagen in das Kapitel »Authentische Bruchstücke des täglichen Lebens« einsortiert. Denn eines ist am Computer mit Sicherheit authentisch: der Ärger, wenn er kaputt ist.

Literatur:

Oliver Grau: Virtuelle Kunst in Geschichte und Gegenwart. Visuelle Strategien. Reimer Verlag, Berlin 2001, 302 Seiten, 59 Mark

Stefan Römer: Künstlerische Strategien des Fake. Kritik von Original und Fälschung. DuMont Verlag, Köln 2001, 299 Seiten, 49,90 Mark

Monika Wagner: Das Material der Kunst. Eine andere Geschichte der Moderne. C.H. Beck Verlag, München 2001, 347 Seiten, 78,50 Mark

Hugh Kenner: Von Pope zu Pop. Kunst im Zeitalter von Xerox. Verlag der Kunst, Dresden/Basel 1995, jetzt nur noch 12 Mark

---

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 5/2001 über Ausstellungen zur Avantgarde des 20. Jahrhunderts

Konkret 09/01, S. 63

Holm Friebe

Links & Rights

Einer linken Community, die bislang keinen rechten – mentalen oder physischen – Zugang zum Internet erlangt hat, ebenjenes nahezubringen erinnert ein wenig an Jo-seph Beuys' Versuch, dem toten Hasen die Bilder zu erklären. Andererseits haben linke Netzhasen längst das papierraschelnde Zeitalter hinter sich gelassen und beziehen ihre Informationen vorwiegend in digitaler Form – ohne so recht etwas zu vermissen. Ab dieser KONKRET-Ausgabe soll versucht werden, zwischen den Lagern zu vermitteln: Ausgewählte Netzangebote werden an dieser Stelle zukünftig in klassischem Sinne rezensiert. Die Rubrik versteht sich als Serviceangebot und will die Möglichkeiten herausarbeiten, die das Netz für Informationsgewinnung und kritische Theoriebildung bietet – ohne freilich jener Interneteuphorie zu verfallen, die dem Medium an sich ein »subversives« Potential bescheinigt. Der Zeitpunkt scheint günstig, da mit dem Zusammenbruch der New Economy die Hochzeit der Wegelagerer, Beutelschneider und Zuhälter im Netz bis auf weiteres vorbei ist und der Blick wieder frei wird für das, was sich an eigentlich spannender Vernetzung ereignet.

Nach der Devise »First things first« steht der Anfang am Anfang. Aber wo ist beim Internet vorne? Die richtige Startseite zu finden ist nicht ganz einfach. Determiniert der Einstieg doch die gesamte weitere Netzerfahrung. Es gibt Hunderte von Portalen, die alle mit dem gleichen Schrott aufwarten: blinkende Werbebanner, lauwarm aufbereitete PR-Meldungen und E-Commerce-Angebote. Ein Großteil professioneller Nutzer wählt daher die nachgerade buddhistische Einstiegsmaske von »Google« – laut Expertenmeinung immer noch die beste und schnellste Suchmaschine im Netz. Nur hilft einem das nicht weiter, wenn man eigentlich gar nicht so genau weiß, wonach man sucht, und sich lieber ein wenig inspirieren lassen möchte.

Empfohlen sei für den Einstieg ein Besuch beim Netzkultur-Magazin »Telepolis« (www.telepolis.de). 1996 zur webseitigen Flankierung der Produkte des Heise-Verlages gegründet, hat sich das Magazin zum Zentralorgan für geisteswissenschaftlich eingefärbte Webthemen entwickelt und blickt gern mal über den Tellerrand. Mit viel Sympathie für alles Dissidente franst das Angebot ins politische Feuilleton aus. So findet sich neben den neuesten Verfehlungen von Bill Gates und einer hochkarätigen Debatte zur »Ökonomie der Aufmerksamkeit« etwa auch Sachdienliches zum KONKRET-Schwerpunkt »Genua«. Trotz der dem Medium angemessenen Geschwindigkeit, mit der die Beiträge im Netz landen, waltet erstaunliche journalistische Sorgfalt. Eine intelligente Verlinkung mit Archiv und Außenwelt macht die Site auch zu einem guten Wissensspeicher und zu einer perfekten Basis für den täglichen Ausflug im Netz.

Konkret 09/01, S. 63

Elena Lange

Ideologisch entladen

Was sieht der poplinke Blick auf Restjugoslawien?

Katja Diefenbach läßt mit ihrem Buch *Belgrad Interviews* einmal mehr den von der Poplinken unzählige Male beschworenen Mythos des »populistischen Nationalismus« Serbiens wieder aufleben. Daß dieser Mythos so zwanghaft auf die serbische Gesellschaft, auf ihre Literatur, Popmusik und Filme projiziert wird, soll das eigene Versagen bei der Analyse Jugoslawiens spätestens während des Nato-Krieges kaschieren: Mit dem Postulat einer moralischen Notwendigkeit, sich zum Gegner Milosevics zu erklären, gab man sich zufrieden – sofern man nicht ohnehin glaubte, die Nato habe im Frühjahr 1999 ein »antirassistisches Anliegen« durchgesetzt, wie Diedrich Diederichsen in »Spex« schrieb. Diefenbach geht nicht so weit, doch ihre antiserbischen Konstrukte sind nicht minder unsympathisch.

Die an Michel Foucault und Sabine Christiansen geschulte Autorin führte ihre Interviews zwischen Mai und August 1999 mit den üblichen Verdächtigen: mit jenen Belgradern, die unter dem ideologischen Schutz Karl Poppers stehen und, vom Börsianer George Soros finanziell unterstützt, über die Mittel verfügen, Autorinnen wie Diefenbach einzuladen. Die sollen auch dem letzten Linken klarmachen, daß die Solidarität mit Serbien eine mit den verräterisch rotlackierten Fingernägeln und den High- heels der »nationalistischen weiblichen Pop-Ikone« Ceca bedeutet. Ceca wird für alle möglichen und unmöglichen Verbrechen ihres Mannes, des mittlerweile erschossenen Zeljko »Arkan« Raznatovic, haftbar gemacht: »Es gibt einen Videospot von Ceca, Raznatovics Frau, dessen paramilitärische Einheiten Tiger hießen, in dem sie sich mit einem kleinen Tiger aus dem Belgrader Zoo auf dem Arm präsentierte. Es ist nicht zu fassen.«

Eine der Gesprächspartnerinnen Diefenbachs ist die in Berlin lebende »Kunsttheoretikerin« Bojana Pejic. Im Kapitel »National Disco« echauffiert sich die Autorin gemeinsam mit ihren Mitstreiterinnen Teodora Tabacki und Zorana Papic, Ceca sei eine »Turbo-Folk«-Queen, wobei Turbo-Folk für das kulturelle Pendant zum politischen Nationalismus Milosevics steht. Tatsächlich ist ja was dran an dieser Parallelisierung: Cecas Turbo-Folk und Milosevics Nationalismus existieren nur als Konstrukte eines popdiskursiven Halbwissens, welches das Einkommen so mancher durchschnittlich begabten Popjournalistin sichert.

Ceca ist keine Turbo-Folk-Sängerin. 1995, als sie sich – in der serbischen Bevölkerung etwa so populär wie das Schlagersternchen Michelle hierzulande – der weiblichen Stereotypen bediente, die durch den heterosexuellen Code von Sexiness, kurzen Röcken, aber auch Armani angeblich das Überleben der serbischen »Macho-Nation« (Zorana Papic) garantieren, war Turbo-Folk bereits tot. Mit diesem Begriff wurde zwischen 1992 und 1995 eine äußerst unbeliebte Mischung aus Oriental House und serbischem Schlager bezeichnet; ihr Erfolg war kurzlebig. Zu den ersten populären Vertretern dieses angeblich serbisch-nationalistischen Pop gehörte die Roma-Band Dugani Fantastico.

Die fehlenden Beweise für Cecas Turbo-Nationalismus ersetzt Diefenbach trickreich: Sie dechiffriert die romantischen Klischees von Liebe in Cecas Liedern als Durchhalteparolen für serbische Paramilitärs und zaubert so »das Ticket« hervor, mit dem auch Milosevic angeblich »von Anfang an unterwegs« gewesen sei (Bojana Pejic). Wenn sie dann noch die slowenische Band Laibach lobend erwähnt, die – im Gegensatz zum bäuerlich-primitiven, lüsternen Getue serbischer Schlagersänger – intellektuell die »ideologischen Zeichen entladen« wolle und deshalb ihre Platten »Nato« und »Kapital« genannt habe, reproduziert sie jene antiserbische Einseitigkeit, die man aus den deutschen Medien kennt.

Wirklich problematisch wird das Werk aber erst, wenn Diefenbach ihre Belgrader Intellektuellen featured, so den B92-Musikredakteur Goran Paunovic, der für seine »oppositionelle« Zusammenarbeit mit dem Nato-Propagandasender »Radio Free Europe« und das Abspielen von Drum'n'Bass-Platten auch schon mal einen MTV-Award bekam. Oder Obrad Savic vom Belgrader Kreis der NGO, der auch schon mal den UCK-Hardliner Adem Demaci einlud. »Nach der Diskussion mit meinen albanischen Kollegen« ist dem Serben Savic »klar geworden, daß ausschließlich serbische Aggression, serbische Polizei- und Spezialeinheiten, jugoslawische Armee und Paramilitärs diese sogenannte humanitäre Katastrophe verursacht haben. Ich schäme mich ...«

Daß Katja Diefenbach unter deutschen Linken die beruhigende Gewißheit verbreitet, daß die nationalistischen Serben selber schuld sind, macht es für alle Beteiligten leichter zu akzeptieren, daß Jugoslawien auch mit ihrem Einverständnis bombardiert wurde. So wird der erste deutsche Krieg nach 1945 mit poplinks entschuldigt.

Katja Diefenbach: *Belgrad Interviews – Jugoslawien nach Nato-Angriff und 15 Jahren nationalistischem Populismus*. B-books, Berlin 2000, 224 Seiten, 28 Mark

Elena Lange ist Musikerin und Texterin und lebt in Hamburg

Konkret 09/01, S. 64

Werner Jung

Buch & Deckel

Fritz und Sieglinde Mierau (Hg.): Almanach für Einzelgänger. Edition Nautilus, Hamburg 2001, 203 Seiten, 39,90 Mark

Einen Gedanken Karl Ottens aufgreifend, der brieflich am 23. Dezember 1963 seinem Kombattanten aus alten expressionistischen Tagen, Franz Jung, von seiner Absicht berichtete, »einen Almanach für Fußgänger auf das Jahr 2001 zu machen«, haben Fritz und Sieglinde Mierau nun diesen liebevollen Band vorgelegt. Darin wird vor allem der beiden Expressionisten Otten, der in den Annalen der Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts lediglich noch ein Fußnotendasein als aufopferungsvoller Editor des expressionistischen Jahrzehnts (*Ahnung und Aufbruch*, *Das stille Haus*) führt, und Jung, an den sich das historisch-literarische Gedächtnis in der Regel nur noch als Verfasser einer beeindruckenden Autobiographie (*Der Weg nach unten*) zu erinnern vermag, gedacht. Beide sind Zeugen von gleich mehreren Weltuntergängen – des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg, der ersten Republik im Faschismus, den Lagern und den Stahlgewittern des Zweiten Weltkriegs – , gegen die sie immer wieder schreibend, mahnend und agitierend zu Felde gezogen sind.

Otten gelingt die Flucht vor den Faschisten, zunächst nach Spanien, dann nach England, wo er 1944 vollständig erblindet; nach dem Krieg siedelt er gemeinsam mit seiner (erst kürzlich verstorbenen) Frau Ellen in die Schweiz über – doch die Versuche, im Literaturbetrieb der Nachkriegszeit wieder Fuß zu fassen, scheitern gründlich. Dasselbe Schicksal ereilt auch den von Unrast geplagten Abenteurer und unorthodoxen Kommunisten Jung, dessen frühes Werk in die erste Reihe der damals jugendlichen Avantgarde gehört und der – nach dem Krieg verarmt in den USA hockend – sich verzweifelt um Verlage und Publikationsmöglichkeiten sorgt.

Aber nicht nur um diese beiden geht es dem Mierauschen Almanach; er enthält neben einer ganzen Reihe von bislang unpublizierten Briefen, überwiegend von Otten an Jung, sowie Erinnerungen an diese beiden Autoren auch noch Texte und Trouvaillen aus dem Umfeld der beiden »Sterne gegen die Gesellschaft« (um einen Lieblingsausdruck Jungs zu zitieren): vom genialischen Otto Gross, dem Psychotherapeuten und -analytiker, vom Biosophen, Künstler und Philosophen Ernst Fuhrmann, schließlich auch noch von Wilhelm Reich sowie vom Psychoanalytiker Adrien Turel.

Was leider meist fehlt, sind Hintergrundinformationen zu Texten, Autoren und erwähnten Personen. Wer kennt zum Beispiel noch den Otten-Freund aus gemeinsamen Aachener Schülertagen Philipp Keller, der 1912 bei Rowohlt den wunderbaren kleinen Roman *Gemischte Gefühle* vorgelegt hat, später dann ein erfolgreicher Arzt wurde, ohne sich jemals von der Literatur gänzlich zu verabschieden? Und auch zum anderen Otten-Freund und Leidgenossen späterer Jahre im mallorquinischen Exil, Albert Vigoleis Thelen (*Die Insel des zweiten Gesichts*, 1953), wäre sicher noch einiges zu sagen gewesen.

Konkret 09/01, S. 64

Michael Rudolf

Buch & Deckel

Max Müller: Café Wolfsburg. Geschichten, Gedichte, Bilder. Verbrecher-Verlag, Berlin 2000, 112 Seiten, 24 Mark

Wer Max Müller als famosen »Sänger« der Band Mutter kennt und schätzt, darf sich – zugegeben, mit einer kleinen Verspätung – nun auch ein Buch dieses Mannes aufs Plattenbord stellen. Rein »optisch« ginge die Sache voll in Ordnung, so klein und schmal, wie es ist. Fast eine CD.

Fünfzehnmal satirische, mal groteske, mal einfach nur befremdliche Geschichten, zwei Gedichte, vierzehn Bilder aus einer Welt, die offenbar nur durch Max Müllers Hirnwindungen kurven kann, ruhen zwischen den Deckeln. Die besseren Texte folgen daher einer höchst eigenwilligen Dramaturgie und zerfallen meist in zwei nur scheinbar disparate Teile. Die daraus für den Leser erwachsenden Absonderlichkeiten sind – wie im Märchen – nicht sonderlich akkurat beschrieben, aber vielleicht muß Max Müller das auch gar nicht tun. Der Kontrast reicht hin, und die Lexik operiert fast immer wasserdicht.

Selbstverständlich ist das keine Literatur. Na und. Man könnte die Texte lieber Trash-Märchen nennen, die zudem hochgradig besser sind als »der Aufstand des Echten, Absurden, Häßlichen« und »die Avantgarde der Unambitioniertheitsdarsteller«, welche uns »Spiegel« und »FAZ« in ihrer glorreichen Einfalt aus allen Ecken des östlichen Berlins derzeit hinterherwerfen wollen.

Einen Anlesetip gibt es von mir nicht – na gut: »Bolivien« wäre in Sachen Textaufbau vorab dringend zu empfehlen. Die anderen Storys schafft man in einem Ritt. Sagen wir drei Stunden. Dazu kam für mich ungefähr eine Stunde Rezension schreiben und an die Redaktion mailen. Alles in allem vier höchst erstaunliche Stunden. Was will man mehr?

Manchmal denkt man zwar, das Bändchen sei irgendwo in Nepal oder in Weißrußland auf weich gerittene Birkenrinde kalligraphiert worden, aber dafür gibt’s einen riesigen Bonuspunkt für die Mutter aller guten Verlagslogos.

Konkret 09/01, S. 64

Oliver Tolmein

Buch & Deckel

Erwin Riess: Giordanos Auftrag. Espresso, Berlin 1999, 284 Seiten, 39 Mark

Sex und Crime, Liebe und Faschismus – Erwin Riess hat sich in seinem ersten Roman, *Giordanos Auftrag,* der Themen angenommen, die die Welt bewegen. Nacherzählen läßt sich die grotesk anmutende, zügig und bisweilen ruppig geschriebene Geschichte, wie der Klappentext des Buches beweist, nicht. Wenn dort etwa behauptet wird, es handle sich um eine Parabel über »die allumfassende Verwertbarkeit des Menschen«, führt das eher in die Irre. Riess schreibt über Konkretes: über den Alltag und seine Tücken. Und er zieht es vor, nicht nur gegen das Böse zu Felde zu ziehen, sondern auch dem Guten Paroli zu bieten und dabei überraschende Sympathien und Antipathien zu entwickeln. Dabei gefällt er sich allerdings nicht in der Pose des Tabubrechers und Provokateurs; er bleibt stets Aufklärer.

Sein Held, der Rollstuhlfahrer Groll, schätzt Motorradfahrer als zukünftige Verbündete der Behindertenbewegung, und sein Auftraggeber, ein beinamputierter US-amerikanischer Millionär, müht sich, friedensbewegten Demonstranten zu erläutern, was die Militärakademie dem Soziologiestudium voraus hat. Nach Lektüre des Buches sind die Leserinnen und Leser über die Zustände auf Behindertentoiletten in Österreich und Ungarn informiert und haben sich Gedanken darüber gemacht, ob Rollstühle als Faradaysche Käfige taugen. Dabei hat Riess aber kein Buch geschrieben, auf das die landläufige Bezeichnung »Behindertenroman« zuträfe. Die Geschichte von Groll und seinem Begleiter, die der Pornomafia den Kampf ansagen und sich mit einem Roma-Mädchen verbünden, treibt zwar jede Form von Mitleid aus, aber nicht weil das des Autors Programm wäre, sondern weil es sich ganz selbstverständlich mit seiner Sicht der Welt nicht verträgt. *Giordanos Auftrag* ist nämlich auch – was die Lektüre nicht weniger erfreulich macht – ein durchaus altmodisches Buch. Der Autor ist Materialist, und aus der Perspektive des Ich-Erzählers Groll gerät die materialistische Sichtweise eben besonders überzeugend.

Konkret 09/01, S. 65

Peter O. Chotjewitz

Buch des Monats

Carlo Feltrinelli:Senior Service. Das Leben meines Vaters. Hanser Verlag, München 2001, 465 Seiten, 49,80 Mark

Man kann sich streiten, wo in Carlos Hagiographie der letzte Akt beginnt, weil auch er nicht weiß, wann die Option für den bewaffneten Kampf zur existenziellen Entscheidung wurde. Auf Seite 381 schreibt der Autor über seinen Vater: »1969 sind einige seiner Analysen mit der Wirklichkeit nicht mehr in Einklang zu bringen. In den Vordergrund treten >politische< und persönliche Ungeduld, Abenteuerlust, Fanatismus, Waffenvernarrtheit, übertriebener Gerechtigkeitswille, Eitelkeit ... Ordnung und Nichtunordnung.«

Das Unverständnis für den letzten Bruch in Feltrinellis Biographie kann der Sohn auch nach zehnjähriger Recherche nicht ausräumen. Er schreibt: »Ein Mann von dreiundvierzig Jahren, im Verlagswesen eine Art mehrfacher Weltmeister, Verbindungen in alle Welt, vier Sprachen, ein heran wachsender Sohn, eine zwanzigjährige >Verlobte< und eine Lebensgefährtin, die immer noch an ein Comeback glaubt, beste wirtschaftliche Verhältnisse ...«

»Beste wirtschaftliche Verhältnisse« ist eine schwere Untertreibung. Giangiacomo war einer der reichsten Männer Italiens, Haupterbe einer der bekanntesten Familien der italienischen Finanzoligarchie, die im 19. Jahrhundert entstand. Natürlich könnte man spekulieren, warum Ende der sechziger Jahre eine Menge Leute mit ihren Biographien und Karrieren brachen. Giangiacomo begründete seine Option für die »GAP« (»Gruppi d'azione partigiana«), die parallel und nicht in Konkurrenz zu den berühmteren Roten Brigaden entstanden, im Winter 1969/70 in einem Schreiben an die Mitarbeiter seines Verlages:

»Nur unter dieser Bedingung kann ich der Sache des Sozialismus dienen, für die ich mich vor 28 Jahren entschieden habe, als ich 1942 mit sechzehn >Tod dem Faschismus< auf die Mauern schrieb, als ich im Februar 1945 der Kommunistischen Partei beitrat, als ich 1948 das Istituto Feltrinelli und 1954 den Verlag gründete und als wir schließlich alle zusammen politische und kulturelle Themen behandelt haben, die immer enger mit den werktätigen Klassen in Italien und in der Welt in Verbindung stehen und immer direkter ihr Sprachrohr sein sollten.«

In Balestrinis Zeitschrift »Compagni« bekannte er kurz drauf, daß die faschistischen Attentate des Jahres 1969 der Auslöser waren. Er war, meinte der Partisan Valiani, »von der drohenden Gefahr der faschistischen Reaktion in Italien überzeugt«. Er übersah, daß die Attentate Teil eines Staatskomplotts waren.

Die politische Polizei hatte schon früher versucht, gewisse Attentate den Anarchisten in die Schuhe zu schieben und so den roten Millionär ins Visier zu kriegen. Nun, nach dem 12. Dezember 69, wurde er polizeilich gesucht.

Feltrinelli »geht in den Untergrund«. Vergeblich warnt ihn ein Insider, daß er von Polizeispitzeln umgeben sei. Bevor Feltrinelli zu dem Colt greift, mit dem später der Mörder Guevaras exekutiert wird, regelt er seine Angelegenheiten, benennt Stellvertreter für alle Firmen und Beteiligungen. Vor allem das Institut (Dokumente der Arbeiterbewegungen), die Buchhandlungen und der Verlag - alles permanente Zuschußbetriebe - sollen ausreichend alimentiert bleiben.

Die Existenz des Untergrundkämpfers war vielleicht der letzte Kick, der den Verleger reizte. Das Leben in Gefahr. Der Vielgesuchte, der an drei Orten gleichzeitig gesehen wird, der urplötzlich auftaucht und erst erkannt wird, als er schon wieder verschwunden ist. Dumas hätte einen Schmöker draus gemacht. Der Feltrinelli, der da heranwuchs, war geeignet für zukünftige Heldensagen und Heiligenlegenden: »Der wichtigste Agent des Castrismus in Europa«, der Mann, dem etliche Geheimdienste und faschistische Banden nach dem Leben trachteten, »der Politiker, der ein Jahrzehnt geprägt hat«, »der erste und einzige *neue* Mensch, der mir je begegnet ist« (Kurt Wolff).

Feltrinelli war auch im Untergrund hyperaktiv und enorm reisefreudig. Es gibt Geheimtreffen mit den Verlagsmitarbeitern, denen er kleinbürgerlichen Idealismus vorwirft, ohne ihnen jedoch die finanziellen Mittel zu entziehen. Mal taucht er geheimnisvoll auf dem Landsitz der Familie auf, mal schickt er dem Sohn Briefmarken aus aller Welt. Zum neunten Geburtstag schreibt er ihm: »Vielleicht aber ist es das schönste Geschenk, das ich Dir machen kann, für eine bessere und gerechtere Welt zu kämpfen.« Feltrinellis dümmliche Briefe an das Kind strotzen vor Stereotypen und Schlagworten und verraten kein Gefühl.

Der letzte Teil des Buches ist der interessantere. Er beschreibt die erste Krise des italienischen Kapitalismus und der Nachkriegsinstitutionen nach dem Wirtschaftswunder, die Hinwendung Feltrinellis zu Castro und Guevara, die neue Linke, die Zeit, in der Régis Debray von der Revolution in der Revolution faselt und plötzlich alle links sind und Feltrinelli drauf reinfällt. Natürlich: Wer gerne Familiengeschichten aus der alten Großbourgeoisie liest, wird eher im ersten Teil auf seine Kosten kommen, wo Giangiacomos Mutter mal eben aus dem Rolls-Royce steigt (sie fuhr nur Rolls-Royce), die Büchse auf die Wagentür legt und einen kapitalen Hirsch erlegt oder der alte Feltrinelli bei Mussolini reinstiefelt, um sich zu beschweren, daß man seine raffgierige Mutter beim Devisenschmuggel ertappt hat.

Von der kriminellen, also ursprünglichsten Akkumulation über die liberalistische und die faschistische zur parasitären - das war die Quintessenz der Familiengeschichte, bis auf Giangiacomo, der als schwarzes Schaf in den Partisanenkrieg zog. Giannalisa, seine Mutter, die nach 45 die Monarchisten unterstützte, soll hörbar aufgeatmet haben, als er endlich begraben wurde und Uwe Johnson sich ins Mikrophon übergab, das der dumme Rolf Hochhuth am Grabe hochhielt.

Ein Kapitel für sich sind die Passagen, wo es um *Doktor Schiwago* geht, den ein deutscher Journalist aus der SU schmuggelte. Carlo hat den Familiensafe aufschweißen lassen, aber es hätte gereicht, das dort gefundene Dossier als Sonderdruck der interessierten Wissenschaft zu übermitteln. Seitenlang zitiert Carlo den schwülstigen Briefwechsel zwischen Feltrinelli und Pasternak, der offensichtlich ein kleiner klerikaler Reaktionär war und ein Heuchler dazu. Zahlreiche Schmarotzer versuchten in Pasternaks Ruhm sich zu sonnen, wie üblich, und der Dichter bedachte jeden Speichellecker mit fünf- oder zehntausend Dollar, aber wen interessiert schon eine Pariser Schickse, die den Verleger nervt, indem sie sich als Generalbevollmächtigte des schmachtenden Russen geriert?

Der *Schiwago* war ein Bestseller, weil er so schön in den Kalten Krieg paßte und weil er nicht über vergleichbare Schmöker wie vom *Winde verweht, Krieg und Frieden* und *Ben Hur* hinausging. Konventionelle Unterhaltungsware, wie geschrieben für Omar Sharif und Julie Christie. Das Erstaunliche daran ist dies: Feltrinelli hielt Pasternak offensichtlich für einen großen Dichter und fühlte sich selbst als Schiwago. Weder aufkeimender Antikommunismus noch schnöder Geschäftssinn veranlaßten den Verleger, den *Schiwago* anzunehmen, sondern einfach schlechter literarischer Geschmack. Das läßt vermuten, daß Carlo den Vater stark überschätzt. Aber da wäre er nicht der einzige.

Konkret 09/01, S. 66

Peter O. Chotjewitz

Where are all these flowers gone?

Über den alten, neu und gut aufgelegten Roman von Nanni Balestrini: »Die Unsichtbaren«

In einer umfassenden Ästhetik des Widerstands dürfte der 1935 in Mailand geborene Balestrini nicht fehlen. Er begann, eben neunzehnjährig, mit Gedichten, die in der Zeitung »MAC« von Gillo Dorfles erschienen. Zu seinen Vorbildern gehörten Pound und Brecht, Raymond Roussel und Apollinaire, die Dadaisten und Emilio Gadda – ein widersprüchliches System ästhetischer Positionen also. Er interessierte sich für neue Musik, war Stammgast in der Bar Jamaica, wo die (heute kanonisierten) Avantgarde-Künstler Lucio Fontana, Piero Manzoni und Enrico Castellani verkehrten, und experimentierte selbst mit Materialbildern, die in der Tradition des Nouveau Réalisme stehen.

1956 wurde er Redakteur beim »verri«. »Il verri«, der seine Fühler auch nach Frankreich ausstreckte, war eine Zeitschrift, an der ein paar aufmüpfige Jungliteraten mitarbeiteten. Sie wurde als Affront gegen das literarische Establishment empfunden. Bekannt ist Pasolinis Polemik von 1957 gegen die Autoren des »verri«: »Experimentalismus im Stil des 19. Jahrhunderts; nutzlose und aprioristische Suche nach längst anerkannten Neuigkeiten«. Pasolini hat ein paar gute Texte verfaßt, aber auch viel Ethnokitsch verbrochen, vor allem als Essayist und Filmemacher.

Es würde zu weit führen, hier die seelischen Ab- und sonstigen Gründe für Fraktionskämpfe zwischen ausgegrenzten Schrittmachern zu erörtern oder der Frage nachzugehen, warum der ästhetische Provokateur von linken politischen Wortführern so ungern als Initiator oder wenigstens Verbündeter anerkannt wird, das heißt, warum politische Avantgarden so leicht auf reaktionäre ästhetische Pfeifen hereinfallen und andererseits die ästhetischen Neuerer trotz deutlicher Sympathien für die Revolution den Pausenclown für konservative Eliten spielen müssen.

Es gab auch einen Verlag des »verri«, in dem – vielleicht auf Betreiben des frankophilen Balestrini – bereits Ende der fünfziger Jahre Werke von Robbe-Grillet (damals einer meiner Lieblingsautoren) und Nathalie Sarraute erschienen. Ich sage jetzt nichts über diese beiden und droppe ihre Namen als Aufforderung, heute Nachmittag in die Bibliothek zu gehen und nachzuschlagen.

1961 erschien in der Reihe »Edizioni del verri« eine Anthologie mit dem Titel *I novissimi* (»die Allerneuesten«), der fortan als Begriff für die fünf Autoren Balestrini, Giuliani, Pagliarani, Porta und Sanguinetti dienen sollte, obwohl es die oft beschworene Gruppe I Novissimi niemals gab. Zu unterschiedlich die Positionen, politisch wie literarisch. Brauchbar war das Schlagwort von den »Allerneuesten« jedoch als Firmenschild. In Westdeutschland widmete Hans Bender ihm in der Zeitschrift »Akzente« 1966 einen Schwerpunkt, und Sanguinetti konnte damals immerhin zwei experimentelle Romane herausbringen (bei Suhrkamp). Heute würde kein Redakteur oder Verleger eines profitorientierten Unternehmens so was drucken.

Vor allem in Italien entfalteten die »Allerneuesten« beträchtlichen Sog dank der von Balestrini und anderen organisierten Konferenzen in Palermo und andernorts (1963 bis 1967). Man firmierte nun aus editorischen Gründen als »Gruppo 63« (die gleichnamige Anthologie erschien bei Feltrinelli, wo inzwischen auch Balestrini angestellt war und wo auch der »verri« verlegt wurde), man hatte bekannte ausländische Trittbrettfahrer, auch aus der BRD (Enzensberger, Wagenbach), und man erregte weiter Anstoß. Carlo Bo über die Autoren des »Gruppo 63«: »Unbefugte und unerwünschte Gäste der literarischen Welt Italiens«. In Westdeutschland, dessen Autoren im Würgegriff der »Gruppe 47« um Grass und Reich-Ranicki röchelten, sah man das nicht anders. Helmuth de Haas monierte in einem Aufsatz über die weitaus zaghaftere westdeutsche Avantgarde, daß einige Autoren »auf die verwegene Weise des Narziß die Selbstreflexion der Wahrnehmung vorziehen, die Pfütze im Garten als See begreifen und sich selbst als Gegenwelt setzen«.

Italien hatte es aber besser. Hier hatte die Avantgarde immerhin einen Wortführer und eine Gebrauchsanweisung: Umberto Eco und sein Standardwerk der gängigen Theorie der experimentellen Literatur *Opera aperta* (*Das offene Kunstwerk*) von 1962. Da war er noch nicht zum Meister der akademisch durchtränkten »gothic-novel« mutiert.

1967 gab man mir Balestrinis römische Adresse, als ich in der Buchhandlung Feltrinelli fragte, wo man hier Shit kriegen könne. Er wohnte in einer versifften Mietskaserne im »centro storico« mit viel Renovierungsstau, war ziemlich hip gekleidet, hatte ein paar ephebische Handbewegungen drauf, eine Menge Plastikmöbel und aufblasbare Sessel, aber kein Dope, und an seiner Bürotür hing das großformatige »Quindici«, als wäre es eine maoistische Wandzeitung. Vielleicht erklärt das, warum ein Sebastiano Vassalli 20 Jahre später in einem Schulaufsatz schrieb: »Balestrini ist ein wohlhabender Herr, dessen Hobby die Revolution ist.«

»Il verri« existierte weiter, aber »Quindici« galt als Organ der »Gruppe 63« und ging deshalb bald ein. Kein vernünftiger Gedanke lebte damals lange. »Quindici« zeigte, wie uneinheitlich die literarische Ursuppe war. Neben literarischen Texten, Kritiken und Feuilletons brachte das unhandliche Blatt heftige Polemiken und Dossiers über die Kulturrevolution in China, die Studentenbewegung (weltweit), den Pariser Mai, Prag vorher und nachher, die italienischen Unruhen – eine kritische

Masse also – , und während »Quindici« hochging, einige Autoren in die Institutionen abwanderten oder Erfolgsschriftsteller wurden wie Malherba und Manganelli, andere innerlich emigrierten, wie Germano Lombardo, ging Balestrini in die »OEP« = »APO«: Gründung der Zeitschrift »Compagni,« (was ihm den Kosenamen »der Genosse Komma« eintrug) und enge Kontakte zur »Arbeitermacht« (»Potere Operaio«). Von da war es nicht weit zu den Roten Brigaden, den bewaffneten proletarischen Einheiten etc.

Wie nahe Balestrini der »bewaffneten Partei« damals stand, interessiert mich nicht. Was er sich zutraut, muß jeder mit sich selber ausmachen. Offiziell arbeitete er in den siebziger Jahren an diversen publizistischen und verlegerischen Projekten Marke Subkultur, als »der Staat der Multinationalen« zulangte: am 7. April 1979. Das war der generalstabsmäßige Schlag gegen die außerparlamentarische Linke, den alle politischen Parteien, von den Kommunisten bis ins rechte Lager hinein, seit langem gefordert hatten.

Der Haftbefehl gegen Balestrini lautete auf Zugehörigkeit zu einer bewaffneten, subversiven Vereinigung und legte ihm unter anderem pauschal neunzehn Morde zur Last, darunter den an Aldo Moro. Aus dem Besetzer des Literaturbetriebs war ein steckbrieflich gesuchter Staatsfeind geworden, Vorsicht bewaffnet. Aber er hatte Glück. Während ein Großteil der radikalen Opposition und praktisch das gesamte autonome Spektrum eliminiert wurden und einige Hundert Linksradikale (bekanntestes Opfer: Toni Negri) für Jahre, zum Teil Jahrzehnte, in den Hochsicherheitsknästen verschwanden, konnte Balestrini entkommen; er flüchtete auf Skiern durch den Schnee der Alpen, wie in den zwanziger und dreißiger Jahren so viele Antifaschisten.

Das umfangreiche Werk dieses vielseitigen Anregers kann ich nur andeuten. Ich weiß auf Anhieb vier Romane, die auch auf deutsch erschienen sind: einen über den Tod seines Freundes Feltrinelli (*Der Verleger*), der bei dem Versuch, einen Strommast zu sprengen, ums Leben kam; einen über Hooligans (*Die Wütenden*); einer erschien bereits 1972 bei Trikont, Übersetzer moi je, *Wir wollen alles!* (Roman der Fiat-Kämpfe), und führte, wie man sieht, zur Gründung einer damals viel gelesenen linksradikalen Zeitschrift gleichen Namens, ebenfalls bei Trikont, was auf Castros und Guevaras trikontinentale Konferenzen in Havanna zurückging. Der vierte Roman, den ich kenne, erschien 1987 bei Bompiani (Originaltitel *Gli invisibili*). Schon damals schickte ich Probeübersetzungen an ein Dutzend westdeutsche Verlage, bevor Weismann/Frauenbuch ihn annahm. Selbst Rotbuch lehnte ab. Er sei kein Freund der Autonomen, meinte der zuständige Lektor. So kann man Literatur auch bewerten.

Jetzt gibt's ihn wieder: *Die Unsichtbaren*. Mit ihm wollen wir anfangen. Der Roman erzählt die Geschichte einer Gruppe jugendlicher Autonomer, von den ersten Konflikten in der Schule, in der Vorstadt, im Elternhaus, über den Prozeß der Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins, die Kämpfe, auch die inneren Konflikte der Gruppe, bis zu Strafprozeß und Knasterfahrung in der Isolation. Exemplarisch zeigt der Text die Struktur des inneren Monologs, den Erzählstrom ohne Punkt und Komma, in dem die Mitteilungen sich quasi brechen, die Satzbruchstücke sich verkanten und der Leser gezwungen wird, die gebrochenen Phrasen zu entziffern, um den beabsichtigten Bericht wiederherzustellen. Es ist diese geistige Anstrengung, die erst den Erzähler wie das Erzählte in ihrer Tragweite erschließt. Der Härte des politischen Kampfes muß eine entsprechende Gehirnleistung zur Seite stehen, will man ihn bestehen.

Was ich in meinem Nachwort zu Balestrinis *Alles auf einmal* schrieb, gilt auch für diesen Roman: »Die Methoden seiner Prosa sind so experimentell wie die sozialen Massenbewegungen, von denen sie handelt.«

Nanni Balestrini: *Die Unsichtbaren*. Assoziation A, Berlin/Hamburg/Göttingen 2001, Seiten, xx Mark

ders.: *Der Verleger*. Libertäre Assoziation (jetzt: Assoziation A), Hamburg 1992, 164 Seiten, 20 Mark

ders:: *Die Wütenden*. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1995 (vergriffen!)

ders.: *Alles auf einmal*. Verlag Literarisches Colloquium Berlin, 1991. Das Buch besteht überwiegend aus Textbeispielen aus diversen Büchern Balestrinis – also ebenfalls sehr zu empfehlen.

Peter O. Chotjewitz kommentierte in KONKRET 6/2001 Berlusconis Wahlsieg

Konkret 09/01, S. 67

J□rgen Roth

Bilderkrampf

»Der Fußball«, verkündete 1997 unser künftiger Weltkanzler Edmund Stoiber, »ist ja heute praktisch schon ein gesellschaftliches Grundnahrungsmittel«, und eine Gesellschaft, die ihren Stoffwechsel kapitalistisch organisiert und destruiert, geht nicht zimperlich um mit dem Volksseelenfutter. Seit Juli eskaliert zwischen der Kirch-Gruppe und der ARD eine höchst krampfige Auseinandersetzung wegen der TV-Kurzberichterstattung von der samstäglichen Fußballbundesliga. Das Konsortium des fränkischen Medienunternehmers löhnt den Vereinen pro Saison 750 Mio. Mark für die Übertragungsrechte, die der schwer defizitäre Bezahlkanal Premiere World refinanzieren muß, und weigert sich, dem »Ersten« freie Hand zu lassen bei der Wahl jener Partien, die man vor der auf die Prime Time 20.15 Uhr verlegten Gurkensendung »ran« (Sat.1/Kirch) via »Tagesschau« ausstrahlen möchte. Selbstredend begehrt die ARD das sog. Topspiel, Kirch, der Ligaverband und der assistierende DFB zeigen ihr die Rote Karte. Borussia Dortmund erklärte, »keine ARD-Teams in die Stadien zu lassen« (»SZ«), während die »beleidigte« (»FAZ«) ARD »ihren Kamerateams und Reportern notfalls mit Hilfe der Gerichte Zugang zu den Stadien verschaffen« (»SZ«) will.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht 1998 die unreglementierte Kurzberichterstattung festgeschrieben. Deshalb reichte die ARD beim Landgericht Mün-chen I einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen Kirchs Sportrechteagentur ISPR ein, der aber abgelehnt wurde. Bis zur letzten Instanz kämpfe man, hieß es danach aus den Reihen der tapferen Anwälte der Informationsfreiheit (die Kirch-Hauspostille »Bild« tobte: »Feldzug«!), und die Chancen sind nicht übel. Dennoch fragte zu Recht die »Funkkorrespondenz«: »Für wie schlecht müssen die Kirch-Leute die ran-Sendung halten, wenn sie tatsächlich der Meinung sein sollten, diese einzweidrittel Minuten machen der anschließenden Sat.1-Sendung die Zuschauer abspenstig?«

Die jüngsten »ran«-Quoten waren eine Offenbarung. Eine heimatmusikalische ARD-Produktion schlug am 4. August Jörg Wontorras alberne Faselshow locker mit 7,1 zu 2,0 Mio. Zuschauern. Kirch wird die Sat.1-Zumutung an die Wand fahren, dann den eigenen Pay-TV-Laden versenken, die potenten Bundesligavereine danken für die Milliardensummen und gründen, nach englischem Vorbild und der Verwertungslogik folgend, clubeigene Sender mit Hofschranzen an den Mikrophonen und gegebenenfalls virtuellen Stadionkulissen. Es wäre, käme es so, ein Segen, nämlich die »Öf-fentlichkeit« erlöst vom endlos zyklischen Theater um einen Sport, dessen Protagonisten nichts unversucht ließen, ihn zu ruinieren.

Und das deutsche Volk sollte darum nicht gleich verhungern.

Konkret 09/01, S. 68

Jens Hoffmann

FilmTheater

Lumumba

Regie: Raoul Peck; mit Eriq Ebouaney, Alex Descas, Théophile Moussa Sowié; Frankreich/

Belgien/Haiti/BRD 2000 (EZEF); 115 Minuten; seit 12.7. im Kino

Zehn Jahre nach Fertigstellung seines Dokumentarfilms »Lumumba – Tod des Propheten« hat Raoul Peck erneut die Geschichte der Ermordung des ersten kongolesischen Premierministers Patrice Lumumba inszeniert. Trotz bewußter Anpassung an die ästhetischen Normen des Mainstreammarktes konnte Peck in der BRD nur einen kleinen evangelischen Verleih für »Lumumba« gewinnen, der den Spielfilm mit nur einer Kopie startete. Erster Aufführungsort war Berlin, wo die europäischen Imperialmächte im Winter 1884/85 im Rahmen einer von Bismarck angeregten Konferenz Afrika unter sich aufgeteilt und das Kongogebiet Leopold II. von Belgien als Privatbesitz überlassen hatten.

Pecks Film beginnt mit alten Fotos, die weißgekleidete Kolonialherren beim breitbeinigen Entspannen auf Gartenstühlen oder beim Überwachen öffentlicher Hinrichtungen zeigen. Wenig später kommen zwei belgische Uniformträger ins Bild, die die Leichen von Lumumba und zwei seiner Gefährten zerlegen und in Säure auflösen. Keine Spur soll von den Politikern bleiben, die die Interessen der ehemaligen Kolonialmacht und ihrer kongolesischen Verbündeten ernstlich gefährdet haben. Peck verstärkt die Brutalität der Szene mit einem Trick aus dem Arsenal des Kinotodes. Er läßt einen der über die Leichen gebeugten Belgier die Atemmaske abnehmen und das vom Verwesungsgeruch erreichte Gesicht rasch abwenden. Niemand würde sich so verhalten, doch das Publikum soll schließlich auf etwas reagieren. Tatsächlich setzte an dieser Stelle das Grabbeln in den Popcorntüten aus und wich einer vom Regisseur auf ebenso falsche wie plumpe Weise hergestellten Empfindsamkeit.

But then, popcorn fought back. Größere Genauigkeit bei der Inszenierung der einzelnen Sequenzen und eine den Bildern nicht permanent schmeichelnde Musik hätten »Lumumba« gutgetan. Im Rückblick überzeugt an Pecks Film hauptsächlich das in Zusammenarbeit mit Pascal Bonitzer entstandene Drehbuch. Der linksnationale Aktivist des Mouvement National Congolais und frühere Handelsvertreter einer belgischen Brauerei, Lumumba, wird darin nicht zur mythischen Führergestalt aufgesockelt, sondern als tragischer Held mit Machtanschluß beschrieben, dessen Verhältnis zur politischen Konkurrenz von Mut, Blindheit, Arroganz und Kompromißlosigkeit bestimmt war. Nicht genügend vorbereitet war er deshalb auf die Entscheidung der sezessionistischen Opposition und der ehemaligen Kolonialmacht, ihn als überflüssiges Ärgernis zu betrachten und auszulöschen.

Konkret 09/01, S. 68

Vera Kallenberg

FilmTheater

Der Kreis

Regie: Jafar Panahi; mit Maryam Parvin Almani, Nargess Mamizadeh; Iran 2000 (Alamode); 90 Minuten; ab 13.9. im Kino

Am Anfang steht die Geburt. Auf die Schmerzensschreie der gebärenden Frau folgt Kindergeschrei. Eine Klappe in der Tür eines Teheraner Kreißsaales öffnet sich. Eine Krankenschwester teilt der wartenden Mutter mit, daß ihre Tochter ein gesundes Kind zur Welt gebracht habe: ein Mädchen. Mit dieser Nachricht hat die Mutter nicht gerechnet. In der Hoffnung, es handle sich um einen Irrtum, fragt sie erneut nach, doch es bleibt dabei: Solmaz Gholami hat ein Mädchen geboren. Die Schwiegereltern, die einen Sohn erwartet hatten, werden die Scheidung verlangen.

Mit dem Wehklagen über das der Tochter bevorstehende Schicksal beginnt Jafar Panahis Film über die heutige Lebensrealität von Frauen im Iran. In mehreren Episoden erzählt er die Geschichte von Frauen, die in einer Gesellschaft leben, die ihnen keinerlei Rechtsstatus zubilligt. So sieht sich Nargess, gerade auf Hafturlaub, mit der Tatsache konfrontiert, daß es Frauen offiziell verboten ist, ohne Begleitung des Ehemanns oder des Vaters eine Busreise anzutreten. Auch Paris verzweifelte Situation ist Ergebnis ihrer Rechtlosigkeit: Sie ist schwanger, kann aber – als unverheiratete Frau – keine Abtreibung vornehmen lassen.

Die Gewalt der Männer wird in Panahis Film, der letztes Jahr in Venedig mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnet wurde, nicht explizit gezeigt. Spürbar ist jedoch, in welcher Angst und Anspannung die verfolgten und gedemütigten Frauen leben. Mit der Flucht aus dem Gefängnis beginnt kein freieres Leben, sondern eine neue Gefangenschaft. Die Versuche der Frauen, aus dem Kreislauf von Unterdrückung, Ausgrenzung und Armut auszubrechen, verlangen nicht selten einen hohen Preis. So entschließt sich Nayereh, eine ledige Mutter, ihre Tochter zu verlassen, in der Hoffnung, eine Familie, bei der sie es besser haben könnte, werde sie bei sich aufnehmen.

Jafar Panahi zeigt keine hilflosen Opfer, sondern Frauen, die alles daransetzen, für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen. Ein Symbol für Freiheit ist die Zigarette. Da Frauen im Iran in der Öffentlichkeit nicht rauchen dürfen, kommt es immer wieder einem Akt des Widerstandes gleich, wenn Pari, Arezou oder Nayereh zur Zigarette greifen – auch wenn es die jeweilige Situation dann meist doch nicht zuläßt, die Zigarette auch anzuzünden. Am Ende des Films treffen sich die Frauen im Gefängnis wieder. Der Kreis schließt sich. Es gibt kein Außerhalb.

Konkret 09/01, S. 68

Tobias Nagl

FilmTheater

S□ □ ho□ Ri□ er

Buch und Regie: Lou Ye; mit Zhou Xun, Jia Hongsheng; China/BRD 2000 (X Verleih); 84 Minuten; ab 20.9. im Kino

Der Fluß Suzhou verbindet Shanghai mit dem Landesinneren: Schon während der Ming-Dynastie diente er als Transportweg; heute säumen heruntergekommene Industriegebiete und Armutsquartiere seine Ufer. Glaubt man Regisseur Lou Ye, traut sich deshalb niemand, dem Fluß »direkt ins Gesicht zu schauen«. Und auch er selbst hat einen eher indirekten Zugang gewählt. Zu Beginn gleitet eine gänzlich subjektive Videokamera den Fluß entlang. Schnell wird jedoch klar, daß es Lou Ye mit seinem visuellen Leitmotiv weniger um das Shanghai der Gegenwart als um eine Allegorisierung filmischer Erzählprozesse und ihrer Wahrheiten geht. Die Kamera gehört einem namenlosen Videofilmer, erfahren wir aus dem Off, der den Tag in Ermangelung anderer Jobs mit dem Erfinden von Geschichten zubringt. Meist kreisen seine Gedanken um die als Meerjungfrau auftretende Nachtclub-Tänzerin Meimei (Zhou Xun) – bis er vom Motorradkurier Madar besucht wird. Der erzählt ihm wiederum eine Geschichte: Einst sollte er auf die Schmugglertochter Moudan (ebenfalls: Zhou Xun) aufpassen, verliebte sich aber sterblich in sie. Nach einigen Wirrungen verschwand seine Geliebte spurlos im Wasser des Flusses – und Madar für einige Jahre im Knast. Wieder entlassen, beginnt er die Suche nach dem einstigen Objekt seiner Begierde. Dabei trifft er auf die Tänzerin Meimei, die ihn an die Totgeglaubte erinnert.

Der Filmfreund erinnert sich auch: an das Subjektive-Kamera-Experiment »The Lady in the Lake« und natürlich an Hitchcocks »Vertigo«, *den* Klassiker in Sachen Wiederholungszwang und patriarchale Projektionsfreude. Doch Lou Ye läßt zum Glück die Finger vom abgestandenen psychoanalytischen Gehalt des Stoffes – wie er es auch in seiner Verehrung weniger mit dem Epigonen Brian de Palma als mit dem Avantgardisten Chris Marker hält. Denn ist die Perspektive erst mal ruiniert, erzählt es sich ziemlich ungeniert: Eine zweite und eine dritte Off-Stimme tauchen auf; was sie sagen, ist oft verwirrend und manchmal nur wenig vertrauenswürdiger als die verwackelten, halluzinatorischen Bilder, die wir dazu sehen.

Gelungen ist Lou Ye mit seinem zweiten Film, was man bislang für eine Domäne Wong Kar-Wais hielt: die ästhetische Expropriation der Hollywood-Expropriateure, der es nicht mehr um die Schaffung einer nationalen Kinotradition oder den Import eines kommerziell erfolgreichen Modells geht, sondern die sich souverän ihre eigene Moderne neu zusammensetzt. Das allerdings wiederum ziemlich erfolgreich.

Konkret 09/01, S. 69

Dietrich Kuhlbrodt

Film des Monats

Planet der Affen

Regie: Tim Burton; mit Mark Wahlberg, Tim Roth; USA 2001 /Twentieth Century Fox); 110 Minuten, ab 30.8. im Kino

Der Plot ist linear: US-Pilot Mark Wahlberg geht im Weltraumschiff der United Forces auf Weltraummission. Auf dem Affenplaneten inthronisiert er einen von den USA mitgebrachten Kinderaffen, gut dressiert. Mit Hilfe einer dissidenten sowie schönen Äffin bringt er die dort lebende rassische Minderheit von Menschen an die Macht. Das geht nicht ohne Einsatz von Knüppeln, Blendgranaten und Faustfeuerwaffen. Am Ende ist Affengeneral Tim Roth besiegt und das Überleben der Spezies Mensch garantiert. Denn daheim im Weißen Haus hat leider ein reziproker rassischer Machtwechsel stattgefunden.

Das Subplot geht jedoch anders. Und genau deswegen wird der Film reüssieren. Die Bilder, die Masken, die Kostüme und das acting sind die Botschaft. Im Vorgängerfilm von 1967 herrschten noch Dialoge und Merksprüche. Jetzt haben wir 2001, und wir bewundern Affenlook, -design und -format. Die bringen das einfach besser, als wir Menschen das können. Die schöne Äffin, auch wenn sie dissident ist oder grade weil sie mit dem Planeten-Untergrund sympathisiert, wo sich Menschen im affenfreien Raum verbergen - die schöne Äffin also mit dem sowohl beredten wie seelenvollen Blick, wir sympathisieren sofort mit ihr. Und was ist mit der Gegenspielerin, der leichtgeschürzten Menschen im Tarzan-and-Jane-Look? Blond und modekompatibel gecasted, gebont, aber fad und ohne jeden Charme, spielen kann sie auch nicht. Welcher Rasse mag der angehört haben, der diese Tussie engagiert hat? Bestimmt kein Freund des Menschengeschlechts.

Auch das Duell der Rassenkrieger, Mark Wahlberg vs. Tim Roth, geht eindeutig zugunsten der Affen aus. Sie sind die Stärkeren. Tim Roth, Affengeneral, hat ein Kostüm viel schöner als in diesen Musicals, er legt eine obercoole Performance hin, wir können von heute an von der Sternstunde des Affenpop sprechen. Und dagegen? Mark Wahlberg? Zum Vergessen. Der Mensch, tutig und tranig, läuft im Film wie in einem Jurassic Park rum, macht Oh und Ach und will uns auf Zuschauer eines Erlebnisparks trimmen, für den Event des Affenplaneten. Wetten, daß das kommt?

Haben wir also mit dem neuen »Planet der Affen« eine innovative subplotive Rassismuskritik? Damit das klar ist: Rassismus wird nichts weiter als verkehrt. Zu Perversitäten wie Durchrassung kommt es mitnichten. Wir kennen das: In der Menschencrew erwarten und sehen wir den Quotenneger, er hauweiter nichts zu tun, er ist Komparse. Aus gegebenem Anlaß hat im Menschenschiff auch ein Quotenaffe eine Rolle, eine bessere sogar, eine Nebenrolle. Solch eine Errungenschaft wie die Quote kennen die Affenrassisten nicht. Sie sind böse. Nur die sympathisierende schöne Äffin macht sich an den Wahlbergmenschen heran; das könnte die Exposition für einen durchgerassten Beziehungsfilm sein; sie hat eine Hauptrolle. Doch trotz aller Bemühungen kommt es nicht zur Rassenschande. Wahlberg tut so, als ob er nichts merkt, steigt in sein Schiff und ade, du Affenplanet.

Halten wir fest, daß wir als Zuschauer des verführerischen Affenspektakels sauber bleiben. Dann können wir einen Schritt weitergehen und registrieren, daß wir alles Wertkonservative bei den Planetenaffen wiederfinden können. Vor dem Essen wird gebetet, zum Affengott. Die Herrenaffen sind noch wahre Männer, Edelsamurais, mittelalterliche Ritter aus großer Zeit, schnell gezogen ist die Waffe. Aus der Zeit der Heldensagen scheint der leibhaftige Charlton Heston zu stammen, Held des ersten »Planet der Affen«-Films. Er ist also leider noch nicht tot, aber das wird sich schnell ändern, er liegt in seinem special-guest-Auftritt auf dem Sterbebett und spricht letzte Worte. War es nicht so, daß er, 76jährig, kürzlich außerhalb des Films wertkonservativ-politisch geworden ist, als Bush-Freund und Überboß der Vereinigung US-amerikanischer Waffennarren?

Vor 34 Jahren, im ersten Affenplanetenfilm, hatte sich Heston noch humanistische Diskurse anhören müssen, auch wenn das Pseudodialoge waren. Heute aber kann er als Oberaffe seine Freude daran haben, wie der Menschenuntergrund, stumme, wehrlose Masse, vom Himmel einen Führer geschenkt bekommt, den faden, blassen Wahlberg mit dem immer gleichen, aber ikonenkompatiblen Gesichtsausdruck. Das stumpfe Menschenmaterial des Planeten wird vom Erdgesandten militärisch geschult, logistisch versorgt, strategisch eingesetzt und im Kampf verheizt. Tote ja, aber der Sieg ist unser und: Ohne Waffen geht es nicht. Was für ein Vorteil auch: Affenrittern, die noch wie im Mittelalter gerüstet sind, mit der Faustfeuerwaffe zu kommen, sie mit Blendgranaten zu schrecken und im Mann-zu-Mann-Scharmützel niederzumachen. Nur ein toter Affe ist ein guter Affe. Ja, da leuchten Hestons Augen auf, noch einmal, das Kleinkaliber siegt auch im Weltenraum.

Daß die Planetenaffen nicht mehr wie im ersten der jetzt sechs Affenplanetfilme nur Betonköpfe, sondern sowohl tolle Typen, popmäßig upgedated, als nach wie vor Betonköpfe sind, lädt zur Identifizierung mit dem Politdesign der angehenden Bush-Ära ein. Egal, was das Primärplot dahinschwafelt. Wir brauchen einfach den Weltenraum, um zu überleben. Wir brauchen die Waffen, das Ziel zu erreichen. Wir haben unseren Spaß auf dem Expeditionsevent. Wir sind,

sagen wir's hinter vorgehaltener Hand, gar nicht auf einem fernen Planeten, sondern längst beim virtuellen fun, daheim auf Erden. »Planet der Affen« zeigt uns die Welt, wie wir sie längst kennen, den Alltag vor der Glotze. Wer reist, kommt auf den exotischen Basar-für-die-Touristen. Wahlberg studiert blauäugig die Stände mit Souvenirs, Snacks und Drinks, als ob er auf dem Airport in Acapulco oder Marrakesch ausgestiegen wäre. Schlangenbeschwörer und allerlei andere Kleinkünstler haben extra Affenkostüme angelegt, um das rechte Ambiente zu kreieren. Alltag.

»Planet der Affen« zeigt uns Affen wie du und ich; und was Eifersucht betrifft, so steht die schöne Äffin keinem Star nach, wie wir ihn aus dem aktuellen Genre des Beziehungsfilms kennen. Wenn wir also als Zuschauer des Films vor nichts auf der Hut sein müssen, dann können wir auch die Bush/Heston-Botschaften in unsere Stube holen. Die Affenprojektion ist politisch auf dem neuesten Stand. Es ist alles gar nicht so schlimm. Auf dem Planeten beginnt ein neuer Markt zu blühen, der Handel mit Erdgütern begeistert die ersten Planetenkonsumenten. Ein Filmscherz? - Ein Gegenscherz wäre es, wenn auf Erden die usurpierenden Planetenaffen längst den American Way von Freiheit und Democracy pervertiert, die Affenrechte etabliert und Unäffische Activities verfolgt hätten. Lassen wir's beim Konditional.

Konkret 09/01, S. 70

Gert Ockert

Fast menschlich

„Final Fantasy“, eine besondere Frisur und das Ende von Hollywood, wie wir es kennen

Dr. Aki Ross hat 60.000 Haare auf dem Kopf. Für einen alten Mann wie mich wäre das eine ganze Menge. Einer jungen Frau, die gerne mal dramatisch die Frisur durch die Luft wirbeln läßt, reicht das knapp. Und Dr. Ross muß dauernd wirbeln lassen. Ihre Schöpfer haben Abermillionen Dollar geopfert für Akis dunkle Mähne und wollen was sehen fürs Geld. Sandra Bullock trug übrigens in »Speed« eine ähnliche Frisur wie Dr. Ross, aber ihr Hairstylist kam nicht annähernd so teuer wie die Leute, die sich um Akis Haare gekümmert haben. Freilich kassiert Ms. Bullock regelmäßig Gagen, die nur knapp unter der Erschaffungskosten für Dr. Ross’ schwarzen Schopf liegen.

»Final Fantasy« (Rezension siehe KONKRET 8/01) hat 137 Millionen Dollar gekostet und gute Aussichten, einer der größten Hollywood-Flops dieses Jahres zu werden. Dennoch jammert niemand über Verluste. Sie waren vermutlich einkalkuliert. Es geht hier nämlich um viel mehr als einen Kassenerfolg. Mit »Final Fantasy« beginnt ein radikaler Umbruch in der Ökonomie des Filmemachens. Das heißt, der Umbruch findet seit Jahren statt. Doch nun bekommen ihn auch die zu spüren, die bislang glaubten, unersetzlich zu sein: die Schauspieler. Denn »Final Fantasy« ist der erste »realistische« Computeranimationsfilm. Die Menschen, die hier auftreten, sind von Prozessoren erschaffen worden. Die Haare von Dr. Ross wuchsen auf einer Festplatte. Kein einziges Bild in diesem Film zeigt etwas Echtes. Aber das sieht man nur, wenn’s einem zuvor verraten wurde. Ein Schlaumeier könnte hier einwenden, allein die mangelhafte Mimik und Gestik der Akteure verrieten sofort ihre digitale Herkunft. Was der Kerl wohl über Katja Riemann und Keanu Reeves sagen würde? Oder Gwyneth Paltrow: »Die ist ja fast so gut programmiert wie der T-1000« – ich, bei der Oscarverleihung im vergangenen Jahr. Nun ist Schluß mit lustig.

Die Zauberkünstler, die mit ihren Computern Gott zeigen, wer die *wirklich* guten Tricks drauf hat, beteuern zwar, Schauspieler seien von digitalen Wesen nicht zu ersetzen. Aber das erzählen sie seit zehn Jahren, seit »Terminator 2«. Sie vollbringen ihre Wunder und stapeln öffentlich tief. Das mag daran liegen, daß man ihnen zunächst viel zu viel zutraute. Einen Roboter aus flüssigem Metall durch die Gegend laufen zu lassen, war das eine. Eine »echte« Frau mit 60.000 separat animierten Kopfhaaren in eine Windbö zu stellen, etwas ganz anderes. Trotzdem wurde dergleichen schon damals von ihnen verlangt. Es war die Zeit, als 20-Millionen-Dollar-Gagen für Superstars zur Gewohnheit wurden.

Kurz darauf wüteten im »Jurassic Park« die Echsen, und CGI (Computer Generated Images) sorgten neuerlich für Fassungslosigkeit und, beim ersten Auftritt des Brachiosaurus, sogar für eine Art Epiphanie. Oder jedenfalls Epidemie: Plötzlich mochte kein Popcornfilm mehr ohne ein dreidimensional animiertes Pixelwesen sein. Weil jedoch die wirklich guten Leute auf Jahre hinaus gebucht waren, sah das selten überzeugend aus, und CGI kamen in Verruf, »steril« zu sein und ziemlich zu nerven.

Die wahren Künstler focht das wenig an. Sie freuten sich über die rasante Entwicklung der Hardware und jeden Auftrag, der ihnen erlaubte, neue Aspekte der bewegten Wirklichkeit zu erforschen und nachzubauen. Um der dramatischen Mähne Dr. Aki Ross’ näher zu kommen, mußten sie ihre Software sukzessive verbessern, und das war nicht billig. Die Hexenmeister brauchten Tausende Arbeitsstunden, ehe sie heraus hatten, wie man Tom Hanks die Hand von John F. Kennedy schütteln läßt.

Doch einmal entwickelt, sorgen die neuen Programme sofort für drastische Einsparungen – weniges läßt sich preiswerter reproduzieren als CGI-Tricks. So hat die digitale Revolution mit den Komparsen und Stuntmen dasselbe gemacht, was sie vormals mit Setzern oder Buchhaltern veranstaltete – »Rationalisierung«. Statt zehntausend Leute anzuheuern, um eine Massenszene zu drehen, genügen inzwischen hundert, die mit dem Computer kurzerhand verhundertfacht werden. In »Titanic« stürzen vornehmlich CGI-Produkte zu Tode, und in »Die dunkle Bedrohung« gibt es überhaupt kein lebendes Hintergrundpersonal mehr. Im Vordergrund eigentlich auch nicht; aber diese Witze wollte ich ja lassen.

Der erste komplett computeranimierte Spielfilm, »Toy Story« von John Lasseter (1995), schien allen Spekulationen über die Ablösung von Schauspielern durch Software-Produkte kräftig widersprechen zu wollen. Woody, die Cowboy-Puppe, und seine Kollegen waren sichtlich Cartoon-Produkte, wenn auch erweitert um die dritte Dimension. Welcher Star hätte sich sorgen sollen um seine Zukunft, wenn die Konkurrenz bloß aus Stofftieren und Plastikfiguren besteht? Der Regen, der in einer sehr anrührenden Szene von »Toy Story« gegen die Fenster prasselt, die hyperrealistischen Tropfenspuren und optischen Verzerrungen, die dabei auf dem Glas entstehen, das unwillkürliche, unvorhersehbare Ineinanderfließen der Rinnsälchen wurde neben Buzz Lightyear und Herrn Kartoffelkopf kaum wahrgenommen. Dabei waren diese Wasserspiele das größte Kunststück der CGI-Magier seit dem polymorphen Terminator. Sie hatten berechnet, was sich nicht ausrechnen läßt, und den Zufall, das Chaos der wirklichen Welt in Algorithmen verwandelt.

Film ist das Medium der Bewegung, er monumentalisiert sie und ihre Zufälligkeit. Was sich auf der Leinwand nicht oder nur genormt bewegt, das ist tot oder eine Maschine. Wer aber »natürliches« Wasser programmieren kann, dem fällt ein »lebendiger« Menschenkörper mitsamt Augenzucken und flatternden Haarsträhnen nicht mehr lange schwer. Mochten die Illusionisten auch weiterhin bestreiten, in absehbarer Zeit menschliche durch digitale Akteure ersetzen zu können: Sie hatten bewiesen, daß es möglich ist. Drei Jahre später begann die Arbeit an »Final Fantasy«.

Entstanden ist ein ebenso fades wie uninspiriertes Stück Film. Seine Sensation sind die Haare von Dr. Aki Ross. Aber dergleichen trägt leider keine zwanzig Minuten, geschweige denn neunzig. Aliens, die sich als Seelenvampire durchschlagen, viel Geballer, apokalyptische Landschaften und Mystik direkt aus dem Glückskeks ... Man mopst sich, sobald das Staunen über die CGI-Mirakel schwindet, schlimmer als neulich bei »Tomb Raider«.

Seltsamerweise waren die Playstation-Spiele, auf denen »Final Fantasy« basiert, ein enormer Erfolg, zumal dank starker Storylines. Doch was heißt »gute Geschichte« schon bei Videogames? Der Controller in der Hand führt zu einer schier physischen Identifikation mit den digitalen Helden. Die feinmotorische Leistung, welche ein gutes Baller- und Hüpfspiel abverlangt, läßt einen sehr großzügig werden gegen Trivialitäten und schlechte Dialoge. Im Kino allerdings haben die Hände gewöhnlich nicht viel zu tun – außer beim Petting; aber das ist so ziemlich das letzte, was dem Zuschauer bei »Final Fantasy« einfällt. Hironobu Sakaguchi, der Regisseur, verantwortete übrigens auch die Playstation-Vorlage. Von diesem Medium versteht er gewiß erheblich mehr.

Aber es war ja nicht wichtig, daß der erste »realistische« Computerstreifen ein Erfolg wird oder gar ein richtiger Film. Es galt, den Stand der Technik vorzuführen, und das gelingt »Final Fantasy«. In Hollywood drohte ein Jahr lang ein Streik der Filmstars zugunsten ihrer miserabel bezahlten Wasserträger. Die Branche zitterte vor einer Saison ohne neue Attraktionen. Der Boykott ist kurz vorm Start von »Final Fantasy« abgeblasen worden. Beides hat nur scheinbar nichts miteinander zu tun. Denn es ist nach »Final Fantasy« ziemlich sinnlos geworden, gegen das Elend der Kleindarsteller noch kämpfen zu wollen. Angesichts des überwältigenden Tempos, mit dem die Technologie sich entwickelt, müssen die Stars eher achtgeben, daß nicht auch sie auf der Strecke bleiben.

Die Darsteller aus der dritten Reihe sind in jedem Fall verloren. Die Software existiert, die horrenden Entwicklungskosten müssen sich amortisieren, und wenn in – großzügige Schätzung – zehn Jahren nicht die ersten Pornofilme, Actionkracher und Seifenopern seriell aus der CGI-Maschine fallen, dann wäre die Filmindustrie ihren Titel nicht wert und die »Rationalisierung« auf halbem Wege stehen geblieben; was sie bekanntlich nie tut. Zuvor allerdings muß der Computer noch lernen, ohne Programmiererhilfe Animationen herzustellen. Das aktuelle Verfahren verschlingt zu viele Honorarstunden von zu vielen hochbezahlten Technikern. Sie werden sich wohl, darin sind ihresgleichen groß, bereitwillig in die Arbeitslosigkeit tüfteln.

PS: Der Spielfilm ist das Medium der lebenden, atmenden, sich bewegenden Körper, ihrer Deformationen, Veränderungen, Verwüstungen. Er hat freilich stets nur imitiert und stilisiert, was die Wirklichkeit vorgibt. Gelegentlich heucheln seine Hersteller Authentizität, aber das kaufen ihnen nur die dümmeren Zuschauer, also Kritiker, ab. Die CGI-Künstler erschaffen mit ihren Mitteln die Welt neu, statt sie mit Make-up zu versehen und passend zu photographieren. Sie haben, wie George Lucas mal bemerkte, der von den Möglichkeiten der Computeranimation schier besessen ist, eine Art Malerei in das Medium eingeführt.

Im neuen Film eines sehr guten Freundes von Lucas geht es, in effigie, auch um die Metaphysik der CGI-Wesen. »A. I. – Artificial Intelligence« entstand nach einem unvollendeten Werk Stanley Kubricks. Er hatte die Dreharbeiten zu dem Science-Fiction-Stück abgebrochen, nachdem »Terminator 2« veröffentlicht worden war. Die visuellen Effekte seines Films – Modelltricks und konventionelle Matte-paintings – erschienen ihm plötzlich hoffnungslos veraltet; und der Schöpfer von »2001« wollte seine eigene Legende nicht gefährden.

Einige Jahre später hatte der sehr gute Freund von George Lucas sich auch mit Kubrick angefreundet und versuchte, ihn zu überreden, die Arbeit an »A. I.« wieder aufzunehmen. Es soll ihm fast gelungen sein. Doch dann starb Kubrick, und »A. I.« schien für immer Fragment bleiben zu müssen. Aber Kubricks Freund Steven Spielberg wußte längst zu viel über das Werk, um es in der Schublade liegen lassen zu können. So, und mit der vollen Unterstützung durch Kubricks Witwe, kam ein unverbesserlicher Optimist dazu, einen notorisch pessimistischen Regisseur zu beerben.

Ob Spielberg sich wacker geschlagen hat, kann ich nicht beurteilen; bis zum Redaktionsschluß dieses KONKRET-Heftes gab es noch keine deutsche Aufführung von »A. I.« (Rezension folgt in KONKRET 10/01). Immerhin weiß ich, daß der Film von einem Androiden erzählt, der in sich Gefühle entdeckt, die er nicht haben dürfte, und der zu gerne menschlich wäre, gerade weil er es als Maschine nie sein wird.

Mir gefällt die Vorstellung, daß ein ähnlicher Konflikt den Enkelkindern von Dr. Aki Ross bevorstehen könnte, daß also eines Tages in irgendeiner 08/15-Krimiserie der computergenerierte Kommissar aufspringt, in die »Kamera« blickt und sich über den Stumpfsinn beschwert, zu dem ihn die Programmschablonen und der Textgenerator verurteilt haben. Und mir gefällt erst recht die Vorstellung, daß die Wesen, die den Schauspielern aus Fleisch und Blut nachfolgen werden, einen

Streik ausrufen und ihn auch *durchführen*. Sagen Sie nicht, das wäre alles Blödsinn: 60.000 separat animierte Haare ... Nichts ist nun noch unmöglich.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 5/01 über Analysten und andere Sterngucker

Konkret 09/01, S. 71

Jürgen Roth

Dialektisches Demenzdrama

Neues aus der Verrücktenliga: Den Lessing-Preis der Stadt Hamburg 2001 erhält am 3. September der essayistische Epodramatiker Botho Strauß.

Begründung: Der Prämierte »widersetze sich mit unbeirrbarer Konsequenz den Moden und Strömungen des Zeitgeistes« (Staatliche Pressestelle). Sein »Werk knüpft an eine große, zum Teil verschüttete geistige Tradition an, die im Widerspruch steht zum Verwertungs- und Nützlichkeitsdenken des modernen Rationalismus«. Die Jury der »sieben Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wissenschaft und Kultur« weiter: Dem »am Rand des Betriebs« tapfer Ausharrenden gelinge es, »dessen«, des Betriebs, »oftmals absurde Logik aufzudecken« - durch die messerscharfe ideologiekritische Tendenz eines Ceuvres, das »die dunklen Beweggründe unseres Handelns und Scheiterns« nicht offenlegt, sondern jede Lichtung scheut und »in die Tragödien und Komödien unseres Zusammenlebens« eindringt, wie es der Namensgeber des 20.000-Mark-Schecks beispielhaft vorgelebt hat i. S. der rationalistischen »Maximen der Aufklärung«. »Insofern«, kurzumundschluß, »betreibt Botho Strauß Aufklärung mit den Mitteln der Gegenaufklärung«, was die »Dialektik seines Denkens und Schreibens« ausmache und -zeichne. Bo. Strauß steht nun in einer Reihe mit den Lessing-Preisträgern Hannah Arendt, Peter Weiss, Max Horkheimer und Jean Améry.

Argumentation: Am Rand des Betriebs, im »Spiegel« 6/93 z.B. (»Anschwellender Bocksgesang«), beschwor der Aufklärer Strauß die westlich-universalistischen Demokratien, »die Beständigkeit des sich selbst korrigierenden Systems« durch eine kriegerische Blutauffrischung zu erschüttern. Er plädierte u. a. für den »Sturz des faulen Befreiungszaubers« und eine Talibangesellschaft mit »ihrer geregelten, glaubensgestützten Bedürfnisbeschränkung im Konfliktfall« (d.i. ungefähr Klappehalten und/oder Hurraschreien) und diagnostizierte dialektisch stringent, rekurrierend auf den Toleranztrottel Lessing: »Daß ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich.«

Heißt: Lessing-Preis; für die Geißelung u. a. »der Verbrecher-Dialektik des linken Terrors« und des »psychopathischen Antifaschismus«: »Rechte Phantasie ist die Phantasie des Dichters«-zugunsten älterer Werte: »Weder der einzelne noch die Menge unterhalten die geringste Verbindung zu Prinzipien der Entbehrung und des Dienstes oder zu anderen sogenannten preußischen Tugenden, die sich ein Hitler noch zunutze machte. « 1944 geboren -und schon immer noch derart klug! Respekt. Die Juroren haben als Zeichen wider den »verklemmten deutschen Selbsthaß« (Str.) eine bombige Wahl getroffen.

Diagnose: Dramatische Demenz der dramatis personae. Heilung ausgeschlossen. Und Ernst Nolte bitte baldigst den Frankfurter Adorno-Preis ans Revers heften! Merci.

Konkret 09/01, S. 72

Frank Schäfer

Melodie & Rhythmus

Halford: Live Insurrection. Metal-is
Judas Priest: Demolition. SPV
Static-X: Machine. Wea
Spirit Caravan: Elusive Truth. Tolotta

Man muß den klassischen Heavy Metal der späten siebziger und frühen achtziger Jahre nicht mögen, jene sogenannte »New Wave of British Heavy Metal«, die endgültig die Blues-Quellen eindämmte, aus denen sich noch der Hardrock speiste, und sich so zu dem ausmendelte, was heute jeder Verächter unter dieser Musik versteht, auch wenn er nichts von ihr versteht. Unter dem Rubrum »True Metal« feiert dieser musikalische Konservativismus schon seit ein paar Jahren fröhliche Urständ. Ein eigenes Festival, das Wacken Open Air, kümmert sich Sommer für Sommer um die adäquate Live-Präsentation des Altmetalls, und wie bei allen Stilen, von Moden kann da nicht die Rede sein, gibt es hier eine Menge Kraut. Aber eben auch ein paar Rüben.

Rob Halford, der ehemalige Judas-Priest-Shouter, der in den vergangenen Jahren mit seinem ambitionierten Industrial-Metal-Projekt-Fight einigen Kredit verspielte, geht seit dem Vorjahres-Opus mit dem sinnträchtigen Titel »Resurrection« wieder auf Nummer sicher und plündert seine eigene Vergangenheit. Das jüngste, wegen der überraschend großen Nachfrage des Vorgängers schnell hinterhergeschobene Album »Live Insurrection« dokumentiert die letzte, ausgedehnte World Tour. Und Halford stöhnt und drückt und preßt, als leide er, wie eh und je, unter Hartleibigkeit, aber diese überanstrengte, nur mit vielen Tassen Malventee noch einmal der Heiserkeit entrissene Stimme hält. Fast wider Erwarten. Und wenn sie ihm zu Kopf steigt, mit viel Delay verdickt, dann setzt es immer noch Stratosphären-Sounds, die ihn fast nicht mehr menschlich klingen lassen.

Die Band spielt das Erwartbare, also »Resurrection«, alleweil unterbrochen von den unvermeidlichen Priest-Standards (»Stained Class«, »Breaking the Law« etc.), und es ist anrührend zu hören, wie beinahe nahtlos das alles zusammenpaßt: viel Double-Bass-Gebolze, altmeisterlich anschlagsfleißige Riffs, die das deutlich an Glenn Tipton und K. K. Downing geschulte Saiten-Duo locker aus dem Handgelenk schüttelt, und sehr schön nachvollziehbare Kompositionen, die sich auf das Nötigste konzentrieren. Seinen Kombattanten scheint es zudem ganz egal zu sein, ob sie sich an Selbstkomponiertem oder an der sattsam bekannten Klassiker-Abteilung vergehen, so schwungvoll, punktgenau und souverän wird auch letztere zu Gehör gebracht. Allein, Atmosphäre haben diese Live-Aufnahmen nicht. Ohne Atempause und vor allem fast ohne Ansagen, Sprüche, Späßchen knallt man Stück für Stück aneinander, als ob es nach der langen Absenz nicht doch etwas zu sagen gäbe.

Halfords ehemalige Stammformation Judas Priest nimmt sich dagegen schon beinahe modernistisch aus, versucht auch auf ihrer jüngsten Produktion »Demolition«, wie schon auf dem Vorgänger »Jugulator«, ein bißchen zu kalkuliert und verbissen den Anschluß an zeitgenössische Spielweisen nicht zu verpassen. Man inkorporiert stumpfe, wiederholungsreiche Hardcore- und gelegentliche Industrial-Riffs, versetzt diesen dichten, zerklüfteten Fuzz-Sound noch einmal mit Gameboy-Samples und anderen zumeist atonalen Festplatten-Gimmicks, und auch die einmal mehr schier absurden Solo-Verirrungen der beiden Gitarrenschwerenöter Downing und Tipton klingen ziemlich nach Plastik. Aber wer sich an dieses neue Sound-Korsett erstmal gewöhnt hat, entdeckt darunter doch wieder die Priest-notorische Inklination zur griffigen Kindermelodie, die durchaus vorhandenen Pop-Qualitäten einiger Songs, eben nicht nur »dieses einen ruhigen Stücks da«, das auch der Metal-Antipode noch mühelos goutieren kann. Aber auch!

Wenn man »Machine« von Static-X zum Vergleich hört, wird evident, wo Judas Priest ihre Sound-Parameter abgeleitet haben. Dieser ebenso brachial wie opak produzierte Cyber-Metal ist absolut in time! Die düster grollenden Vocals haben sichtlich Mühe, gegen die wuchtigen Industrial-Gitarren und das mit Techno-Beats aufgemotzte Hammerschlagzeug anzukommen. Und die schrägen Science-Fiction-Loops und -Blubber machen es auch nicht leichter. Rund läuft sie, diese Soundmaschine, und Krach macht sie für zwei, aber wie das so ist mit den Automaten, es herrscht das Gesetz der Serie – und das ermüdet mit der Zeit. Spätestens nach dem vierten Stück haut einen auch das Raubtiergebrüll des Sängers nicht mehr aus den Puschen, eben weil er sich anderen Intonationsvarianten mit ziemlicher Konsequenz verschließt. Und die Freude über die gute Kooperation der Rhythmusgitarre mit den zumeist furios schnellen Bass Drums läßt dann ebenfalls nach. Man weiß jetzt, daß sie gut zusammen können – und daß sie nur so können. Aber womöglich soll diese Musik ja gar nicht für sich alleine stehen. Vielleicht brauchen Static-X eine volle Tanzfläche, Stickluft und das wild flickernde Stroboskop über den gesenkten Köpfen der Gemeinde, um ihre volle Durchschlagskraft zu entwickeln? Die Band scheint fast so etwas suggerieren zu wollen, wenn sie ihre Musik als »Evil Disco« etikettiert.

Genauso kontemporär, aber dabei gleichzeitig so anachronistisch wie eine Schlaghose sind Spirit Caravan, ihres Zeichens Exponenten des gerade vielbeachteten Stoner Rock, dieses unter der heißen kalifornischen Wüstensonne entstandenen

stoisch-monotonen, psychedelisch-deliranten Kiff

'n' Roll, der sich vor allem auf den Prä-Metal der Endsechziger, also auf Bands wie MC 5, Blue Cheer, Hawkwind und natürlich Black Sabbath stützt, aber auch auf die Spät-Hippies Kyuss, die bereits in den frühen Neunzigern im Marihuana-Rausch ihre Amps aufrissen, um zu sehen, was das nun wieder für einen Trip ergebe.

Spirit Caravans »Elusive Truth« besticht zunächst klanglich. Der Sound ist so organisch, als atmeten die Songs, bassig, muffig-dumpf, furztrocken, eben so authentisch den Spätsechzigern nachgebildet, daß man allein vor dieser akustischen Mimikry-Leistung seinen Hut ziehen muß. Und die Gitarren evozieren noch einmal jenes an den Rändern ausgefranste, immer etwas angestrengte, morbide, ja kaputte Overdrive-Gehuste, das den Vergleich mit vereiterten Mandeln ziemlich nahelegt. Wie bei den ganz frühen Black Sabbath. Und genauso klingen die Riffs, simpel, reich an Wiederholungen, ein bißchen unbeholfen, aber sie besitzen doch auch diesen naiven, archaischen Charme, den alle Welt noch von »Paranoid« kennt. Mastermind Scott Weinrich, der schon bei den Sabbath-Cover-Truppen St. Vitus und The Obsessed die Musikgeschichte zurückzudrehen versuchte, blieb seiner Passion also einmal mehr treu. Natürlich ist diese fortgesetzte Imitatio Ozzy letztlich nicht mehr als ein Eingeständnis der eigenen musikalischen Begrenztheit, aber dieser träge, kranke, verschleimte, pfundsgemeine Sound – daß es so etwas noch gibt!

Konkret 09/01, S. 73

Tim Schomacker

Platte des Monats

Fant□mas: The Director's Cut. Ipecac Records/Efa

Oft geben Musiker in Gesprächen ziemlich viel Blödsinn von sich und die Dokumentationen derselben nicht viel her. Mitunter aber wird ein Wahrheitskörnchen in die Tüte gesprochen. Das klingt beispielsweise so: »Manchmal denke ich über Essen nach, wenn ich musiziere.« Wenn der Rezensent Musik hört, denkt er auch über Essen nach, meistens aber, wie sich aus einer Platte noch mehr herausholen läßt als simple Begeisterung. Die ist zwar auch schön, aber vielleicht geht ja noch was; versuchen wir es so:

Die beiläufigen Worte stammen aus dem Munde des Kaliformers Mike Patton. Der ist Anfang dreißig und den meisten wohl dadurch bekannt, daß er seine Sangeskünste zeitweilig in die Dienste von Faith No More gestellt und mit sogenanntem Croesover ein Genre mitangeschoben hat, das heute nur noch gut vakuumverpackt fortbesteht, wie etwa bei den freudlosen Machos von Limp Bizkit. Pattons Arbeit war immer schon ein wenig anders, »because I'm somewhere inbetween«, wie es auf der Platte »The Real Thing« (1989) heißt.

Neben Gitarrengewichse hat der Heavy Metal vor allem eine Schrecklichkeit hervorgebracht -den Shouter. In Pattons Fall allerdings wäre die Bezeichnung wirklich angebracht gewesen, denn falsettieren war nie sein Ding. Und im letzten Jahrzehnt hat er neben einigen anderen den Klang- und Ausdrucksumfang der menschlichen Stimme in die Abteilung »laut und hart« auf eine Weise integriert, die die Verwischung der Grenzen zwischen Hardcore, Noise, Improvisation und neuer Musik fast hegelianische Folgerichtigkeit hat zuwachsen lassen. Am deutlichsten belegen das die beiden Alben, die Patton auf John Zorns Tzadik-Label herausbrachte. Nach »Adult Themes for Voices« erschien mit »Pranzo Oltranzista« 1998 eine Tafelmusik für fünf Spieler, in Anlehnung an Rezepte -»Unsere Pasta wie unsere Rhetorik sind vor allem geeignet, euch das Maul zu stopfen« - der Futuristen Marinetti und Fillia. Rohes Fleisch, das von Saxophonen auseinandergeblasen wird, oder eine »Halsexplosion«, das mußte bei einem, der musizierend ans Essen denkt, ja auf fruchtbaren Boden fallen. Die kulinarische Metapher scheint nicht schlecht gewählt, ist doch der Mund ein Ort des Ekels und des Genusses zugleich, reich an sinnlichen und sexuellen Konnotationen.

Zugleich dringt von hier die Stimme hinaus, bricht sich Bahn, gurgelt, murmelt, kreischt und schreit.

Das führt zum zweiten wichtigen Bestandteil des Fant□mas-Eintopfs: dem abgebildeten Schrei. Nicht zufällig ist im Booklet der ersten Fantômas -Platte »Amenaza al mundo« die scheinbar sich ins Unendliche vervielfältigende Nahaufnahme einer schreienden Frau zu sehen. Ein Klassiker aus Thrillern und Horrorfilmen. In dreißig kurzen Stücken nähern sich Patton, der Melvihs-Gitarrist Buzz Osbourne, der Mr.-Bungle-Bassist Trevor Dunn und der frühere Slayer-Schlagzeuger Dave Lombardo dem Klangkosmos von Comic und Film: »Bang Bang!«, »Trr Crack!« und so weiter, spätestens seit Lichtenstein kennt man das. Eine Collage, gewiß, und auch (äußerst zeitgemäß, das!) sehr zitatenreich. Das Ergebnis fasziniert vor allem dadurch, daß fast gar nicht mit direkten Samples gearbeitet wird. Fantômas gehen einen komplizierteren Weg. Wie weiland die großartigen »Naked City« reiht das Quartett in einer Cut-up-Technik Genre an Genre, so daß haufenweise Schnittstellen entstehen. Nur von der >anderen< Seite. War »Naked City« ein Superheldenkonglomerat der New Yorker Jazz-Szene, adaptiert das ausschließlich aus Rockmusikern bestehende Projekt Fantômas Rock, Hardcore und Metal, das ja durch Jazz und Impro bereits hindurchgegangen ist. Film- und Comic-Fantum als Tertium comparationis. Auf diese Gemeinsamkeit verweist bereits das kleine (und direkt unter dem Logo des Labels verzeichnete) »The End« im Booklet der 1993 erschienenen, von Kurt Cobain mitproduzierten »Houdini«-Platte der Melvins.

Die Musik auf »Amenaza al mundo« wie auch auf der neuen »The Director's Cut« hat nichts Ausladendes. Alles ist Fragment, das sich zum Ganzen nur bis zu einem Grad zusammensetzen läßt, der die Einsicht in die Brüchigkeit nicht verschleiert. Entscheidend ist der Schnitt, was diese Musik eben nicht nur mit dem Film, sondern auch mit dem kulinarischen Gebrauch des Messers verbindet. Fantômas' Mixtur läßt aus den Paarungen Klang/Stille, hell/dunkel oder Ruhe/Bewegung ein hochemotionales Gebilde entstehen. Wie eine nicht leicht zu verdauende, jedoch fest im Popuniversum verankerte Analyse des Angst-Lust-Verhältnisses im Film.

»The Director's Cut« erweist sich als etwas simpler zu konsumieren, weil hier ThemeSongs aus den Bereichen Thriller, Splatter und Horror erhalten bleiben. Die Songs verweisen immer auch auf die Filme, was gerade dann als besonders passend erscheint, wenn nicht allein auf das Unheimliche abgestellt wird, das alle gemeinsam haben, sondern -wie im Falle von Walter Schumanns »Night of the Hunter« (1955) oder Badalamentis schon klassischer »Twin Peaks«-Melodie (1992)- wir es mit Produktionen zu tun haben, die selber schon ein Verwirrspiel mit Stimmungen und vor allem Genres betreiben. Nebenbei: Es wäre kaum verwunderlich, wenn in einem der nächsten Lynch-Elaborate auch Fantômas ihren Platz fänden.

Die Namen der Bandmitglieder sind auf beiden Plattencovern im Stile von Filmplakaten layoutet. Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Fantômas -Erzeugnisse selber eine Art Director's Cut darstellen. Patton produziert Bänder mit Adaptionen und Arrangements. Auf Zorns Bolan-Tribute , (1998) ist er noch das einzige Mitglied von Fantômas. Die Bandmitglieder spielen ihre Parts im Studio ein, woraufhin das Material von Spiritus rector Patton postproduziert wird. Im Falle des »Director's Cut« wird so (und diesmal mit einem singenden Patton) die verstörende Atmosphäre der Bilder eingefangen. Sei es in Komedas kommendes Unheil ahnendem Lullaby aus »Rosemary's Baby«, im dräuenden und fast zärtlich boshaft vorgetragenen »Ave Satani« aus »The Omen« oder in der Death-Metal-Version von Sasses »Golem«-Song. Die Musik nähert sich Mord und Totschlag, Brutalität und Psychopathentum mit analytischer Distanz. Zugleich wird Fantum nicht verhehlt. Selten ist solch eine Gratwanderung so tänzelnd zum erfolgreichen Abschluß gebracht worden. In Form einer hörenswerten Hommage auch an die großen Filmkomponisten der letzten vierzig Jahre.

Im Wortsinne eine Platte des Monats, reichlich garniert, die nach mehrmaligem Genuß allein die Frage offenläßt, was wohl Slavoj Zizek dazu sagen würde. Der merkwürdigste Song auf Faith No Mores »Real Thing« hieß auch schon »Surprise! You're dead!«. Der Rezensent geht jetzt zum Abendessen.

Konkret 09/01, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Deutschland ist guter Hoffnung:

Roman Herzog heiratet wieder. Die Neue an seiner Seite heißt Alexandra von Berlichingen.

Bei dem Gedanken, mit welchen Worten Goetzens Nachfahrin den Herzog herumgekriegt hat, wächst zusammen, was zusammengehört: das kleine Latinum und der große Beleidigungsprozeß.

Der 13. August des Jahres 2001 sah mich zum ersten Mal im Einklang mit meiner Regierung. Die hatte vor allen öffentlichen Gebäuden Halbmast flaggen lassen, zum Zeichen des trauernden Gedenkens an die Berliner Mauer. Übrig sei, heißt es, allein eine Mauer in den Köpfen, aber auch das ist gelogen. Wenn einer im östlichen Abschnitt, bei der »Berliner Zeitung«, einen Leitartikel verfaßt, macht er es nämlich so:

Gerade weil der Treibhauseffekt schleichend verläuft, sind ökonomische Anreize der vielversprechendste Ansatz für einen Klimawandel.

Weil die Kollegen den Satz vom Verlauf des schleichenden Effekts für den gutgelungensten hielten, setzten sie ihn ein zweites Mal, vollfett, mitten auf die Seite, zum Zeichen, daß sie in jener Republik angekommen sind, in deren westlichem Abschnitt die Leitartiklerin der »Hamburger Morgenpost«

die schwerwiegendste Frage unserer Zeit

aufwarf, und das war, wie fast alles im Westen, fast noch gutgelungener. Was immer die Eingeborenen hüben und drüben im Kopf haben mögen – etwas so Schönes und Nützliches wie eine Mauer ist es jedenfalls nicht.

Die Pressestelle der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland lädt ein:

Landschaften von Brueghel bis Kandinsky. Die Ausstellung zu Ehren des Sammlers Hans Heinrich Baron Thyssen-Bornemisza. Die Barone Thyssen-Bornemisza werden anwesend sein, und die Baronin steht nach der Pressekonferenz für zwei Stunden zur Verfügung.

Freiwillige vor! Es meldet sich eine andere Pressestelle, die der Humanistischen Union:

Eintreten für Bürgerrechte verlangt mitunter auch das Bürsten gegen den Strich.

Mitunter zwei Stunden lang. Noblesse oblige.

In der Redaktion der »Bild«-Zeitung ist eine Postkarte eingetroffen:

Grüße an die »Bild«-Leser aus Bonn. Hier verhandeln über 100 Staaten, wie die Klimakatastrophe zu verhindern ist. Deutschland hat dabei eine wichtige Rolle. Viel Arbeit für den Umweltminister. Urlaub gibt es erst später. Ihr Jürgen Trittin

Es war einmal eine Zeit, in der man sich nicht geschämt hätte, von Jürgen Trittin auf offener Straße gegrüßt zu werden. Sie ist seit den Grüßen an die »Bild«-Leser vorbei. Ich weiß von Leuten, die aus geringerem Anlaß sich entsorgt haben.

Wolf Heckmann und Rudolf Augstein. Kolumnist der »Hamburger Morgenpost« der eine, Verleger des »Spiegel« der andere. Als der eine dem andern vor einiger Zeit backfischige Liebesgrüße übern Zaun geworfen hat, haben manche

gefragt, worauf die Zuneigung gründe. Heckmann ist jetzt damit rausgekommen, in seinem Kommentar »Letzte Chance Boykott«:

Was ist zu tun? Israel ist auf internationalen Handel und Unterstützung angewiesen, die Palästinenser werden alimentiert. Eine letzte Hoffnung liegt darin, mit dem Abdrehen aller Geldhähne, dem Ende allen Handels zu drohen.

Fast hätte die Wehrmacht, die 1945 den einen Soldaten des Führers in die deutsche Sozialdemokratie, den andern aber zu den Freidemokraten entlassen hat, die beiden Kameraden für immer auseinandergebracht. Das gemeinsame Fronterlebnis war stärker. Den einen bekehrte Walsers Paulskirchenrede, den andern Sharons Kriegführung zum Glauben der Väter: daß man nicht beim Juden kauft.

Wenn das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« in einer durch die Initialen »F.A.Z.« offiziös gezeichneten Mitteilung über Verona Feldbusch mit dieser ein kleines Geschäft machen und doch Distanz zu diesem Subjekt wahren will, triumphiert die Tücke des Objekts, nämlich das Wen über das Wer:

Zuletzt hatte sie sich in Johannes Kerners Talkshow im ZDF mit Alice Schwarzer anlegen lassen.

Feldbusch hatte mit Schwarzer, aktiv, sich angelegt. Passiv, wie die »F.A.Z.« es ihr hatte andichten wollte, hätte Feldbusch sich mit Schwarzer sich anlegen lassen müssen, wie der Redakteur sich vom Frankfurter Herausgeber mit dem Gewerkschaftsbonzen sich anlegen läßt. Was die Grammatik zu ihrer richtigen Beschreibung verlangt, klingt so fies, wie die zu beschreibende Sache ist. Der Redakteur kann es nicht mehr hören. Schreiben konnte er’s nie.

Was einem zur PDS noch ge- fehlt hat, ist die Meinung des bedeutenden Johano Strasser, von dem die »Welt« zu sagen weiß, er sei vor ewigen Zeiten einmal etwas gewesen, aber nicht in Casablanca der Major Strasser vom Dritten Reich, sondern in Bonn »der frühere Chefideologe der Jusos«. Und der meint diese Meinung:

Daß es in der PDS viele verstockte SED-Altkader und wenige stalinistische Jungsektierer gibt, ist vor allem ein Problem der PDS selber,

also nicht direkt das Problem des früheren Chefideologen, der sein Problem, wie mittels einer »Doppelstrategie« das »System« der Bundesrepublik zu »überwinden« sei, längst gelöst hat. Der Parteisoldat Strasser vom Vierten Reich hat mit der PDS ein anderes Problem:

Die PDS werde im Westen nicht Fuß fassen können und auf Dauer im Osten an Zustimmung verlieren, wenn sie sich nicht von diesen Gruppen trennt.

Da muß Gysi einfach zugreifen. Nie war guter Rat billiger. Um nicht zu sagen: geschenkt.

Zu zeigen, daß er was taugt, muß ein Dichter vielleicht nicht jeden Satz streichen, der dem Reich-Ranicki gefallen könnte. Liefert aber einer einen Roman ab, über den die Dana Horakova in der »Bild«-Zeitung schreiben kann:

Der rüstige Dichter vom Bodensee wagt es, eine mondäne Düsseldorfer Millionärsgattin (!) zur Heldin zu machen. Also keinen Genforscher, keinen Moralprediger. Er schildert Susis Aufstieg und Fall, den Zustand ihrer Seele und ihres Body, und zwar detailliert. Ein Beispiel: Gealtert, will Susi sich befriedigen, und stellt fest, daß ihr »die Schamhaare ausgingen«. Peinlich? Nicht für einen so lustvollen Tabu-Brecher wie Walser ... Entstanden ist das beste Frauenporträt, seit es (in Deutschland) Emanzipation gibt ... Ich fand’s erotisch und ehrlich und wunderbar erzählt ... Ich freue mich auf die Verfilmung. Am liebsten mit Franka Potente als Jung-Susi und Heidi Kabel als Alt-Susi.

Liefert einer sowas ab, hat er seine Rolle in der Literatur verspielt. Wenn er Pech hat, bekommt er seine Entfernung aus der literarischen Nachwelt schriftlich: durch die Verleihung des Nobelpreises. Heidi Kabel stehen die letzten Schamhaare zu Berge.

Ein »Taz«-Leser teilt der »Taz« in einem Leserbrief mit, daß er kein »Taz«-Redakteur ist:

Betr.: »FAZ zahlt Müller-Vogg Abfindung.« In dem genannten Artikel heißt es: »Vogg galt in der FAZ als recht konservativ. Daß er deshalb vom Herausgebergremium aus dem Blatt gedrängt worden sei, hat er stets dementiert.« Dazu stelle ich fest: Ich habe Berichte, ich sei aus politischen Gründen von meiner Funktion entbunden worden, nie dementiert.

Hugo Müller-Vogg

Ein reaktionärer Stinker? Immer zu Diensten. Aber ein »Taz«-Redakteur? Das denn doch nicht.

Neues von einem seiner Angestellten meldet der Axel-Springer-Verlag:

Biermann verteidigt junge Deutsche – Die junge Generation in Deutschland darf sich nicht einreden lassen, sie sei schuld an den Verbrechen der Nazi-Zeit – meint Liedermacher Wolf Biermann (64). »Wer das versucht, ist ein Lump«, sagte er.

Biermann verteidigt junge Deutsche gegen den Versuch, ihnen einzureden, sie seien schuld an den Verbrechen der Nazi-Zeit. Den Versuch gemacht hat bis heute: keiner. Biermann nennt ihn einen Lumpen. Es ist das J’accuse eines Emil Solala.